

Ä1 Wir gestalten Niedersachsen - Ökologisch und Sozial

Antragsteller*in: Kreisverband Lüchow Dannenberg

Beschlussdatum: 05.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.1

Von Zeile 707 bis 709 einfügen:

immer neue Straßen bauen. Deshalb lehnen wir den Bau der A20/A26, der A33 Nord sowie der A39 und der E 233 weiterhin ab, **genauso wie verfehlte Großprojekte wie die Elbrücke bei Neu Darchau.[Leerzeichen]**
Im Straßenbau gilt für uns die Maxime, dass die Sanierung von Straßeninfrastruktur zum Substanzerhalt Vorrang gegenüber

Ä2 Wir gestalten Niedersachsen - Ökologisch und Sozial

Antragsteller*in: Kreisverband Stade

Beschlussdatum: 12.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.1

Von Zeile 241 bis 245 einfügen:

Energie in Bürger*innenhand / Bürger*innen und kommunale Teilhabe *Unser Ziel ist eine möglichst dezentrale Energiewende, an der die Bürger*innen und Kommunen direkt teilhaben und profitieren können.[Zeilenumbruch]*
*Wir setzen uns dafür ein, dass in Niedersachsen Windpark-Betreiber die Anwohner*innen und Kommunen am Ertrag beteiligen. Das gleiche gilt für Betreiber von Agri-Photovoltaik (Agri-PV) mit der gleichzeitigen Nutzung auf Freiflächen für die landwirtschaftliche Pflanzenproduktion.[Zeilenumbruch]*

Um mehr Energiewende-Projekte in Bürger*innenhand zu ermöglichen, setzen wir ausserdem auf einen Bürger*innen-Energiewende-Fonds. Mit diesem stellen wir die wichtige Anschubfinanzierung sicher und helfen

Begründung

Auf Bundesebene können Windpark-Betreiber die betroffenen Kommunen seit 2021 auf freiwilliger Basis finanziell beteiligen. Anteile für die Anwohner sind nicht vorgesehen. Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat mit einem am Donnerstag (05.05.2022) veröffentlichten Beschluss entschieden (Beschl. v. 23.03.2022, Az. 1 BvR 1187/17), dass das Mecklenburg-Vorpommersche Gesetz über die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern sowie Gemeinden an Windparks (Bürger- und Gemeindenbeteiligungsgesetz - BüGembeteilG) überwiegend mit dem Grundgesetz vereinbar ist. Ausserdem sieht das BVerfG das Modell auch als nachahmenswert an. Niedersachsen soll daher dem Modell folgen.

Ä3 Wir gestalten Niedersachsen - Ökologisch und Sozial

Antragsteller*in: Kreisverband Stade

Beschlussdatum: 12.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.1

Von Zeile 707 bis 709 einfügen:

immer neue Straßen bauen. Deshalb lehnen wir den Bau der A20/A26, der A33 Nord sowie der A39 und der E 233 weiterhin ab.

Dabei unterstützen wir ausdrücklich das klimaneutrale Zukunftskonzept des Elbfähren-Betreibers (Wischhafen-Glückstadt). Es macht den (für die A20) geplanten Elbtunnelbau mit neuesten Ökostrom-betriebenen Fähren und deutlich verkürzten Fahrzeiten überflüssig. Nur der Fährbetrieb ermöglicht an dieser Stelle das Überqueren der Elbe für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen zwischen den beiden Bundesländern Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Für die benötigte Planungssicherheit über ca. 20 Jahre setzen wir uns mit aller Kraft ein.

Begründung

Das Leuchtturmprojekt für Deutschland sieht in drei Schritten einen Ausbau der Fährlinienkapazität auf 600% und eine Reduzierung der Überfahrzeit auf 14 Minuten vor – und dies mit komplett emissionsfreien Verkehren. Das Konzept der FRS Elbfähre bietet eine echte Alternative zur festen A20-Querung durch einen nachhaltigen und umweltfreundlichen Fährverkehr ohne Wartezeiten. Für die Umsetzung benötigt die Reederei jedoch neben Planungs- und Investitionssicherheit auch Unterstützung seitens der Politik. Bereits im August 2021 hat die FRS Elbfähre ein erstes Konzept für eine grüne Elbquerung vorgestellt. Aufgrund der enormen positiven Resonanz hat die Reederei das Konzept nun noch einmal überarbeitet. Nur der Fährbetrieb ermöglicht außerdem zwischen den beiden Bundesländern Niedersachsen und Schleswig-Holstein das Überqueren der Elbe für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen.

Ä4 Wir gestalten Niedersachsen - Ökologisch und Sozial

Antragsteller*in: Kreisverband Hildesheim

Beschlussdatum: 04.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.1

Von Zeile 225 bis 227 löschen:

Hausbesitzer*innen. Über eine Duldungspflicht können auch ungenutzte Dachflächen von Bestandsgebäuden einer solaren Nutzung zugänglich gemacht werden. Für ~~neue~~ Parkplätze und andere geeignete versiegelte Infrastruktur führen wir

Begründung

Auch auf bereits bestehenden Parkflächen lässt sich durch PV-Anlagen einfach und kostengünstig Solarenergie gewinnen.

Ä5 Wir gestalten Niedersachsen - Ökologisch und Sozial

Antragsteller*in: Kreisverband Hildesheim

Beschlussdatum: 04.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.1

Von Zeile 445 bis 447 einfügen:

Rahmenbedingungen dafür setzen, dass das Kombinieren verschiedener Verkehrsmittel einfach und flexibel funktioniert. Dazu werden wir z.B. die kostenlose Fahrradmitnahme im Nahverkehr der Bahn einführen, die es bereits in vielen Bundesländern gibt. Zahlreiche Mobilitätsstationen sollen Bahn, Bus, Rad, Auto und Sharingangebote verknüpfen.

Ä6 Wir gestalten Niedersachsen - Ökologisch und Sozial

Antragsteller*in: Kreisverband Hildesheim

Beschlussdatum: 04.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.1

Von Zeile 450 bis 451 einfügen:

machen klimafreundliche Fortbewegung so attraktiv, dass immer weniger Autofahrten nötig werden. Wir unterstützen die niedersächsischen Kommunen bei der Einführung von Tempo 30 und anderen verkehrsberuhigenden Maßnahmen.

Ä7 Wir gestalten Niedersachsen - Ökologisch und Sozial

Antragsteller*in: Kreisverband Hildesheim

Beschlussdatum: 04.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.1

Von Zeile 569 bis 573 löschen:

eine niedersächsische Ausbildungsoffensive entgegenwirken und bei neuen Zielgruppen für den Beruf werben. ~~Um die Kapazitäten im Nahverkehr zu erweitern, und leere 1.Klasse-Abteile bei gleichzeitig überfüllten 2.Klasse-Abteile zu vermeiden, wollen wir die 1. Klasse in Zügen des Nahverkehrs abschaffen.~~
Wir wollen für eine moderne Ausstattung der Züge mit Tischen, kostenlosem WLAN,

Begründung

Die Abschaffung der 1.Klasse-Abteile streichen. Sie sind ohnehin schon sehr klein, für einige Fahrgäste aber ein wichtiges Argument.

Ä8 Wir gestalten Niedersachsen - Ökologisch und Sozial

Antragsteller*in: Kreisverband Hildesheim

Beschlussdatum: 04.05.2022

Redaktionelle Änderung

Es fehlt ein Kapitel zum Flugverkehr!

Änderungsantrag zu Kap.1

Von Zeile 770 bis 771 einfügen:

Besiedlung des Schiffsrumpfes mit Muscheln und Seepocken verhindern sollen, künftig nicht mehr mit Giftstoffen belastet sind.

Flugverkehr

Fluglärm ist für Menschen in der Umgebung der Flugplätze ein ernst zu nehmendes gesundheitliches Problem. Wir setzen uns auf Bundesebene für eine Änderung der gesetzlichen Regelungen der Luftfahrt ein. In Lärmaktionsplänen muss auch der Fluglärm berücksichtigt werden. Zeitliche und räumliche Begrenzungen von Starts und Landungen zugunsten der Anwohner müssen ermöglicht werden

Ä9 Wir gestalten Niedersachsen - Ökologisch und Sozial

Antragsteller*in: Kreisverband Hildesheim

Beschlussdatum: 04.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.1

Von Zeile 1166 bis 1167 einfügen:

Menschen einen geeigneten Raum haben, um sich bei Reparaturen gegenseitig zu helfen. Das fördert auch das soziale Miteinander in der Nachbarschaft. Wir unterstützen kommunale Modellprojekte zur Sauberhaltung der Städte und der Landschaft (Minimierung des Litterings).

Ä10 Wir gestalten Niedersachsen - Ökologisch und Sozial

Antragsteller*in: Kreisverband Hildesheim
Beschlussdatum: 04.05.2022

Redaktionelle Änderung

Gärten gehören zum guten Wohnen, fehlen bisher völlig. Können auch wieder Beitrag zur Ernährungssicherheit sein.

Änderungsantrag zu Kap.1

Von Zeile 1882 bis 1883 einfügen:

Gebäude mit Fördermitteln barrierefrei und klimafreundlich saniert und damit attraktiver gemacht werden. Den Trend zu Schottergärten, die ohnehin rechtlich nicht zulässig sind, wollen wir umkehren. Wir werden die betreffenden Behörden ertüchtigen, diese Gesetzesverletzungen zu verfolgen. Gärten können auch einen Beitrag zu einem gesunden und nachhaltigen Lebensstil darstellen (Bewegung, gesunde und kostengünstige Ernährung). Durch Kampagnen und Fördermittel wollen wir darauf hinarbeiten, dass möglichst viele Gärten naturnah und möglichst auch mit Nutzpflanzen (Obst und Gemüse) gestaltet und Kleingärten erhalten oder neu angelegt werden.

Ä11 Wir gestalten Niedersachsen - Ökologisch und Sozial

Antragsteller*in: Kreisverband Hildesheim

Beschlussdatum: 04.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.1

Von Zeile 2049 bis 2051 einfügen:

weiterer Zersiedlung vor und bringen bis 2030 die Neuversiegelung auf unter drei Hektar pro Tag und bis zum Jahr 2050 auf Netto-Null. Zum Schutz von Flora-Fauna Habitaten (FFH) Gebieten wird eine Grenze von 500 Metern zu Bebauungen festgelegt. Siedlungsgebiete sollen eher in die Höhe als in die Breite wachsen und Baulücken konsequent geschlossen

Begründung

Bei einer Wohnbebauung direkt am Schutzgebiet bringt die Nähe von streunenden Katzen und freilaufenden Hunden die Tierwelt im Schutzgebiet in Gefahr. Ein größerer Abstand ist nötig, um die Erhaltung des ursprünglichen Zustands zu sichern.

Ä12 Wir gestalten Niedersachsen - Ökologisch und Sozial

Antragsteller*in: KV Osnabrück-Land

Beschlussdatum: 07.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.1

Von Zeile 189 bis 191 einfügen:

Mindest-Flächenziel für die Windkraft von 2,5% der Landesfläche und landesweite Vorranggebiete im Landesraumordnungsprogramm um. Entsprechend anderer Bundesländer wollen wir vorbelastete Waldstandorte für die Windenergienutzung öffnen. Das Schlüsselloch für den Erneuerbaren-Ausbau sind neben den fehlenden ausgewiesenen Flächen die seit

Begründung

Gerade beim aktuellen Bemühen, unabhängig von Energieimporten aus Russland zu werden, dürfen wir nicht unnötige Hürden aufbauen. Bevor wir uns Energieimporte aus Katar auflasten, müssen wir vorrangig die eigenen Möglichkeiten nutzen.

Ä13 Wir gestalten Niedersachsen - Ökologisch und Sozial

Antragsteller*in: KV Osnabrück-Land

Beschlussdatum: 07.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.1

Von Zeile 212 bis 215:

zwischen dem Erneuerbaren-Ausbau und dem Arten- und Naturschutz frühzeitig erkannt und Lösungsmöglichkeiten entwickelt und unterstützt werden. ~~Den Bau von Kleinwindenergieanlagen ermöglichen wir generell außerhalb von Wohn- und Kurgebieten, wie es in vielen anderen Bundesländern bereits Standard ist.~~ Den Bau von Kleinwindenergieanlagen wollen wir erleichtern (siehe Z. 1973).

Begründung

Entsprechend der Erfahrung aus anderen Bundesländern und entsprechender Gerichtsurteile dürfen Kleinwindenergieanlagen auch in Wohngebieten nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden. Sie sind zulässig, sofern sie als untergeordnete Nebenanlage betrieben werden und dem Nutzungszweck des Baugebiets selbst dienen. Mit der BauGB-Klimanovelle wurden die Möglichkeiten für klimagerechte Entwicklung von urbanen Gebieten verbessert. Die technische Weiterentwicklung der Anlagen als auch das Ziel einer ökologischen und dezentralen Energieversorgung sprechen für die zunehmende Aufstellung von Anlagen auch in Wohngebieten, z.B. dachintegriert. Bei Kleinwindkraftanlagen steht der Selbstverbrauch im Vordergrund. In technischer Hinsicht sind in den letzten Jahren die Anlagen leiser und damit kompatibler für dicht besiedelte Gebiete geworden, so vertikale Anlagen mit sehr geringen Schall- und Schattenemissionen. Das stark wachsende Interesse seitens der Hausbesitzer für kleine Windräder sollten wir unterstützen. Die kommunalen Behörden sollten im Einzelfall entsprechend der Emissionen einer Anlage und der nachbarschaftlichen Akzeptanz genehmigen können. Gerade beim aktuellen Bemühen, unabhängig von Energieimporten aus Russland zu werden, dürfen wir nicht unnötige Hürden aufbauen.

Ä14 Wir gestalten Niedersachsen - Ökologisch und Sozial

Antragsteller*in: KV Osnabrück-Land

Beschlussdatum: 07.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.1

Von Zeile 272 bis 273 einfügen:

dafür ein, dass an geeigneter Stelle moderne Erdverkabelungsvarianten statt Freileitungen eingesetzt werden. Wir werden ein Pilotprojekt für innovative Erdverkabelung fördern.

Ä15 Wir gestalten Niedersachsen - Ökologisch und Sozial

Antragsteller*in: KV Osnabrück-Land

Beschlussdatum: 07.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.1

Von Zeile 549 bis 551 einfügen:

Reaktivierungsprozess voranbringen. Zur Finanzierung der Reaktivierung nutzen wir die stark ausgeweiteten Fördermöglichkeiten des GVFG-Bundesprogramms. Die Landesnahverkehrsgesellschaft werden wir zur Unterstützung von Reaktivierungen und Neuinbetriebnahmen von Strecken und Haltepunkten aus Regionalisierungsmitteln neu ausrichten. Da, wo trotz stärkerer Siedlungsentwicklung, touristischer Zwecke und sozialer Aspekte

Ä16 Wir gestalten Niedersachsen - Ökologisch und Sozial

Antragsteller*in: KV Osnabrück-Land

Beschlussdatum: 07.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.1

Von Zeile 1031 bis 1032 einfügen:

Nutzungen aus Gastronomie, Kultur, Wohnen, Arbeiten und Einkaufen aufzuwerten (vgl. Attraktive Städte, lebendige ländliche Räume). Auch im Interesse der abhängig Beschäftigten werden wir allerdings keine weitere Aufweichung der Sonntagsruhe durch zusätzliche Ladenöffnungen zulassen.

Ä17 Wir gestalten Niedersachsen - Ökologisch und Sozial

Antragsteller*in: KV Osnabrück-Land

Beschlussdatum: 07.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.1

Von Zeile 1103 bis 1105 einfügen:

Damit der Hafenstandort Wilhelmshaven seine Funktion erfüllen kann, muss die Bahnanbindung weiter verbessert werden. Um den Bahnknotenpunkt Bremen zu entlasten, wollen wir alle möglichen Strecken für den Hafenhinterlandverkehr aus Wilhelmshaven wie Quakenbrück-Rheine sichern. Die Elektrifizierung Wilhelmshaven-Oldenburg wollen wir bis Osnabrück verlängern. Neben den niedersächsischen Seehäfen verfügen auch unsere Binnenhäfen über erhebliche Potenziale zur Verlagerung des

Ä18 Wir gestalten Niedersachsen - Ökologisch und Sozial

Antragsteller*in: KV Osnabrück-Land

Beschlussdatum: 07.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.1

Von Zeile 1486 bis 1487 einfügen:

Verzicht auf den Import von Futtermitteln wie Soja deutlich klimafreundlicher als konventionelle Betriebe. Trotz der entsprechenden Bemühungen unserer Landtagsfraktion hat die SPD/CDU-Landesregierung keine verbindliche Filterpflicht auch für die Geflügellangmast eingeführt. Wir werden das nachholen, soweit rechtlich möglich auch für Bestandsställe, um Menschen, Tiere und Pflanzen im Umfeld der Ställe zu schützen.

Ä19 Wir gestalten Niedersachsen - Ökologisch und Sozial

Antragsteller*in: KV Osnabrück-Land

Beschlussdatum: 07.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.1

Von Zeile 129 bis 131 einfügen:

ausreichend berücksichtigt wurden. Wir unterstützen die Kommunen dabei, regionale Energie- und Klimakonzepte zu erstellen und umzusetzen. Außerdem wollen wir die Rekommunalisierung von Mittelspannungsnetzen vorantreiben, z.B. über Gemeindewerke und Energie- Genossenschaften. Die ab 2022 durch die Kommunen zu erstellenden Energieberichte entwickeln wir weiter zu

Ä20 Wir gestalten Niedersachsen - Ökologisch und Sozial

Antragsteller*in: KV Hameln-Pyrmont

Beschlussdatum: 11.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.1

Von Zeile 468 bis 470 einfügen:

reduzieren wir maßgeblich und verlagern einen möglichst hohen Anteil der in Niedersachsen transportierten Güter auf die Schiene und Wasserwege. Im Hinblick auf unsere Wasserwege werden wir unsere Bemühungen, den Gütertransport zu verlagern, an der Erreichung der Bewirtschaftungsziele der Wasserrahmenrichtlinie an Bundeswasserstraßen ausrichten. Wir werden zudem prüfen, ob landeseigene Flächen an Bundeswasserstraßen für Renaturierungsmaßnahmen im Sinne des Blauen Bandes in Frage kommen.

Begründung

Die reine Forderung, mehr Güter auf Wasserwege zu verlagern, ist zwar aus Erwägungen des Klimaschutzes sinnvoll, kann uns aber sehr schnell in Konflikte mit dem Naturschutz bringen. Deshalb sollten wir klarstellen, welche qualitativen Anforderungen wir an dieses Ziel stellen.

Ä21 Wir gestalten Niedersachsen - Ökologisch und Sozial

Antragsteller*in: KV Hameln-Pyrmont

Beschlussdatum: 11.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.1

Von Zeile 426 bis 427 einfügen:

aktuellen geopolitischen Lage erforderlich sein sollten, müssen sie Greengas-ready sein und eine befristete Betriebsgenehmigung erhalten **Die aktuelle geopolitische Lage darf nicht dazu führen, dass Belange von Umwelt- und Naturschutz bei Planungsvorhaben hinten angestellt und die anerkannten Umweltverbände bei den Planungen außen vor gelassen werden.**

Begründung

Wenn ein Planungsvorhaben von derart übergeordnetem Interesse sein sollte, dass Belange von Umwelt- und Naturschutz dem untergeordnet werden müssen, dann sichert die Beteiligung der anerkannten Umweltverbände immerhin die Festschreibung geeigneter und ausreichender Ausgleichsflächen. Auch dies darf in einem Rechtsstaat nicht allein dem staatlichen Ermessen überlassen bleiben.

Ä22 Wir gestalten Niedersachsen - Ökologisch und Sozial

Antragsteller*in: KV Hameln-Pyrmont

Beschlussdatum: 11.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.1

Von Zeile 1166 bis 1167 einfügen:

Menschen einen geeigneten Raum haben, um sich bei Reparaturen gegenseitig zu helfen. Das fördert auch das soziale Miteinander in der Nachbarschaft.

Bis zur Umsetzung des Zero-Waste-Ziels wird es notwendig sein, auch weiterhin Abfälle auf Deponien einzulagern. Seit Jahren verdichten sich die Deponiestandorte in Südniedersachsen, während im Norden und Westen des Landes riesige weiße Flecken bestehen. Daraus resultieren lange Transportwege und eine unverhältnismäßige Belastung der Bevölkerung in den betroffenen Gebieten durch Lärm, Staub und Wasserverunreinigung. Um dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten, werden wir die Deponieplanung nicht länger dem Zufall überlassen, sondern die Landkreise verpflichten, in eigene Planungen einzutreten. Für die Standortfindung werden wir geeignete, umweltverträgliche Kriterien festlegen. Mit Blick auf den Rückbau der niedersächsischen AKW und den Übergang von freigemessenen Abfällen aus dem Atomrecht in das Abfallwirtschaftsrecht, werden wir auch das Gebot der Strahlungsminimierung in die Kriterienformulierung einbeziehen.

Um sicherzustellen, dass unsere Gewerbeaufsichtsämter den sich erhöhenden Anforderungen an derartige Infrastrukturvorhaben gewachsen sind, stellen wir die Prozessabläufe und das fachliche Controlling auf den Prüfstand und führen eine Personalbemessung durch.

Begründung

Im Hinblick auf die aktuell geplante Schadstoff-Deponie Schanzenkopf im Landschaftsschutzgebiet Ith, umgeben von Naturschutz- und FFH-Gebiet in räumlicher Nähe zu diversen Trinkwasserschutzgebieten, erleben wir, dass das Land Niedersachsen die wichtige Aufgabe der Abfallentsorgung, alleine in die Hände privater Unternehmen legt. Deren zufälliger Zugriff auf Flächen ist aber kein geeignetes Standortkriterium für Deponien, sondern führt dazu, dass gänzlich ungeeignete Standorte plötzlich als alternativlos bewertet werden. So argumentieren zum Beispiel die Hannoverschen Basaltwerke in ihrem Planfeststellungsantrag für die Deponie Schanzenkopf, sie hätten alle ihre übrigen Standorte, an denen sie bisher Rohstoffabbau betreiben und über die sie verfügen können, als Alternativstandort geprüft. Keiner davon käme in Frage. Eine weitere Alternativenprüfung erfolgt nicht. Sie kann auch nicht erfolgen, da die Antragstellerin dazu gar nicht befugt ist. Dies wäre eine Planungsaufgabe der öffentlichen Hand, die durch ihr Unterlassen die Problematik auf Umweltverbände und Bürger*innen verlagert und so Planungsprozesse unnötig in die Länge zieht. Auch die Rolle der Gewerbeaufsichtsämter muss an diesem Punkt hinterfragt werden, denn nicht selten handelt es sich aktuell um Standorte, die aufgrund vorherigen jahrzehntelangen Rohstoffabbaus bereits engmaschig durch die Gewerbeaufsichtsämter betreut wurden. Die gewachsenen Beziehungen sind geeignet, den unvoreingenommen Blick auf neue Planungsvorhaben am selben Standort zu trüben. Gleichzeitig drängt das Land die Gewerbeaufsichtsämter durch seine eigene Planungsuntätigkeit in entsprechende Doppelrollen.

Ä23 Wir gestalten Niedersachsen - Ökologisch und Sozial

Antragsteller*in: KV Hameln-Pyrmont

Beschlussdatum: 11.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.1

Von Zeile 2041 bis 2045 löschen:

Vorrangflächen für Windenergie ausweisen und 15 Prozent der Landesfläche in ein Biotopverbundsystem überführen. ~~Zur Umsetzung der verbindlichen Fauna-Flora-Habitat- (FFH-) und Wasserrahmenrichtlinien ziehen wir Kompetenzen zur Ausweisung und Pflege von Schutzgebieten auf die Landesebene:~~
Raumordnung und Planfeststellung verzahnen wir noch stärker – damit letztere nicht erst anfängt,

Begründung

Ohne die Streichung setzen wir im Kapitel „Stadt und Land zukunftsfähig gestalten“ Forderungen voraus, die wir ein paar Seiten weiter unter der Überschrift „Lebendige Bäche, Flüsse und Seen“ zunächst noch prüfen wollen. Das sollte zusammengebracht werden.

Ä24 Wir gestalten Niedersachsen - Ökologisch und Sozial

Antragsteller*in: OV Stade
Beschlussdatum: 18.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.1

Von Zeile 436 bis 438 einfügen:

ÖPNV neu und innovativ denken: ein flexibler und bedarfsorientierter ÖPNV, Ridepooling-Dienstleistungen und online und über eine kostenlose Rufnummer buchbare Rufbusse können dort Bahn und Linienbusse ergänzen. Wir bauen das Angebot im Schienenverkehr aus und sorgen

Begründung

In unserer Gesellschaft sind auch Menschen auf den ÖPNV angewiesen oder wollen ihn nutzen, die nicht im Internet unterwegs sind. Außerdem ist die Abdeckung mit öffentlich zugänglichen WLAN-Netzen sowie der mobilen Datenversorgung gerade im ländlichen Raum noch nicht so weit fortgeschritten, dass jede*r darauf zugreifen kann. Die Telefonoption ist relevant, da sie auch über das Festnetz genutzt werden kann. Eine Rufnummer als Anlaufstelle ist außerdem wichtig für die vielen Menschen, die nicht richtig lesen oder schreiben können. Zudem ist eine Telefonvariante auch für Menschen mit Sehbehinderung mit weniger Herausforderungen verbunden als möglicherweise eine Onlineoption. Kostenlos muss die Nummer sein, damit sie allen zugänglich ist.

Ä25 Wir gestalten Niedersachsen - Ökologisch und Sozial

Antragsteller*in: KV Osnabrück-Land

Beschlussdatum: 07.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.1

Von Zeile 128 bis 130 einfügen:

Kommunalaufsicht von nun an geprüft werden muss, ob Klimaschutzbelange ausreichend berücksichtigt wurden. Wir werden eine Beratungspflicht für Kommunen vor der Entwicklung von Baugebieten (Gewerbe und Wohnen) einführen, so dass sich Kommunen fachkundig und neutral beraten lassen müssen in Bezug auf die Klimaverträglichkeit unterschiedlicher Bauformen und Gestaltungsvarianten. Wir unterstützen die Kommunen dabei, regionale Energie- und Klimakonzepte zu erstellen und umzusetzen. Die ab 2022

Ä26 Wir gestalten Niedersachsen - Ökologisch und Sozial

Antragsteller*in: KV Osnabrück-Land

Beschlussdatum: 07.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.1

Von Zeile 65 bis 67 einfügen:

Die Landesverwaltung soll vorangehen und möglichst bis 2030 klimaneutral werden. Dazu beschleunigen wir die energetische Sanierung der landeseigenen und kommunalen Gebäude und stellen auf klimafreundliche Beschaffung um. Auch die Stromproduktion in

Ä27 Wir gestalten Niedersachsen - Ökologisch und Sozial

Antragsteller*in: KV Osnabrück-Land

Beschlussdatum: 07.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.1

Von Zeile 471 bis 472 einfügen:

setzen wir den Rahmen für eine nachhaltige, klimafreundliche und verlässliche Mobilität.

Die Verringerung der Treibhausgas- Emissionen des Luftverkehrs wird mittelfristig ohne Einschränkungen der Starts und Landungen nicht möglich sein. Selbst bei einem eventuellen Ersatz von fossilem Treibstoff durch regenerativ erzeugte Treibstoffe (sog. e-Fuels) reduziert sich die klimaschädliche Wirkung der Triebwerks-Abgase nur um etwa 50%. Eine wirkungsvolle und weitgehend kostenneutrale Möglichkeit zur Senkung der Emissionen ist die Verkürzung der Start- und Landezeiten. Aus diesem Grund sowie zum Schutz der anwohnenden Bevölkerung befürworten wir eine generelle Nachtruhe an Flughäfen von 22 bis 6 Uhr. Die weitere Subventionierung des Flugverkehrs ist aus Gründen des Klimaschutzes nicht zu verantworten. Wir werden uns für eine Streichung sämtlicher Zuwendungen an Flughäfen einsetzen.“

Ä28 Wir gestalten Niedersachsen - Ökologisch und Sozial

Antragsteller*in: KV Osnabrück-Land

Beschlussdatum: 07.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.1

Von Zeile 1982 bis 1983 einfügen:

verpflichtende Mindestquoten für erneuerbare Wärme bei Heizungstausch oder Sanierung einführen (vgl. Energiewende gestalten). Wir wollen ebenso die Dachbegrünung und Fassadenbegrünung sowie die Regen-Retention in Kombination mit PV-Anlagen auf geeigneten Wohn- und Gewerbe-Dachflächen vorantreiben durch eine Beratungspflicht bei bei Dachsanierungen oder Neubau.

Ä29 Wir gestalten Niedersachsen - Ökologisch und Sozial

Antragsteller*in: LAG Kultur
Beschlussdatum: 19.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.1

Von Zeile 1050 bis 1056:

hochwertigen Arbeitsplatzpotenzialen. Die Branche fordert eine stärkere Medienpolitik und bessere Förderbedingungen in Niedersachsen. ~~Eine ARD-Produktion wie die „Roten Rosen“ in Lüneburg bringt nicht nur enorme Beschäftigungseffekte in der Region, sondern stärkt auch den Tourismusstandort — ebenso Krimiserien aus dem Wendland, Hannover, dem Harz, aus Göttingen oder Ostfriesland.~~ Serien und Krimiproduktionen aus Lüneburg, dem Wendland, Hannover, dem Harz, aus Göttingen oder Ostfriesland bringen nicht nur enorme Beschäftigungseffekte in der Region, sondern sie stärken auch den Tourismusstandort. Wir wollen daher mehr Serien, Filmproduktionen und Dokumentationen aus Niedersachsen und die Filmförderung weiter verstetigen. Auch die kreative

Begründung

Rote Rosen ist lediglich unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten eine wichtige Produktion, unter kreativen jedoch ein fragwürdiges Format. Aus diesem Grund sollte auf die namentliche Nennung der Serie verzichtet werden.

Ä30 Wir gestalten Niedersachsen - Ökologisch und Sozial

Antragsteller*in: KV Heidekreis

Beschlussdatum: 19.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.1

Von Zeile 390 bis 391 einfügen:

Betrachtungszeitraum 20- bis 100-mal stärker als bei CO₂. Damit haben sogar kleine Mengen einen riesigen Treibhauseffekt hinzu kommt bei der Abfackelung von Bohrlöchern der Austritt von krebserregendem Benzol, das im Verdacht steht, die erhöhte Krebsrate im Raum Rotenburg zu verursachen. Wissenschaftlichen Studien ist es nicht gelungen, diesen Ursachenzusammenhang nachzuweisen, worauf sich die Förderindustrie beruft. Wir fordern die Verhinderung des Benzolaustritts nach dem Vorsorgeprinzip. Dieser Schutz wurde den Anwohnern von den bisherigen Landesregierungen verweigert.

Begründung

Was führt zu den erhöhten Krebszahlen in der Samtgemeinde Bothel? Holger Müller: Der 48-Jährige wohnt in Bellen, der Zentrale von „ExxonMobil“ im Erdgasfeld Söhlingen. Seine Geschichte: eine typische für die Betroffenen in der Region. Vor neun Jahren kehrte er in seine Heimat in der Samtgemeinde Bothel zurück, 2012 erkrankte er an Lymphdrüsenkrebs. (Zitate aus [Kreiszeitung Rotenburg, 15. 4. 16](#)) Der Kieler Toxikologe Hermann Kruse berichtet von einer Bellener Familie, bei der das Benzol und Quecksilber in messbaren Spuren im Blut und Urin nachgewiesen wurden. Die Staatsanwaltschaft Verden wies die Anzeige wegen fahrlässiger Körperverletzung zurück. Es fehle ein öffentliches Interesse. (Die Welt, 16. 4. 2016) Kruses Vortrag steht als Video unter bi-intschede.de/node/124 im Netz. Nach einer Leitungs-Leckage bekam die Tochter der Familie Haarausfall und die Mutter **Nieren**-Probleme. Ausserdem starben ihre Katzen und die Karpfen in einem Fischteich (www.weser-kurier.de/region/rotenburg, 14. 1. 2011). Nachdem das LBEG gemeint hatte, das Leck einer Lagerstättenwasserleitung scheidet als Ursache für die Blutwerte aus, vermuten die Betroffenen, dass sie das Quecksilber **über die Atemluft** inhaliert haben: Nur etwa 200 Meter von ihrem Haus entfernt hat Exxon Mobil lange Zeit Gas abgefackelt. "Wer weiß, was da zu uns herübergeweht ist" ([Weser-Kurier 12. 10. 2011](#)). Am 22. 9. 2014 berichtet www.ndr.de/fernsehen/sendungen/markt : „Viele Blutkrebsfälle in Bothel“: Erwin Schoon hat inzwischen Krebs und ist **Dialyse**-Patient. 2017 verstirbt er. Bei ihm selbst und bei seiner Frau sind die Nieren geschädigt. Der 33jährige Enkel leidet an Gicht in den Gelenken und hat Krebs. (Die Welt, 16. 4. 2016) Seit 2005 sind in Bellen von derzeit 52 Einwohnern 12 Menschen an Krebs erkrankt, davon sind 4 mittlerweile verstorben. Hemslingen. "In unserer Straße wohnen 20 Familien, und es gibt elf Krebserkrankungen. Ursachenforschung ist dringend nötig", sagt Silke Döbel, Sprecherin der Bürgerinitiative für Gesundheit (BIG). "Vergangenes Jahr haben wir drei unserer Nachbarn beerdigt. Und in unseren Familien und Freundeskreisen kommen immer neue Fälle dazu." Silke Döbel aus Hemslingen zeigt auf das Haus gegenüber. "Drei Frauen sind dort an Krebs erkrankt." Zunehmend auch jüngere Menschen und nicht nur ältere Männer. Und was bislang kaum öffentlich diskutiert wird, in den Dörfern aber die Frauen bewegt, sind sich häufende Fehl- und Totgeburten, sagt Döbel. Dazu kommen immer mehr Tumorerkrankungen bei Hunden oder Pferden, die in keiner Statistik auftauchen. Martin Wolf in Hemslingen: Die Gasanlage Söhlingen Z 16 grenzt direkt an ihr Grundstück. Die üblen Faulgasgerüche, die hier oft wahrnehmbar sind, seien beunruhigend, sagt Wolf. "Für mich war die Krebsdiagnose der Super-GAU", sagt auch Anja Kremer aus Söhlingen. Die Ärzte sprachen von 30 Prozent Überlebenschancen, daran klammert sie sich mit aller

Willenskraft. Die erhöhten Quecksilberwerte in ihrem Blut sieht Anja Kremer im Zusammenhang mit dem Fracking zur Erdgasgewinnung. Auch ihr Haus steht nur wenige Hundert Meter neben einer Gasförderanlage. Fredi Pusch, 52, der in Hemslingen rund 500 Meter neben einer Gasförderanlage wohnt: "Diagnose Krebs ändert das Leben schlagartig. Du verlierst die Arbeit, hoffst in Krankenhäusern auf Rettung, dazu bürokratischer Irrsinn, finanzielle Not oder das Betteln um Unterstützung. Ohne meine Frau hätte ich das alles nicht durchgestanden", sagt der ehemalige Gleisbauer. Harte Arbeit sei er gewohnt gewesen, seit er 2003 erkrankte, könne er weder Gartenarbeit machen, noch einen Fünf-Kilo-Kartoffelsack heben."Bemerkenswert: Meine Ärzte fragten, ob ich im Bergbau tätig war", sagt Pusch. Er vermutet, dass Benzole seine Erkrankung auslösten. (Hamburger Abendblatt 23. 2. 2015) Presse: - NDR.de/Hallo Niedersachsen, 7. 4. 2016, 19.30: Krebs war in Bellen kaum ein Thema – bis zum Jahre 2005. - Die Welt, 16. 4. 2016: Wie ein ganzes Dorf in Angst vor Krebs lebt.

- Hamburger Abendblatt 23. 2. 2015

-

*** Zeile 300 (Artikel 12(1)(d)): Neuer Text (am 16.12. vom Rat beschlossen und vom Europaparlament akzeptiert):** „(d) [...] , or where the long term disposal of waste may **cause significant and long-term harm** to the environment.“

<https://sven-giegold.de/nachhaltige-investments-happy-end/>

Ä31 Wir gestalten Niedersachsen - Ökologisch und Sozial

Antragsteller*in: LAG Wirtschaft/Finanzen

Beschlussdatum: 21.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.1

Nach Zeile 950 einfügen:

Das Rückgrat unserer Wirtschaft wertschätzen

Unternehmerinnen und Unternehmer, Gründer*innen und Selbstständige aus dem Handwerk, aus dem Startup-Bereich sowie die unzähligen KMUs (kleine und mittlere Unternehmen) sind neben den Industriebetrieben unser Motor in der niedersächsischen Wirtschaft und verdienen Anerkennung und Wertschätzung.

Wir GRÜNE geben diese Anerkennung und wollen die Leistungen der Unternehmen finanziell und ideell wertschätzen. So werden wir jährlich eine feierliche Preisverleihung für besonders nachhaltige Unternehmen und Innovationen in Niedersachsen aus den Bereichen Startups und KMU initiieren und mit attraktiven Preisgeldern hinterlegen.

Ä32 Wir gestalten Niedersachsen - Ökologisch und Sozial

Antragsteller*in: LAG Wirtschaft/Finanzen
Beschlussdatum: 21.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.1

Von Zeile 773 bis 777:

Wir haben eine Vision für den Wirtschaftsstandort Niedersachsen. Wir wollen unser Land zu einem Vorreiter machen, das seiner Klima- und Ressourcenverantwortung gerecht wird. Der zentrale Schlüssel hierfür ist grünes Wachstum mit der Erhöhung der Lebensqualität bei sinkendem Ressourcenverbrauch. Es gibt andere Wege, um Arbeitsplätze und das Wohlbefinden aller Menschen zu sichern, ohne dabei unsere ökologische Lebensgrundlage zu zerstören. Dazu müssen fossile Geschäftsmodelle überwunden werden. Eine GRÜNE Wirtschaftspolitik berücksichtigt die planetaren Grenzen und ermöglicht die Teilhabe von vielen Menschen am wirtschaftlichen Erfolg.

Die Niedersächsische Wirtschaft mit ihren über 4,1 Millionen Erwerbstätigen steht vor mehreren historischen Herausforderungen: ~~Unsere Wirtschaft muss klimaneutral werden und sie~~ Neben der Transformation zur Klimaneutralität muss unsere Wirtschaft die mit der Digitalisierung einhergehenden Umbrüche zielgerichtet gestalten. Nur wenn wir diese Herausforderungen annehmen,

Begründung

Erfolgt mündlich

Ä33 Wir gestalten Niedersachsen - Ökologisch und Sozial

Antragsteller*in: LAG Wirtschaft/Finanzen

Beschlussdatum: 21.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.1

Von Zeile 808 bis 810:

werden und sozial abgesichert zu sein. Damit all das gelingt, gestalten wir GRÜNEN mit den Menschen in Niedersachsen den ~~ökologisch-sozialen Umbau unserer Wirtschaft~~ Eintritt in eine sozial-ökologische Marktwirtschaft und setzen die dafür passenden Rahmenbedingungen.

Begründung

Wir sollten uns explizit zum Leitbild der sozial-ökologischen Marktwirtschaft bekennen als Ziel, wie auf Bundesebene. Bislang kommt das Wort Marktwirtschaft kein einziges mal vor.

Ä34 Wir gestalten Niedersachsen - Ökologisch und Sozial

Antragsteller*in: LAG Wirtschaft/Finanzen

Beschlussdatum: 21.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.1

Von Zeile 832 bis 833 einfügen:

Die Automobilindustrie ist tragende Säule unseres Wohlstands, welche aktuell vor gewaltigen Umbrüchen steht. Denn auch der Verkehrssektor wird in den nächsten Jahren seine Emissionen drastisch reduzieren müssen und mittelfristig klimaneutral sein. Das muss allen Akteur*innen bewusst sein. Wer den Weg hin zu innovativen Lösungen für klimaneutrale Mobilität beschreitet, soll dabei unterstützt werden. Mit Volkswagen setzt der führende Automobilkonzern Deutschlands endlich auf

Begründung

Begründung erfolgt mündlich

Ä35 Wir gestalten Niedersachsen - Ökologisch und Sozial

Antragsteller*in: LAG Wirtschaft/Finanzen

Beschlussdatum: 21.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.1

Von Zeile 841 bis 842 einfügen:

neuen Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren für fossile Brennstoffe mehr zugelassen werden. Dabei geben wir auch klimaneutralen Kraftstoffen, wie Bio- und synthetischen Kraftstoffen, eine Chance (vgl. Mobil in Niedersachsen).

Begründung

Erfolgt mündlich

Ä36 Wir gestalten Niedersachsen - Ökologisch und Sozial

Antragsteller*in: LAG Wirtschaft/Finanzen

Beschlussdatum: 21.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.1

Von Zeile 927 bis 930 einfügen:

diese Herausforderung im Blick und starten gemeinsam mit dem Handwerk eine große Ausbildungs- und Umschulungsinitiative und machen diesen Bereich attraktiver. Wir bauen Teilvergütungskonzepte für Handwerksauszubildende auf Landesebene aus. Dazu wollen wir auch die Bildungstätten des Handwerks stärken. Wir wollen Vielfalt in Handwerksberufen fördern und zum Beispiel für unterrepräsentierte Geschlechter sowie LGBTQ* passende Angebote schaffen (vgl. Gute Ausbildung und Wissenschaft gestaltet Zukunft).

Begründung

Erfolgt mündlich

Ä37 Wir gestalten Niedersachsen - Ökologisch und Sozial

Antragsteller*in: LAG Wirtschaft/Finanzen

Beschlussdatum: 21.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.1

Von Zeile 955 bis 959:

Menschen direkt im Bereich der erneuerbaren Energien. Durch den Ausbau der Nutzung von Wind und Sonne entstehen neue Arbeitsplätze ~~in der Industrie:~~ ~~für~~Für die Projektierung der Anlagen, in der Installation, im Vertrieb, der F&E sowie der Wartung und für den laufenden kaufmännischen und technischen Betrieb. Im Bereich der Energieeffizienz, bei Herstellung und Einbau von Wärmepumpen sowie der Gebäudesanierung entstehen durch die Energiewende

Ä38 Wir gestalten Niedersachsen - Ökologisch und Sozial

Antragsteller*in: LAG Wirtschaft/Finanzen
Beschlussdatum: 21.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.1

Von Zeile 993 bis 996:

reichen nicht aus, um die laufenden Kosten der Gründung und den Lebensunterhalt in der Gründungsphase zu sichern. ~~Besonders Frauen wollen wir damit ansprechen, denn sie haben es weiterhin besonders schwer, an Startkapital und Unterstützung zu gelangen.~~ Durch Gründungen möchten wir mehr Menschen Aufstiegschancen ermöglichen und diese am wirtschaftlichen Erfolg partizipieren lassen. So möchten wir durch die gezielte Stärkung von Förderprogrammen für Gründerinnen Frauen beim Gründen unterstützen. Unser Ziel ist mindestens eine Verdoppelung der der Gründerinnen in der nächsten Legislaturperiode.

Begründung

Erfolgt mündlich

Ä39 Wir gestalten Niedersachsen - Ökologisch und Sozial

Antragsteller*in: LAG Wirtschaft/Finanzen
Beschlussdatum: 21.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.1

Von Zeile 995 bis 996 einfügen:

denn sie haben es weiterhin besonders schwer, an Startkapital und Unterstützung zu gelangen.

Die materielle Unterstützung wollen wir durch immaterielle Beratung ergänzen: Gründerinnen und Gründern sollten im ganzen Land auf einen Pool aus Beratungsdienstleistern zugreifen können. In den ersten drei Jahren einer neuen Gründung in Niedersachsen sollten Jungunternehmer*innen bis zu 20 Stunden Beratung kostenfrei aus diesem Pool an Rechtsanwälten, Webdesignern, Entwicklern, Steuerfachleuten und Unternehmensberatern auf Kosten des Landes beanspruchen dürfen. So wollen wir gezielt auch junge innovative Unternehmen außerhalb der Ballungsräume erreichen und fördern.

Ä40 Wir gestalten Niedersachsen - Ökologisch und Sozial

Antragsteller*in: LAG Wirtschaft/Finanzen

Beschlussdatum: 21.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.1

Von Zeile 1004 bis 1005 einfügen:

Kommunikations- und Biotechnologie abgesichert werden können. Zusätzlich werden wir die Möglichkeit der zeitlich begrenzten Teilhaberschaft des Landes anbieten.

Bei der öffentlichen Vergabe beziehen wir Start-ups besser ein und vereinfachen dafür Vergabeverfahren und Regeln zur Eignungsprüfung.

Ä41 Wir gestalten Niedersachsen - Ökologisch und Sozial

Antragsteller*in: LAG Wirtschaft/Finanzen
Beschlussdatum: 21.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.1

Von Zeile 1018 bis 1020:

machen. Gleichzeitig gilt es, die Anreise mit dem ÖPNV attraktiver zu machen und den Aufenthalt selbst nachhaltig zu gestalten. ~~Hierfür ist~~ Für diese gesamte Aufgabenpalette soll der Wirtschaftsbereich Tourismus ein angemessenes Forum (z.B. Unterausschuss wie Häfen und Schifffahrt) im Landtag erhalten. Außerdem wollen wir die Tourismusförderung stärken und so den prädikatisierten Tourismus-Regionen Förderung in Höhe von 15 Mio. € aus Landesmitteln gewähren. Wir GRÜNE wollen zudem eine solide" Förder- und konstante Finanzausstattung unserer Tourismuskommunen unerlässlich Beratungsgesellschaft nachhaltiger Tourismus" zur Beratung und Unterstützung bei der Umsetzung dieser Prozesse der Transformation aufbauen.

Ä42 Wir gestalten Niedersachsen - Ökologisch und Sozial

Antragsteller*in: LAG Wirtschaft/Finanzen

Beschlussdatum: 21.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.1

Von Zeile 1023 bis 1025 einfügen:

zunehmend durch den rasant wachsenden Onlinehandel unter Druck. Unsere Innenstädte, die stark vom Einzelhandel und Handwerk geprägt sind, geraten dadurch zunehmend in Schwierigkeiten und drohen in Teilen zu veröden. Versuche, das Bestehende

Ä43 Wir gestalten Niedersachsen - Ökologisch und Sozial

Antragsteller*in: LAG Wirtschaft/Finanzen

Beschlussdatum: 21.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.1

Von Zeile 1031 bis 1032 einfügen:

Nutzungen aus Gastronomie, Kultur, Wohnen, Arbeiten und Einkaufen aufzuwerten (vgl. Attraktive Städte, lebendige ländliche Räume).

Wir GRÜNE wollen das Gesetz für Ladenöffnungszeiten modernisieren. Dabei sollte es die individuelle Entscheidung sein, auch an Sonntagen zu öffnen. Das aktuelle Verbot ist antiquiert und passt nicht in eine freie und moderne Gesellschaft des 21. Jahrhunderts.

Begründung

Erfolgt mündlich

Ä44 Wir gestalten Niedersachsen - Ökologisch und Sozial

Antragsteller*in: LAG Wirtschaft/Finanzen

Beschlussdatum: 21.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.1

Von Zeile 1185 bis 1193:

Situation unseres Landes umfassend abzubilden. Es müssen weitere Kenngrößen wie der Ressourcenverbrauch, ~~die Nachhaltigkeit, die Durchlässigkeit unseres Bildungssystems oder das Maß an sozialer Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft~~ hinzukommen. Hier liefert die Gemeinwohlökonomie einen Bilanzierungsansatz, ~~der abbildet, inwieweit Unternehmen dem Gemeinwohl dienen. Wir bringen das Modell der Gemeinwohlbilanzierung voran, indem wir für Unternehmen, an denen das Land beteiligt ist, eine Gemeinwohlbilanzierung anregen. Darüber hinaus wollen wir private Unternehmen jeder Größe finanziell dabei unterstützen, ihre Gemeinwohlorientierung zu bilanzieren.~~die Lebensqualität, die Nachhaltigkeit, die Durchlässigkeit unseres Bildungssystems oder das Maß an sozialer Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft hinzukommen. Die dafür notwendigen Indikatoren stellen wir auf wissenschaftlich fundierter Grundlage auf.

Ä45 Wir gestalten Niedersachsen - Ökologisch und Sozial

Antragsteller*in: LAG Wirtschaft/Finanzen
Beschlussdatum: 21.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.1

Von Zeile 1194 bis 1195 einfügen:

Für uns Grüne ist Arbeit mehr als nur Arbeit. Wir GRÜNEN stehen für eine solidarische Gesellschaft, in der alle Menschen ein

Von Zeile 1200 bis 1201 einfügen:

und Sozialpolitik sind gute Arbeit, Absicherung und Beratung bei Arbeitslosigkeit, Teilhabe für alle und eine starke Daseinsvorsorge. In der Arbeit soll der Mensch seine Ziele verwirklichen können, kollaborieren mit anderen und damit in einem sozialen Zusammenhang agieren. Unser Ziel ist es, möglichst vielen Menschen den Zugang zu Arbeit zu ermöglichen und damit die Chance zu haben, für sich selbst zu sorgen.

Von Zeile 1220 bis 1221 einfügen:

tarifvertragliche Vereinbarungen zur Gestaltung der Transformation geschlossen werden. Wir sind überzeugt, dass Arbeit nie ausgehen wird. Durch Möglichkeiten der Automatisierung, besteht die Chance zur breiten Flexibilisierung der Erwerbsarbeitszeit. Die freigesetzte Zeit lässt sich in anderen Feldern einsetzen, wie etwa der ehrenamtlichen Arbeit für das Gemeinwesen. Wir möchten den Arbeitnehmer*innen ermöglichen, ihrer Arbeit so selbstreguliert und selbstbestimmt wie möglich nachgehen zu können und das Einbringen der eigenen geistigen Fähigkeiten zu fördern.

Ä46 Wir gestalten Niedersachsen - Ökologisch und Sozial

Antragsteller*in: LAG Wirtschaft/Finanzen
Beschlussdatum: 21.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.1

Von Zeile 1320 bis 1327:

~~Tariftreue und Vergabe~~ Moderne öffentliche Vergabe: Inklusiv, sozial und ökologisch Wo öffentliches Geld fließt, müssen ~~uneingeschränkt Tarifverträge sowie Umwelt- und Sozialstandards gelten. Lohndumping und das Befeuern ökologischer Krisen dürfen nicht mit Steuergeldern unterstützt werden. Deshalb werden wir bei öffentlicher Beschaffung, Vergabe und Wirtschaftsförderung Tariftreue und die Einhaltung ökologischer und sozialer Standards konsequent gesetzlich festschreiben und kontrollieren.~~ verbindliche Standards gelten. Dies beinhaltet soziale und ökologische Standards, genau wie die Berücksichtigung von EU-Regularien. Lohndumping und das Befeuern ökologischer Krisen dürfen nicht mit Steuergeldern unterstützt werden. Dennoch senken wir die bürokratischen Hürden für die Vergabe, um mehr kleinen und mittleren Unternehmen den Zugang zu öffentlichen Ausschreibung zu ermöglichen. Für alle Beteiligungen des Landes wollen wir durch einen Public-Governance-Kodex Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit mit

Ä47 Wir gestalten Niedersachsen - Ökologisch und Sozial

Antragsteller*in: LAG Wirtschaft/Finanzen

Beschlussdatum: 21.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.1

Von Zeile 1338 bis 1340:

Arbeits- und Lebensbedingungen beispielsweise in der niedersächsischen Fleischindustrie zu lenken, unterstreicht, wie wichtig regelmäßige verstärkte und unankündigte Kontrollen sind. Die bedeutsame Arbeit der Beratungsstelle für mobile Beschäftigte in der

Ä48 Wir gestalten Niedersachsen - Ökologisch und Sozial

Antragsteller*in: LAG Frauenpolitik

Beschlussdatum: 30.04.2022

Änderungsantrag zu Kap.1

Von Zeile 720 bis 722 einfügen:

Pflicht nimmt. Mit Unterstützung des Bundes sorgen wir dafür, dass bis 2030 in Niedersachsen 100.000 öffentlich zugängliche, barrierearme und für alle Geschlechter sicher zugängliche Ladepunkte geschaffen werden. Den Fuhrpark der Landesregierung stellen wir klimaschonend auf und verankern

Begründung

Ladesäulen, die an Stellen errichtet werden, an denen sich v.a. Frauen und weiblich gelesene Personen nicht sicher fühlen, können von dieser Personengruppe weniger genutzt werden.

Ä49 Wir gestalten Niedersachsen - Ökologisch und Sozial

Antragsteller*in: LAG Frauenpolitik

Beschlussdatum: 30.04.2022

Änderungsantrag zu Kap.1

Von Zeile 1935 bis 1937 einfügen:

werden. Eine gute und zielgruppengerechte Beratungsstruktur ist auch für die große Zahl von wohnungslosen Migrant*innen und Geflüchteten wichtig. Bei Unterstützungsprogrammen werden wir geschlechtsspezifische Unterschiede in den Fokus nehmen und spezielle Angebote für wohnungslose Frauen schaffen, wo diese noch nicht vorhanden sind. Dies werden wir mit den Kommunen angehen.

Ä50 Wir gestalten Niedersachsen - Ökologisch und Sozial

Antragsteller*in: LAG Frauenpolitik

Beschlussdatum: 30.04.2022

Änderungsantrag zu Kap.1

Von Zeile 1117 bis 1118 einfügen:

verbesserte Zusammenarbeit der Unternehmen mit Forschungseinrichtungen und Hochschulen sowie eine Stärkung des Transfers (vgl. Wissenschaft macht Zukunft). Wir setzen uns dafür ein, dass geschlechtersensible Medizin und Diversity in die medizinischen Rahmencurricula der Universitäten und in die Weiterbildungsordnung der Landesärztekammer aufgenommen werden.

Begründung

Geschlechtersensible Aspekte nehmen in Forschung und Lehre noch wenig Raum ein. Um alle Geschlechter adäquat behandeln zu können, ist es wichtig, geschlechtsspezifische Unterschiede zu erkennen.

Ä51 Wir gestalten Niedersachsen - Ökologisch und Sozial

Antragsteller*in: Kreisverband Wesermarsch
Beschlussdatum: 22.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.1

Von Zeile 1009 bis 1012:

300.000 Menschen sind landesweit direkt oder indirekt in dieser Branche beschäftigt, mehr als in der Automobilindustrie. Die immer stärker ins Bewusstsein rückende Klimawandel und die Erfahrungen aus der Corona-Pandemie haben die touristische Nachfrage nach Urlaubsreisen innerhalb Deutschlands noch verstärkt und bieten zusammen mit den allgemeinen Nachfragetrends im Tourismus wie Nachhaltigkeit, Individualität, mehr Outdoor-Aktivitäten oder Regionalität ~~bieten~~ Chancen für die niedersächsische Tourismuswirtschaft, die wir GRÜNEN gezielt nutzen werden.

Von Zeile 1017 bis 1020 einfügen:

stärker herausstellen und für nachhaltigen sowie naturnahen Tourismus nutzbar machen, indem wir mit passgenauen Förderprogrammen unterstützen. Gleichzeitig gilt es, die Anreise mit dem ÖPNV attraktiver zu machen und den Aufenthalt selbst nachhaltig zu gestalten. Hierfür ist eine solide und konstante Finanzausstattung unserer Tourismuskommunen unerlässlich, die durch das Land Niedersachsen - wie auch in vielen benachbarten Bundesländern - künftig wirksam und dauerhaft sichergestellt wird. Wir GRÜNEN wollen, dass die vom Land zertifizierten, prädikatisierten Tourismuskommunen mit mindestens 20 Mio. Euro pro Jahr vom Land unterstützt werden.

Begründung

Anders als viele benachbarte Bundesländer beschränkt sich Niedersachsen im Bereich der Tourismusförderung auf die reine Projektförderung. Das hat zur Folge, dass finanzschwache Kommunen sich wegen der Eigenanteile keine größeren Investitionen leisten können. Tourismuskommunen müssen aber für die nötige Infrastruktur zur Versorgung von Gästezahlen, die ihre Einwohnergrößen in der Saison deutlich übersteigen (in einigen Fällen um das Doppelte und mehr) erhebliche Investitionen tätigen, die nicht über Gästebeiträge oder Abgaben refinanziert werden dürfen, sondern aus dem Haushalt der Kommune bestritten und damit von den einheimischen Steuerzahler*innen bezahlt werden müssen. Damit niedersächsische Tourismuskommunen sich für die Gegenwart und Zukunft attraktiv aufstellen können, ist daher eine grundlegende und dauerhafte finanzielle Unterstützung aus dem Landeshaushalt unerlässlich.

Ä52 Wir gestalten Niedersachsen - Ökologisch und Sozial

Antragsteller*in: Kreisverband Wesermarsch

Beschlussdatum: 22.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.1

Von Zeile 1087 bis 1090:

Niedersachsen über den einzigen deutschen Tiefwasserhafen, der tideunabhängig selbst von den größten Containerschiffen angelaufen werden kann. Weitere Jede weitere Vertiefung der Weser, der Elbe und der Ems wird daher strikt abgelehnt, da sie nicht nur überflüssig und unwirtschaftlich, sondern vor dem Hintergrund des rasant fortschreitenden Klimawandels wegen der verheerenden Folgen nicht mehr zu verantworten ist. Die durch frühere Flussvertiefungen sind damit überflüssig verursachten Schäden, z.B. die Versalzung der Grabbenwassersysteme in der Wesermarsch, die Verschlickung von Stränden sowie von Siel-, Kutter-, und Sportboothäfen müssen von Land und Bund ausgeglichen und nicht wie bisher die Kosten auf die Geschädigten abgewälzt werden. Wir GRÜNEN werden uns dafür einsetzen, dass die Hafenkonzurrenz der norddeutschen Bundesländer, die sowohl Umwelt als

Von Zeile 1107 bis 1108 einfügen:

Schiene. Diese Potenziale wollen wir durch den gezielten Ausbau unserer Binnenhäfen zu trimodalen Logistik-Hubs nutzen (vgl. Mobil in Niedersachsen).

Wir sehen das Land in der Verantwortung, sich nicht nur um die für den Güterverkehr wichtigen Häfen zu kümmern, sondern auch die kleinen Kutterhäfen für die küstennahe Fischerei als wichtigen Teil der Landeskultur und wegen ihrer hohen Bedeutung für den Tourismus zu erhalten. Gleiches gilt für die Häfen, über welche der Verkehr von und zu den ostfriesischen Inseln abgewickelt wird.

Begründung

Die nächsten Vertiefungen der Unterweser und der Außenweser sollen nach dem Maßnahmengesetzvorbereitungsgesetz durchgezogen werden, nachdem der Planfeststellungsbeschluss gerichtlich gekippt worden ist und die Planungsträger wohl kaum eine Chance auf einen neuen Planfeststellungsbeschluss sehen. Die negativen Folgen weiterer Vertiefungen sind ganz erheblich: höhere Strömungsgeschwindigkeit, höher auflaufende Fluten, Uferabbrüche, Gefährdung der Deichsicherheit z.B. auf Höhe des stillgelegten AKW Esenshamm und des dortigen Zwischenlagers, höhere Salzgehalte in den Grabensystemen, Probleme mit der Entwässerung des Binnenlandes, Verschlickung der Häfen und Strände. Weitere Vertiefungen gerade der Weser müssen in unserem Wahlprogramm explizit ausgeschlossen werden, damit sie später Bestandteil von Koalitionsverhandlungen sind.

Ä53 Wir gestalten Niedersachsen - Ökologisch und Sozial

Antragsteller*in: KV Ammerland

Beschlussdatum: 19.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.1

Von Zeile 242 bis 244 einfügen:

Unser Ziel ist eine möglichst dezentrale Energiewende, an der die Bürger*innen direkt teilhaben und profitieren können. Menschen im Umkreis 5km von Windparks sollen künftig vom finanziellen Ertrag profitieren. Um die Akzeptanz der Anlagen zu erhöhen, können die Anlagenbetreiber verpflichtet werden, betroffene Anwohner und Kommunen am Projekt mit 20% zu beteiligen. Um mehr Energiewende-Projekte in Bürger*innenhand zu ermöglichen, setzen wir auf einen Bürger*innen-Energiewende-

Ä54 Wir gestalten Niedersachsen - Ökologisch und Sozial

Antragsteller*in: Stefan Wenzel (KV Cuxhaven)

Änderungsantrag zu Kap.1

Von Zeile 757 bis 761:

Seetransportkosten am Preis eines Produkts ist in den vergangenen Jahrzehnten immer geringer geworden und inzwischen fast zu vernachlässigen. Das Schiff ist auf den ersten Blick einer der umweltfreundlichsten umweltfreundlicheren Verkehrsträger, kann und muss aber gerade mit Blick auf die Schwefel- und Stickoxidemissionen und viele andere Schadstoffe, die mit dem Schweröl - einem Abfallstoff aus Raffinerien - auf See verbrannt wurden und trotz verbesserter Grenzwerte noch werden, deutlich besser werden. Während ein LKW rund 200 Gramm CO₂ je Tonnenkilometer ausstößt, kommt das Seeschiff mit 15

Von Zeile 765 bis 767 einfügen:

alternativer Schiffstreibstoffe klimafreundlicher gestaltet werden kann. Wir begrüßen diese Vorschläge grundsätzlich und fordern eine schnelle und drastische Reduzierung des Energieverbrauchs durch europäische und transatlantische "Slow Steaming" Regulierung, windkraftunterstützte moderne Antriebsysteme und Kraftstoff aus Wasserstoffderivaten. Über die landeseigene Hafenbetreiberin Niedersachsen Ports GmbH werden wir dafür sorgen, dass die von der EU-Kommission angestrebte

Von Zeile 770 bis 771 einfügen:

Besiedlung des Schiffsrumpfes mit Muscheln und Seepocken verhindern sollen, künftig nicht mehr mit Giftstoffen belastet sind. Die Verwendung illegaler Pestizide muss durch die Hafenstaatenkontrolle regelmässig geprüft werden, um eine weitere Belastung von Hafenschlick wirkungsvoll zu unterbinden.

Begründung

Die wenigsten Antriebsysteme von Schiffen wären an Land nach den Vorgaben des Bundesimmissionsschutzgesetzes (BImSchG) genehmigungsfähig. Der Schadstoffausstoß ist in der Regel viel zu hoch. Der Abschied vom Schweröl verbessert die Situation, aber hier bleibt sehr viel Handlungsbedarf für den Meeresschutz und die Hafenstädte. Niedersachsen kann hier einen wichtigen Beitrag leisten, weil der weltweit grösste Hersteller von schweren Schiffsmotoren die Volkswagen Tochter MAN Energy Solutions ist. Bislang wurde weltweit ein Grossteil der Raffinerieabfälle in diesen Motoren verbrannt. Jetzt muss die Chance zum Bau moderner Antriebe genutzt werden. Europa sollte Technologieführerschaft bei klimafreundlichen Antrieben anstreben. Mit dem "Slow Steaming" Konzept, dass Präsident Macron schon vor einigen Jahren ins Gespräch brachte, kann der Energieverbrauch fast halbiert werden, mit moderner digital gesteuerter Windkraftunterstützung auf Langstrecken kann der heutige Energieverbrauch von Schiffen um ein weiteres Viertel reduziert werden. Auch deutsche Werften haben hier spannende Perspektiven.

Die hohe Belastung von Hafenschlick aus dem Hamburger Hafen mit längst verbotenen Insektiziden wie zum Beispiel DDT und seinen Derivaten, lässt vermuten, dass in anderen Teilen der Welt heute noch illegale Stoffe für Antifouling Anstriche verwendet werden. Allein mit historischen Belastungen sind die Werte im Hamburger Hafenschlick nicht zu erklären. Um Belastungen der Nahrungskette und Einträge in die Küstenmeere und den Nationalpark Wattenmeer zu unterbinden, muss die Hafenstaatenkontrolle

regelmässig prüfen, ob Schiffe mit illegalen Antifouling Anstrichen in niedersächsische Häfen einlaufen. Die Nachbarländer müssen ebenfalls zu Kontrollen angehalten werden.

Unterstützer*innen

Carsten Bäck (KV Cuxhaven); Marcel Ernst (KV Göttingen); Jochen Sauer (KV Braunschweig); Jan-Hendrik Sibberns (KV Cuxhaven); Ina Machnik (KV Cuxhaven); Michael Hinrichs (KV Cuxhaven); Johannes Sattinger (KV Cuxhaven); Eva Viehoff (KV Cuxhaven); Tilman Krösche (KV Braunschweig); Elke Roskosch-Buntemeyer (KV Cuxhaven); Anja Hanke (KV Cuxhaven); Wilfried Böhling (KV Stade); Monika Franke (KV Stade); Renate Warren (KV Rotenburg/Wümme); Sandra Deutschbein (KV Stade); Marion Kaiser (KV Rotenburg/Wümme); Marc Treudler (KV Stade); Verena Wein-Wilke (KV Stade); Ina Ecks (KV Stade); Britta Sanders (KV Stade); Uwe Brauer (KV Rotenburg/Wümme); Bettina Deutelmoser (KV Stade)

Ä55 Wir gestalten Niedersachsen - Ökologisch und Sozial

Antragsteller*in: Stefan Wenzel (KV Cuxhaven)

Änderungsantrag zu Kap.1

Von Zeile 302 bis 304 einfügen:

Bestand deutlich erhöht werden. An der fehlenden Technik scheitert die Wärmewende nicht. Mit Wärmepumpen, oberflächennaher Geothermie, Solarthermie, Kraft-Wärme-Kopplung oder der Fernwärme können wir in Verbindung mit der Sanierung und damit Senkung des

Begründung

Die Nutzung oberflächennaher Geothermie kann die Effizienz von Wärmepumpen deutlich steigern und zugleich die Lastspitzen senken. Das ist sowohl im ländlichen, wie auch im urbanen Raum möglich. Entsprechende Förderprogramme müssen die Wärmewende unterstützen.

In diesem Satz sollte die oberflächennahe Geothermie wie folgt eingesetzt werden. "Mit Wärmepumpen, *oberflächennaher Geothermie*, Solarthermie, Kraft-Wärme-Kopplung oder der Fernwärme können wir in Verbindung mit der Sanierung und damit Senkung des Energieverbrauchs unsere Gebäude im ganzen Land klimaneutral versorgen. Neue öffentliche Gebäude bauen wir mit 100% Erneuerbarer Wärme, mindestens klimaneutral, möglichst klimapositiv."

Unterstützer*innen

Carsten Bäck (KV Cuxhaven); Oliver Kersten-Wilk (KV Hildesheim); Tjark Melchert (KV Gifhorn); Marcel Ernst (KV Göttingen); Jochen Sauer (KV Braunschweig); Wiebke Haarbrandt (KV Gifhorn); Jan-Hendrik Sibberns (KV Cuxhaven); Ina Machnik (KV Cuxhaven); Johannes Sattinger (KV Cuxhaven); Eva Viehoff (KV Cuxhaven); Deborah Will (KV Hildesheim); Tilman Krösche (KV Braunschweig); Elke Roskosch-Buntemeyer (KV Cuxhaven); Wilfried Böhling (KV Stade); Monika Franke (KV Stade); Renate Warren (KV Rotenburg/Wümme); Sandra Deutschbein (KV Stade); Marion Kaiser (KV Rotenburg/Wümme); Marc Treudler (KV Stade); Verena Wein-Wilke (KV Stade); Bernd Zobel (KV Celle); Andreas Eickmann (KV Cuxhaven); Ina Ecks (KV Stade); Britta Sanders (KV Stade); Uwe Brauer (KV Rotenburg/Wümme); Bettina Deutelmoser (KV Stade)

Ä56 Wir gestalten Niedersachsen - Ökologisch und Sozial

Antragsteller*in: Stefan Wenzel (KV Cuxhaven)

Änderungsantrag zu Kap.1

Von Zeile 239 bis 240 einfügen:

Stromerzeugung nutzen. Die auf Bundesebene angekündigten Änderungen im EEG begrüßen wir und unterstützen deren Umsetzung in Niedersachsen. Wir setzen uns für den schnellen Bau einer Solar-GIGA-WATT-Fabrik in Niedersachsen ein, um die industrielle Fertigung von Solarmodulen wieder nach Europa zu holen, die Produktionsengpässe zu beseitigen und die Abhängigkeit von Importen zu reduzieren.

Von Zeile 337 bis 338 einfügen:

Quartiersentwicklung und für kalte Nahwärmenetze für die Kommunen über einen öffentlich zugänglichen Energieatlas aus. Wir setzen uns für den Bau einer Wärmepumpen GIGA-WATT-Fabrik in Niedersachsen ein, um die Produktionskapazitäten deutlich zu erhöhen, Skaleneffekte zu generieren und fossile Heizsysteme schnellstmöglich ablösen zu können.

Begründung

Mit dem Projekt REPowerEU und dem Osterpaket der Bundesregierung soll die Energiewende drastisch beschleunigt werden. Um die Nachfrage nach Solarmodulen zu decken, muss die industrielle Fertigung in grossem Stil nach Europa zurück geholt werden. Die Fertigung von Komponenten für Solaranlagen wird eine Schlüsseltechnologie der kommenden Jahrzehnte sein. Nach den industriepolitischen Fehlentscheidungen der Bundesregierung Anfang des letzten Jahrzehnts ist ein Grossteil der Fertigung abgewandert. Mit geeigneten Förderprogrammen und entsprechenden Planungsbeschleunigungen muss den aktuellen Versorgungsengpässen begegnet werden.

Ein ähnliches Projekt ist zur Unterstützung der Wärmepumpenproduktion aufzulegen, wo ebenfalls eine deutlich steigende Nachfrage zu erwarten ist.

Die Förderung kann wettbewerbsneutral in Form einer geförderten Ausschreibung in geeigneter Grössenordnung erfolgen.

Gleichzeitig ist Forschung und Entwicklung in diesem Kontext energisch zu unterstützen, um weitere Effizienzgewinne zu erreichen. Im Bereich der Ausbildung ist im Handwerk und in den Ingenieurberufen die Unterstützung deutlich zu verstärken, um junge Menschen für ein Engagement zu gewinnen.

Unterstützer*innen

Ina Machnik (KV Cuxhaven); Jan-Hendrik Sibberns (KV Cuxhaven); Eva Viehoff (KV Cuxhaven); Wiebke Haarbrandt (KV Gifhorn); Marcel Ernst (KV Göttingen); Carsten Bäck (KV Cuxhaven); Jochen Sauer (KV Braunschweig); Elke Roskosch-Buntemeyer (KV Cuxhaven); Wilfried Böhling (KV Stade); Monika Franke (KV Stade); Renate Warren (KV Rotenburg/Wümme); Sandra Deutschbein (KV Stade); Marion Kaiser (KV Rotenburg/Wümme); Marc Treudler (KV Stade); Verena Wein-Wilke (KV Stade); Bernd Zobel (KV Celle); Ina Ecks (KV Stade); Britta Sanders (KV Stade); Uwe Brauer (KV Rotenburg/Wümme); Bettina Deutelmoser (KV Stade)

Ä57 Wir gestalten Niedersachsen - Ökologisch und Sozial

Antragsteller*in: Marcel Richter (KV Braunschweig)

Änderungsantrag zu Kap.1

Von Zeile 1325 bis 1327:

Einhaltung ökologischer und sozialer Standards konsequent gesetzlich festschreiben und kontrollieren[Leerzeichen]. Deshalb wollen wir das Tariftreue- und Vergabegesetz umfassend novellieren und die Tariftreue (die gültigen branchenspezifischen Tarifverträge, und/oder ein landeseigener Vergabemindestlohn) und die Einhaltung ökologischer und sozialer Standards in der gesamten öffentlichen Auftragsvergabe einführen. Dabei sollen inklusive Betriebe und Dienstleister besonders berücksichtigt werden. Bei der Novellierung sollen die Erfahrungen anderer Bundesländer mit ihren Landstariftreuegesetzen und Vergabegesetzen berücksichtigt werden. Ein landeseigener Vergabemindestlohn sollte jährlich erhöht werden. Das Ziel ist es ein Tariftreue- und Vergabegesetz zu schaffen, das die bestehenden Länderregelungen zur Tariftreue, Beschäftigungssicherung sowie zur Berücksichtigung von ökologischen und sozialen Standards weiter verbessert. Für alle Beteiligungen des Landes wollen wir durch einen Public-Governance-Kodex Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit mit

Begründung

Hintergrund: Mit der Ergänzung soll besser erläutert werden mit welcher Zielrichtung in Niedersachsen das Tariftreue- und Vergabegesetz neugestaltet werden soll. Dabei sollte die Tariftreue, die Einhaltung ökologischer und sozialer Standards, die Beschäftigungssicherung (z.B. bei Betreiberwechsel) oder Inklusion stärker zur Geltung gebracht werden. Bei der Novellierung sollten die positiven und negativen Erfahrungen anderer Bundesländer mit ihren Tariftreue- und Vergabegesetzen berücksichtigt werden.
Eingebracht von GewerkschaftsGrün Niedersachsen

Unterstützer*innen

Kai Brunzel (KV Braunschweig); Swantje Schendel (KV Braunschweig); Hanna Leister (KV Braunschweig); Sandra Deutschbein (KV Stade); Wilfried Böbling (KV Stade); Margaux Erdmann (KV Braunschweig); Elke Roskosch-Buntemeyer (KV Cuxhaven); Bettina Deutelmoser (KV Stade); Anton Hensky (KV Braunschweig); Axel Kleindienst (KV Stade); Carla Prinz (KV Stade); Yvonne Marchewitz (Hannover RV); Georg Zindl (KV Oldenburg-Land); Lisa-Marie Jalyschko (KV Braunschweig); Tamina Reinecke (KV Helmstedt); Hendrik Weking (KV Braunschweig); Lea Weigand (KV Braunschweig); Jens Krumsieck (KV Braunschweig); Alina Meyer (KV Braunschweig)

Ä1 Niedersachsens ökologischen Schatz bewahren

Antragsteller*in: Kreisverband Lüchow Dannenberg

Beschlussdatum: 05.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.2

Von Zeile 101 bis 103 einfügen:

dem Naturschutz. Flüssen und Auen geben wir wieder mehr Raum und schaffen

Durchlässigkeit. Hierzu werden wir gemeinsam mit anderen Bundesländern an Flüssen wie der Elbe Gesamtkonzepte im Laufe der Legislaturperiode umsetzen und hierfür die notwendigen Ressourcen bereitstellen. Moore vernässen und restaurieren wir und geben ihnen ihre

Funktion als natürliche Schwammflächen zurück (vgl. Moorschutz ist Klimaschutz).

Ä2 Niedersachsens ökologischen Schatz bewahren

Antragsteller*in: KV Hameln-Pyrmont

Beschlussdatum: 11.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.2

Von Zeile 69 bis 71 einfügen:

evaluieren wir das aktuelle System und prüfen, inwiefern die ökologische Gewässerentwicklung vom Land selbst übernommen werden sollte. Sollte die Prüfung positiv verlaufen, werden wir Kompetenzen zur Ausweisung und Pflege von Schutzgebieten auf die Landesebene ziehen. Wir werden in diesem Zuge auch die Zuständigkeiten für die Gewässer dritter Ordnung, also insbesondere unsere Quellen und Quellbäche, klären und Programme für ihre Renaturierung aufsetzen.

Wir führen darüber

hinaus verbindliche Sachkundenachweise mit Schulungen für die naturverträgliche

Begründung

Ohne die Änderung setzen wir im Kapitel „Stadt und Land zukunftsfähig gestalten“ Forderungen voraus, die wir hier zunächst noch prüfen wollen. Das sollte zusammengebracht werden. Bislang sieht das „Aktionsprogramm niedersächsische Gewässerlandschaften“ ausschließlich Gewässer 1. und 2. Ordnung als prioritär für die Umsetzung der WRRL vor. Dies führt nicht nur dazu, dass für die Renaturierung von Gewässern dritter Ordnung keine Förderungen vorgesehen sind, sondern es erweckt auch den Eindruck bei den Unterhaltungsverbänden und sogar den Unteren Wasserbehörden, dass diese Gewässer von der WRRL nicht umfasst seien. Das entspricht nicht den Tatsachen. Insofern braucht es hier dringend eine Klärung und Anpassung des Aktionsprogramms.

Ä3 Niedersachsens ökologischen Schatz bewahren

Antragsteller*in: Christian Sauer (KV Celle)

Redaktionelle Änderung

ab Zeile 59:

...Wattenmeer lehnen wir entschieden ab. Das Fluten von Bergwerken mit Süßwasser muss gestoppt werden und die anfallenden Haldenwässer sind grundsätzlich aufzubereiten. Hierfür müssen das Bundesberggesetz aus dem Jahr 1982 und die Allgemeine Bergverordnung von 1966 reformiert werden. Das Bergrecht stammt aus einer Zeit, in der die wirtschaftliche Nutzung von Bodenschätzen vorrangig war gegenüber den Interessen der vom Bergbau betroffenen Bürgerinnen und Bürger. Der Umweltschutz spielte eine untergeordnete Rolle. Die Defizite in Bezug auf Umweltschutz, Ewigkeitslasten, Transparenz sowie Beteiligung von Kommunen, Verbänden sowie betroffener Bürgerinnen und Bürger in der Allgemeinen Bergverordnung wollen wir beheben und überprüfen welche landesrechtlichen Möglichkeiten genutzt werden können, die Defizite des Bundesberggesetzes zu beheben.

Änderungsantrag zu Kap.2

Von Zeile 58 bis 59 einfügen:

Hamburger Baggergut vor Scharhörn geplant – im oder am Rande des Nationalparks Wattenmeer lehnen wir entschieden ab. Das Fluten von Bergwerken mit Süßwasser muss gestoppt werden und die anfallenden Haldenwässer sind grundsätzlich aufzubereiten. Hierfür müssen das Bundesberggesetz aus dem Jahr 1982 und die Allgemeine Bergverordnung von 1966 reformiert werden. Das Bergrecht stammt aus einer Zeit, in der die wirtschaftliche Nutzung von Bodenschätzen vorrangig war gegenüber den Interessen der vom Bergbau betroffenen Bürgerinnen und Bürger. Der Umweltschutz spielte eine untergeordnete Rolle. Die Defizite in Bezug auf Umweltschutz, Ewigkeitslasten, Transparenz sowie Beteiligung von Kommunen, Verbänden sowie betroffener Bürgerinnen und Bürger in der Allgemeinen Bergverordnung wollen wir beheben und überprüfen welche landesrechtlichen Möglichkeiten genutzt werden können, die Defizite des Bundesberggesetzes zu beheben.

Begründung

Es gibt in Niedersachsen einige Kalihalden die demnächst mit Bauschutt abgedeckt werden sollen. Überall formieren sich Bürgerinitiativen gegen diese Maßnahmen. Stand der Technik gemäß der EU-Gesetzgebung wäre es die Halden mittels Spülversatz nach unter Tage zu verbringen um die Ewigkeitslasten zu beseitigen. Die zuständige Behörde LBEG arbeitet viel zu nah mit K+S zusammen. K+S exportiert im Wesentlichen die Rohstoffe ins Ausland, während die Bürger:innen die Umweltbelastungen akzeptieren müssen, die durch das Bundesberggesetz ermöglicht werden. Um K+S vor dem internationalen Wettbewerb zu schützen, wird es vom LBEG und Wirtschaftsministerium akzeptiert, dass der Stand der Technik nicht eingehalten wird. Zudem sind die Kali-Lagerstätten spätestens in 40-50 Jahren abgebaut, danach müssten wir diesen Rohstoff aus Ländern wie Russland oder Belarus importieren. Eine Reform der Gesetze ist daher dringend angebracht.

Unterstützer*innen

Geert Eichhorn (KV Celle); Marcel Kasimir (KV Celle); Gerald Sommer (KV Celle); Anna Katharina Boertz (KV Celle); Annegret Pfützner (KV Celle); Thomas Müller (KV Celle); Karin Robel (KV Celle); Christian Ehlers (KV Celle); Manuela Ehlers (KV Celle); Martin Kirschstein (KV Celle); Julia Bär (KV Celle); Gudrun Fischer-Isensee (KV Celle); Hülya Adler (KV Celle); Jan Tasarek (KV Celle); Bernd Zobel (KV Celle); Jan Manske (KV Celle); Stephan Ohl (KV Celle); Janne Schmidt (KV Celle); Karin Abenhausen (KV Celle); Johanna Thomsen (KV Celle)

Ä4 Niedersachsens ökologischen Schatz bewahren

Antragsteller*in: KV Grafschaft Bentheim

Beschlussdatum: 20.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.2

Von Zeile 346 bis 347 einfügen:

Wir GRÜNEN setzen uns für ein Verbot von Totschlagfallen, Bleimunition und Bautenjagd ein. Den Einsatz von Lebendfallen im Jagdbetrieb werden wir unter behördliche

Ä5 Niedersachsens ökologischen Schatz bewahren

Antragsteller*in: KV Grafschaft Bentheim

Beschlussdatum: 20.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.2

Von Zeile 323 bis 324 einfügen:

entwickeln und die Feuerwehren für Waldbrand und andere Vegetationsbrände besser ausstatten.

Die Errichtung von Windenergieanlagen in Waldgebieten erfolgt nur nachrangig gegenüber Windenergiegewinnung auf bereits versiegelten Flächen oder Freiflächen.

Begründung

Der Flächenfraß im Wald fällt großräumiger aus, als die Anlagengröße selbst. Damit würden Waldstandorte massiv ausgedünnt und entwertet. Wir bevorzugen die Bündelung von Belastungen an existierenden Standorten oder z.B. an Autobahnen.

Ä6 Niedersachsens ökologischen Schatz bewahren

Antragsteller*in: KV Grafschaft Bentheim

Beschlussdatum: 20.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.2

Von Zeile 93 bis 95 einfügen:

Hochwasserschutz gestärkt. Die Lebensqualität in unseren Städten und Gemeinden steigt und im Sommer sind die Menschen besser gegen Hitzeereignisse gewappnet. Mit Blick auf die besonders schutzbedürftigen Menschen - z.B. ohne festen Wohnsitz - fordern wir frei zugängliche Trinkwasserquellen in Innenstädten.

Eine ausreichende Starkregenvorsorge findet in den meisten Kommunen aktuell

Begründung

Den südeuropäischen Beispielen folgend sind solche gesundheitsfördernden Maßnahmen bei zunehmenden Hitzesommern zwingend geboten.

Ä7 Niedersachsens ökologischen Schatz bewahren

Antragsteller*in: KV Cuxhaven
Beschlussdatum: 18.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.2

Von Zeile 56 bis 61:

haben vor, den Abfallwirtschaftsplan zu überarbeiten und Kalirückstände primär in die Bergwerke rückzuversetzen. ~~Die Verklappung von Schlick— wie zurzeit mit Hamburger Baggergut vor Scharhörn geplant — im oder am Rande des Nationalparks Wattenmeer lehnen wir entschieden ab.~~ **Keine Flussvertiefungen und neue Wege beim Baggergut**
Die ~~Vertiefungen von Elbe, Weser~~ Anfang 2022 beendete 9. Elbvertiefung hat sich als Fehlinvestition und ~~Ems lehnen~~ Ursache verschiedener ökologischer Probleme im Bereich der niedersächsischen Küstengewässer herausgestellt. Wir wollen eine teilweise Rücknahme der Vertiefungsmaße erreichen, um die zukünftigen Unterhaltungsbaggerungen in Fahrrinnen und Häfen deutlich zu reduzieren. Neue Vertiefungen, wie an der Weser geplant, dürfen nicht begonnen werden. Für die Behandlung von mit Schadstoffen belastetem Baggergut an Land fordern wir weiterhin ab Niedersachsen auf, gemeinsam mit dem Bund und angrenzenden Ländern eine Trennungs- und Verwertungsanlage zu planen. Eine Verbringung dieser Schlämme im Küstenmeer (nahe der Nationalparke Wattenmeer) muss vollständig unterbleiben, eine Verbringung im offenen Meer muss, falls sie genehmigt wird, nach kurzer Übergangszeit beendet werden. Gleichzeitig setzen ~~uns~~ wir uns für ein norddeutsches Hafenkonzept ein, um weitere Vertiefungen der Fahrrinnen in Elbe, Weser und Ems zu vermeiden. (vgl. innovatives Niedersachsen); [Zeilenumbruch]

Begründung

Infolge der Elbvertiefung haben sich die Baggermengen in der Tideelbe, insbesondere bei belasteten Feinsedimenten so extrem erhöht, so dass sie ohne Verbringung an Küsten und Meere nicht mehr zu bewältigen sind. Die vorhandene Landbehandlungs-Anlage in Hamburg kann nichts mehr zusätzlich aufnehmen. Die Verbringung belasteter Hafenschlämme in den Meeren widerspricht internationalen und europäischen Schutzvorgaben. Eine seit 12 Jahren geltende Übergangsbestimmung (GÜBAK) ermöglicht unter Mengen-Auflagen noch eine küstennahe Verbringung in den Wintermonaten, dies führt jedoch zu Schädigungen des Nationalparks Wattenmeer und Verschlechterung der Wasserqualität in den Mündungsgebieten (Ästuar). Es ist daher notwendig, die Baggermengen zu reduzieren. Das kann nur erreicht werden, wenn die Maße der Elbvertiefung teilweise zurückgenommen werden und keine weiteren Vertiefungen an Weser und Ems stattfinden. Es sind Belege vorhanden, wonach die im Jahr 2000 fertiggestellte vorhergehende 8. Elbvertiefung vollkommen ausreichend ist, wenn bei einzelnen Großcontainerschiffen eine Kooperation mit Tiefwasserhäfen stattfindet, in Niedersachsen ist dies Wilhelmshaven. Gleichzeitig ist ein Ausbau der An-Land-Behandlung belasteter Schlämme notwendig. Danach sind Teile davon wieder nutzbar, u.a. für den Küstenschutz.

Ä1 Wir gestalten Niedersachsen - Chancengerecht und Solidarisch

Antragsteller*in: Kreisverband Lüchow Dannenberg

Beschlussdatum: 05.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.3

Von Zeile 945 bis 950:

Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf gewaltfreies Aufwachsen und körperliche und seelische Unversehrtheit. Wir werden die Empfehlungen der Enquete-Kommission Kinderschutz, die insbesondere wegen der Fälle sexuellen Missbrauchs in Lügde eingesetzt wurde, deshalb konsequent umsetzen und mit einem neuen iedersächsischen Kinderschutzgesetz rechtlich absichern. Insbesondere stärken wir die Prävention und ermöglichen eine frühzeitige Intervention dort, wo Kinder von Gewalt sexualisierter Gewalt und Misshandlung bedroht sind. Dafür brauchen wir Schutzkonzepte in Kitas, Schulen, Sportvereinen und anderen

Von Zeile 957 bis 961 einfügen:

und sie bestmöglich in Strafverfahren unterstützen. Beratungsstellen für Kinder, die körperliche und sexualisierte Gewalt erlebt haben, sichern wir mit passgenauen Förderrichtlinien finanziell ab und bauen das Angebot insbesondere in der Fläche aus was die Erreichbarkeit für Kinder sicherstellt. Digitale Angebote müssen als Ergänzung ausgebaut werden.. Es braucht flächendeckende Netzwerkarbeit zwischen den verschiedenen Akteur*innen, um den Kinderschutz grundsätzlich zu stärken und Versorgungslücken zu schließen. Wir streben die Einführung einer unabhängigen Landesfachberatungsstelle für sexualisierte Gewalt an. Niedersachsen sollte wie Mecklenburg-Vorpommern, Bayern und Hessen in den Bund-Länder-Topf „Fonds sexueller Missbrauch“ einzahlen, aus dem Sachleistungen, insbesondere therapeutische Hilfen für Opfer sexueller Übergriffe im familiären Bereich finanziert werden.

Begründung

In den letzten Jahren wurden verschiedene Skandale bekannt, in denen hunderte Kinder Opfer sexuellen Missbrauchs geworden sind. Die vorgeschlagenen Änderungen dienen dazu, diesem Umstand Rechnung zu tragen und die Hilfen gegen sexualisierte Gewalt klar und konkreter zu benennen. Der Kreisverband Lüchow-Dannenberg hat diese Vorschläge nach einem Austausch mit der Fachberatungsstelle gegen sexualisierte Gewalt Violetta erarbeitet.

Ä2 Wir gestalten Niedersachsen - Chancengerecht und Solidarisch

Antragsteller*in: LAG Weltanschauung und Staat

Beschlussdatum: 17.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.3

Von Zeile 949 bis 951 einfügen:

eine frühzeitige Intervention dort, wo Kinder von Gewalt bedroht sind. Dafür brauchen wir Schutzkonzepte in Kitas, Schulen, Sportvereinen, Religionsgemeinschaften und anderen Einrichtungen, die regelmäßig mit Kindern arbeiten. Sowohl Haupt- als auch

Begründung

Auch Religionsgemeinschaften (Kirchen, Moscheen und andere) sowie ihre Einrichtungen machen Angebote für Kinder und Jugendliche und betreuen diese. Auch im religiösen Kontext ist Kindern und Jugendlichen Gewalt widerfahren. Aber mittlerweile haben auch Kirchengemeinde und andere religiöse Akteur:innen Schutzkonzepte erarbeitet. Durch die explizite Nennung der Religionsgemeinschaften sollten wir deren Rolle wahrnehmen.

Ä3 Wir gestalten Niedersachsen - Chancengerecht und Solidarisch

Antragsteller*in: KV Osnabrück-Land

Beschlussdatum: 07.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.3

Von Zeile 120 bis 122 löschen:

Gute Schulpolitik ist dabei auch eine Ressourcenfrage: Unser Ziel ist es, Schulen mit ~~ausreichend~~-gut ausgebildeten Lehrkräften zu versorgen und darüber hinaus von den Gebäuden bis zur digitalen Infrastruktur so auszustatten, dass

Ä4 Wir gestalten Niedersachsen - Chancengerecht und Solidarisch

Antragsteller*in: KV Osnabrück-Land

Beschlussdatum: 07.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.3

Von Zeile 826 bis 827 einfügen:

Menschen die für sie passenden Bildungswege und Angebote finden, wollen wir die trägerunabhängige Bildungsberatung auch zukünftig stärken. Auch soll die Qualität der Angebote und eine verlässliche Zusammenarbeit mit den Bildungsträgern gewährleistet werden.

Ä5 Wir gestalten Niedersachsen - Chancengerecht und Solidarisch

Antragsteller*in: KV Osnabrück-Land

Beschlussdatum: 07.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.3

Von Zeile 858 bis 860 einfügen:

Erwachsenenbildung. Dozent*innen sind nicht mehr nur Pädagog*innen, sondern benötigen Kompetenzen, Lerninhalte digital zu vermitteln. Es muss auch eine passende digitale Ausstattung mit adäquaten Medien, Hardware und Software der Dozenten erfolgen. Wir wollen nicht zuletzt die Erfahrungen und Erkenntnisse aus den pandemiebedingten Umstellungen

Ä6 Wir gestalten Niedersachsen - Chancengerecht und Solidarisch

Antragsteller*in: KV Grafschaft Bentheim

Beschlussdatum: 20.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.3

Von Zeile 138 bis 139 einfügen:

stärken und auch die Gymnasien durchlässiger gestalten. Zudem müssen alle Wege der schulischen Laufbahn möglichst lange offengehalten werden.

Um zum Beispiel einen Wechsel von der Realschule zum Gymnasium nach der 6. Klasse zu ermöglichen, muss die zweite Fremdsprache wieder in die 7. Jahrgangsstufe verlegt werden.

Begründung

Ohne diese Änderung fehlt es an Durchlässigkeit zwischen den Schulformen. Zudem ermöglicht es ein längeres gemeinsames Lernen.

Ä7 Wir gestalten Niedersachsen - Chancengerecht und Solidarisch

Antragsteller*in: KV Grafschaft Bentheim

Beschlussdatum: 20.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.3

Von Zeile 380 bis 381 einfügen:

Welt-Promotor*innen weiter unterstützen (vgl. Niedersachsen in Europa und der Welt). Zur Erreichung dieses Bildungsziels ist eine Entschlackung der Lehrpläne erforderlich.

Begründung

Durch eine professionelle Entschlackung der Kerncurricula wird Raum geschaffen für Themen wie Nachhaltigkeit, Projektorientierung, Individualisierung, Demokratisierung u.a.

Ä8 Wir gestalten Niedersachsen - Chancengerecht und Solidarisch

Antragsteller*in: LAG Wirtschaft/Finanzen

Beschlussdatum: 21.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.3

Von Zeile 557 bis 559 einfügen:

Lehrer*innenmangel zu begegnen, starten wir eine Fachkräfteinitiative, um den Lehrberuf an berufsbildenden Schulen für Quereinsteiger*innen aus Handwerk, kaufmännischen gewerblichen Fachrichtungen und Industrie attraktiver zu machen. Insbesondere die Arbeitsbedingungen von

Ä11 Wir gestalten Niedersachsen - Chancengerecht und Solidarisch

Antragsteller*in: LAG Wirtschaft/Finanzen

Beschlussdatum: 21.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.3

Von Zeile 606 bis 607 einfügen:

die nötigen Spielräume und die finanziellen Grundlagen bieten, um ihre Potenziale zu entfalten. Die Schnittstellen zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung wollen wir verbessern, um noch mehr Unternehmen, insbesondere aus dem Mittelstand, sowie öffentlichen Verwaltungen Zugang zu neuen digitalen Technologien zu ermöglichen.

Ä12 Wir gestalten Niedersachsen - Chancengerecht und Solidarisch

Antragsteller*in: LAG Frauenpolitik

Beschlussdatum: 30.04.2022

Änderungsantrag zu Kap.3

Nach Zeile 34 einfügen:

Weitergehend muss bereits in der Aus- und Weiterbildung des Fachpersonals im Kitaalltag gesellschaftliche Vielfalt, Antirassismus und das Überwinden von Geschlechtsstereotypen verankert werden.

Ä13 Wir gestalten Niedersachsen - Chancengerecht und Solidarisch

Antragsteller*in: LAG Frauenpolitik

Beschlussdatum: 30.04.2022

Änderungsantrag zu Kap.3

Von Zeile 1360 bis 1361:

Die Entscheidung, ob eine Frauschwangere Person eine Schwangerschaft abbricht oder nicht, ist allein ihre. In dieser Zeit sind gute Beratungs- und Versorgungsstrukturen

Ä14 Wir gestalten Niedersachsen - Chancengerecht und Solidarisch

Antragsteller*in: KV Wesermarsch

Beschlussdatum: 22.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.3

Gute Kinderbetreuung im ganzen Land Bildung schafft die Grundlage für mehr Gerechtigkeit. Bildung eröffnet Chancen für den beruflichen Aufstieg, ist eine zentrale Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe, stärkt damit unsere Demokratie und ist elementare Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben. Leitziel von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind daher sozial gerechte Zugangschancen zu Bildung. Gute Krippen und Kindergärten sind entscheidend für die Förderung und Unterstützung von Kindern und Familien. Sie tragen wesentlich dazu bei, dass sich Kinder entfalten können und ihre Interessen und Fähigkeiten entdecken. Zugleich bilden sie eine wichtige Grundlage für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Krippen und Kindergärten zu Lern- und Lebensorten entwickeln, in die Kinder gern gehen – und wo Erzieher*innen gern arbeiten. Dafür brauchen wir nicht nur mehr Betreuungsplätze, sondern auch eine Entlastung für die Erzieher*innen, damit sie genug Zeit haben, allen Kindern gerecht zu werden. Der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem ersten Lebensjahr ist ein wichtiger Schritt, dennoch gibt es weiteren Bedarf am Ausbau von Plätzen, um allen Kindern ein wohnortnahes Angebot machen zu können. Zudem haben aktuell viele Familien nur einen Halbtagskindergartenplatz. Daher setzen wir uns für eine schrittweise Ausweitung des Angebots ein – damit alle, die es wollen und brauchen, eine gute Ganztagsbetreuung bekommen. Hierbei gilt es auch Menschen mit besonderen Bedürfnissen zu berücksichtigen, beispielsweise Alleinerziehende oder im Schichtdienst Arbeitende. Wir werden zudem nicht nur die Zahl der Betreuungsplätze, sondern vor allem die Qualität der Angebote weiterentwickeln. Daher setzen wir uns für klare Standards und ein Qualitätsmanagement für Kindertageseinrichtungen ein. Es müssen zudem ausreichend räumliche Kapazitäten vorhanden sein. Zu einer guten Qualität gehört für uns vor allem ein guter Betreuungsschlüssel. Unser zentrales Ziel ist es daher, das Verhältnis von Pädagog*innen und Kindern kontinuierlich zu verbessern. Um das zu erreichen, brauchen wir in den Kitas endlich einen Stufenplan für eine echte dritte Kraft, die mehr ist als eine stundenweise Ergänzung des Teams. Die Mitarbeitenden brauchen zudem mehr Verfügungszeiten, damit sie den gestiegenen Anforderungen an den Bildungsauftrag, den Kindern und den Eltern gerecht werden können. **Inklusion in Kitas vorantreiben – gute Förderung von Anfang an** Auch Krippen und Kindergärten erfüllen einen wichtigen Beitrag zur Teilhabe und Förderung aller Kinder in ihrer Unterschiedlichkeit. Die Umsetzung der Inklusion muss endlich gesetzlich geregelt werden. Dafür schreiben wir in jeder Gruppe eine heilpädagogische Expertise fest und starten hierfür eine Fortbildungsoffensive. Unser Ziel ist es, flächendeckend Einrichtungen mit barrierefreien Räumlichkeiten im gesamten Land zu erreichen. Ein Beitrag hierfür ist die Festschreibung von Barrierefreiheit und eine behindertengerechte Ausstattung bei Kita-Neuerrichtungen. Auch der Spracherwerb ist in Kindertagesstätten eine wichtige Aufgabe. Er schafft die Grundlage für Teilhabe und Förderung von Anfang an. Dafür müssen Sprachförderungs- und Fortbildungsangebote weiter ausgebaut werden. **Kitas zu Familienzentren weiterentwickeln** Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, Kitas bei der Weiterentwicklung zu Familienzentren zu unterstützen. Familienzentren verbinden die frühkindliche Bildung und Kinderbetreuung mit Familien- und Elternarbeit und schaffen einen niedrigschwelligen Zugang zu Vorsorgeuntersuchungen, frühen Hilfen und Beratungsangeboten. Hierdurch werden Zugangsmöglichkeiten von Familien zu solchen Angeboten erleichtert, weil sie dort stattfinden, wo die Familien sind: in den Kindertagesstätten. Insbesondere im ländlichen Raum wollen wir Kooperationen zwischen Schulen und Familienzentren ermöglichen sowie (Grund-)Schulen die Möglichkeit geben,

ebenfalls Familienzentren zu werden. Wir nutzen Förderprogramme zur Gründung zusätzlicher Familienzentren und sichern bestehende Familienzentren ab. Wir setzen uns für eine Gesetzesänderung ein, die die Gründung und den Betrieb von Familienzentren erleichtert. **Demokratie- und Umweltbildung stärken, Waldkindergärten ausbauen** Demokratische Teilhabe, die Erfahrung von Selbstwirksamkeit und auch kindgerechtes Beschwerdemanagement spielen in Kindertagesstätten zunehmend eine Rolle. Diesen Trend wollen wir unterstützen, denn er ist wichtig, um die Entwicklung von Kindern zu selbstbewussten und solidarischen Menschen zu unterstützen. Wir GRÜNEN fördern Kitakonzepte, bei denen Umweltbildung eine zentrale Rolle spielt. Durch die verdichtete Arbeitszeit und die vielen Überstunden in den Kitas sind es gerade Fortbildungen und die Etablierung solcher Konzepte, die darunter leiden. Daher wollen wir die Fachkräftesituation deutlich verbessern und die Verfügungszeiten erhöhen. Waldkindergärten werden wir künftig besser fördern. Die Gründung und den Betrieb von Waldkindergärten wollen wir erleichtern, indem wir die Genehmigung von Öffnungszeiten an andere Bundesländer anpassen. **Fachkräftemangel begegnen, Erzieher*innen besser bezahlen** Gute Betreuung und Förderung gibt es nur mit qualifizierten und fair bezahlten Fachkräften. Ein wesentlicher Faktor für den Fachkräftemangel in diesem Bereich ist die zu geringe Bezahlung für diese anspruchsvolle und wichtige Arbeit. Wir GRÜNEN setzen uns daher dafür ein, eine armutsfeste Ausbildungsvergütung auf den Weg zu bringen und die berufsbegleitende Ausbildung zu stärken. Zudem wollen wir Wiedereinstiegs- und Umschulungsprogramme auf den Weg bringen, um mehr Menschen einen Neu- oder Quereinstieg in den Erzieher*innenberuf zu ermöglichen. Hierzu gehört auch eine Erleichterung der Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse, um Menschen mit Migrationsgeschichte mit entsprechenden Berufskennnissen den Weg in die Krippen und Kindergärten zu vereinfachen. Wir sehen die Absenkung von Standards zur schnellen Fachkräftegewinnung kritisch und lehnen Pläne und Diskussionen zu „Ausbildungen light“ ab. Auch die Arbeitsbedingungen für Leitungsfunktionen müssen verbessert und zusätzliche Verfügungsstunden und Qualifikationsangebote ermöglicht werden. Noch immer ergreifen vorrangig Frauen soziale Berufe und nur wenige Männer werden beispielsweise Erzieher. Wir wollen durch eine gendersensible Berufsorientierung an Schulen, durch bessere Bezahlung und eine höhere gesellschaftliche Anerkennung diese Berufe attraktiver machen. Vielen Fachkräften fällt es mit zunehmendem Alter schwer, den Beruf weiter auszuüben, weil etwa die Lärmbelastung oder das Wickeln körperlich sehr fordert. Wir werden deshalb das Thema Fachkräfte im Alter angehen und Berufswege für ältere Fachkräfte aufzeigen, um sie im Beruf zu halten. **GRÜNE Politik macht Schule** Gute Bildungschancen in allen Bereichen – von der Kita über Schule, Ausbildung und Studium bis hin zu lebensbegleitenden Angeboten für Erwachsene – dürfen dabei nicht vom finanziellen Rahmen oder der individuellen Herkunft abhängen. Wir brauchen ein qualitativ hochwertiges und durchlässiges Bildungssystem, das alle Menschen mitnimmt und optimal fördert. Unser Ziel ist, dass jede*r Schüler*in einen guten Bildungsabschluss erreicht, der den eigenen Fähigkeiten und Talenten entspricht. Deutschland hat im internationalen Vergleich immer noch eines der ungerechtesten und sozial selektivsten Schulsysteme: Das Elternhaus hat einen maßgeblichen Einfluss auf die individuellen Bildungschancen. Die frühe Sortierung der Schüler*innen durch das gegliederte Schulsystem, das zudem kaum durchlässig ist, steht einer bestmöglichen individuellen Weiterentwicklung der Kinder im Wege. Insbesondere zu Beginn der Corona-Pandemie waren es die Schüler*innen, die besonders große Lasten tragen mussten: durch Schulschließungen und das damit verbundene Aussetzen von Routinen, durch den zwischenzeitlichen Verlust ihres sozialen Umfelds und von Lernangeboten. Wir stellen die Bedürfnisse der Schüler*innen konsequent in den Mittelpunkt unserer Politik. GRÜNE Politik in Niedersachsen setzt auf das Konzept einer neuen Schule, die längeres gemeinsames Lernen ermöglicht und die als attraktive Ganztagschule Freiräume für individuelles Lernen, für soziales Lernen und die persönliche Entwicklung der Kinder und Jugendlichen in einem guten Lernumfeld bietet. Am besten verwirklicht sehen wir dieses bildungspolitische Ziel im Konzept der Integrierten Gesamtschulen, die wir daher ausbauen und stärken werden. Im ländlichen Raum sind häufig die Schülerzahlen für die Gründung einer integrierten Gesamtschule nicht ausreichend, zumal der Bestand der Gymnasien geschützt ist. Wir wollen deshalb die Zahl der Züge für die Gründung einer IGS verringern. Gute Schulpolitik ist dabei auch eine Ressourcenfrage: Unser Ziel ist es, Schulen mit ausreichend gut ausgebildeten Lehrkräften zu versorgen und darüber hinaus von den Gebäuden bis zur digitalen Infrastruktur so auszustatten, dass sie ihrem Bildungsauftrag gerecht werden können. Zudem werden wir mit dem Niedersachsenfonds die Kommunen unterstützen, Schulen zu

sanieren und aufzuwerten, um vor Ort ein attraktiveres Lernumfeld zu schaffen. **Längeres gemeinsames Lernen für eine gerechte Schule** Internationale Bildungsstudien kommen alle zum gleichen Ergebnis: Vom gemeinsamen Lernen profitieren alle – lernstärkere genauso wie lernschwächere Schüler*innen. Und dort, wo die Durchlässigkeit zwischen den Schulformen nicht nur von oben nach unten – wie in unserem klassisch gegliederten Schulsystem – sondern auch von unten nach oben funktioniert, haben Kinder, die zuhause nicht so gut begleitet und gefördert werden können, deutlich bessere Chancen. Schule muss Chancen eröffnen, die eigenen Begabungen zu erkennen und weiterzuentwickeln und auf gezielte individuelle Förderung setzen. Für uns ist das längere gemeinsame Lernen ein zentrales bildungspolitisches Vorhaben, um Schüler*innen alle Bildungsoptionen offenzuhalten und das Von- und Miteinanderlernen zu befördern. Hierzu werden wir insbesondere die Integrierten Gesamtschulen weiter stärken und auch die Gymnasien durchlässiger gestalten. Zudem müssen alle Wege der schulischen Laufbahn möglichst lange offengehalten werden. **Damit der Übergang klappt** Gute Übergänge zwischen Kindergarten, Grundschule und weiterführenden Schulen sind eine wichtige Voraussetzung für erfolgreiche Bildungswege. Auch hier profitieren alle von längerem gemeinsamen Lernen. Daher setzen wir uns in Niedersachsen für die modellhafte Erweiterung von Integrierten Gesamtschulen um Primarstufen ein, um gemeinsames Lernen an einer Schule von der ersten bis zur dreizehnten Klasse zu ermöglichen. In diesem Sinne unterstützen wir auch Initiativen, die beispielsweise Oberschulen zu Integrierten Gesamtschulen weiterentwickeln. Zudem setzen wir uns dafür ein, Schulverbünde weiter voranzutreiben, um gemeinsame Oberstufen oder eine gemeinsame Schule von Klasse eins bis dreizehn zu führen. Insbesondere im ländlichen Raum bietet dies auch die Möglichkeit, wohnortnahe Schulen zu halten und zu Familienzentren weiterzuentwickeln. **Ressourcen gerecht verteilen** In Niedersachsen sind gerade die Schulen schlecht ausgestattet, die besonders viele Schüler*innen haben, die intensiv begleitet werden müssen. Die Unterrichtsversorgung an Haupt- und Oberschulen, aber auch an Grund- und Gesamtschulen ist nicht ausreichend, um ihrem Auftrag gerecht zu werden. Diesem Trend werden wir entgegenwirken und gerade die Schulen besonders ausstatten, die pädagogisch herausfordernde Arbeit leisten müssen. Über einen Sozialindex wollen wir deshalb genau diese Schulen personell verstärken und damit auch ihre Attraktivität erhöhen. Wir GRÜNEN setzen uns für eine kostenlose Bildung von Anfang an ein. Daher streben wir an, in Niedersachsen die Lernmittelfreiheit einzuführen – insbesondere im Bereich der digitalen Medien. **Lernen im eigenen Takt** Bildungsforschung hat hinreichend belegt, dass unterschiedliche Kinder verschiedene Lernwege benötigen, um zum Ziel zu kommen. Lerndiagnostik, Lernberatung und Lernbegleitung müssen die zentralen Aufgaben für gut ausgebildete Lehrer*innen sein. Damit Schüler*innen Raum für ein selbstbestimmtes Lernen gegeben werden kann, steht für uns das Lernen im eigenen Takt im Mittelpunkt, d. h. im eigenen Tempo und mit individualisierten Wegen bei der Weiterentwicklung von Schule. Wir GRÜNEN möchten jahrgangsübergreifendes Lernen in allen Jahrgängen ermöglichen – auch an den weiterführenden Schulen. Um dafür mehr Raum zu geben und Schulstress entgegenzuwirken, war die noch unter GRÜNER Regierungsbeteiligung erreichte Abschaffung des sogenannten Turboabiturs ein wichtiger Schritt. Darauf aufbauend setzen wir GRÜNEN uns dafür ein, dass der Weg zum Abitur noch individueller gestaltet werden kann. Wir möchten es Schulen ermöglichen, ein Abitur im eigenen Takt anzubieten, indem Schüler*innen ihren Stundenplan selbst gestalten und organisieren können und somit noch besser auf das Leben nach der Schule vorbereitet werden. Das setzt ein grundsätzlich anderes Verständnis des Lehrer*innenberufs voraus und wird eine wesentliche Veränderung der Lehrer*innenausbildung mit sich bringen. Sitzenbleiben und erzwungene Schulwechsel (Abschulung) sind individuelle Erfahrungen des Misserfolgs, die sich in aller Regel negativ auf den weiteren Bildungsweg auswirken. Wie es in den meisten anderen europäischen Ländern der Fall ist, wollen auch wir darauf verzichten. Hier gilt es, die Gymnasien stärker in die Verantwortung zu nehmen, aufgenommene Schüler*innen bis zum Sek I-Abschluss zu begleiten und zum Erfolg zu führen, um die derzeit übliche Abschulungswelle nach Klasse sechs zu brechen. Solange Abschulungen durchgeführt werden, ist es entscheidend, strukturell die Schulen zu stärken, die abgeschulte Kinder aufnehmen. Gerade die Integrierten Gesamtschulen arbeiten jedes Jahr aufs Neue mit Kindern, die Scheitern und einen Bruch der eigenen Bildungsbiographie verarbeiten müssen. Diese kommen dann in überfüllte Klassen, deren Lehrkräfte kaum Kapazitäten haben, das aufzufangen. Integrierte Gesamtschulen wirken bereits unabhängig von diesem Effekt als Lernort einer sehr heterogenen Schüler*innenschaft mit sehr unterschiedlichen Lernständen und Fähigkeiten. Daher sollte

diese Schulform generell mit kleineren Klassen beginnen – in dem Wissen, dass sie im Laufe der Schulzeit noch Kinder aufnehmen werden und auch diesen gerecht werden müssen. Bei der Gründung von Gesamtschulen muss dieser Effekt planerisch künftig stärker berücksichtigt werden. **Schulen in ihrem Engagement unterstützen – pädagogische Freiräume schaffen** Eine gute Schule mit dem Schwerpunkt der individuellen Förderung lebt von pädagogischen Freiräumen durch Projekte, fächerübergreifendes Lernen, selbstbestimmte Lernzeiten und von Angeboten für soziales Lernen. Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, diese Freiräume weiter auszubauen. Viele Schulen haben sich bereits auf den Weg gemacht, sich durch erhebliches eigenes Engagement so zu verändern, dass sie diesen Ansprüchen gerecht werden. Dieses Engagement wollen wir unterstützen und die schulbürokratischen Regelungen so verändern, dass sie dieses Engagement unterstützen und nicht behindern. Über die Einführung von Modellschulen werden wir zudem die Eigenverantwortlichkeit von Schulen ausbauen und ihnen in den Bereichen Personal, Lern- und Lehrinhalte sowie jahrgangs- und fächerübergreifendes Arbeiten mehr Gestaltungsspielräume geben. Auch bei der bisherigen Praxis der Noten und Schullaufbahneempfehlungen benötigen Schulen mehr Möglichkeiten in der Bewertung, um die individuelle Förderung auch durch aussagekräftige Rückmeldung zu unterstützen. Perspektivisch wollen wir Schulen ermöglichen, bis Jahrgangsstufe 7 auf Noten verzichten zu können. **Inklusive Schulen weiterentwickeln** Teilhabe ist für uns GRÜNE zentraler Wert. Sie sichert grundlegende Rechte und macht alle Menschen zu einem Teil unserer Gesellschaft. Die UN-Behindertenrechtskonvention ist für uns die Leitlinie einer inklusiven Politik. Wir treiben Inklusion in allen Bereichen voran und beenden die fortdauernde Ausgrenzung von Menschen mit Behinderung. Den laufend aktualisierten Aktionsplan des Landes entwickeln wir weiter und bauen die Teilhabeberichterstattung aus. Das entstehende Landeskompetenzzentrum Barrierefreiheit soll auch für zivilgesellschaftliche Organisationen und Unternehmen ansprechbar sein. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für die Teilhabe aller Schüler*innen ein – egal, ob diese Beeinträchtigungen haben, eine Migrationsgeschichte vorweisen, aus weniger bildungsstarken Elternhäusern kommen oder hochbegabt sind. Schulen müssen heutzutage mit vielfältigen Herausforderungen umgehen. Dies kann nur in inklusiven Schulen gelingen. Die inklusive Schule sucht nach neuen Wegen und Lösungen, um den Ansprüchen der Kinder gerecht zu werden und Teilhabebarrrieren abzubauen. Sie ist damit konsequenter Bestandteil individualisierter Pädagogik, die die individuellen Voraussetzungen jedes Kindes und die unterschiedlichen Bedürfnisse im Unterricht in den Blick nimmt. Die Weiterentwicklung der Inklusion ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und bezieht alle Schulformen ein. Wir wollen alle Schulen, die bereits inklusiv arbeiten, gezielt unterstützen, damit sie ihre Aufgaben besser erfüllen können. Dazu gehört vor allem die personelle, aber auch die Sachausstattung, ebenso wie die Schaffung von klaren rechtlichen Vorgaben sowie eindeutige Aufgabenzuordnungen der an Regelschulen eingesetzten sonderpädagogischen Fachkräfte, die inklusives Arbeiten ermöglichen. Die Tatsache, dass Jugendliche an Realschulen noch immer keinen Hauptschulabschluss nach der zehnten Klasse machen können, benachteiligt viele Schüler*innen, die keine Förderschule mehr besuchen. Diese und weitere Hemmnisse wollen wir GRÜNEN zugunsten des inklusiven Arbeitens abbauen. Wir werden zur strukturellen Stärkung aller inklusiv arbeitenden Schulen die sonderpädagogische Grundversorgung an weiterführenden Schulen einführen. Sonderpädagog*innen sollen an den allgemeinbildenden Schulen zu einem festen Bestandteil werden. Auch andere Berufsgruppen werden an inklusiven Schulen gebraucht: wie etwa Logopäd*innen oder Ergotherapeut*innen, Erzieher*innen und Schulsozialarbeiter*innen, aber auch Handwerker*innen und Krankenpflegekräfte. Deshalb wollen wir die Multiprofessionalität an Schulen ausbauen und auch für unterschiedliche Fachkräfte beispielsweise aus dem therapeutischen Bereich ausweiten. Darüber hinaus sind berufsbegleitende Qualifizierungen, ein Ausbau systemischer Unterstützung und soziale Arbeit in jeder Schule der Weg, Schulen personell gut aufzustellen und strukturell zu stärken. Noch immer werden therapeutische Fachkräfte an Schulen schlechter bezahlt und neue therapeutische Fachkräfte können nur erschwert eingestellt werden. Fachkräfte werden durch fehlende Stundenaufstockungen zudem in sogenannter Zwangsteilzeit beschäftigt. Das wollen wir beenden. Da die Weiterentwicklung der Schulen zu inklusiven Schulen ein langer Prozess ist, der nicht überall gleichermaßen reibungslos gelingt, gibt es immer wieder Problemanzeigen, Überforderung und Kinder, die derzeit unter die Räder geraten. Um dem entgegenzuwirken, wollen wir die Regionalzentren für schulische Inklusion stärken und an allgemeinbildenden Schulen verankern sowie in ein regionales, niedrigschwelliges Beratungs- und

Unterstützungssystem überführen. Bis diese Struktur funktioniert und aufgebaut ist, setzen wir uns übergangsweise für Ombudsstellen ein, die den Auftrag erhalten, die Kinder zu unterstützen und für die Familien funktionierende Lösungen zu finden, die derzeit an Schulen unter die Räder geraten, weil ihren Bedarfen nicht Rechnung getragen wird. **Diversität fördern** Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, dass sich unsere Schulen in ihren Angeboten noch stärker als bisher auf eine vielfältige Gesellschaft einstellen. Dazu zählt das Abbilden der gesellschaftlichen Lebensrealitäten in den einzelnen Schulfächern ebenso wie das Fördern der Mehrsprachigkeit. Es ist an der Zeit, dieser Tatsache auch im Unterrichtsangebot Rechnung zu tragen. Dazu wollen wir die Kompetenzen in den Erstsprachen fördern und anerkennen, Mehrsprachigkeit für alle Kinder auch im Unterricht mitdenken und die Vielfalt unter den Lehrkräften vorantreiben. Eine Erhebung kann helfen, um einen Überblick über den Sprachenreichtum an unseren Schulen zu kennen und damit zu arbeiten. Zur Förderung der Mehrsprachigkeit wollen wir GRÜNEN vermehrt schulübergreifende Angebote auf den Weg bringen, um mehr Kinder zu erreichen. Um mehr Fachkräfte für Angebote des Herkunftssprachlichen Unterrichts zu gewinnen, wollen wir im Ausland erworbene Abschlüsse schneller anerkennen und ein Studienangebot für Herkunftssprachlichen Unterricht etablieren. Auch die Angebote zur Sprachförderung müssen weiterentwickelt und ausgeweitet werden. Wir setzen uns dafür ein, dass Antidiskriminierung an Schule gelebt wird und Vielfalt im Miteinander selbstverständlich im Unterricht und in Unterrichtsmaterialien eine Rolle spielt. Hierzu zählt auch, dass Geschlechterstereotype überwunden werden. Das spielt vor allem im Bereich der Berufsorientierung eine zentrale Rolle. Auch heute noch werden bestimmte Berufe vorrangig von Männern oder Frauen gewählt. Dieses Muster wollen wir durchbrechen. Wir wollen, dass Schulen ihre Vielfalt leben und das Miteinander gestalten. Viele Schulen machen sich bereits Gedanken, wie sie Vielfalt aktiv gestalten und ein respektvolles Miteinander an ihrer Schule unterstützen können. Diese Entwicklung wollen wir befördern. Zur Umsetzung der dritten Option an Schulen und zur Stärkung der Sichtbarkeit von unterschiedlicher sexueller und geschlechtlicher Identität werden wir SCHLAU Niedersachsen weiter fördern und uns für Ansprechpersonen für LSBTIQ einsetzen, um die Schulen zu unterstützen. **Ganztagsschulen ausbauen** Die Ganztagschule ist zentraler Bestandteil eines gerechten und guten Schulsystems, damit alle Schüler*innen bestmöglich gefördert werden und an vielfältigen Angeboten partizipieren können. Wir möchten keinen „Ganztag light“, der als Verwahrstation für Schüler*innen am Nachmittag fungiert. Unser Ziel ist stattdessen ein gebundenes, qualitativ hochwertiges Ganztagschulskonzept, bei dem durch einen rhythmisierenden Tagesablauf Lerneinheiten mit Bewegungszeit, kreativen Phasen und Angeboten mit außerschulischen Akteur*innen sinnvoll aufeinander abgestimmt werden. Wir setzen uns daher dafür ein, alle Schulen zu Ganztagschulen an vier Tagen die Woche von acht bis fünfzehn Uhr mit einem pädagogischen Betreuungsangebot auszubauen. **Guter Ganztag durch mehr Qualität, bessere Ernährung, Bewegung und Vernetzung mit Vereinen** Wir wollen die Qualität der Ganztagschulen weiter erhöhen. Dazu gehören qualifiziertes und engagiertes Lehrpersonal, eine gute Architektur und Ausstattung mit Infrastruktur und Lehrmaterial sowie verlässliche und kontinuierliche Unterrichtsangebote und eine gute Vernetzung innerhalb ihres räumlichen Umfeldes. Hierbei sind dauerhafte Kooperationspartner und eine Zusammenarbeit mit der Jugendhilfe auf Augenhöhe unabdingbar. Diese Kooperationspartner, wie Musikschulen, Künstler*innen, Jugendverbände und Sportvereine, brauchen dafür ebenso wie die Schulleitungen klare und verlässliche Rahmenbedingungen, die ihnen eine langfristige Planung und Kooperation ermöglichen. Insbesondere ausreichend Bewegungsangebote sind wichtig, wenn Kinder den ganzen Tag in der Schule sind. Wir setzen uns deshalb für tägliche Bewegungszeiten in der Schule ein. Gleichzeitig benötigen Ganztagschulen Rückzugsräume und die Möglichkeit für Ruhephasen, da nicht jedes Kind gleichermaßen kontaktfreudig und ausdauernd ist. Die vielen Horte, die derzeit ergänzende und attraktive Angebote machen, sollten im Prozess des Ganztagschulbaus mitgedacht und integriert werden. Die Weiterentwicklung von Schulen zu Familienzentren ermöglicht es, Beratungs- und Unterstützungsangebote dort zu machen, wo die Familien sind: in der Schule (s. Familienzentren). Durch den Ausbau der Ganztagschulen hat auch die gesunde Ernährung der Kinder und Jugendlichen in den Schulen eine größere Bedeutung bekommen. Deshalb werden wir ein Landesprogramm für gutes Schulessen auf den Weg bringen, um Kommunen finanziell dabei zu unterstützen, dass jedes Kind – insbesondere auch diejenigen aus einkommensschwachen Haushalten – an jeder Schule eine warme Mahlzeit aus gesunden, regionalen, saisonalen Komponenten mit möglichst hohem Bioanteil erhalten kann. Eine Kooperation zwischen Berufsbildenden Schulen in den

Bereichen Kochen und Hauswirtschaft sowie mit Werkstätten, die in dem Bereich ausbilden, wollen wir vorantreiben. Damit schaffen wir Ausbildungsplätze und Synergien schaffen. **Schulen sollen die schönsten Orte sein – Digitalisierung vorantreiben** Wie bei vielen anderen öffentlichen Gebäuden auch wurde in den letzten Jahrzehnten bei der Sanierung und Modernisierung der Schulen gespart. Die Konsequenz sind teilweise marode Gebäude, die nicht barrierefrei sind, die Schultoiletten haben, die niemand betreten möchte und die den Ansprüchen an gutes Lernen und Lehren nicht gerecht werden. Die Kommunen haben begonnen, diesen Trend umzukehren, haben aber allein nicht die finanzielle Kraft, die Erfüllung der riesigen Bedarfe kurzfristig zu stemmen. Mit dem Niedersachsenfonds wollen wir auch in die energetische Sanierung und Modernisierung der Schulen investieren und hier die Kommunen unterstützen. Ziel muss es sein, die Bedarfe der Schule einmal grundsätzlich anzugehen, anstatt teure Flickschusterei zu betreiben. In dem Zusammenhang setzen wir uns dafür ein, dass Bund, Land und Kommunen hier gemeinsam vorgehen und als Lehre aus der Pandemie auch die Belüftungssituation sowie Hygieneanforderungen mitdenken. Die Digitalisierung an Schulen läuft ebenso schleppend voran und die Schulen werden bei der Etablierung von digitalen Angeboten nicht ausreichend unterstützt und begleitet. Wir wollen dazu beitragen, dass die Mittel des Digitalpakts schneller an den Schulen ankommen. Digitalisierung ist hierbei kein Selbstzweck, sondern ein Werkzeug, das Unterricht in Teilen leichter, abwechslungsreicher und attraktiver machen kann. Dies gilt es pädagogisch einzubetten und zielgenau anzuwenden. Anders als andere Bundesländer hat Niedersachsen weder ein Institut noch Digitalprofessuren, um die Digitalisierung an Schulen zu begleiten und in Aus-, Fort- und Weiterbildung stärker zu berücksichtigen. Das gilt es zu ändern. Auch die Problematik der IT-Administration muss dringend gelöst werden, indem hier mit den Kommunen eine Lösung entwickelt wird und beispielsweise eine Ausbildung IT-Administration in der Schule eingeführt wird, um auch Fachkräfte zu gewinnen. **Nachhaltige Entwicklung als Bildungsziel** Die nachhaltige Entwicklung unserer Gesellschaft ist eine der Zukunftsaufgaben des 21. Jahrhunderts. Der Bildung für nachhaltige Entwicklung und dem globalen Lernen kommt hierbei eine Schlüsselrolle zu. Wir GRÜNEN möchten diese deshalb in Niedersachsen weiter stärken. Bildung für nachhaltige Entwicklung und globales Lernen sind Querschnittsthemen schulischer Bildung, in denen die Herausforderungen der Zukunft thematisiert und Lösungsmöglichkeiten entwickelt werden. Daher setzen wir uns dafür ein, Bildung für nachhaltige Entwicklung und globales Lernen in Kitas sowie in Schulen in den Lehrplänen fest zu verankern und dabei fächerübergreifende und handlungsorientierte Konzepte zu fördern. Außerschulische Lernorte und Projekte sind hierbei ein wichtiger Bestandteil, um vielfältige Angebote zu machen. Deshalb wollen wir diese stärken und auch Eine-Welt-Promotor*innen weiter unterstützen (vgl. Niedersachsen in Europa und der Welt). **Lehrer*innen unterstützen und Schulqualität sichern** Die Zeit der Corona-Pandemie hat eindrucksvoll aufgezeigt, welchen Beitrag Lehrer*innen für unsere Gesellschaft leisten. Tagtäglich engagieren sie sich mit den Schüler*innen und für die Schüler*innen. Sie entwickeln Schulen aktiv weiter und machen sie besser. Die Anforderungen an die Lehrer*innen haben sich in den letzten Jahrzehnten gewandelt und deutlich erhöht. Viele Reformen der Schulpolitik haben zu einer erheblichen Mehrbelastung der Lehrer*innen geführt. Eine Schule, die unseren Vorstellungen von gutem Lernen entspricht, erfordert mehr und bestausgebildete Lehrer*innen. Diesen Anforderungen wollen wir GRÜNEN gerecht werden und sowohl die Ausbildung als auch die Rahmenbedingungen im Beruf verbessern. Es ist unser Anspruch, dass das Land Niedersachsen, auch im Vergleich zu den anderen Bundesländern, ein attraktiver Arbeitgeber ist und gute, verlässliche Arbeitsbedingungen bietet. Bislang gab es keine ernsthafte Auseinandersetzung mit den Vorschlägen der Arbeitszeitkommission. Das wollen wir ändern und Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen auf den Weg bringen, wie etwa eine Anpassung der Altersermäßigung. Noch immer werden Lehrer*innen an Grund- und Hauptschulen schlechter bezahlt und schlechtergestellt als an anderen Schulformen. Wir möchten erreichen, dass auch Grund-, Haupt-, Real- und Oberschullehrer*innen in der Regel nach A13 bezahlt werden. Spätestens mit der Neustrukturierung der Masterstudiengänge für die Lehrämter an Grundschulen sowie an Haupt- und Realschulen (GHR300) ist diese Bezahlung zudem rechtlich geboten. Darüber hinaus brauchen auch diese Schulformen Funktionsstellen – eine stellvertretende Schulleitung von Grundschulen beispielsweise ist überfällig. Schulleitungen haben an Schulen eine zentrale Funktion und brauchen deswegen ein eigenes Berufsbild. Wir setzen uns daher dafür ein, dass Schulleitungen noch besser auf die Übernahme von Leitungsaufgaben vorbereitet werden. Es sollen zielgerichtete Weiterbildungsangebote für Nachwuchsführungskräfte zur Verfügung stehen. Hierzu

zählen auch Möglichkeiten zu Begleitung, Supervision und Coaching. Wir GRÜNEN setzen uns für den Aufbau einer niedrigschwelligen, regionalen Beratungs- und Unterstützungsstruktur in ganz Niedersachsen ein, damit die zahlreichen Hilfsangebote auch tatsächlich bei den Lehrer*innen ankommen. Wir treiben die Schulevaluation und Qualitätsentwicklung der Schulen voran und bauen sie aus – eigenverantwortliche und starke Schulen funktionieren am besten, wenn diese Elemente ineinandergreifen. Gleichzeitig entlasten wir die Schulen von Verwaltungsaufgaben und Dokumentationspflichten durch zusätzliches Personal – insbesondere an kleinen Grundschulen. Über eine Aufstockung von Schulverwaltungs Kräften und mehr schulische Sozialarbeit sowie mit dem gezielten Einsatz von pädagogischen Mitarbeiter*innen kann Schule den Anforderungen besser gerecht werden. **Den Fachkräftemangel gezielt angehen** Unser Ziel ist es, für alle Schulen ausreichend Lehrkräfte zu gewinnen und damit die Unterrichtsversorgung nachhaltig zu verbessern. Vor dem Hintergrund eines erheblichen Fachkräftemangels werden viele Maßnahmen zur Besserstellung und Entlastung von Lehrkräften ebenso wie die Umsetzung schulpolitisch überfälliger Reform- und Qualitätsverbesserungsvorhaben nicht kurzfristig gelingen, sondern müssen in Stufenplänen erfolgen. Umso wichtiger ist es, den Fachkräftemangel nicht schönzurechnen, sondern aktiv anzugehen. Hierzu führen wir eine ehrliche Lehrkräftebedarfsanalyse durch, die auch geplante und absehbare Reformvorhaben mitberücksichtigt. Die verstärkte Ausbildung von Lehrkräften und Sonderpädagog*innen muss vorangetrieben werden. Darüber hinaus setzen wir uns für eine bessere Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen ein. Da das Nachsteuern viele Jahre in Anspruch nehmen wird, wollen wir in der Übergangszeit verstärkt den Ausbau multiprofessioneller Teams vorantreiben. Wenn in der Prognose derzeit jede fünfte Lehrkraft Quereinsteiger*in sein wird, dann macht das deutlich, dass die Situation des Lehrkräfteangebotes einem großen Wandel ausgesetzt ist. Schule wird sich dadurch verändern – das muss aktiv gestaltet werden. Wir setzen uns dafür ein, den Quereinstieg besser vorzubereiten und durch eine echte Ausbildungs- und Vorbereitungsphase zu gestalten. Gleichzeitig sollen Schulen den Freiraum bekommen, anderes Personal hinzuzuziehen, solange nicht ausreichend Lehrkräfte zur Einstellung verfügbar sind. Dadurch gewährleisten wir, dass Schulen eigenverantwortlich planen können. Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, die Ausbildung von Lehrer*innen zu reformieren, um sie besser auf die veränderten und wachsenden Herausforderungen des Berufs vorzubereiten. Dafür ist es erforderlich, Lehrer*innen nicht länger nach Schulformen getrennt auszubilden, sondern orientiert an Jahrgangsstufen. Hierzu gehört auch, das Studium der Sonderpädagogik in dieses Stufenmodell stärker einzubeziehen. Darüber hinaus werden wir eine Qualifizierungsoffensive für guten Unterricht auf den Weg bringen, um Lehrer*innen auf die Herausforderungen einer individualisierten und inklusiven Pädagogik gut vorzubereiten. Die Lehrer*innenbildung muss in beiden Ausbildungsphasen noch stärker an den Bedürfnissen der integrativ arbeitenden Schulen ausgerichtet werden. Hierfür schaffen wir die Rahmenbedingungen. Wir setzen uns dafür ein, dass der fächerübergreifende und projektorientierte Ansatz dieser Schulen in die Ausbildung einfließt. Sonderpädagog*innen haben in den vergangenen Jahren einen Großteil der Reformen hin zur Inklusion getragen. Ihr Berufsbild hat sich dabei nachhaltig geändert. Wir wollen die Anerkennung ihrer Fachkompetenz als Spezialist*innen der Inklusion an den Schulen stärken, ihre Rolle klarer definieren und ihre beruflichen Entwicklungsperspektiven ausbauen. **Schule als demokratisches System** Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, dass an Niedersachsens Schulen die Beteiligung der Schüler*innen und Eltern, aber auch weiterer Statusgruppen, verbessert wird. Demokratie lernen heißt auch Demokratie leben. Hier setzen wir uns dafür ein, eine demokratische Kultur an Schulen zu etablieren. Ob es nun die Einrichtung von Schulplenen, das Initiativrecht im Schulvorstand, die Mitgestaltung der Unterrichtseinheiten oder andere Formen der Beteiligung der Statusgruppen an Schulen sind – wir GRÜNEN ermöglichen mehr Beteiligung an Schulen und fördern diese durch flächendeckende Qualifizierungsangebote auch für Schüler*innen und Eltern. Darüber hinaus sorgen wir dafür, dass Schüler*innen auch bei allen schulpolitischen Entscheidungen auf den Ebenen der Schulträger, der Schulbehörden und der Landespolitik einbezogen werden. **Gute Ausbildung: Den Fachkräftemangel überwinden** Die duale Ausbildung mit den beiden Lernorten Betrieb und Berufsschule ist ein erfolgreicher Weg, um jungen Menschen berufliche Qualifizierung zu ermöglichen und dem Fachkräftebedarf zu begegnen. Aktuell steht dieses Modell jedoch von zwei Seiten zunehmend unter Druck: Aufgrund des demografischen Wandels nimmt die Zahl der Schulabgänger*innen ab und gleichzeitig sinkt der Anteil derjenigen, die sich für eine duale Ausbildung entscheiden. Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, den gesellschaftlichen Stellenwert der dualen

Berufsausbildung zu verbessern. Gemeinsam mit den Industrie- und Handelskammern sowie dem Handwerk bringen wir eine neue Initiative zur Fachkräftegewinnung auf den Weg. Unser Ziel ist es, Betriebe und Berufsbildende Schulen dabei zu unterstützen, wirksame Konzepte zu entwickeln, damit der Fachkräftenachwuchs gesichert wird. Damit ausreichend Auszubildende gefunden werden können, bedarf es einer Aufwertung der dualen Ausbildung. Hierzu gehört beispielsweise eine gute Entlohnung für Auszubildende und eine bessere Unterstützungsinfrastruktur. Daher setzen wir uns dafür ein, dass auch Auszubildende zukünftig mit einem landesweiten 365-Euro-Ticket für Busse und Bahnen mobil sind (vgl. Mobil in Niedersachsen). An den Berufsschulstandorten soll es für Auszubildende, die von weiter weg anreisen, Modelle für bessere Unterbringungsmöglichkeiten, etwa Azubiwohnheime, geben. Wir weiten die kostenfreie Schüler*innenbeförderung auf die Schüler*innen der Sekundarstufe II der Allgemeinbildenden Schulen und der Berufsbildenden Schulen aus. Für uns GRÜNE ist zudem nicht einsehbar, warum das Masterstudium gebührenfrei ist, die Meisterausbildung im Handwerk aber bis zu 10.000 Euro kostet. Daher setzen wir uns für eine gebührenfreie Meisterausbildung ein. Darüber hinaus muss die Durchlässigkeit zwischen Studium und betrieblicher Ausbildung verbessert werden. So gilt es, eine bessere Verzahnung mit dualen Studienmöglichkeiten zu gestalten, damit Auszubildende neben dem Ausbildungsabschluss auch einen Studienabschluss erreichen können (vgl. Wissenschaft macht Zukunft). Hierbei setzen wir uns für flexible Modelle ein, um beispielsweise Ausbildung und Studium gut aufeinander abstimmen und beispielsweise mit Teilzeitmodellen zeitlich strecken zu können. Die Qualität der Ausbildung in Betrieb und Berufsschule wollen wir durch eine unabhängige und öffentlich finanzierte Stelle sichern, die betriebliche und schulische Ausbildungsqualität evaluiert und bei Mängeln Maßnahmen empfiehlt. Gemeinsam mit den Sozialpartnern sollen dazu Bewertungssysteme für die Qualität einer Ausbildung entwickelt werden. Nach wie vor ist der Anteil eines Jahrgangs, der ohne qualifizierten Berufsabschluss auf den Arbeitsmarkt kommt, zu hoch – die Pandemie hat diese Situation noch weiter verschärft. Zudem verlassen zu viele junge Menschen das allgemeinbildende Schulsystem ohne Abschluss. Hier wollen wir zum einen im Schulbereich gegensteuern und zugleich die Berufsberatung ausbauen. Zum anderen streben wir eine bessere Verzahnung der schulischen Bildung mit der dualen Ausbildung sowie Qualifizierungen an, um alle Ausbildungsinteressierten auch in die Lage zu versetzen, diese erfolgreich zu beginnen. Während auf der einen Seite betriebliche Ausbildungsplätze unbesetzt bleiben, gehen auf der anderen Seite viele junge Menschen bei der Suche nach einer Ausbildungsstelle leer aus. Das trifft vor allem Jugendliche mit niedrigem formalen Bildungsgrad und Migrationsgeschichte. Wir begrüßen daher die Pläne der Ampelkoalition im Bund für eine Ausbildungsgarantie, damit endlich alle jungen Menschen die Chancen auf einen vollqualifizierenden Ausbildungsplatz erhalten. Wir wollen zudem dafür sorgen, dass es sich für Unternehmen mehr lohnt auszubilden. Das in der Baubranche bereits erfolgreich praktizierte Modell der Ausbildungsplatzumlage wollen wir auf ganz Niedersachsen ausdehnen: Unternehmen, die nicht ausbilden, zahlen in einen Fonds ein; Unternehmen, die ausbilden, erhalten pro Ausbildungsplatz eine Prämie aus diesem Fonds. Mehr denn je wird es auch zukünftig darauf ankommen, gezielt und effektiv Menschen mit Migrationsgeschichte den Zugang zur dualen Ausbildung zu ermöglichen. Daher wollen wir SPRINT, das Sprach- und Integrationsprojekt der Landesregierung für jugendliche Flüchtlinge, in den Regelschulbetrieb der Berufsschulen überführen. Um junge Menschen mit schwierigen Ausgangsbedingungen nicht weiter zu benachteiligen, schaffen wir die Kostenheranziehung für Auszubildende, die in Pflegefamilien oder Kinder- und Jugendheimen untergebracht sind oder waren, ab. Die berufliche Bildung – von der Erstausbildung bis zur beruflichen Fort- und Weiterbildung – muss sich auf den schnellen Wandel der Arbeitswelt einstellen. Aufgaben und Anforderungen ändern sich grundsätzlich. Kompetenzen wie Prozessmanagement und IT-Kenntnisse gewinnen an Bedeutung. Die Auszubildenden benötigen hier zusätzliches Wissen, ohne dass bisherige Inhalte durch die Digitalisierung überflüssig werden. Gerade kleine und mittelständische Unternehmen, die in Niedersachsen mehr als drei Viertel aller Ausbildungsplätze anbieten, wollen wir dabei unterstützen, diese zusätzlichen Kompetenzen zu vermitteln. In Regierungsverantwortung haben wir GRÜNEN daher sogenannte Smart Factories als Lernwerkstätten an Berufsbildenden Schulen eingerichtet, die an den realen Produktionsbedingungen moderner, digital arbeitender Betriebe ausgerichtet sind. Daran wollen wir anknüpfen und das Modell der Smart Factories landesweit umsetzen. **Berufsbildende Schulen** Wir GRÜNEN setzen uns für die Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung ein. Die berufliche Bildung steht in einem Flächenland wie Niedersachsen vor der Herausforderung, wohnortnah

qualitativ hochwertige Angebote zu erhalten. Vor allem in den Berufsbildenden Schulen ist die Unterrichtsversorgung nach wie vor unzureichend und droht, sich weiter zu verschlechtern. Um dem Lehrer*innenmangel zu begegnen, starten wir eine Fachkräfteinitiative, um den Lehrberuf an berufsbildenden Schulen für Quereinsteiger*innen aus Handwerk und Industrie attraktiver zu machen. Insbesondere die Arbeitsbedingungen von Fachpraxislehrer*innen wollen wir verbessern. Wir wollen erreichen, dass die Fachpraxislehrer*innen in den Berufsschulen mit der Eingangsbesoldung A10 beginnen und die Aufstiegschancen besser werden. Gerade Fachpraxislehrer*innen leisten in den Berufsschulen in der Verzahnung von Theorie und Praxis hochqualifizierte pädagogische Arbeit. Zusätzlich wollen wir die Studienplatzkapazitäten für das Lehramt an Berufsbildenden Schulen ausweiten, um perspektivisch wieder mehr grundständig ausgebildete Berufsschullehrer*innen zu haben. Wir befördern die niedersächsischen Berufsschulen mit einer Modernisierungs- und Digitalisierungsoffensive endlich ins 21. Jahrhundert. Diese Kraftanstrengung wollen wir gemeinsam mit den Kammern und den Sozialpartnern zügig und konsequent angehen. Die Ressourcen, die Berufsschulen bieten, wollen wir breiter als bisher nutzen: Dazu wollen wir Berufsschulen zu Kompetenzzentren beruflicher Bildung weiterentwickeln, um die Kapazitäten der Berufsschulen unterschiedlichen Gruppen für Weiterbildungen und Umschulungen anzubieten. Da sich die Halbwertszeiten der im Rahmen der Berufsausbildung erworbenen Fähigkeiten und Fertigkeiten deutlich verkürzen und sich die Anforderungen im Zuge der Digitalisierung in manchen Berufen erheblich ändern, müssen wir den Arbeitnehmer*innen gezielte Angebote machen, um sich rechtzeitig den verändernden Anforderungen anpassen zu können. Damit die Berufsbildenden Schulen diesen neuen Anforderungen gerecht werden können, statten wir sie deutlich besser aus. Gemeinsam mit den Berufsbildenden Schulen wollen wir die Eigenständigkeit der regionalen Kompetenzzentren stärken. Um Berufsschüler*innen die Grundlagen betrieblicher Mitbestimmung und gewerkschaftlicher Arbeit näherzubringen, setzen wir uns dafür ein, dass Gewerkschaften in den Berufsschulen über ihre Arbeit informieren können. Gerade die Berufsschulen leisten im Bereich der Inklusion seit Jahrzehnten eine wichtige Arbeit und haben in Teilen eine Vorreiterrolle eingenommen. Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, die Inklusion in der beruflichen Bildung auch im Schulgesetz zu verankern, um rechtliche Verbindlichkeit und gute Rahmenbedingungen zu definieren. Wir wollen die personellen und finanziellen Rahmenbedingungen für einen Ausbau des gemeinsamen Unterrichts an allen berufsbildenden Schulformen schaffen. Dafür ist eine entsprechende Fortbildungsinitiative für Lehrer*innen und die Weiterentwicklung der sonderpädagogischen Unterstützung notwendig. Die von der amtierenden Landesregierung vorgenommene Streichung des Studiengangs Sonderpädagogik an Berufsbildenden Schulen in Hannover war ein schwerer Fehler, den wir korrigieren werden. Schulen und Schulträger müssen bei der Einrichtung von inklusiven Lerngruppen beraten und unterstützt werden. **Wissenschaft gestaltet Zukunft** Wissen ist in unserem Land die entscheidende Ressource, um aktuelle und zukünftige Herausforderungen erfolgreich anzugehen. Wissenschaft schafft Innovationen, bietet Lösungsmöglichkeiten und zeigt neue Wege auf. Sie ist der zentrale Schlüssel für das Gelingen des ökologisch-sozialen Umbaus und leistet damit einen wichtigen Beitrag zu nachhaltiger wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit und gesellschaftlichem Wohlstand. Unser Ziel ist es, Rahmenbedingungen zu schaffen, die den Hochschulen und Forschungseinrichtungen die nötigen Spielräume und die finanziellen Grundlagen bieten, um ihre Potenziale zu entfalten. **Verlässliche Hochschulfinanzierung** Um ihren Forschungs- und Bildungsauftrag erfüllen zu können, benötigen die Hochschulen in staatlicher Verantwortung eine verlässliche finanzielle Ausstattung. SPD und CDU haben in den vergangenen Jahren mit ihrer Kürzungspolitik den Grundgedanken des Hochschul-entwicklungsvertrages unterlaufen, den Hochschulen Handlungsspielraum genommen und viel Vertrauen verspielt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine bedarfsgerechte Grundfinanzierung ein, die den Hochschulen Planungssicherheit gibt, wachsenden Anforderungen Rechnung trägt und Raum für die zukünftige Entwicklung gibt. Hierzu gehört auch eine verlässliche landesseitige Kofinanzierung von Bundes- und EU-Mitteln, damit niedersächsische Hochschulen an diesen bestmöglich partizipieren können. **Gebührenfreies Studium und gute Studienbedingungen** Studiengebühren sind eine soziale Zugangshürde und verhindern Chancengerechtigkeit. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für ein gebührenfreies Studium, damit der Besuch einer Hochschule nicht vom Einkommen der Eltern abhängig ist. Wir setzen uns für eine weitere Öffnung und mehr Diversität der Hochschulen ein, um die nach wie vor skandalöse Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft zu entkoppeln. Dazu gehört, dass mehr Menschen,

insbesondere diejenigen, die nicht aus einer klassischen Akademiker*innenfamilie stammen, ermutigt und dabei unterstützt werden, ein Hochschulstudium aufzunehmen. Unser Ziel ist die Gestaltung von guten Bedingungen in Studium und Lehre. Hierfür sind die noch unter GRÜNER Regierungsbeteiligung von 2013 bis 2017 eingeführten Studienqualitätsmittel auch zukünftig ein wichtiges Instrument, um die Studienbedingungen weiter zu verbessern. Wir wollen, dass die Studierenden wieder maßgeblich darüber entscheiden können, wie diese Mittel verwendet werden und sorgen dafür, dass die Mittel tatsächlich für die Verbesserung der Studienqualität und der Lehre eingesetzt werden und nicht fehlende Mittel für die Bauunterhaltung kompensieren müssen. Der Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken leistet als Nachfolger des Hochschulpakts 2020 einen wichtigen Beitrag, um für bessere Studienbedingungen zu sorgen und die Studienkapazitäten bedarfsgerecht zu gestalten. Unser Ziel ist es, diese Finanzierung zu verstetigen und so insbesondere mehr Professor*innen sowie weiteres unbefristetes Lehrpersonal an den Hochschulen zu ermöglichen, damit eine dauerhafte Verbesserung des Betreuungsschlüssels erreicht werden kann. Nicht zuletzt in der Pandemie haben die Hochschulen gezeigt, dass sie in der Lage sind, auf neue Herausforderungen flexibel und schnell zu reagieren und auch in der Lehre neue Wege zu gehen. Die Präsenzlehre muss auch zukünftig zentraler Bestandteil der Hochschullehre sein. Wir wollen jedoch mehr Spielräume für innovative Lehre schaffen, beispielsweise durch eine bessere Verknüpfung analoger und digitaler Elemente. Hierzu gehört auch eine gute digitale Ausstattung der Hochschulen sowie regelmäßige didaktische Weiterbildungen des akademischen Personals. Wir wollen die Anerkennung von guter Lehre in der Wissenschaftsförderung stärker berücksichtigen. Außerdem planen wir, die Betreuungsverhältnisse zu evaluieren und bei Bedarf nachzusteuern, um die Qualität auch in viel nachgefragten Fächern und Studienschwerpunkten zu sichern. Studienangebote müssen mit den Lebens- und Lernbedingungen von Studierenden vereinbar sein. Verschoolte Strukturen passen nicht zu einem selbstbestimmten Studienalltag. Wir wollen den Rahmen dafür schaffen, dass ein Studium beispielsweise auch für Berufstätige sowie zur Vereinbarkeit von Studium und Familie oder die Pflege von Angehörigen möglichst flexibel und individuell gestaltet werden kann. Noch immer ist die Zahl der Studienabbrecher*innen gerade in den sogenannten MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) viel zu hoch. Unser Ziel ist es, den Studienerfolg nachhaltig zu fördern und die Studierenden bestmöglich zu unterstützen. Hierzu gehört eine bessere Beratungs- und Unterstützungsinfrastruktur, die Studierenden ohne zusätzliche Kosten zur Verfügung steht und die wir ebenso wie mehr vorbereitende Bildungsangebote sowie studienbegleitende Tutorien und Mentor*innenprogramme fördern wollen. Zudem schaffen wir eine höhere Durchlässigkeit zwischen dualer Ausbildung und Hochschulstudium und bauen praxisnahe sowie duale Studienmöglichkeiten aus. Eine wichtige Rolle spielt auch dafür eine weitere Stärkung der Hochschulen für angewandte Wissenschaften (Fachhochschulen). Hierbei sind uns auch neue Zugänge für Menschen wichtig, die mit oder aus einem bereits begonnenen Arbeitsleben berufsbegleitend im Sinne einer akademischen Weiterbildung studieren möchten. Damit die Doppelbelastung durch Hochschulstudium und gleichzeitige Ausbildung oder Arbeit im Betrieb nicht zum Burnout-Faktor werden, wollen wir uns dafür einsetzen, dass die Regelstudienzeit für Dual- und Trialstudierende flexibler gehandhabt wird. Die oft einseitige Fokussierung auf Noten bei der Zulassung zu zulassungsbeschränkten Studiengängen wird den Erfordernissen von Studium und späterem Beruf nicht gerecht. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass in Zukunft fachliche Eignung, gesellschaftliches Engagement und berufliche Vorerfahrung stärker bei der Zulassung gewichtet werden. **Vielfältige Hochschullandschaft** Die niedersächsische Hochschullandschaft ist durch eine große Vielfalt aus Universitäten, Hochschulen für angewandte Wissenschaften, Berufsakademien sowie staatlichen und nichtstaatlichen Einrichtungen geprägt. Niedersachsen verfügt über exzellente Hochschulen und Spitzenforschung ebenso wie über anwendungsorientierte Einrichtungen – und damit insgesamt über ein breites Angebot an unterschiedlichen Studienmöglichkeiten. Im Sinne der Hochschulautonomie setzen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dafür ein, dass Hochschulen über ein eigenständiges Profil und den notwendigen Gestaltungsspielraum für eine zukunftsorientierte Entwicklung verfügen. Hierzu wollen wir die Hochschulen dabei unterstützen, neue Wege auszuprobieren. Niedersächsische Hochschulen beweisen Tag für Tag, dass hier auf exzellentem Niveau geforscht und gelehrt wird. Wir schaffen die notwendigen organisatorischen sowie finanziellen Rahmenbedingungen für die Hochschulen. Dabei ist für uns GRÜNE klar: Exzellente Ergebnisse in der Spitze sind nur durch eine gute Aufstellung in der Breite möglich – sie bedingen sich gegenseitig und

geben einander neue Impulse. **Soziale Infrastruktur für Studierende ausbauen** Für ein erfolgreiches Studium braucht es mehr als gut ausgestattete Hochschulen. Gerade Menschen aus einkommenschwächeren Haushalten sind auf eine funktionierende soziale Infrastruktur angewiesen. Insbesondere durch die Folgen der Covid-19-Pandemie ist zudem der Bedarf für die psychosoziale Unterstützung von Studierenden und damit nach entsprechenden Angeboten der Studentenwerke gestiegen. Dennoch sind die Landesmittel an die Studentenwerke seit 2014 nicht mehr angehoben worden, obwohl die Zahl der Studierenden zeitgleich deutlich gestiegen ist. Die Kosten der Studentenwerke decken die Studierenden nun zu einem immer größeren Teil selbst. So ist es nicht verwunderlich, dass viele der Hochschulen mit den höchsten Semesterbeiträgen deutschlandweit in Niedersachsen liegen. Wir GRÜNEN setzen uns für eine bedarfsgerechte und verlässliche Finanzierung der Studentenwerke und zusätzlichen günstigen Wohnraum für Studierende ein. Dabei ist sicherzustellen, dass die Studierenden nicht über Gebühr belastet werden. Wir setzen uns auf Bundesebene für die Gestaltung einer gerechten Studienfinanzierung ein, die allen Menschen unabhängig vom Einkommen ein Studium ermöglicht. Das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) in seiner aktuellen Ausgestaltung reicht nicht aus, um Bildungsgerechtigkeit zu schaffen. Wir begrüßen deshalb, dass die neue Bundesregierung das BAföG öffnen und elternunabhängiger gestalten möchte und setzen uns dafür ein, dass auch Teilzeitstudierende BAföG beziehen können. **Hochschulen zu Reallaboren für Klimaneutralität machen** An den Hochschulen gibt es einen gewaltigen Investitionsstau – sowohl im Bereich des Gebäudebestandes als auch bei notwendigen Neubauten. Dieser bedeutet nicht nur eine Herausforderung für die Sicherung des Studien- und Forschungsbetriebes, sondern ist auch aus Gründen des Klimaschutzes nicht länger zu akzeptieren. Denn ein großer Teil der Landesliegenschaften sind Hochschulgebäude, die wiederum einen hohen Anteil am Ausstoß von klimaschädlichen Treibhausgasen der Landesverwaltung haben. Unser Ziel ist es daher, Hochschulen zu Reallaboren des Wandels zu machen: von einer stärkeren und breiteren Verankerung von nachhaltigen Studieninhalten und der Einrichtung neuer Klimaschutz-Professuren über den Auf- und Ausbau von Green Offices bis zum Hochschulbau. Daher setzen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für eine klimagerechte Gebäudesanierung sowie nachhaltige Energiekonzepte an allen Hochschulstandorten ein. Diese Maßnahmen können eine Strahlkraft weit über den Campus hinaus entfalten. Finanziert werden sollen diese Zukunftsinvestitionen über den Niedersachsenfonds und Landesgesellschaften (vgl. Nachhaltig Haushalten). Auch für den Neubau der Hochschulkliniken in Hannover und Göttingen wollen wir einen bestmöglichen Klimastandard erreichen. Die erforderlichen Mittel werden aus dem Niedersachsenfonds bereitgestellt. **Forschung nachhaltig gestalten** Nicht zuletzt die Covid-19-Pandemie hat gezeigt, welche Bedeutung die Wissenschaft für Erkenntnisgewinn und die Entwicklung von Lösungen für die großen Herausforderungen unserer Zeit hat. Ohne Wissenschaft ist auch kein Fortschritt möglich. Daher setzen wir uns dafür ein, die Forschung vom Grundlagenbereich bis zu konkreten anwendungsbezogenen Projekten zu stärken. Dies gilt insbesondere für transformative Forschungsbereiche, bei denen es um den Erhalt unserer Lebensgrundlagen sowie die Gestaltung des damit verbundenen notwendigen klimagerechten Umbaus geht. Auch in diesem Sinne schaffen wir neue und zusätzliche Professuren für den Bereich des Klimaschutzes, um diesen Kompetenzbereich an den Hochschulen und damit in der Forschung auszubauen und weiterzuentwickeln. Zu einer erfolgreichen Forschung gehört auch, den Wissens- und Technologietransfer in die Praxis zu verbessern, damit neue Lösungen noch schneller dort ankommen, wo sie gebraucht werden. Bereits bei der Konzeption neuer Ausschreibungen und Forschungsförderungen wollen wir den Transfergedanken zu einem wichtigen Baustein machen (vgl. Innovatives Niedersachsen). Wissenschaft hat dabei eine gesellschaftliche Verantwortung. Umso wichtiger ist Transparenz in der Forschung und der Austausch zwischen Wissenschaft und Gesellschaft. Dies gilt insbesondere bei kritischen Forschungsvorhaben beispielsweise im Bereich von Risikotechnologien und militärisch relevanten Projekten. Wir treiben Alternativen zu Tierversuchen voran, um diese perspektivisch überflüssig zu machen (vgl. Für einen konsequenten Tierschutz). Auch die Covid-19-Pandemie hat gezeigt, wie wichtig es ist, Verständnis für wissenschaftliches Arbeiten zu schaffen. Hier kommt der Wissenschaftskommunikation eine zentrale Funktion zu, die wir zukünftig noch stärker fördern wollen. Wissenschaft und Freiheit bedingen sich gegenseitig. Daher ist unser Ziel, auch zukünftig eine offene Diskussionskultur an den Hochschulen zu fördern. **Mehr Beteiligung wagen** Hochschulen leben von einer aktiven demokratischen Kultur und einer funktionierenden akademischen Selbstverwaltung. Wir

setzen uns dafür ein, dass alle, die an den Hochschulen lehren, arbeiten und studieren, die Chance haben, sich zu beteiligen. Hierzu gehört insbesondere auch die Mitbestimmung von Studierenden. In allen Bereichen, in denen verfassungsrechtlich keine Mehrheit der Professor*innen vorgeschrieben ist, möchten wir mehr Beteiligungsrechte für Studierende und Beschäftigte erreichen. **Internationalisierung und Digitalisierung** Wissenschaft ist grenzenlos und lebt vom internationalen Austausch. Die Vernetzung unserer Hochschulen auf europäischer und internationaler Ebene wollen wir daher stärken. Wir unterstützen die Hochschulen bei der internationalen Vernetzung und beim Abbau von Hürden bei der internationalen Mobilität von Studierenden und Forschenden. Hierzu gehört auch die gezielte Förderung der niedersächsischen Hochschulen, um in europäischen Förderprogrammen erfolgreich zu sein und Niedersachsen als Wissenschaftsstandort in Europa zu stärken sowie die europäische Idee insgesamt voranzubringen. Die Digitalisierung ermöglicht es, ein Studium an verschiedenen Standorten gleichzeitig zu absolvieren, ob in Niedersachsen, deutschlandweit oder international. Die technischen Voraussetzungen für einen virtuellen transnationalen Campus sind inzwischen gegeben. Wir setzen uns dafür ein, auch die rechtlichen Rahmenbedingungen so anzupassen, dass Studierende und Forschende zukünftig einfacher von den Chancen der Digitalisierung profitieren können. **Gute Arbeit und Gleichstellung** Wer kluge Köpfe halten und fördern will, muss gute Arbeitsbedingungen gestalten und den Mitarbeiter*innen der Hochschulen Perspektiven bieten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, den wissenschaftlichen Nachwuchs zu fördern und auch für wissenschaftliche Mitarbeiter*innen und den Mittelbau bessere Beschäftigungsbedingungen in der Wissenschaft zu schaffen. Für Daueraufgaben müssen zukünftig auch Dauerstellen geschaffen werden. Die beruflichen Perspektiven des wissenschaftlichen Nachwuchses wollen wir durch neue akademische, u. a. familienfreundlichere Karrieremodelle auch für den Mittelbau stärken. Zwar sind rund die Hälfte der Studierenden und Promovierenden Frauen – jedoch spiegelt sich dieses Verhältnis bei den Professuren und Leitungsfunktionen der Hochschulen bei weitem nicht wider. Für uns GRÜNE ist Gleichstellung eine gesellschaftliche Querschnittsaufgabe, die wir auch an den Hochschulen vorantreiben wollen. Insbesondere der Übergang von Promotion zur Professur muss verbessert werden, damit Frauen gleiche Karrierechancen haben. Die Dialoginitiative geschlechtergerechte Hochschulkultur hat hierfür bereits wichtige Impulse geliefert, die wir durch ein Mehr an Verbindlichkeit aufwerten und fördern werden. Wir wollen auch erreichen, dass studentische Hilfskräfte in die betriebliche Mitbestimmung einbezogen und tarifliche Mindeststandards gesichert werden. **4. Erwachsenenbildung stärken** Bildung endet nicht mit der Schulzeit und Ausbildung. Eine sich rasant verändernde Arbeitswelt und gesellschaftliche Wandlungsprozesse erfordern es, Bildung als lebensbegleitenden Prozess zu verstehen. So sind Angebote der Grundbildung und des zweiten Bildungswegs für viele Menschen eine Chance, ihre Teilhabemöglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt und im sozialen Leben zu verbessern. Auch die Integration von Geflüchteten erfordert umfassende Angebote im Sinne von Bildungsketten wie Sprachkurse, Angebote der Grund- und beruflichen Bildung. Die Erwachsenenbildung leistet hier einen wichtigen Beitrag für mehr Chancengerechtigkeit, gesellschaftliche Teilhabe, Integration, Weiterbildung und Fachkräftesicherung sowie zur politischen Bildung (vgl. Für eine vielfältige und offene Gesellschaft). BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, die Erwachsenenbildung als wichtiges Standbein der Bildungslandschaft in Niedersachsen auszubauen. Die freie Erwachsenenbildung stellt Angebote für verschiedene Bedarfe in den unterschiedlichen Lebensphasen bereit. Damit Menschen die für sie passenden Bildungswege und Angebote finden, wollen wir die trägerunabhängige Bildungsberatung auch zukünftig stärken. **Ein Prozent des Bildungsetats für Weiterbildung** Die sich durch eine rasant verändernde Gesellschaft und Arbeitswelt wandelnden Anforderungen an die Erwachsenenbildung sind auch mit einem erhöhten Förderbedarf verbunden. Das gilt sowohl für den Bereich der Förderung von Geflüchteten mit Sprachkursen und weiteren Bildungsmaßnahmen als auch für die Grundbildung, den zweiten Bildungsweg, die fortlaufende Qualifizierung des Personals sowie eine strukturierte Nachwuchsgewinnung. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, das Bildungsbudget für Weiterbildung auf ein Prozent des gesamten Bildungsetats zu erhöhen (vgl. Gute Arbeit in Niedersachsen). **Grundbildung und Alphabetisierung** Angebote im Bereich der Grundbildung, Alphabetisierung und nachholende Schulabschlüsse vermitteln wichtige Schlüsselqualifikationen. Sie sind die Basis für die Teilhabe an weiteren Bildungsangeboten und für den Weg in den Arbeitsmarkt. Diese Angebote sind insbesondere für Menschen in prekären Lebensverhältnissen oder mit formal geringer Bildung wichtig. Sie bedürfen einer niedrigschwelligen und

zielgruppenorientierten Ausrichtung mit aufsuchenden und sozialraumbezogenen Bildungsangeboten, die sowohl Jüngere als auch die wachsende Zielgruppe der älteren Menschen berücksichtigt. Wir GRÜNEN wollen diese besonders fördern, ausbauen und weiterentwickeln. Hohe Teilnahmebeiträge können dabei eine abschreckende Wirkung entfalten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich daher dafür ein, diese Angebote zukünftig gebührenfrei zu gestalten. **Neue Formate und Digitalisierung** Die Digitalisierung hat sowohl für die inhaltlichen Angebote als auch für die Arbeitsweise der Erwachsenenbildung nicht erst seit der Covid-19-Pandemie eine hohe Bedeutung. Sie verändert die Qualifikationsanforderungen an die Menschen und erfordert damit auch eine inhaltliche Neugestaltung der Angebote und Formate in der Erwachsenenbildung. Neue Formate mit flexibleren Nutzungsformen werden benötigt, beispielsweise durch die Bereitstellung von mehr Onlineangeboten und virtuellen Veranstaltungen mit einer darauf ausgerichteten Pädagogik. So verändert Digitalisierung gleichzeitig die Arbeitsbedingungen in der Erwachsenenbildung. Dozent*innen sind nicht mehr nur Pädagog*innen, sondern benötigen Kompetenzen, Lerninhalte digital zu vermitteln. Wir wollen nicht zuletzt die Erfahrungen und Erkenntnisse aus den pandemiebedingten Umstellungen auf den Onlinebetrieb nutzen, um diesen Umstellungsprozess zu verstetigen und weiterzuentwickeln. **Starke Familien: Selbstbestimmt leben von der Kindheit bis ins Alter** GRÜNE Familienpolitik stellt Kinder und Jugendliche mit ihren eigenen Bedürfnissen und Rechten in den Mittelpunkt. In der Pandemie musste die junge Generation besonders zurückstecken. Kinder und Jugendliche haben in besonderem Maße gesellschaftliche Solidarität gegenüber älteren Menschen geleistet und unter den pandemiebedingten Einschränkungen selbst besonders gelitten. Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, dass die Interessen von Kindern und Jugendlichen zukünftig besser gehört und ihre Anliegen endlich ernst genommen werden. Wichtige Hinweise dafür kann die Einführung eines regelmäßigen Monitorings zur Lage von Kindern und Jugendlichen in Niedersachsen unter Beteiligung des Landesjugendhilfeausschusses und der Kinder- und Jugendkommission liefern. Familie ist da, wo Menschen füreinander sorgen. Für eine gute Familienpolitik bedarf es guter beruflicher und finanzieller Rahmenbedingungen für die sogenannte Sorgearbeit: Wer pflegt, Kinder versorgt und Verantwortung für andere Menschen übernimmt, muss hierbei unterstützt werden. Deshalb setzen wir uns auch dafür ein, dass sogenannte Regenbogen- und Patchwork-Familien endlich rechtlich anerkannt werden, beispielsweise im Familien- und Adoptionsrecht. Mehrelternschaft soll möglich sein und alle Formen von Verantwortungsgemeinschaften jenseits von Liebesbeziehungen oder der Ehe sollen anerkannt werden. **Kinderrechte stärken** Kinder sind unsere Zukunft – und trotzdem werden viel zu viele Entscheidungen über ihre Köpfe hinweg und zu ihren Lasten getroffen. Das müssen wir dringend ändern. Kinder und Jugendliche haben eigene Rechte, die es zu respektieren und zu verteidigen gilt. Sie müssen sich in Gesetzgebungsprozessen ebenso widerspiegeln wie in der Schulstruktur und dem familiären Umfeld. Um diesen Rechten den verdienten Rang einzuräumen, setzen wir GRÜNEN uns dafür ein, die Kinderrechte in der Landesverfassung zu verankern. Wir GRÜNEN stehen für eine Absenkung des Wahlalters auf 14 Jahre und mehr politische Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, die wir als kommunale Aufgabe in der Niedersächsischen Kommunalverfassung verankern wollen. Egal, ob es um den neuen Spielplatz, die Verkehrsführung auf dem Weg zur Schule oder die Ausstattung der Bücherei vor Ort geht: Mitbestimmung beginnt im direkten Lebensumfeld. Daher setzen wir GRÜNEN uns dafür ein, vor Ort in allen Bereichen, in denen Kinder unterwegs oder betroffen sind, die Mitsprache von Kindern und Jugendlichen konsequent zu stärken. Unser Ziel ist eine kinder- und jugendgerechte Gesellschaft. Daher setzen wir uns dafür ein, dass zukünftig bei allen Gesetzesvorhaben geprüft wird, welche Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche damit verbunden sind. **Kinderarmut beenden** Fast jedes vierte Kind in Niedersachsen lebt in Armut. In keiner anderen Industrienation ist der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Ausbildungsabschluss so eindeutig und damit die soziale Durchlässigkeit so gering wie in Deutschland. Gleichzeitig ist Kinderreichtum hier das Armutsrisiko Nummer eins. Das wollen wir nicht hinnehmen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sorgen dafür, dass die Teilhabe aller Kinder gesichert und die Grundlagen für ein selbstbestimmtes Leben geschaffen werden. Wir begrüßen daher, dass die Ampelkoalition im Bund eine Kindergrundsicherung auf den Weg bringt und Kinderrechte endlich ins Grundgesetz schreibt. Wir wollen diese Initiativen als Schwung für weitere Bemühungen zur Überwindung von Kinderarmut nutzen. Auf Landesebene schaffen wir eine neue Sozialberichterstattung für Kinder, investieren mehr Geld in soziale Einrichtungen für Kinder und Jugendliche, unterstützen Quartiersarbeit und Nachbarschaftsinitiativen,

fördern Jugendzentren insbesondere in ländlichen Regionen stärker und weiten schulische Ganztagsangebote aus. Wir wollen auch die Kommunen besser dabei unterstützen, Kinderarmut und ihre Folgen vor Ort zu bekämpfen. Dafür fördern wir den Aufbau von Präventionsketten, die ein abgestimmtes Vorgehen aller Akteur*innen aus den Bereichen Bildung, Gesundheit, Kultur und Sport sowie eine kontinuierliche Entwicklungs-förderung in allen Lebensphasen des Kinder- und Jugendalters ermöglichen.

Mehr Freiräume für Kinder und Jugendliche Kinder und Jugendliche brauchen für ihre Entwicklung Zeit und Raum zur Entfaltung. Daher nehmen wir GRÜNEN Druck aus der Schule und sorgen damit für mehr Freiheiten (vgl. GRÜNE Politik macht Schule). Der Jugendarbeit kommt dabei eine zentrale Rolle zu. Sie unterstützt das gesellschaftliche Engagement von Kindern und Jugendlichen und schafft ein vielfältiges Spektrum von Angeboten für junge Menschen. Daher wollen wir die wichtige Arbeit der vielfältigen Jugendverbände und Träger der Jugendarbeit besser fördern. Dazu zählt eine bedarfsgerechte Erhöhung der Zuwendungen und eine Verstetigung von Projektmitteln ebenso wie der Abbau bürokratischer Hürden. Zu diesem Zweck werden wir das Jugendfördergesetz novellieren und an die Bedürfnisse der modernen Jugendarbeit anpassen. Die Angebote der politischen Jugendbildung entwickeln wir weiter und stärken die wichtige Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung. Auch in der Niedersächsischen Bauordnung wollen wir die Vorgaben für Spiel-, Freizeit- und Bewegungsflächen verbessern (vgl. Für eine vielfältige Gesellschaft). Neben der Jugendverbandsarbeit sehen wir öffentliche Freiräume ohne Konsumbindung wie Jugendzentren, Skateplätze und offene Treffs als wichtiges Angebot. Wir setzen uns – frei nach dem Motto „Spielplatz statt Parkplatz“ – dafür ein, Kommunen bei dem Erhalt und der Schaffung von Spiel-, Aufenthalts- und Bewegungsflächen zu unterstützen (vgl. Mobil in Niedersachsen).

Kinderschutz ernst nehmen Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf gewaltfreies Aufwachsen und körperliche Unversehrtheit. Wir werden die Empfehlungen der Enquete-Kommission Kinderschutz deshalb konsequent umsetzen und mit einem neuen Kinderschutzgesetz rechtlich absichern. Insbesondere stärken wir die Prävention und ermöglichen eine frühzeitige Intervention dort, wo Kinder von Gewalt bedroht sind. Dafür brauchen wir Schutzkonzepte in Kitas, Schulen, Sportvereinen und anderen Einrichtungen, die regelmäßig mit Kindern arbeiten. Sowohl Haupt- als auch Ehrenamtliche müssen dafür qualifiziert sein, Anzeichen von Gewalt zu erkennen und entsprechend zu reagieren. Die Jugendämter wollen wir beim Kinderschutz besser unterstützen und die Netzwerkarbeit mit Polizei, Justiz und Beratungsstellen vor Ort fördern. Mit einem Childhood-Haus wollen wir Kindern, die Opfer von Gewalt geworden sind, alle nötigen Hilfen aus einer Hand anbieten und sie bestmöglich in Strafverfahren unterstützen. Beratungsstellen für Kinder, die Gewalt erlebt haben, sichern wir finanziell ab und bauen das Angebot insbesondere in der Fläche aus. Es braucht flächendeckende Netzwerkarbeit zwischen den verschiedenen Akteur*innen, um den Kinderschutz grundsätzlich zu stärken und Versorgungslücken zu schließen.

Jugendhilfe ist unverzichtbar BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich auf allen Ebenen gegen Sparmaßnahmen in der Jugendhilfe und bei der Kinder- und Jugendarbeit ein. Wir unterstützen die Anstrengungen, das Jugendhilferecht inklusiver zu gestalten und die Rahmenbedingungen hier zu verbessern. Das neue Kinder- und Jugendstärkungsgesetz stärkt die Rechte von Kindern in Einrichtungen und Pflegefamilien. Zudem müssen jetzt Ombudsstellen, also Beschwerdestellen für Kinder, Jugendliche und Familien, eingerichtet werden. Diesen Prozess begrüßen wir und werden ihn weiter aktiv begleiten. Zudem muss die wichtige Arbeit der Jugendwerkstätten gesichert und gleichzeitig geprüft werden, wie die Finanzierung nachhaltiger gestaltet werden kann. Wir GRÜNEN unterstützen ambulante Maßnahmen der Jugendhilfe und wollen die Hilfe für straffällig gewordene Jugendliche weiter ausbauen. Wir stehen konsequent hinter dem Leitprinzip „Jugendhilfe statt Knast“ und schaffen hierfür weiterhin die notwendigen Rahmenbedingungen. Beim Eintreten in die Volljährigkeit verlieren Jugendliche mit besonders herausforderndem Verhalten den Anspruch auf Versorgungsleistungen, die ihnen beispielsweise die ausgiebige Betreuung durch Dritte oder das Wohnen in gemeinsamen Wohnformen ermöglicht. Dies muss im Landesinklusionsplan berücksichtigt werden. Wir wollen für mehr Angebote für Jugendliche und junge Erwachsene sorgen und sie davor schützen, dass bei Eintritt in die Volljährigkeit Hilfsangebote wegfallen. Jugendhilfe muss alle Kinder mitnehmen, sei es über gute Rahmenbedingungen für die Inklusion, das Vermitteln interkultureller Kompetenzen oder durch die Überwindung von Kinderarmut. Dabei kommt der Jugendhilfe im Ganztagsschulbetrieb eine zentrale Bedeutung zu. Hier muss die Schnittstelle von Land, Kommune, Jugendhilfeträger und Schule verbessert werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden die wichtige

Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe auf Augenhöhe weiterentwickeln und stärken. **Zeit für Familien** Nicht zuletzt die Covid-19-Pandemie und die damit verbundenen extremen Belastungen gerade für Menschen mit Kindern haben gezeigt, welchen Herausforderungen Familien ausgesetzt sind, um die alltägliche Balance zwischen Erwerbs- und Familienarbeit zu meistern. Noch größer sind die Anforderungen an alleinerziehende Elternteile, die es daher besonders zu berücksichtigen gilt. Wir setzen uns dafür ein, dass Arbeit und Familie besser miteinander vereinbart werden können und Familienzeit den notwendigen Raum bekommt. Hierfür arbeiten wir auch in Niedersachsen beispielsweise durch gemeinsame Initiativen mit Unternehmen und Gewerkschaften daran, familienfreundliche Arbeitszeitmodelle weiterzuentwickeln und auszubauen. Damit wollen wir Beschäftigten Arbeitszeiten ermöglichen, die zu ihrem Leben passen – etwa um Kinder zu erziehen oder Angehörige zu pflegen. Dem Land kommt hier auch als Arbeitgeber eine besondere Vorbildfunktion und Verantwortung zu (vgl. Gute Arbeit in Niedersachsen). **Familien unterstützen** Familie ist da, wo Menschen füreinander sorgen und dauerhaft Verantwortung übernehmen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, die frühen Hilfen und Familienangebote zu sichern und auszubauen. Für uns ist es wichtig, dass die Hilfe da ist, wo auch die Familien sind. Um das zu gewährleisten, müssen Angebote wie Familienzentren konsequent gefördert und sozialräumlich orientiert werden. Wir wollen Kommunen dabei unterstützen, Kitas und Grundschulen zu Familienzentren und damit zu Orten des Austauschs, der Weiterbildung und einer niedrigschwelligen Unterstützung von Eltern weiterzuentwickeln und mit interprofessionellen Teams zu besetzen. Hierbei stärken wir auch die Beratung und Unterstützung von Alleinerziehenden und solchen Familien, die Trennungen vollziehen. **Mit dem Niedersachsenpass Teilhabe vereinfachen** Nach dem Vorbild einiger Kommunen führen wir einen Niedersachsenpass für alle Menschen ein, die Sozialleistungen beziehen oder nur ein geringes Einkommen haben. Mit dem Pass soll in ganz Niedersachsen der Zugang zu Museen, kulturellen Einrichtungen oder die aktive Mitgliedschaft in Sportvereinen niederschwellig möglich sein. Auch Vergünstigungen bei Strompreisen oder anderen Sozialtarifen sind enthalten. Perspektivisch sollen außerdem alle Menschen mit Niedersachsenpass Anspruch auf ein vergünstigtes landesweites Nahverkehrsticket bekommen. Für Kinder und Jugendliche kann der Niedersachsenpass zudem unkompliziert bei der Finanzierung von Mittagessen, Arbeitsmaterialien, Sprachförderung, Musik- und Sportangeboten sowie Klassenausflügen unterstützen. Wir wollen den Niedersachsenpass, dort wo sinnvoll, dazu nutzen, Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket noch einfacher zugänglich zu machen. **Selbstbestimmt altern** Immer mehr Menschen leben immer länger. Wir GRÜNE stellen die Menschen mit ihrem Bedürfnis nach Selbstbestimmung und Würde sowie die solidarische Absicherung des Pflegerisikos in den Mittelpunkt unseres Handelns. Wir wollen dafür sorgen, dass alte Menschen vor Armut geschützt werden, sich aktiv in die Gestaltung unserer Gesellschaft einbringen und gesellschaftlich teilhaben, so lange wie möglich in ihrem gewohnten Wohnumfeld leben und je nach Bedarf abgestufte Unterstützung in Alltag und Pflege erhalten können. Um Menschen solange wie möglich ein Leben in den eigenen vier Wänden zu ermöglichen und gleichzeitig dafür zu sorgen, dass der begrenzte Wohnraum sinnvoll verteilt wird, brauchen wir mehr barrierearmen und bezahlbaren Wohnraum mit angeschlossener Quartierspflege. Die Orte, an denen ältere Menschen leben, müssen Rahmenbedingungen bieten, die den Wunsch nach einem Altern in der gewohnten Umgebung ermöglichen. Zu einer generationsgerechten Infrastruktur gehören insbesondere eine wohnortnahe medizinische Versorgung, ein gut ausgebauter und barrierefreier ÖPNV, Geschäfte des alltäglichen Bedarfs, aber auch Begegnungsstätten. Um das Risiko stationärer Pflegebedürftigkeit im Alter zu reduzieren, setzen wir auch auf die Prävention von Einsamkeit – beispielsweise durch Nachbarschaftsinitiativen und generationenübergreifende Wohn- und Begegnungsprojekte sowie die Förderung von niederschwelligen Versorgungsangeboten und die Stärkung der Angebote hauswirtschaftlicher Dienstleistungen. **Selbstbestimmt sterben** Viele Menschen haben den Wunsch, ihre letzten Tage und Stunden mit Freund*innen und Angehörigen im gewohnten Lebensumfeld zu verbringen. Die Realität sieht leider oft anders aus: Viele Menschen sterben allein oder in Pflegeheimen und Krankenhäusern. Wir wollen ein menschenwürdiges Lebensende schwerstkranker Menschen sicherstellen und unterstützen den Ausbau der palliativmedizinischen Versorgung, insbesondere im ambulanten Bereich und auch für spezielle Angebote für Kinder und Jugendliche (Kinderhospize). **Gesundheit und Pflege** GRÜNE Gesundheits- und Pflegepolitik setzt auf Prävention und Vorsorge, gewährleistet eine wohnortnahe medizinische Versorgung, stärkt Patient*innen in ihrer Selbstbestimmung

und sorgt für gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten in unserem Gesundheitssystem. Gesundheit erhalten und Erkrankungen vorbeugen steht für uns GRÜNE im Fokus unserer Gesundheitspolitik. Wir wissen, dass die Chancen für ein gesundes Leben stark von Bildung, Einkommen, Kompetenzförderung und gesellschaftlicher Teilhabe abhängen. Eine gerechte und solidarische Gesellschaft, die Bildungschancen stärkt, Armut beendet, Ungleichheit verringert und gesellschaftliche Teilhabe für alle ermöglicht, ist deshalb ein zentrales Anliegen GRÜNER Gesundheitspolitik. Gesundheitsförderung ist dann besonders effektiv, wenn sie dort verankert wird, wo die Menschen leben, arbeiten, sich engagieren und lernen: Schlechte Arbeitsbedingungen, Lärmbelastung und Luftverschmutzung am Wohnort sowie zu wenig Geld für gesundes Essen machen krank. Wir wollen mit einer Politik, die gute Arbeit und gute Löhne sicherstellt, gesundes Essen bezahlbar hält, die Lärm- und Schadstoffbelastung senkt und Gemeinschaft fördert, dafür sorgen, dass Menschen in gesunden Umgebungen leben. Menschen, die in soziale Notlagen, in Sucht- und Abhängigkeit geraten sind, wollen wir dabei unterstützen, wieder auf die Beine zu kommen, anstatt sie zu sanktionieren und zu verdrängen. **Den öffentlichen Gesundheitsdienst vom Kopf auf die Füße stellen** Der Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) hat eine zentrale Stellung für Gesundheitsförderung und Prävention. Sein Potenzial ist weit größer, als es seine strukturellen Voraussetzungen zurzeit erlauben. Wie verletzlich uns ein unzureichend ausgestatteter Öffentlicher Gesundheitsdienst macht, hat uns zuletzt die Corona-Pandemie schmerzhaft vor Augen geführt. Wir wollen den ÖGD strukturell stärken, damit er seine Aufgaben im Bereich Prävention und Gesundheitsbildung in vollem Umfang wahrnehmen kann. Wir setzen uns für ein gezieltes Gesundheitsmonitoring und die Durchführung kommunaler Gesundheits- und Pflegekonferenzen ein. Die Kompetenz aller Gesundheitsfachberufe soll einen höheren Stellenwert im ÖGD erhalten – beispielsweise durch sogenannte Community Health Nurses (Gemeindegeschwister Plus) oder in der Schulgesundheitspflege. Außerdem wollen wir für einen wissenschaftlichen Unterbau des ÖGD die Kooperationen mit Universitäten fördern und an den großen Universitätsstandorten des Landes den Masterstudiengang Public Health einrichten. Mit einer Landesstiftung Prävention wollen wir die Gelder aus dem Präventionsgesetz bündeln und primär für Maßnahmen einsetzen, die dafür sorgen, dass Menschen in gesunden Verhältnissen leben. Wir wollen die kommunale Gesundheitsberatung, etwa in Form von Gesundheitskiosken, genauso wie die Erstellung von Hitzeaktionsplänen fördern. Um Neuinfektionen mit sexuell übertragbaren Infektionen zu verhindern und die Schwellen für den Zugang zu Behandlung zu verringern, setzen wir auf Aufklärung über Schutzmöglichkeiten, Entstigmatisierung, verbesserte Testmöglichkeiten und niedrigschwellige Behandlungsmöglichkeiten. Die wichtige Arbeit der Aidshilfe in diesem Bereich werden wir unterstützen. **Gut gerüstet für zukünftige Pandemien** Über die Hälfte (60 Prozent) der menschlichen Infektionskrankheiten stammen laut UN von Tieren – Klimawandel und Umweltzerstörung beschleunigen die Entstehung neuer Pandemien. Um die Entstehung neuer Pandemien zu verhindern und Ausbrüche neuer Erreger lokal zu begrenzen, müssen multinationale Gesundheitsorganisationen gestärkt, der Klimawandel effektiv bekämpft, Lebensräume geschützt und Erreger überwacht werden. Auch das Land Niedersachsen muss seinen Beitrag zu diesen globalen Aufgaben leisten, sich pandemiefest aufstellen und die strukturellen Voraussetzungen für die Bekämpfung zukünftiger Pandemien schaffen: Dafür wollen wir für eine auskömmliche Bevorratung mit Schutzausrüstung sorgen, ein gestuftes Notfallversorgungskonzept schaffen, Pandemieschutzübungen verankern und Kapazitäten zur kurzfristigen Schaffung von (Intensiv-)Krankenbetten absichern. Nach über zwei Jahren Pandemie hat die Landesregierung es versäumt, flächendeckend Belüftungsanlagen in Bildungs- und Kinderbetreuungseinrichtungen einzusetzen, um diese zum Teil noch immer ungeimpfte Gruppe bestmöglich zu schützen. Wir wollen hier schnell handeln, Luftfilter einsetzen und diese Einrichtungen auch baulich auf zukünftige Pandemien besser vorbereiten. In Krisensituationen gilt: Schnelles, entschlossenes Handeln und das Nutzen von innovativen Ansätzen sind entscheidend. Seit Januar 2021 fordern wir vehement Abwasseruntersuchungen auf SARS-CoV-2-Viren als zuverlässiges Instrument für die Prognose der Pandemieentwicklung und des Erkennens der Verbreitung neuer Virusvarianten. Anders als die Koalition aus SPD und CDU werden wir GRÜNEN in einer Landesregierung alle Ansätze nutzen, um gut vorbereitet zu sein und das Risiko neuer Pandemien zu reduzieren. Die Gefahren durch das Virus H5N1 (Geflügelpest) sind insbesondere in den viehdichten Regionen in Niedersachsen als sehr hoch einzuschätzen. Aus Russland und Großbritannien sind bereits Übertragungen des Virus auf Menschen bekannt geworden. Zum Schutz der Gesundheit von Mensch und Tier treiben wir

den Umbau der Tierhaltung hin zu tiergerechten Haltungssystemen und flächengebundener Tierhaltung voran und nutzen aus Seuchenschutzgründen auch kurzfristige Maßnahmen wie Wiederbelegungsverbote zumindest in den sehr viehdichten Regionen (vgl. Für eine andere Agrarpolitik). **Gut versorgt in Stadt und Land** Unser Ziel ist eine bedarfsgerechte, wohnortnahe und verlässliche medizinische Versorgung in ganz Niedersachsen. In allen Regionen des Landes verlieren wir jedoch immer mehr Beschäftigte und Selbstständige in der Gesundheitsversorgung. Beispielhaft zeigt sich dieser dramatische Trend bei der hausärztlichen Versorgung: Schon heute sind in Niedersachsen über 400 der 5.100 Hausarztsitze nicht besetzt und in den kommenden Jahren werden über 1.000 der gegenwärtig praktizierenden Hausärzt*innen in den Ruhestand gehen. Die Wege, die für den Zugang zu gesundheitlicher Versorgung zurückgelegt werden müssen, werden für Menschen im ländlichen Raum immer länger. Immer mehr Menschen sorgen sich um ihre Versorgung vor Ort. Viele wertvolle Vorschläge zur Verbesserung dieser Situation hat die Enquetekommission Sicherstellung der ambulanten und stationären medizinischen Versorgung in Niedersachsen erarbeitet. Wir wollen Tempo in die Umsetzung der Vorschläge bringen. Dafür braucht es endlich eine Bedarfsplanung, die Über- und Unterversorgung erfasst, Kapazitäten sinnvoll verteilt und Mindest-erreichbarkeitsstandards setzt. Wie von Expert*innen schon lange gefordert, werden wir die starren Grenzen stationärer und ambulanter Versorgung überwinden und nichtärztliche Heilberufe stärker in die Primärversorgung einbinden. Wir wollen insbesondere im ländlichen Raum ambulante, stationäre und poststationäre Leistungserbringer zusammenschließen und mit Reha-Einrichtungen, Apotheken und anderen Gesundheitseinrichtungen in integrierten Versorgungszentren in öffentlicher Hand zusammenbringen. Für Patient*innen bedeutet das, dass sie Präventionsangebote wie etwa Rückenurse unter einem Dach mit Hausärzt*innen, Fachärzt*innen, Sozialarbeiter*innen und Therapeut*innen finden. Ihre Behandlung kann so interdisziplinär erfolgen. Für Beschäftigte bedeutet das, in einem interdisziplinären Team mit familienfreundlichen Arbeitszeiten tätig zu sein. Gleichzeitig finden sie hier die Möglichkeit, im ländlichen Raum zu arbeiten, ohne dabei als Einzelkämpfer*in eine eigene Praxis führen zu müssen. Wir wollen erreichen, dass Kommunen deutlich einfacher Medizinische Versorgungszentren (MVZ) gründen können: Dafür wollen wir sicherstellen, dass Kommunen nach sechs Monaten auf nicht nachbesetzte Arztsitze zugreifen können. Mittels Patient*innen-orientierter Digitalisierung wollen wir Angebote besser vernetzen sowie Transparenz und Patientenautonomie stärken. Telemedizinische Angebote treiben wir voran. **Krankenhauslandschaft zukunftsfähig und qualitativ hochwertig aufstellen** Die Krankenhauslandschaft in Niedersachsen befindet sich längst im Wandel: hin zu einer Grundversorgung in der Fläche und spezialisierten Zentren in großen Kliniken. Diesen Wandel wollen wir mit einer vorausschauenden, an der Behandlungsqualität orientierten Krankenhausplanung zukunftsfähig gestalten. In mindestens acht Versorgungsregionen wollen wir für ein Angebot mit differenzierten Versorgungsstufen sorgen. In jeder Versorgungsregion soll es neben den Krankenhäusern der Grund- und Regelversorgung mindestens ein Krankenhaus der Schwerpunktversorgung geben. Krankenhäuser der Maximalversorgung und Hochschulkliniken ergänzen das medizinische Angebot. Unser Ziel ist, eine zeitgemäße, qualitätsorientierte und sektorenübergreifende Gesamtversorgungsplanung auf den Weg zu bringen und regionale integrierte Gesundheitszentren in die Krankenhausplanung aufzunehmen und zu fördern. **Krankenhäuser für Menschen, nicht für Profite** Wir GRÜNEN stehen für Krankenhäuser, die an den Bedürfnissen von Patient*innen ausgerichtet sind. Dabei müssen sie gute Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten sicherstellen, die der Verantwortung und Belastung gerecht werden. Renditeerwartung von Investor*innen, klamme kommunale Haushalte und die massive Unterfinanzierung der Investitionskosten durch das Land haben in Verbindung mit der Finanzierung durch Fallpauschalen jedoch zu Fehlentwicklungen mit katastrophalen Folgen in unseren Krankenhäusern geführt: durch Personalabbau und Outsourcing patientenferner Dienstleistungen, sowie durch die Konzentration auf lukrativere Behandlungen versuchen immer mehr Kliniken, auf dem Rücken von Patient*innen und Beschäftigten ihre Wirtschaftlichkeit zu retten oder gar Gewinne zu erwirtschaften. Wir begrüßen, dass die durch GRÜNE getragene Bundesregierung diese Fehlentwicklungen als solche benennt und abgestufte Vorschläge zur zukünftigen Krankenhausfinanzierung vorlegen möchte. Wir erwarten, dass die hierfür vorgesehene Regierungskommission ihr Arbeit zeitnah beginnt und Reformen dann auch zügig umgesetzt werden. Durch die Zuständigkeit für die Investitionskostenfinanzierung spielt aber auch das Land eine wichtige Rolle für die Zukunft der stationären Versorgung. Während die SPD-CDU Koalition in den letzten Jahren beim Verfall

der Bausubstanz unserer Kliniken zugeschaut hat und zunächst groß angekündigte Investitionszuschüsse kurzerhand doch wieder zurücknahm, ist der Investitionsstau der niedersächsischen Krankenhäuser auf mittlerweile mehr als 2 Milliarde € angewachsen. Solange dieser Investitionsstau nicht endlich angegangen wird, werden die Krankenhäuser sich weiter gezwungen sehen, Gelder, die eigentlich für die Versorgung von Patient*innen vorgesehen sind, zweckentfremdet für betriebsnotwendige Investitionen einzusetzen. Diesem Zustand wollen wir ein Ende bereiten: den Niedersachsenfonds und die Landesgesellschaften wollen wir auch dafür einsetzen den Investitionsstau in unseren Kliniken abzubauen. Mit einer Erhöhung der jährlichen Investitionsförderung des Landes für Baumaßnahmen und einer regelmäßigen Anpassung an Baupreissteigerungen beenden wir mittelfristig und nachhaltig die chronische Unterfinanzierung der Investitionen in unsere Krankenhäuser. Alle Kinderkliniken in Niedersachsen schreiben rote Zahlen, ihre finanzielle Absicherung muss daher dringend angegangen werden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die, durch die von GRÜNEN getragene Bundesregierung in Aussicht gestellte bedarfsgerechte auskömmliche Finanzierung für Kinderheilkunde zeitnah dort ankommt, wo sie benötigt wird. **Krankenhäuser in die öffentliche Hand** Wir sind der Überzeugung, dass Krankenhäuser als zentraler Bestandteil der Daseinsvorsorge gemeinwohlorientiert und nicht gewinnorientiert arbeiten sollten. Den Trend zur Krankenhausprivatisierung wollen wir umkehren: Dafür unterstützen wir Kommunen, die Krankenhäuser zurück in die öffentliche Hand holen möchten. **Green Hospital: Krankenhäuser leisten ihren Beitrag zur Klimaneutralität** Der Gesundheitssektor liegt mit 4,4 Prozent der globalen Treibhausgasemissionen noch über den Emissionen von Flugverkehr und Schifffahrt. Niedersächsische Krankenhäuser müssen daher zukünftig eine wichtige Rolle bei der CO₂-Reduktion spielen. Green Hospitals sollen den Energiehaushalt, den Wasserverbrauch, aber auch das Abfallmanagement umweltfreundlich gestalten. Damit das gelingt, treiben wir die energetische Sanierung von Krankenhäusern voran und statten sie mit Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energie aus. Außerdem sorgen wir dafür, die Ernährung für Patient*innen und Mitarbeiter*innen gesünder zu gestalten, um deren Zufriedenheit und Gesundheit zu erhöhen. Das Projekt KLIK – Klimamanager für Kliniken wollen wir in Niedersachsen aktiv umsetzen. **Im Notfall gut versorgt** Wie gut ein Gesundheitssystem funktioniert, zeigt sich oft erst im Notfall. Egal ob Herzinfarkt oder plötzliche Rückenschmerzen am Wochenende: Damit alle Menschen in Niedersachsen bei akuter Krankheit rund um die Uhr die passende Hilfe bekommen, wollen wir das dreistufige System aus ambulantem Bereitschaftsdienst, stationärer Notfallversorgung und Rettungsdienst besser aufeinander abstimmen. An Krankenhäusern wollen wir integrierte Notfallzentren einrichten, in denen je nach Bedarf sowohl ambulante als auch stationäre Notfallbehandlungen erfolgen können. Erfolgreiche Modellprojekte wie Gemeindenotfallsanitäter*innen oder mobile Ersthelfer*innen wollen wir flächendeckend ausweiten. Dazu gehören auch Fahrdienste, die Menschen insbesondere im ländlichen Raum zu Bereitschaftsdienstpraxen oder Kliniken bringen, wenn kein Rettungswagen notwendig ist. Auch telemedizinische Angebote können die Notfallversorgung sinnvoll ergänzen. Rettungswagen wollen wir standardmäßig mit telemedizinischer Ausrüstung ausstatten, damit die Behandlung bereits auf dem Weg in die Klinik beginnen kann. Telenotärzt*innen können das Versorgungsangebot in einigen Teilen Niedersachsens sinnvoll ergänzen. **Gute Arbeitsbedingungen und Ausbildungsoffensive in der Gesundheitsversorgung** Eine alternde Bevölkerung, zusätzliche Aufgaben und Personalabbau in der Gesundheitsversorgung führen zu einem drastischen Fachkräftemangel in unserem Gesundheitssystem. Um einen zukünftigen Kollaps zu vermeiden, müssen wir jetzt verstärkt bei der Gewinnung von Fachpersonal in die Offensive gehen. Um dem wachsenden Bedarf an medizinischem Personal zu begegnen, schaffen wir GRÜNEN mindestens 200 zusätzliche Medizinstudienplätze. Wir setzen uns für die zügige Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen ein und schaffen Qualifizierungs- und Weiterbildungsprogramme, um fehlende Kompetenzen und Sprachkenntnisse aufzubauen. Wir begrüßen das Vorhaben der neuen Bundesregierung, den Spurwechsel vom Asylsystem in die Arbeitsmigration zu ermöglichen. Die geplante Landarztquote alleine wird nicht ausreichen, um junge Ärzt*innen aufs Land zu bekommen; vielmehr wollen wir mit attraktiven Arbeitszeitmodellen sowie mit Teamarbeit und universitärer Anbindung mehr junge Ärzt*innen für die Arbeit als Allgemeinmediziner*innen auf dem Land begeistern. Nicht nur bei Ärzt*innen vergrößert sich die Versorgungslücke, sondern in allen Berufen des Gesundheitswesens. Nach anglo-amerikanischem Vorbild wollen wir sogenannte physician assistants in Niedersachsen ausbilden und einsetzen und damit Ärzt*innen um grundsätzlich delegierbare Aufgaben

entlasten. Um den Fachkräftemangel in den Heil-, Pflege- und Assistenzberufen zu bekämpfen, wollen wir staatliche Schulen auf- und ausbauen und die bestehende Ausbildungsinfrastruktur kurzfristig finanziell absichern. Für Pflegeassistent*innen, Heilerziehungspfleger*innen, medizinische Bademeister*innen und Diätassistent*innen schaffen wir endlich das Schulgeld ab. Für die Beschäftigten in unserem Gesundheitssystem wollen wir GRÜNEN flexible Arbeitszeitmodelle und eine verbesserte Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglichen – etwa durch die Förderung von Krippen und Kitas direkt an Krankenhäusern oder Versorgungszentren. Ein leistungsfähiges Gesundheitssystem setzt eine ausreichende Personalbemessung sowie die Herstellung von guten Arbeitsbedingungen durch Tarifbindung voraus. Investitions- und Fördermittel des Landes müssen deshalb an eine tarifliche Bezahlung gebunden werden (vgl. Gute Arbeit in Niedersachsen). Wir wollen Berufsaussteiger*innen durch Anreize wieder zurückgewinnen und durch Maßnahmen der Gesundheitsförderung, wie etwa Gesundheitssport, Coolout- und Burnout-Prophylaxen sowie Team-Supervisionen dafür sorgen, dass Fachkräfte möglichst lange gesund im Beruf bleiben. Für Menschen, die ihren Schulabschluss im Ausland erworben haben, bauen wir die Zugangshürden zu den Ausbildungen der Gesundheitsfachberufe ab. Ausländischen Fachkräften ermöglichen wir ein dauerhaftes Bleiberecht. **Pflegeberufe stärken** Pflegekräfte leisten eine unverzichtbar wertvolle Arbeit für die Gemeinschaft, die mehr als Applaus verdient. Die Verantwortung, die Pflegekräfte in ihrem fachlich anspruchsvollen Job tragen, muss sich endlich auch bei Bezahlung und Arbeitsbedingungen niederschlagen. Die Gewinnung neuen Fachpersonals ist eine der großen Zukunftsaufgaben, zu der Niedersachsen seinen Beitrag leisten muss. Dazu wollen wir die Tarifbindung stärken, die Wirkung des neuen Pflegegesetzes evaluieren, ggf. nachsteuern und Leiharbeit begrenzen. Die durch die Bundesregierung in Aussicht gestellte Einführung wirksamer Personalbemessungsinstrumente begrüßen wir. Wir wollen die Zahl der Ausbildungsplätze in der Pflege deutlich anheben – dazu braucht es aber ausreichend Einrichtungen, die sich an der Ausbildung beteiligen. Wir sorgen dafür, dass durch Ausbildungsverbünde auch kleinere Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen sowie private Pflegeschulen gemeinsam zur Ausbildung von Pflegepersonal beitragen. Dabei wollen wir sicherstellen, dass die betriebliche Mitbestimmung aller Auszubildenden an ihren Einsatzorten gesichert ist. Wir treiben die Akademisierung, Professionalisierung und Handlungsautonomie in den Pflegeberufen voran und eröffnen Pflegekräften damit attraktive Weiterbildungs- und Aufstiegschancen. Mit Pflegeakademien, wie es sie schon heute an der Medizinischen Hochschule Hannover gibt, wollen wir gezielte Weiterbildung im Pflegeberuf ermöglichen – etwa zur Pflegedienstleiter*in oder Praxisanleiter*in mit staatlichem Abschluss. In einem Modellprojekt im Studiengang Pflegewissenschaft werden wir qualifiziertes Personal nach international verbreitetem Vorbild als Community Health Nurses ausbilden und in der Primärversorgung einsetzen. Damit das gelingen kann, wollen wir uns auf Bundesebene für eine Reform der Heilberufeverordnung einsetzen und Community Health Nurses dadurch mehr Handlungsautonomie ermöglichen. **Krankenversicherung** Das Nebeneinander von privaten und gesetzlichen Krankenkassen sorgt nicht nur für eine Ungleichbehandlung von Patient*innen etwa bei der Terminvergabe bei Fachärzt*innen – dem Staat entgehen auch noch viele Millionen Euro, weil ausgerechnet einkommensstarke Menschen einen besonders geringen Anteil ihres Einkommens an die Versicherung zahlen. Wir setzen uns deshalb auf Bundesebene für die Einführung einer Bürger*innenversicherung ein, in die alle Arbeitnehmer*innen einen fairen Beitrag einzahlen. Schon jetzt wollen wir niedersächsischen Beamt*innen echte Wahlfreiheit bei der Krankenversicherung ermöglichen, indem wir ihnen, wie bereits in vielen Bundesländern praktiziert, einen Zuschuss zur gesetzlichen Krankenversicherung anbieten und sie nicht länger sowohl Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innenbeitrag selbst tragen müssen. Eine Mitgliedschaft in der privaten Krankenversicherung kann insbesondere für Beamt*innen in unteren Besoldungsgruppen, mit chronischen Krankheiten oder vielen Kindern sehr teuer sein. **Selbstbestimmte Geburt** Für Schwangere in Niedersachsen wird es immer schwieriger, eine Hebamme für die Begleitung der Schwangerschaft und Nachsorge nach der Geburt zu finden. Das Netz der Geburtsstationen in Niedersachsen dünnt sich immer weiter aus: In vier Landkreisen gibt es überhaupt keine klinische Geburtshilfe mehr – und die große Koalition schaut dabei zu. Die schlechte Personalausstattung auf Geburtsstationen führt vielerorts dazu, dass Hebammen bis zu fünf Frauen gleichzeitig betreuen. Währenddessen mehren sich Berichte von Frauen, die die Geburt als traumatisch erlebt haben. Ziel von BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN ist eine selbstbestimmte Geburt durch eine bedarfsgerechte und wohnortnahe Versorgung vor, während und nach

der Geburt, eine Stärkung der Wahlfreiheit von Schwangeren, eine bessere Personalausstattung in der Geburtshilfe und eine verbesserte Versorgung unter der Geburt. Dafür wollen wir mehr Hebammen akademisch ausbilden, die Richtlinie 1:1-Betreuung unter der Geburt umsetzen, durch Hebammen geleitete Kreißsäle sowie Beleghebammen stärken und Geburtshäuser durch Investitionskostenzuschüsse fördern. Wir verankern die Geburtshilfe als Teil der Grundversorgung und sorgen so dafür, dass keine Frau in Niedersachsen mehr als 30 Minuten zum nächsten Geburtshilfeangebot fahren muss. Um finanziellen Fehlanreizen, die zu unnötig vielen Kaiserschnitten geführt haben, entgegenzuwirken, wollen wir Spontanentbindungen finanziell besserstellen. Es darf nicht sein, dass immer mehr Geburtsstationen aus ökonomischen Erwägungen geschlossen werden. Wir begrüßen daher, dass die Ampelkoalition im Bund kurzfristig für eine bedarfsgerechte auskömmliche Finanzierung der Geburtshilfe sorgen will. **My body, my choice** Die Entscheidung, ob eine Frau eine Schwangerschaft abbricht oder nicht, ist allein ihre. In dieser Zeit sind gute Beratungs- und Versorgungsstrukturen notwendig. Wir wollen, dass der Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen Teil der Regelversorgung wird und flächendeckend gewährleistet ist. Deshalb sorgen wir für eine ausreichende und wohnortnahe Versorgung mit Ärzt*innen, Praxen und Kliniken, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen. Ob Krankenhäuser mit einer gynäkologischen Abteilung Abbrüche durchführen oder nicht, darf nicht vom Träger oder von der individuellen Haltung der Chefärzt*in abhängig sein, sondern muss durch die landesweite Krankenhausplanung grundsätzlich sichergestellt werden. Wir stärken das Thema Schwangerschaftsabbrüche in der Lehre an unseren Universitäten nach international anerkannten Standards und bauen Weiterbildungsangebote für Ärzt*innen aus. Neben der professionellen medizinischen Versorgung ist gute Beratung wichtig. Deshalb wollen wir das Angebot an Familienplanungs- und Beratungsstellen finanziell absichern und die freiwilligen Beratungsangebote ausbauen. Wir wollen in Ausbildung und Studium von Ärzt*innen und Hebammen für das Thema Gewalt unter der Geburt sensibilisieren und Qualifizierungsangebote für Beratungsstellen schaffen, sodass betroffene Frauen wohnortnah Beratungsangebote in Anspruch nehmen können. Wir begrüßen die geplante Streichung des §219a StGB, der Informationen über Schwangerschaftsabbrüche unter Strafe stellt, und setzen uns dafür ein, dass die Kriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen endlich beendet wird. **Psychische Gesundheit verbessern** Menschen mit einer psychischen Erkrankung oder in einer psychischen Krise brauchen schnelle Hilfe, damit sich ihr Leid nicht verschlimmert. Schon seit mehreren Jahren existieren Empfehlungen, wie Betroffene besser unterstützt und ihre Menschenrechte gewahrt werden können. Wir setzen die Empfehlungen des Landespsychiatrieplans endlich um. Dazu gehört, die ambulante psychosoziale und psychiatrische Krisenhilfe auszubauen, Wartezeiten zur ambulanten Behandlung zu verkürzen und Zwangseinweisungen in psychiatrische Kliniken zu reduzieren. Wartezeiten für stationäre Behandlungen auch jenseits von Notfällen wollen wir durch eine Erhöhung der bislang noch unterdurchschnittlichen Bettenzahl in psychiatrischen Kliniken reduzieren. Wir wollen mehr Fachpersonal ausbilden und psychiatrische Forschung und Lehre an unseren Universitäten stärken. Insbesondere in der Kinder- und Jugendpsychiatrie wollen wir Prävention, Früherkennung und Frühintervention strukturell verbessern und Behandlungsplätze ausbauen. Außerdem haben wir vor, ein größeres Augenmerk auf die Versorgung psychisch kranker Menschen mit Fluchterfahrung zu legen. Selbsthilfeangebote psychisch kranker Menschen fördern wir strukturell. Menschen mit Psychiatrieerfahrung und/oder Behinderung beziehen wir in die Prozesse zur Verbesserung der Versorgung psychisch kranker Menschen ein. Mit einer landesweiten Kampagne rücken wir das Thema psychische Gesundheit stärker in die Öffentlichkeit. Wir bauen durch Stigmata entstandene Hürden zur Inanspruchnahme von Hilfeleistungen ab.

Gesundheitsversorgung für alle Für Menschen ohne Krankenversicherungsschutz bestehen in Niedersachsen hohe Hürden beim Zugang zu einer adäquaten Gesundheitsversorgung. Die fehlende medizinische Versorgung führt viel zu oft zu vermeidbaren und zum Teil lebensbedrohlichen Krankheitsverläufen bei Betroffenen. Besonders hart trifft diese Situation Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus, die fürchten müssen, durch Inanspruchnahme medizinischer Leistungen abgeschoben zu werden. Diese Hemmnisse führen zudem zu erheblichen Erlösausfällen in Praxen und Krankenhäusern, da die fehlende Behandlung von Erkrankungen in einem frühen Stadium häufig zu akuten Notfallversorgungen führen, für die keine Kostenträger gefunden werden können. Unter GRÜNER Regierungsbeteiligung wurde erfolgreich ein Modellprojekt durchgeführt, das für Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus mittels eines anonymen Krankenscheins die Kostenübernahme ärztlicher Behandlungen

sicherte. Statt dieses Projekt fortzuführen oder gar auszuweiten, wurde es durch SPD und CDU beendet. Wir sorgen dafür, dass die Gesundheitsversorgung aller Menschen, unabhängig von ihrem Versicherungs- oder Aufenthaltsstatus, endlich flächendeckend gewährleistet wird. Dazu stellen wir, aufbauend auf den Erfahrungen des Modellprojektes und unabhängig vom Aufenthaltsstaus, einen anonymen Krankenschein flächendeckend für alle Menschen ohne Krankenversicherung zur Verfügung. Niederschwellige Angebote wie Straßenambulanzen und medizinische Beratung für Migrant*innen wollen wir finanziell absichern und für personelle Kontinuität in den Einrichtungen sorgen. Darüber hinaus ermöglichen wir Menschen dort, wo möglich, mit Beratungs- und Unterstützungsangeboten einen Weg in die aufenthaltsrechtliche Legalität und die gesundheitliche Regelversorgung. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass Sozialämter die Daten von Betroffenen für die Kostenübernahme von dringend notwendigen medizinischen Behandlungen nicht mehr wie bisher an die Ausländerbehörde weiterleiten müssen. **Für eine vernünftige und menschenwürdige Drogen- und Suchtpolitik** Die Kriminalisierung von illegalen Drogen hat ihre ursprünglichen Ziele nicht erreicht. Bei Konsumdelikten erschweren die straf- und verkehrsrechtlichen Konsequenzen oft zusätzlich die berufliche und soziale Wiedereingliederung. Statt Repression und Verdrängung suchtkranker Menschen, die deren Situation nur weiter verschlimmert, setzen wir auf Prävention, Beratung und Unterstützung. Wir begrüßen die durch die neue Bundesregierung geplante legale und kontrollierte Abgabe von Cannabis. Das Netz der Sucht- und Drogenberatung im Land wollen wir finanziell absichern und ausbauen. Auch Schwerstabhängige haben einen Anspruch auf eine bedarfsgerechte Versorgung. Dafür ist es notwendig, Diamorphin ebenso wie Methadon und andere zugelassene Substitutionsmittel als Mittel zur wirksamen Behandlung und als Medikamente anzuerkennen und ihren Einsatz, in Verbindung mit sozialer Unterstützung, flächendeckend zu ermöglichen. Hierfür ist von höchster Bedeutung, dass mehr Hausarztpraxen Substitutionsbehandlungen anbieten; dies wollen wir unterstützen. Wir setzen uns darüber hinaus für mehr Drogenkonsumräume ein, die für einen risikominimierenden Konsum von Betäubungsmitteln durch Abhängige ausgestattet sind. Sterile Hilfsmittel, Substitutionsbehandlung sowie Drogen- und Suchtberatung gehören auch in den Strafvollzug. Wir wollen Modellversuche für Drugchecking-Angeboten ins Leben rufen, bei denen Konsument*innen, verbunden mit Präventionsangeboten, die Möglichkeit gegeben wird, gefährliche und verunreinigte Substanzen vor dem Konsum zu erkennen. Für uns hat der aktive Nichtraucher*innenschutz und der Schutz vor einem verharmlosenden Umgang mit Alkohol hohe Priorität. Wir wollen die Aufklärungs- und Präventionsangebote absichern und in der Fläche ausweiten. **Für gute Pflege** Durch die gestiegene Lebenserwartung und den medizinischen Fortschritt verdoppelt sich die Zahl der pflegebedürftigen Menschen bis zum Jahr 2050 etwa – während die Zahl der Menschen, die sich für einen Pflegeberuf entscheiden, stagniert. Um dem drohenden Pflegenotstand entgegenzuwirken, setzen wir auf die Prävention von Pflegebedürftigkeit, auf verbesserte Arbeitsbedingungen, Qualifizierungen und eine starke Interessenvertretung der Pflegeberufe. Fast drei Viertel der Betroffenen werden durch Angehörige versorgt und gepflegt, die dabei oft an die Grenzen ihrer Belastbarkeit stoßen. Hochwertige ambulante und teilstationäre Angebote in Wohnortnähe wollen wir stärken und ausbauen. Dazu zählt besonders der Ausbau von Kurzzeit-, Tages- oder Nachtpflegeplätzen in Niedersachsen. Quartierspfleger*innen, die über bestehende Bedarfe und die geleisteten Hilfen informiert sind, könnten pflegende Angehörige erheblich entlasten und Überforderungssituationen rechtzeitig erkennen. Behandlungskapazitäten in geriatrischen Zentren bauen wir aus.

Ä15 Wir gestalten Niedersachsen - Chancengerecht und Solidarisch

Antragsteller*in: KV Wesermarsch

Beschlussdatum: 22.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.3

Von Zeile 224 bis 225 einfügen:

Das entstehende Landeskompetenzzentrum Barrierefreiheit soll auch für zivilgesellschaftliche Organisationen und Unternehmen ansprechbar sein. Wir werden veranlassen, dass die Inklusion in den niedersächsischen Schulen wissenschaftlich begleitet und ausgewertet wird.

Ä16 Wir gestalten Niedersachsen - Chancengerecht und Solidarisch

Antragsteller*in: KV Wesermarsch

Beschlussdatum: 22.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.3

Gute Kinderbetreuung im ganzen Land Bildung schafft die Grundlage für mehr Gerechtigkeit. Bildung eröffnet Chancen für den beruflichen Aufstieg, ist eine zentrale Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe, stärkt damit unsere Demokratie und ist elementare Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben. Leitziel von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind daher sozial gerechte Zugangschancen zu Bildung. Gute Krippen und Kindergärten sind entscheidend für die Förderung und Unterstützung von Kindern und Familien. Sie tragen wesentlich dazu bei, dass sich Kinder entfalten können und ihre Interessen und Fähigkeiten entdecken. Zugleich bilden sie eine wichtige Grundlage für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Krippen und Kindergärten zu Lern- und Lebensorten entwickeln, in die Kinder gern gehen – und wo Erzieher*innen gern arbeiten. Dafür brauchen wir nicht nur mehr Betreuungsplätze, sondern auch eine Entlastung für die Erzieher*innen, damit sie genug Zeit haben, allen Kindern gerecht zu werden. Der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem ersten Lebensjahr ist ein wichtiger Schritt, dennoch gibt es weiteren Bedarf am Ausbau von Plätzen, um allen Kindern ein wohnortnahes Angebot machen zu können. Zudem haben aktuell viele Familien nur einen Halbtagskindergartenplatz. Daher setzen wir uns für eine schrittweise Ausweitung des Angebots ein – damit alle, die es wollen und brauchen, eine gute Ganztagsbetreuung bekommen. Hierbei gilt es auch Menschen mit besonderen Bedürfnissen zu berücksichtigen, beispielsweise Alleinerziehende oder im Schichtdienst Arbeitende. Wir werden zudem nicht nur die Zahl der Betreuungsplätze, sondern vor allem die Qualität der Angebote weiterentwickeln. Daher setzen wir uns für klare Standards und ein Qualitätsmanagement für Kindertageseinrichtungen ein. Es müssen zudem ausreichend räumliche Kapazitäten vorhanden sein. Zu einer guten Qualität gehört für uns vor allem ein guter Betreuungsschlüssel. Unser zentrales Ziel ist es daher, das Verhältnis von Pädagog*innen und Kindern kontinuierlich zu verbessern. Um das zu erreichen, brauchen wir in den Kitas endlich einen Stufenplan für eine echte dritte Kraft, die mehr ist als eine stundenweise Ergänzung des Teams. Die Mitarbeitenden brauchen zudem mehr Verfügungszeiten, damit sie den gestiegenen Anforderungen an den Bildungsauftrag, den Kindern und den Eltern gerecht werden können. **Inklusion in Kitas vorantreiben – gute Förderung von Anfang an** Auch Krippen und Kindergärten erfüllen einen wichtigen Beitrag zur Teilhabe und Förderung aller Kinder in ihrer Unterschiedlichkeit. Die Umsetzung der Inklusion muss endlich gesetzlich geregelt werden. Dafür schreiben wir in jeder Gruppe eine heilpädagogische Expertise fest und starten hierfür eine Fortbildungsoffensive. Unser Ziel ist es, flächendeckend Einrichtungen mit barrierefreien Räumlichkeiten im gesamten Land zu erreichen. Ein Beitrag hierfür ist die Festschreibung von Barrierefreiheit und eine behindertengerechte Ausstattung bei Kita-Neuerrichtungen. Auch der Spracherwerb ist in Kindertagesstätten eine wichtige Aufgabe. Er schafft die Grundlage für Teilhabe und Förderung von Anfang an. Dafür müssen Sprachförderungs- und Fortbildungsangebote weiter ausgebaut werden. **Kitas zu Familienzentren weiterentwickeln** Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, Kitas bei der Weiterentwicklung zu Familienzentren zu unterstützen. Familienzentren verbinden die frühkindliche Bildung und Kinderbetreuung mit Familien- und Elternarbeit und schaffen einen niedrigschwelligen Zugang zu Vorsorgeuntersuchungen, frühen Hilfen und Beratungsangeboten. Hierdurch werden Zugangsmöglichkeiten von Familien zu solchen Angeboten erleichtert, weil sie dort stattfinden, wo die Familien sind: in den Kindertagesstätten. Insbesondere im ländlichen Raum wollen wir Kooperationen zwischen Schulen und Familienzentren ermöglichen sowie (Grund-)Schulen die Möglichkeit geben, ebenfalls Familienzentren zu werden. Wir nutzen Förderprogramme zur Gründung zusätzlicher

Familienzentren und sichern bestehende Familienzentren ab. Wir setzen uns für eine Gesetzesänderung ein, die die Gründung und den Betrieb von Familienzentren erleichtert. **Demokratie- und Umweltbildung stärken, Waldkindergärten ausbauen** Demokratische Teilhabe, die Erfahrung von Selbstwirksamkeit und auch kindgerechtes Beschwerdemanagement spielen in Kindertagesstätten zunehmend eine Rolle. Diesen Trend wollen wir unterstützen, denn er ist wichtig, um die Entwicklung von Kindern zu selbstbewussten und solidarischen Menschen zu unterstützen. Wir GRÜNEN fördern Kitakonzepte, bei denen Umweltbildung eine zentrale Rolle spielt. Durch die verdichtete Arbeitszeit und die vielen Überstunden in den Kitas sind es gerade Fortbildungen und die Etablierung solcher Konzepte, die darunter leiden. Daher wollen wir die Fachkräftesituation deutlich verbessern und die Verfügungszeiten erhöhen. Waldkindergärten werden wir künftig besser fördern. Die Gründung und den Betrieb von Waldkindergärten wollen wir erleichtern, indem wir die Genehmigung von Öffnungszeiten an andere Bundesländer anpassen. **Fachkräftemangel begegnen, Erzieher*innen besser bezahlen** Gute Betreuung und Förderung gibt es nur mit qualifizierten und fair bezahlten Fachkräften. Ein wesentlicher Faktor für den Fachkräftemangel in diesem Bereich ist die zu geringe Bezahlung für diese anspruchsvolle und wichtige Arbeit. Wir GRÜNEN setzen uns daher dafür ein, eine armutsfeste Ausbildungsvergütung auf den Weg zu bringen und die berufsbegleitende Ausbildung zu stärken. Zudem wollen wir Wiedereinstiegs- und Umschulungsprogramme auf den Weg bringen, um mehr Menschen einen Neu- oder Quereinstieg in den Erzieher*innenberuf zu ermöglichen. Hierzu gehört auch eine Erleichterung der Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse, um Menschen mit Migrationsgeschichte mit entsprechenden Berufskennnissen den Weg in die Krippen und Kindergärten zu vereinfachen. Wir sehen die Absenkung von Standards zur schnellen Fachkräftegewinnung kritisch und lehnen Pläne und Diskussionen zu „Ausbildungen light“ ab. Auch die Arbeitsbedingungen für Leitungsfunktionen müssen verbessert und zusätzliche Verfügungsstunden und Qualifikationsangebote ermöglicht werden. Noch immer ergreifen vorrangig Frauen soziale Berufe und nur wenige Männer werden beispielsweise Erzieher. Wir wollen durch eine gendersensible Berufsorientierung an Schulen, durch bessere Bezahlung und eine höhere gesellschaftliche Anerkennung diese Berufe attraktiver machen. Vielen Fachkräften fällt es mit zunehmendem Alter schwer, den Beruf weiter auszuüben, weil etwa die Lärmbelastung oder das Wickeln körperlich sehr fordert. Wir werden deshalb das Thema Fachkräfte im Alter angehen und Berufswege für ältere Fachkräfte aufzeigen, um sie im Beruf zu halten. **GRÜNE Politik macht Schule** Gute Bildungschancen in allen Bereichen – von der Kita über Schule, Ausbildung und Studium bis hin zu lebensbegleitenden Angeboten für Erwachsene – dürfen dabei nicht vom finanziellen Rahmen oder der individuellen Herkunft abhängen. Wir brauchen ein qualitativ hochwertiges und durchlässiges Bildungssystem, das alle Menschen mitnimmt und optimal fördert. Unser Ziel ist, dass jede*r Schüler*in einen guten Bildungsabschluss erreicht, der den eigenen Fähigkeiten und Talenten entspricht. Deutschland hat im internationalen Vergleich immer noch eines der ungerechtesten und sozial selektivsten Schulsysteme: Das Elternhaus hat einen maßgeblichen Einfluss auf die individuellen Bildungschancen. Die frühe Sortierung der Schüler*innen durch das gegliederte Schulsystem, das zudem kaum durchlässig ist, steht einer bestmöglichen individuellen Weiterentwicklung der Kinder im Wege. Insbesondere zu Beginn der Corona-Pandemie waren es die Schüler*innen, die besonders große Lasten tragen mussten: durch Schulschließungen und das damit verbundene Aussetzen von Routinen, durch den zwischenzeitlichen Verlust ihres sozialen Umfelds und von Lernangeboten. Wir stellen die Bedürfnisse der Schüler*innen konsequent in den Mittelpunkt unserer Politik. GRÜNE Politik in Niedersachsen setzt auf das Konzept einer neuen Schule, die längeres gemeinsames Lernen ermöglicht und die als attraktive Ganztagschule Freiräume für individuelles Lernen, für soziales Lernen und die persönliche Entwicklung der Kinder und Jugendlichen in einem guten Lernumfeld bietet. Am besten verwirklicht sehen wir dieses bildungspolitische Ziel im Konzept der Integrierten Gesamtschulen, die wir daher ausbauen und stärken werden. Gute Schulpolitik ist dabei auch eine Ressourcenfrage: Unser Ziel ist es, Schulen mit ausreichend gut ausgebildeten Lehrkräften zu versorgen und darüber hinaus von den Gebäuden bis zur digitalen Infrastruktur so auszustatten, dass sie ihrem Bildungsauftrag gerecht werden können. Zudem werden wir mit dem Niedersachsenfonds die Kommunen unterstützen, Schulen zu sanieren und aufzuwerten, um vor Ort ein attraktiveres Lernumfeld zu schaffen. **Längeres gemeinsames Lernen für eine gerechte Schule** Internationale Bildungsstudien kommen alle zum gleichen Ergebnis: Vom gemeinsamen Lernen profitieren alle – lernstärkere genauso wie lernschwächere Schüler*innen. Und dort, wo die Durchlässigkeit zwischen

den Schulformen nicht nur von oben nach unten – wie in unserem klassisch gegliederten Schulsystem – sondern auch von unten nach oben funktioniert, haben Kinder, die zuhause nicht so gut begleitet und gefördert werden können, deutlich bessere Chancen. Schule muss Chancen eröffnen, die eigenen Begabungen zu erkennen und weiterzuentwickeln und auf gezielte individuelle Förderung setzen. Für uns ist das längere gemeinsame Lernen ein zentrales bildungspolitisches Vorhaben, um Schüler*innen alle Bildungsoptionen offenzuhalten und das Von- und Miteinanderlernen zu befördern. Hierzu werden wir insbesondere die Integrierten Gesamtschulen weiter stärken und auch die Gymnasien durchlässiger gestalten. Zudem müssen alle Wege der schulischen Laufbahn möglichst lange offengehalten werden.

Damit der Übergang klappt Gute Übergänge zwischen Kindergarten, Grundschule und weiterführenden Schulen sind eine wichtige Voraussetzung für erfolgreiche Bildungswege. Auch hier profitieren alle von längerem gemeinsamen Lernen. Daher setzen wir uns in Niedersachsen für die modellhafte Erweiterung von Integrierten Gesamtschulen um Primarstufen ein, um gemeinsames Lernen an einer Schule von der ersten bis zur dreizehnten Klasse zu ermöglichen. In diesem Sinne unterstützen wir auch Initiativen, die beispielsweise Oberschulen zu Integrierten Gesamtschulen weiterentwickeln. Zudem setzen wir uns dafür ein, Schulverbünde weiter voranzutreiben, um gemeinsame Oberstufen oder eine gemeinsame Schule von Klasse eins bis dreizehn zu führen. Insbesondere im ländlichen Raum bietet dies auch die Möglichkeit, wohnortnahe Schulen zu halten und zu Familienzentren weiterzuentwickeln.

Ressourcen gerecht verteilen In Niedersachsen sind gerade die Schulen schlecht ausgestattet, die besonders viele Schüler*innen haben, die intensiv begleitet werden müssen. Die Unterrichtsversorgung an Haupt- und Oberschulen, aber auch an Grund- und Gesamtschulen ist nicht ausreichend, um ihrem Auftrag gerecht zu werden. Diesem Trend werden wir entgegenwirken und gerade die Schulen besonders ausstatten, die pädagogisch herausfordernde Arbeit leisten müssen. Über einen Sozialindex wollen wir deshalb genau diese Schulen personell verstärken und damit auch ihre Attraktivität erhöhen. Wir GRÜNEN setzen uns für eine kostenlose Bildung von Anfang an ein. Daher streben wir an, in Niedersachsen die Lernmittelfreiheit einzuführen – insbesondere im Bereich der digitalen Medien.

Lernen im eigenen Takt Bildungsforschung hat hinreichend belegt, dass unterschiedliche Kinder verschiedene Lernwege benötigen, um zum Ziel zu kommen. Lerndiagnostik, Lernberatung und Lernbegleitung müssen die zentralen Aufgaben für gut ausgebildete Lehrer*innen sein. Damit Schüler*innen Raum für ein selbstbestimmtes Lernen gegeben werden kann, steht für uns das Lernen im eigenen Takt im Mittelpunkt, d. h. im eigenen Tempo und mit individualisierten Wegen bei der Weiterentwicklung von Schule. Wir GRÜNEN möchten jahrgangsübergreifendes Lernen in allen Jahrgängen ermöglichen – auch an den weiterführenden Schulen. Um dafür mehr Raum zu geben und Schulstress entgegenzuwirken, war die noch unter GRÜNER Regierungsbeteiligung erreichte Abschaffung des sogenannten Turboabiturs ein wichtiger Schritt. Darauf aufbauend setzen wir GRÜNEN uns dafür ein, dass der Weg zum Abitur noch individueller gestaltet werden kann. Wir möchten es Schulen ermöglichen, ein Abitur im eigenen Takt anzubieten, indem Schüler*innen ihren Stundenplan selbst gestalten und organisieren können und somit noch besser auf das Leben nach der Schule vorbereitet werden. Das setzt ein grundsätzlich anderes Verständnis des Lehrer*innenberufs voraus und wird eine wesentliche Veränderung der Lehrer*innenausbildung mit sich bringen. Sitzenbleiben und erzwungene Schulwechsel (Abschulung) sind individuelle Erfahrungen des Misserfolgs, die sich in aller Regel negativ auf den weiteren Bildungsweg auswirken. Wie es in den meisten anderen europäischen Ländern der Fall ist, wollen auch wir darauf verzichten. Hier gilt es, die Gymnasien stärker in die Verantwortung zu nehmen, aufgenommene Schüler*innen bis zum Sek I-Abschluss zu begleiten und zum Erfolg zu führen, um die derzeit übliche Abschulungswelle nach Klasse sechs zu brechen. Solange Abschulungen durchgeführt werden, ist es entscheidend, strukturell die Schulen zu stärken, die abgeschulte Kinder aufnehmen. Gerade die Integrierten Gesamtschulen arbeiten jedes Jahr aufs Neue mit Kindern, die Scheitern und einen Bruch der eigenen Bildungsbiographie verarbeiten müssen. Diese kommen dann in überfüllte Klassen, deren Lehrkräfte kaum Kapazitäten haben, das aufzufangen. Integrierte Gesamtschulen wirken bereits unabhängig von diesem Effekt als Lernort einer sehr heterogenen Schüler*innenschaft mit sehr unterschiedlichen Lernständen und Fähigkeiten. Daher sollte diese Schulform generell mit kleineren Klassen beginnen – in dem Wissen, dass sie im Laufe der Schulzeit noch Kinder aufnehmen werden und auch diesen gerecht werden müssen. Bei der Gründung von Gesamtschulen muss dieser Effekt planerisch künftig stärker berücksichtigt werden.

Schulen in ihrem Engagement unterstützen – pädagogische

Freiräume schaffen Eine gute Schule mit dem Schwerpunkt der individuellen Förderung lebt von pädagogischen Freiräumen durch Projekte, fächerübergreifendes Lernen, selbstbestimmte Lernzeiten und von Angeboten für soziales Lernen. Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, diese Freiräume weiter auszubauen. Viele Schulen haben sich bereits auf den Weg gemacht, sich durch erhebliches eigenes Engagement so zu verändern, dass sie diesen Ansprüchen gerecht werden. Dieses Engagement wollen wir unterstützen und die schulbürokratischen Regelungen so verändern, dass sie dieses Engagement unterstützen und nicht behindern. Über die Einführung von Modellschulen werden wir zudem die Eigenverantwortlichkeit von Schulen ausbauen und ihnen in den Bereichen Personal, Lern- und Lehrinhalte sowie jahrgangs- und fächerübergreifendes Arbeiten mehr Gestaltungsspielräume geben. Auch bei der bisherigen Praxis der Noten und Schullaufbahnpfehlungen benötigen Schulen mehr Möglichkeiten in der Bewertung, um die individuelle Förderung auch durch aussagekräftige Rückmeldung zu unterstützen. Perspektivisch wollen wir Schulen ermöglichen, bis Jahrgangsstufe 7 auf Noten verzichten zu können.

Inklusive Schulen weiterentwickeln Teilhabe ist für uns GRÜNE zentraler Wert. Sie sichert grundlegende Rechte und macht alle Menschen zu einem Teil unserer Gesellschaft. Die UN-Behindertenrechtskonvention ist für uns die Leitlinie einer inklusiven Politik. Wir treiben Inklusion in allen Bereichen voran und beenden die fortdauernde Ausgrenzung von Menschen mit Behinderung. Den laufend aktualisierten Aktionsplan des Landes entwickeln wir weiter und bauen die Teilhabeberichterstattung aus. Das entstehende Landeskompentenzentrum Barrierefreiheit soll auch für zivilgesellschaftliche Organisationen und Unternehmen ansprechbar sein. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für die Teilhabe aller Schüler*innen ein – egal, ob diese Beeinträchtigungen haben, eine Migrationsgeschichte vorweisen, aus weniger bildungsstarken Elternhäusern kommen oder hochbegabt sind. Schulen müssen heutzutage mit vielfältigen Herausforderungen umgehen. Dies kann nur in inklusiven Schulen gelingen. Die inklusive Schule sucht nach neuen Wegen und Lösungen, um den Ansprüchen der Kinder gerecht zu werden und Teilhabebarrieren abzubauen. Sie ist damit konsequenter Bestandteil individualisierter Pädagogik, die die individuellen Voraussetzungen jedes Kindes und die unterschiedlichen Bedürfnisse im Unterricht in den Blick nimmt. Die Weiterentwicklung der Inklusion ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und bezieht alle Schulformen ein. Wir wollen alle Schulen, die bereits inklusiv arbeiten, gezielt unterstützen, damit sie ihre Aufgaben besser erfüllen können. Dazu gehört vor allem die personelle, aber auch die Sachausstattung, ebenso wie die Schaffung von klaren rechtlichen Vorgaben sowie eindeutige Aufgabenzuordnungen der an Regelschulen eingesetzten sonderpädagogischen Fachkräfte, die inklusives Arbeiten ermöglichen. Die Tatsache, dass Jugendliche an Realschulen noch immer keinen Hauptschulabschluss nach der zehnten Klasse machen können, benachteiligt viele Schüler*innen, die keine Förderschule mehr besuchen. Diese und weitere Hemmnisse wollen wir GRÜNEN zugunsten des inklusiven Arbeitens abbauen. Wir werden zur strukturellen Stärkung aller inklusiv arbeitenden Schulen die sonderpädagogische Grundversorgung an weiterführenden Schulen einführen. Sonderpädagog*innen sollen an den allgemeinbildenden Schulen zu einem festen Bestandteil werden. Auch andere Berufsgruppen werden an inklusiven Schulen gebraucht: wie etwa Logopäd*innen oder Ergotherapeut*innen, Erzieher*innen und Schulsozialarbeiter*innen, aber auch Handwerker*innen und Krankenpflegekräfte. Deshalb wollen wir die Multiprofessionalität an Schulen ausbauen und auch für unterschiedliche Fachkräfte beispielsweise aus dem therapeutischen Bereich ausweiten. Darüber hinaus sind berufsbegleitende Qualifizierungen, ein Ausbau systemischer Unterstützung und soziale Arbeit in jeder Schule der Weg, Schulen personell gut aufzustellen und strukturell zu stärken. Noch immer werden therapeutische Fachkräfte an Schulen schlechter bezahlt und neue therapeutische Fachkräfte können nur erschwert eingestellt werden. Fachkräfte werden durch fehlende Stundenaufstockungen zudem in sogenannter Zwangsteilzeit beschäftigt. Das wollen wir beenden. Da die Weiterentwicklung der Schulen zu inklusiven Schulen ein langer Prozess ist, der nicht überall gleichermaßen reibungslos gelingt, gibt es immer wieder Problemanzeigen, Überforderung und Kinder, die derzeit unter die Räder geraten. Um dem entgegenzuwirken, wollen wir die Regionalzentren für schulische Inklusion stärken und an allgemeinbildenden Schulen verankern sowie in ein regionales, niedrigschwelliges Beratungs- und Unterstützungssystem überführen. Bis diese Struktur funktioniert und aufgebaut ist, setzen wir uns übergangsweise für Ombudsstellen ein, die den Auftrag erhalten, die Kinder zu unterstützen und für die Familien funktionierende Lösungen zu finden, die derzeit an Schulen unter die Räder geraten, weil ihren Bedarfen nicht Rechnung getragen wird.

Diversität fördern Wir GRÜNEN setzen

uns dafür ein, dass sich unsere Schulen in ihren Angeboten noch stärker als bisher auf eine vielfältige Gesellschaft einstellen. Dazu zählt das Abbilden der gesellschaftlichen Lebensrealitäten in den einzelnen Schulfächern ebenso wie das Fördern der Mehrsprachigkeit. Es ist an der Zeit, dieser Tatsache auch im Unterrichtsangebot Rechnung zu tragen. Dazu wollen wir die Kompetenzen in den Erstsprachen fördern und anerkennen, Mehrsprachigkeit für alle Kinder auch im Unterricht mitdenken und die Vielfalt unter den Lehrkräften vorantreiben. Eine Erhebung kann helfen, um einen Überblick über den Sprachenreichtum an unseren Schulen zu kennen und damit zu arbeiten. Zur Förderung der Mehrsprachigkeit wollen wir GRÜNEN vermehrt schulübergreifende Angebote auf den Weg bringen, um mehr Kinder zu erreichen. Um mehr Fachkräfte für Angebote des Herkunftssprachlichen Unterrichts zu gewinnen, wollen wir im Ausland erworbene Abschlüsse schneller anerkennen und ein Studienangebot für Herkunftssprachlichen Unterricht etablieren. Auch die Angebote zur Sprachförderung müssen weiterentwickelt und ausgeweitet werden. Wir setzen uns dafür ein, dass Antidiskriminierung an Schule gelebt wird und Vielfalt im Miteinander selbstverständlich im Unterricht und in Unterrichtsmaterialien eine Rolle spielt. Hierzu zählt auch, dass Geschlechterstereotype überwunden werden. Das spielt vor allem im Bereich der Berufsorientierung eine zentrale Rolle. Auch heute noch werden bestimmte Berufe vorrangig von Männern oder Frauen gewählt. Dieses Muster wollen wir durchbrechen. Wir wollen, dass Schulen ihre Vielfalt leben und das Miteinander gestalten. Viele Schulen machen sich bereits Gedanken, wie sie Vielfalt aktiv gestalten und ein respektvolles Miteinander an ihrer Schule unterstützen können. Diese Entwicklung wollen wir befördern. Zur Umsetzung der dritten Option an Schulen und zur Stärkung der Sichtbarkeit von unterschiedlicher sexueller und geschlechtlicher Identität werden wir SCHLAU Niedersachsen weiter fördern und uns für Ansprechpersonen für LSBTIQ einsetzen, um die Schulen zu unterstützen. **Ganztagschulen ausbauen** Die Ganztagschule ist zentraler Bestandteil eines gerechten und guten Schulsystems, damit alle Schüler*innen bestmöglich gefördert werden und an vielfältigen Angeboten partizipieren können. Wir möchten keinen „Ganztage light“, der als Verwahrstation für Schüler*innen am Nachmittag fungiert. Unser Ziel ist stattdessen ein gebundenes, qualitativ hochwertiges Ganztagschulskonzept, bei dem durch einen rhythmisierenden Tagesablauf Lerneinheiten mit Bewegungszeit, kreativen Phasen und Angeboten mit außerschulischen Akteur*innen sinnvoll aufeinander abgestimmt werden. Wir setzen uns daher dafür ein, alle Schulen zu Ganztagschulen an vier Tagen die Woche von acht bis fünfzehn Uhr mit einem pädagogischen Betreuungsangebot auszubauen. **Guter Ganztage durch mehr Qualität, bessere Ernährung, Bewegung und Vernetzung mit Vereinen** Wir wollen die Qualität der Ganztagschulen weiter erhöhen. Dazu gehören qualifiziertes und engagiertes Lehrpersonal, eine gute Architektur und Ausstattung mit Infrastruktur und Lehrmaterial sowie verlässliche und kontinuierliche Unterrichtsangebote und eine gute Vernetzung innerhalb ihres räumlichen Umfeldes. Hierbei sind dauerhafte Kooperationspartner und eine Zusammenarbeit mit der Jugendhilfe auf Augenhöhe unabdingbar. Diese Kooperationspartner, wie Musikschulen, Künstler*innen, Jugendverbände und Sportvereine, brauchen dafür ebenso wie die Schulleitungen klare und verlässliche Rahmenbedingungen, die ihnen eine langfristige Planung und Kooperation ermöglichen. Insbesondere ausreichend Bewegungsangebote sind wichtig, wenn Kinder den ganzen Tag in der Schule sind. Wir setzen uns deshalb für tägliche Bewegungszeiten in der Schule ein. Gleichzeitig benötigen Ganztagschulen Rückzugsräume und die Möglichkeit für Ruhephasen, da nicht jedes Kind gleichermaßen kontaktfreudig und ausdauernd ist. Die vielen Horte, die derzeit ergänzende und attraktive Angebote machen, sollten im Prozess des Ganztagschulbaus mitgedacht und integriert werden. Die Weiterentwicklung von Schulen zu Familienzentren ermöglicht es, Beratungs- und Unterstützungsangebote dort zu machen, wo die Familien sind: in der Schule (s. Familienzentren). Durch den Ausbau der Ganztagschulen hat auch die gesunde Ernährung der Kinder und Jugendlichen in den Schulen eine größere Bedeutung bekommen. Deshalb werden wir ein Landesprogramm für gutes Schulessen auf den Weg bringen, um Kommunen finanziell dabei zu unterstützen, dass jedes Kind – insbesondere auch diejenigen aus einkommensschwachen Haushalten – an jeder Schule eine warme Mahlzeit aus gesunden, regionalen, saisonalen Komponenten mit möglichst hohem Bioanteil erhalten kann. Eine Kooperation zwischen Berufsbildenden Schulen in den Bereichen Kochen und Hauswirtschaft sowie mit Werkstätten, die in dem Bereich ausbilden, wollen wir vorantreiben. Damit schaffen wir Ausbildungsplätze und Synergien schaffen. **Schulen sollen die schönsten Orte sein – Digitalisierung vorantreiben** Wie bei vielen anderen öffentlichen Gebäuden auch wurde in den letzten Jahrzehnten bei der

Sanierung und Modernisierung der Schulen gespart. Die Konsequenz sind teilweise marode Gebäude, die nicht barrierefrei sind, die Schultoiletten haben, die niemand betreten möchte und die den Ansprüchen an gutes Lernen und Lehren nicht gerecht werden. Die Kommunen haben begonnen, diesen Trend umzukehren, haben aber allein nicht die finanzielle Kraft, die Erfüllung der riesigen Bedarfe kurzfristig zu stemmen. Mit dem Niedersachsenfonds wollen wir auch in die energetische Sanierung und Modernisierung der Schulen investieren und hier die Kommunen unterstützen. Ziel muss es sein, die Bedarfe der Schule einmal grundsätzlich anzugehen, anstatt teure Flickschusterei zu betreiben. In dem Zusammenhang setzen wir uns dafür ein, dass Bund, Land und Kommunen hier gemeinsam vorangehen und als Lehre aus der Pandemie auch die Belüftungssituation sowie Hygieneanforderungen mitdenken. Wir werden neue Schulbaurichtlinien erlassen, die die Kommunen in die Lage versetzen, Schulgebäude zu schaffen, die den Erfordernissen der Inklusion und der Pädagogik Rechnung tragen.

Die Digitalisierung an Schulen läuft ebenso schleppend voran und die Schulen werden bei der Etablierung von digitalen Angeboten nicht ausreichend unterstützt und begleitet. Wir wollen dazu beitragen, dass die Mittel des Digitalpakts schneller an den Schulen ankommen. Digitalisierung ist hierbei kein Selbstzweck, sondern ein Werkzeug, das Unterricht in Teilen leichter, abwechslungsreicher und attraktiver machen kann. Dies gilt es pädagogisch einzubetten und zielgenau anzuwenden. Anders als andere Bundesländer hat Niedersachsen weder ein Institut noch Digitalprofessuren, um die Digitalisierung an Schulen zu begleiten und in Aus-, Fort- und Weiterbildung stärker zu berücksichtigen. Das gilt es zu ändern. Auch die Problematik der IT-Administration muss dringend gelöst werden, indem hier mit den Kommunen eine Lösung entwickelt wird und beispielsweise eine Ausbildung IT-Administration in der Schule eingeführt wird, um auch Fachkräfte zu gewinnen. **Nachhaltige Entwicklung als Bildungsziel** Die nachhaltige Entwicklung unserer Gesellschaft ist eine der Zukunftsaufgaben des 21. Jahrhunderts. Der Bildung für nachhaltige Entwicklung und dem globalen Lernen kommt hierbei eine Schlüsselrolle zu. Wir GRÜNEN möchten diese deshalb in Niedersachsen weiter stärken. Bildung für nachhaltige Entwicklung und globales Lernen sind Querschnittsthemen schulischer Bildung, in denen die Herausforderungen der Zukunft thematisiert und Lösungsmöglichkeiten entwickelt werden. Daher setzen wir uns dafür ein, Bildung für nachhaltige Entwicklung und globales Lernen in Kitas sowie in Schulen in den Lehrplänen fest zu verankern und dabei fächerübergreifende und handlungsorientierte Konzepte zu fördern. Außerschulische Lernorte und Projekte sind hierbei ein wichtiger Bestandteil, um vielfältige Angebote zu machen. Deshalb wollen wir diese stärken und auch Eine-Welt-Promotor*innen weiter unterstützen (vgl. Niedersachsen in Europa und der Welt). **Lehrer*innen unterstützen und Schulqualität sichern** Die Zeit der Corona-Pandemie hat eindrucksvoll aufgezeigt, welchen Beitrag Lehrer*innen für unsere Gesellschaft leisten. Tagtäglich engagieren sie sich mit den Schüler*innen und für die Schüler*innen. Sie entwickeln Schulen aktiv weiter und machen sie besser. Die Anforderungen an die Lehrer*innen haben sich in den letzten Jahrzehnten gewandelt und deutlich erhöht. Viele Reformen der Schulpolitik haben zu einer erheblichen Mehrbelastung der Lehrer*innen geführt. Eine Schule, die unseren Vorstellungen von gutem Lernen entspricht, erfordert mehr und bestausgebildete Lehrer*innen. Diesen Anforderungen wollen wir GRÜNEN gerecht werden und sowohl die Ausbildung als auch die Rahmenbedingungen im Beruf verbessern. Es ist unser Anspruch, dass das Land Niedersachsen, auch im Vergleich zu den anderen Bundesländern, ein attraktiver Arbeitgeber ist und gute, verlässliche Arbeitsbedingungen bietet. Bisher gab es keine ernsthafte Auseinandersetzung mit den Vorschlägen der Arbeitszeitkommission. Das wollen wir ändern und Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen auf den Weg bringen, wie etwa eine Anpassung der Altersermäßigung. Noch immer werden Lehrer*innen an Grund- und Hauptschulen schlechter bezahlt und schlechtergestellt als an anderen Schulformen. Wir möchten erreichen, dass auch Grund-, Haupt-, Real- und Oberschullehrer*innen in der Regel nach A13 bezahlt werden. Spätestens mit der Neustrukturierung der Masterstudiengänge für die Lehrämter an Grundschulen sowie an Haupt- und Realschulen (GHR300) ist diese Bezahlung zudem rechtlich geboten. Darüber hinaus brauchen auch diese Schulformen Funktionsstellen – eine stellvertretende Schulleitung von Grundschulen beispielsweise ist überfällig. Schulleitungen haben an Schulen eine zentrale Funktion und brauchen deswegen ein eigenes Berufsbild. Wir setzen uns daher dafür ein, dass Schulleitungen noch besser auf die Übernahme von Leitungsaufgaben vorbereitet werden. Es sollen zielgerichtete Weiterbildungsangebote für Nachwuchsführungskräfte zur Verfügung stehen. Hierzu zählen auch Möglichkeiten zu Begleitung, Supervision und Coaching. Wir GRÜNEN setzen uns für den

Aufbau einer niedrigschwelligen, regionalen Beratungs- und Unterstützungsstruktur in ganz Niedersachsen ein, damit die zahlreichen Hilfsangebote auch tatsächlich bei den Lehrer*innen ankommen. Wir treiben die Schulevaluation und Qualitätsentwicklung der Schulen voran und bauen sie aus – eigenverantwortliche und starke Schulen funktionieren am besten, wenn diese Elemente ineinandergreifen. Gleichzeitig entlasten wir die Schulen von Verwaltungsaufgaben und Dokumentationspflichten durch zusätzliches Personal – insbesondere an kleinen Grundschulen. Über eine Aufstockung von Schulverwaltungs Kräften und mehr schulische Sozialarbeit sowie mit dem gezielten Einsatz von pädagogischen Mitarbeiter*innen kann Schule den Anforderungen besser gerecht werden. **Den Fachkräftemangel gezielt angehen** Unser Ziel ist es, für alle Schulen ausreichend Lehrkräfte zu gewinnen und damit die Unterrichtsversorgung nachhaltig zu verbessern. Vor dem Hintergrund eines erheblichen Fachkräftemangels werden viele Maßnahmen zur Besserstellung und Entlastung von Lehrkräften ebenso wie die Umsetzung schulpolitisch überfälliger Reform- und Qualitätsverbesserungsvorhaben nicht kurzfristig gelingen, sondern müssen in Stufenplänen erfolgen. Umso wichtiger ist es, den Fachkräftemangel nicht schönzurechnen, sondern aktiv anzugehen. Hierzu führen wir eine ehrliche Lehrkräftebedarfsanalyse durch, die auch geplante und absehbare Reformvorhaben mitberücksichtigt. Die verstärkte Ausbildung von Lehrkräften und Sonderpädagog*innen muss vorangetrieben werden. Darüber hinaus setzen wir uns für eine bessere Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen ein. Da das Nachsteuern viele Jahre in Anspruch nehmen wird, wollen wir in der Übergangszeit verstärkt den Ausbau multiprofessioneller Teams vorantreiben. Wenn in der Prognose derzeit jede fünfte Lehrkraft Quereinsteiger*in sein wird, dann macht das deutlich, dass die Situation des Lehrkräfteangebotes einem großen Wandel ausgesetzt ist. Schule wird sich dadurch verändern – das muss aktiv gestaltet werden. Wir setzen uns dafür ein, den Quereinstieg besser vorzubereiten und durch eine echte Ausbildungs- und Vorbereitungsphase zu gestalten. Gleichzeitig sollen Schulen den Freiraum bekommen, anderes Personal hinzuzuziehen, solange nicht ausreichend Lehrkräfte zur Einstellung verfügbar sind. Dadurch gewährleisten wir, dass Schulen eigenverantwortlich planen können. Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, die Ausbildung von Lehrer*innen zu reformieren, um sie besser auf die veränderten und wachsenden Herausforderungen des Berufs vorzubereiten. Dafür ist es erforderlich, Lehrer*innen nicht länger nach Schulformen getrennt auszubilden, sondern orientiert an Jahrgangsstufen. Hierzu gehört auch, das Studium der Sonderpädagogik in dieses Stufenmodell stärker einzubeziehen. Darüber hinaus werden wir eine Qualifizierungsoffensive für guten Unterricht auf den Weg bringen, um Lehrer*innen auf die Herausforderungen einer individualisierten und inklusiven Pädagogik gut vorzubereiten. Die Lehrer*innenbildung muss in beiden Ausbildungsphasen noch stärker an den Bedürfnissen der integrativ arbeitenden Schulen ausgerichtet werden. Hierfür schaffen wir die Rahmenbedingungen. Wir setzen uns dafür ein, dass der fächerübergreifende und projektorientierte Ansatz dieser Schulen in die Ausbildung einfließt. Sonderpädagog*innen haben in den vergangenen Jahren einen Großteil der Reformen hin zur Inklusion getragen. Ihr Berufsbild hat sich dabei nachhaltig geändert. Wir wollen die Anerkennung ihrer Fachkompetenz als Spezialist*innen der Inklusion an den Schulen stärken, ihre Rolle klarer definieren und ihre beruflichen Entwicklungsperspektiven ausbauen. **Schule als demokratisches System** Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, dass an Niedersachsens Schulen die Beteiligung der Schüler*innen und Eltern, aber auch weiterer Statusgruppen, verbessert wird. Demokratie lernen heißt auch Demokratie leben. Hier setzen wir uns dafür ein, eine demokratische Kultur an Schulen zu etablieren. Ob es nun die Einrichtung von Schulplenen, das Initiativrecht im Schulvorstand, die Mitgestaltung der Unterrichtseinheiten oder andere Formen der Beteiligung der Statusgruppen an Schulen sind – wir GRÜNEN ermöglichen mehr Beteiligung an Schulen und fördern diese durch flächendeckende Qualifizierungsangebote auch für Schüler*innen und Eltern. Darüber hinaus sorgen wir dafür, dass Schüler*innen auch bei allen schulpolitischen Entscheidungen auf den Ebenen der Schulträger, der Schulbehörden und der Landespolitik einbezogen werden. **Gute Ausbildung: Den Fachkräftemangel überwinden** Die duale Ausbildung mit den beiden Lernorten Betrieb und Berufsschule ist ein erfolgreicher Weg, um jungen Menschen berufliche Qualifizierung zu ermöglichen und dem Fachkräftebedarf zu begegnen. Aktuell steht dieses Modell jedoch von zwei Seiten zunehmend unter Druck: Aufgrund des demografischen Wandels nimmt die Zahl der Schulabgänger*innen ab und gleichzeitig sinkt der Anteil derjenigen, die sich für eine duale Ausbildung entscheiden. Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, den gesellschaftlichen Stellenwert der dualen Berufsausbildung zu verbessern. Gemeinsam mit den Industrie- und Handelskammern sowie dem

Handwerk bringen wir eine neue Initiative zur Fachkräftegewinnung auf den Weg. Unser Ziel ist es, Betriebe und Berufsbildende Schulen dabei zu unterstützen, wirksame Konzepte zu entwickeln, damit der Fachkräftenachwuchs gesichert wird. Damit ausreichend Auszubildende gefunden werden können, bedarf es einer Aufwertung der dualen Ausbildung. Hierzu gehört beispielsweise eine gute Entlohnung für Auszubildende und eine bessere Unterstützungsinfrastruktur. Daher setzen wir uns dafür ein, dass auch Auszubildende zukünftig mit einem landesweiten 365-Euro-Ticket für Busse und Bahnen mobil sind (vgl. Mobil in Niedersachsen). An den Berufsschulstandorten soll es für Auszubildende, die von weiter weg anreisen, Modelle für bessere Unterbringungsmöglichkeiten, etwa Azubiwohnheime, geben. Wir weiten die kostenfreie Schüler*innenbeförderung auf die Schüler*innen der Sekundarstufe II der Allgemeinbildenden Schulen und der Berufsbildenden Schulen aus. Für uns GRÜNE ist zudem nicht einsehbar, warum das Masterstudium gebührenfrei ist, die Meisterausbildung im Handwerk aber bis zu 10.000 Euro kostet. Daher setzen wir uns für eine gebührenfreie Meisterausbildung ein. Darüber hinaus muss die Durchlässigkeit zwischen Studium und betrieblicher Ausbildung verbessert werden. So gilt es, eine bessere Verzahnung mit dualen Studienmöglichkeiten zu gestalten, damit Auszubildende neben dem Ausbildungsabschluss auch einen Studienabschluss erreichen können (vgl. Wissenschaft macht Zukunft). Hierbei setzen wir uns für flexible Modelle ein, um beispielsweise Ausbildung und Studium gut aufeinander abstimmen und beispielsweise mit Teilzeitmodellen zeitlich strecken zu können. Die Qualität der Ausbildung in Betrieb und Berufsschule wollen wir durch eine unabhängige und öffentlich finanzierte Stelle sichern, die betriebliche und schulische Ausbildungsqualität evaluiert und bei Mängeln Maßnahmen empfiehlt. Gemeinsam mit den Sozialpartnern sollen dazu Bewertungssysteme für die Qualität einer Ausbildung entwickelt werden. Nach wie vor ist der Anteil eines Jahrgangs, der ohne qualifizierten Berufsabschluss auf den Arbeitsmarkt kommt, zu hoch – die Pandemie hat diese Situation noch weiter verschärft. Zudem verlassen zu viele junge Menschen das allgemeinbildende Schulsystem ohne Abschluss. Hier wollen wir zum einen im Schulbereich gegensteuern und zugleich die Berufsberatung ausbauen. Zum anderen streben wir eine bessere Verzahnung der schulischen Bildung mit der dualen Ausbildung sowie Qualifizierungen an, um alle Ausbildungsinteressierten auch in die Lage zu versetzen, diese erfolgreich zu beginnen. Während auf der einen Seite betriebliche Ausbildungsplätze unbesetzt bleiben, gehen auf der anderen Seite viele junge Menschen bei der Suche nach einer Ausbildungsstelle leer aus. Das trifft vor allem Jugendliche mit niedrigem formalen Bildungsgrad und Migrationsgeschichte. Wir begrüßen daher die Pläne der Ampelkoalition im Bund für eine Ausbildungsgarantie, damit endlich alle jungen Menschen die Chancen auf einen vollqualifizierenden Ausbildungsplatz erhalten. Wir wollen zudem dafür sorgen, dass es sich für Unternehmen mehr lohnt auszubilden. Das in der Baubranche bereits erfolgreich praktizierte Modell der Ausbildungsplatzumlage wollen wir auf ganz Niedersachsen ausdehnen: Unternehmen, die nicht ausbilden, zahlen in einen Fonds ein; Unternehmen, die ausbilden, erhalten pro Ausbildungsplatz eine Prämie aus diesem Fonds. Mehr denn je wird es auch zukünftig darauf ankommen, gezielt und effektiv Menschen mit Migrationsgeschichte den Zugang zur dualen Ausbildung zu ermöglichen. Daher wollen wir SPRINT, das Sprach- und Integrationsprojekt der Landesregierung für jugendliche Flüchtlinge, in den Regelschulbetrieb der Berufsschulen überführen. Um junge Menschen mit schwierigen Ausgangsbedingungen nicht weiter zu benachteiligen, schaffen wir die Kostenheranziehung für Auszubildende, die in Pflegefamilien oder Kinder- und Jugendheimen untergebracht sind oder waren, ab. Die berufliche Bildung – von der Erstausbildung bis zur beruflichen Fort- und Weiterbildung – muss sich auf den schnellen Wandel der Arbeitswelt einstellen. Aufgaben und Anforderungen ändern sich grundsätzlich. Kompetenzen wie Prozessmanagement und IT-Kenntnisse gewinnen an Bedeutung. Die Auszubildenden benötigen hier zusätzliches Wissen, ohne dass bisherige Inhalte durch die Digitalisierung überflüssig werden. Gerade kleine und mittelständische Unternehmen, die in Niedersachsen mehr als drei Viertel aller Ausbildungsplätze anbieten, wollen wir dabei unterstützen, diese zusätzlichen Kompetenzen zu vermitteln. In Regierungsverantwortung haben wir GRÜNEN daher sogenannte Smart Factories als Lernwerkstätten an Berufsbildenden Schulen eingerichtet, die an den realen Produktionsbedingungen moderner, digital arbeitender Betriebe ausgerichtet sind. Daran wollen wir anknüpfen und das Modell der Smart Factories landesweit umsetzen. **Berufsbildende Schulen** Wir GRÜNEN setzen uns für die Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung ein. Die berufliche Bildung steht in einem Flächenland wie Niedersachsen vor der Herausforderung, wohnortnah qualitativ hochwertige Angebote zu erhalten. Vor allem in den Berufsbildenden Schulen ist die

Unterrichtsversorgung nach wie vor unzureichend und droht, sich weiter zu verschlechtern. Um dem Lehrer*innenmangel zu begegnen, starten wir eine Fachkräfteinitiative, um den Lehrberuf an berufsbildenden Schulen für Quereinsteiger*innen aus Handwerk und Industrie attraktiver zu machen. Insbesondere die Arbeitsbedingungen von Fachpraxislehrer*innen wollen wir verbessern. Wir wollen erreichen, dass die Fachpraxislehrer*innen in den Berufsschulen mit der Eingangsbesoldung A10 beginnen und die Aufstiegschancen besser werden. Gerade Fachpraxislehrer*innen leisten in den Berufsschulen in der Verzahnung von Theorie und Praxis hochqualifizierte pädagogische Arbeit. Zusätzlich wollen wir die Studienplatzkapazitäten für das Lehramt an Berufsbildenden Schulen ausweiten, um perspektivisch wieder mehr grundständig ausgebildete Berufsschullehrer*innen zu haben. Wir befördern die niedersächsischen Berufsschulen mit einer Modernisierungs- und Digitalisierungsoffensive endlich ins 21. Jahrhundert. Diese Kraftanstrengung wollen wir gemeinsam mit den Kammern und den Sozialpartnern zügig und konsequent angehen. Die Ressourcen, die Berufsschulen bieten, wollen wir breiter als bisher nutzen: Dazu wollen wir Berufsschulen zu Kompetenzzentren beruflicher Bildung weiterentwickeln, um die Kapazitäten der Berufsschulen unterschiedlichen Gruppen für Weiterbildungen und Umschulungen anzubieten. Da sich die Halbwertszeiten der im Rahmen der Berufsausbildung erworbenen Fähigkeiten und Fertigkeiten deutlich verkürzen und sich die Anforderungen im Zuge der Digitalisierung in manchen Berufen erheblich ändern, müssen wir den Arbeitnehmer*innen gezielte Angebote machen, um sich rechtzeitig den verändernden Anforderungen anpassen zu können. Damit die Berufsbildenden Schulen diesen neuen Anforderungen gerecht werden können, statten wir sie deutlich besser aus. Gemeinsam mit den Berufsbildenden Schulen wollen wir die Eigenständigkeit der regionalen Kompetenzzentren stärken. Um Berufsschüler*innen die Grundlagen betrieblicher Mitbestimmung und gewerkschaftlicher Arbeit näherzubringen, setzen wir uns dafür ein, dass Gewerkschaften in den Berufsschulen über ihre Arbeit informieren können. Gerade die Berufsschulen leisten im Bereich der Inklusion seit Jahrzehnten eine wichtige Arbeit und haben in Teilen eine Vorreiterrolle eingenommen. Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, die Inklusion in der beruflichen Bildung auch im Schulgesetz zu verankern, um rechtliche Verbindlichkeit und gute Rahmenbedingungen zu definieren. Wir wollen die personellen und finanziellen Rahmenbedingungen für einen Ausbau des gemeinsamen Unterrichts an allen berufsbildenden Schulformen schaffen. Dafür ist eine entsprechende Fortbildungsinitiative für Lehrer*innen und die Weiterentwicklung der sonderpädagogischen Unterstützung notwendig. Die von der amtierenden Landesregierung vorgenommene Streichung des Studiengangs Sonderpädagogik an Berufsbildenden Schulen in Hannover war ein schwerer Fehler, den wir korrigieren werden. Schulen und Schulträger müssen bei der Einrichtung von inklusiven Lerngruppen beraten und unterstützt werden. **Wissenschaft gestaltet Zukunft** Wissen ist in unserem Land die entscheidende Ressource, um aktuelle und zukünftige Herausforderungen erfolgreich anzugehen. Wissenschaft schafft Innovationen, bietet Lösungsmöglichkeiten und zeigt neue Wege auf. Sie ist der zentrale Schlüssel für das Gelingen des ökologisch-sozialen Umbaus und leistet damit einen wichtigen Beitrag zu nachhaltiger wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit und gesellschaftlichem Wohlstand. Unser Ziel ist es, Rahmenbedingungen zu schaffen, die den Hochschulen und Forschungseinrichtungen die nötigen Spielräume und die finanziellen Grundlagen bieten, um ihre Potenziale zu entfalten. **Verlässliche Hochschulfinanzierung** Um ihren Forschungs- und Bildungsauftrag erfüllen zu können, benötigen die Hochschulen in staatlicher Verantwortung eine verlässliche finanzielle Ausstattung. SPD und CDU haben in den vergangenen Jahren mit ihrer Kürzungspolitik den Grundgedanken des Hochschul-entwicklungsvertrages unterlaufen, den Hochschulen Handlungsspielraum genommen und viel Vertrauen verspielt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine bedarfsgerechte Grundfinanzierung ein, die den Hochschulen Planungssicherheit gibt, wachsenden Anforderungen Rechnung trägt und Raum für die zukünftige Entwicklung gibt. Hierzu gehört auch eine verlässliche landesseitige Kofinanzierung von Bundes- und EU-Mitteln, damit niedersächsische Hochschulen an diesen bestmöglich partizipieren können. **Gebührenfreies Studium und gute Studienbedingungen** Studiengebühren sind eine soziale Zugangshürde und verhindern Chancengerechtigkeit. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für ein gebührenfreies Studium, damit der Besuch einer Hochschule nicht vom Einkommen der Eltern abhängig ist. Wir setzen uns für eine weitere Öffnung und mehr Diversität der Hochschulen ein, um die nach wie vor skandalöse Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft zu entkoppeln. Dazu gehört, dass mehr Menschen, insbesondere diejenigen, die nicht aus einer klassischen Akademiker*innenfamilie stammen, ermutigt und

dabei unterstützt werden, ein Hochschulstudium aufzunehmen. Unser Ziel ist die Gestaltung von guten Bedingungen in Studium und Lehre. Hierfür sind die noch unter GRÜNER Regierungsbeteiligung von 2013 bis 2017 eingeführten Studienqualitätsmittel auch zukünftig ein wichtiges Instrument, um die Studienbedingungen weiter zu verbessern. Wir wollen, dass die Studierenden wieder maßgeblich darüber entscheiden können, wie diese Mittel verwendet werden und sorgen dafür, dass die Mittel tatsächlich für die Verbesserung der Studienqualität und der Lehre eingesetzt werden und nicht fehlende Mittel für die Bauunterhaltung kompensieren müssen. Der Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken leistet als Nachfolger des Hochschulpakts 2020 einen wichtigen Beitrag, um für bessere Studienbedingungen zu sorgen und die Studienkapazitäten bedarfsgerecht zu gestalten. Unser Ziel ist es, diese Finanzierung zu verstetigen und so insbesondere mehr Professor*innen sowie weiteres unbefristetes Lehrpersonal an den Hochschulen zu ermöglichen, damit eine dauerhafte Verbesserung des Betreuungsschlüssels erreicht werden kann. Nicht zuletzt in der Pandemie haben die Hochschulen gezeigt, dass sie in der Lage sind, auf neue Herausforderungen flexibel und schnell zu reagieren und auch in der Lehre neue Wege zu gehen. Die Präsenzlehre muss auch zukünftig zentraler Bestandteil der Hochschullehre sein. Wir wollen jedoch mehr Spielräume für innovative Lehre schaffen, beispielsweise durch eine bessere Verknüpfung analoger und digitaler Elemente. Hierzu gehört auch eine gute digitale Ausstattung der Hochschulen sowie regelmäßige didaktische Weiterbildungen des akademischen Personals. Wir wollen die Anerkennung von guter Lehre in der Wissenschaftsförderung stärker berücksichtigen. Außerdem planen wir, die Betreuungsverhältnisse zu evaluieren und bei Bedarf nachzusteuern, um die Qualität auch in viel nachgefragten Fächern und Studienschwerpunkten zu sichern. Studienangebote müssen mit den Lebens- und Lernbedingungen von Studierenden vereinbar sein. Verschoolte Strukturen passen nicht zu einem selbstbestimmten Studienalltag. Wir wollen den Rahmen dafür schaffen, dass ein Studium beispielsweise auch für Berufstätige sowie zur Vereinbarkeit von Studium und Familie oder die Pflege von Angehörigen möglichst flexibel und individuell gestaltet werden kann. Noch immer ist die Zahl der Studienabbrecher*innen gerade in den sogenannten MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) viel zu hoch. Unser Ziel ist es, den Studienerfolg nachhaltig zu fördern und die Studierenden bestmöglich zu unterstützen. Hierzu gehört eine bessere Beratungs- und Unterstützungsinfrastruktur, die Studierenden ohne zusätzliche Kosten zur Verfügung steht und die wir ebenso wie mehr vorbereitende Bildungsangebote sowie studienbegleitende Tutorien und Mentor*innenprogramme fördern wollen. Zudem schaffen wir eine höhere Durchlässigkeit zwischen dualer Ausbildung und Hochschulstudium und bauen praxisnahe sowie duale Studienmöglichkeiten aus. Eine wichtige Rolle spielt auch dafür eine weitere Stärkung der Hochschulen für angewandte Wissenschaften (Fachhochschulen). Hierbei sind uns auch neue Zugänge für Menschen wichtig, die mit oder aus einem bereits begonnenen Arbeitsleben berufsbegleitend im Sinne einer akademischen Weiterbildung studieren möchten. Damit die Doppelbelastung durch Hochschulstudium und gleichzeitige Ausbildung oder Arbeit im Betrieb nicht zum Burnout-Faktor werden, wollen wir uns dafür einsetzen, dass die Regelstudienzeit für Dual- und Trialstudierende flexibler gehandhabt wird. Die oft einseitige Fokussierung auf Noten bei der Zulassung zu zulassungsbeschränkten Studiengängen wird den Erfordernissen von Studium und späterem Beruf nicht gerecht. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass in Zukunft fachliche Eignung, gesellschaftliches Engagement und berufliche Vorerfahrung stärker bei der Zulassung gewichtet werden. **Vielfältige Hochschullandschaft** Die niedersächsische Hochschullandschaft ist durch eine große Vielfalt aus Universitäten, Hochschulen für angewandte Wissenschaften, Berufsakademien sowie staatlichen und nichtstaatlichen Einrichtungen geprägt. Niedersachsen verfügt über exzellente Hochschulen und Spitzenforschung ebenso wie über anwendungsorientierte Einrichtungen – und damit insgesamt über ein breites Angebot an unterschiedlichen Studienmöglichkeiten. Im Sinne der Hochschulautonomie setzen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dafür ein, dass Hochschulen über ein eigenständiges Profil und den notwendigen Gestaltungsspielraum für eine zukunftsorientierte Entwicklung verfügen. Hierzu wollen wir die Hochschulen dabei unterstützen, neue Wege auszuprobieren. Niedersächsische Hochschulen beweisen Tag für Tag, dass hier auf exzellentem Niveau geforscht und gelehrt wird. Wir schaffen die notwendigen organisatorischen sowie finanziellen Rahmenbedingungen für die Hochschulen. Dabei ist für uns GRÜNE klar: Exzellente Ergebnisse in der Spitze sind nur durch eine gute Aufstellung in der Breite möglich – sie bedingen sich gegenseitig und geben einander neue Impulse. **Soziale Infrastruktur für Studierende ausbauen** Für ein erfolgreiches

Studium braucht es mehr als gut ausgestattete Hochschulen. Gerade Menschen aus einkommensschwächeren Haushalten sind auf eine funktionierende soziale Infrastruktur angewiesen. Insbesondere durch die Folgen der Covid-19-Pandemie ist zudem der Bedarf für die psychosoziale Unterstützung von Studierenden und damit nach entsprechenden Angeboten der Studentenwerke gestiegen. Dennoch sind die Landesmittel an die Studentenwerke seit 2014 nicht mehr angehoben worden, obwohl die Zahl der Studierenden zeitgleich deutlich gestiegen ist. Die Kosten der Studentenwerke decken die Studierenden nun zu einem immer größeren Teil selbst. So ist es nicht verwunderlich, dass viele der Hochschulen mit den höchsten Semesterbeiträgen deutschlandweit in Niedersachsen liegen. Wir GRÜNEN setzen uns für eine bedarfsgerechte und verlässliche Finanzierung der Studentenwerke und zusätzlichen günstigen Wohnraum für Studierende ein. Dabei ist sicherzustellen, dass die Studierenden nicht über Gebühr belastet werden. Wir setzen uns auf Bundesebene für die Gestaltung einer gerechten Studienfinanzierung ein, die allen Menschen unabhängig vom Einkommen ein Studium ermöglicht. Das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) in seiner aktuellen Ausgestaltung reicht nicht aus, um Bildungsgerechtigkeit zu schaffen. Wir begrüßen deshalb, dass die neue Bundesregierung das BAföG öffnen und elternunabhängiger gestalten möchte und setzen uns dafür ein, dass auch Teilzeitstudierende BAföG beziehen können. **Hochschulen zu Reallaboren für Klimaneutralität machen** An den Hochschulen gibt es einen gewaltigen Investitionsstau – sowohl im Bereich des Gebäudebestandes als auch bei notwendigen Neubauten. Dieser bedeutet nicht nur eine Herausforderung für die Sicherung des Studien- und Forschungsbetriebes, sondern ist auch aus Gründen des Klimaschutzes nicht länger zu akzeptieren. Denn ein großer Teil der Landesliegenschaften sind Hochschulgebäude, die wiederum einen hohen Anteil am Ausstoß von klimaschädlichen Treibhausgasen der Landesverwaltung haben. Unser Ziel ist es daher, Hochschulen zu Reallaboren des Wandels zu machen: von einer stärkeren und breiteren Verankerung von nachhaltigen Studieninhalten und der Einrichtung neuer Klimaschutz-Professuren über den Auf- und Ausbau von Green Offices bis zum Hochschulbau. Daher setzen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für eine klimagerechte Gebäudesanierung sowie nachhaltige Energiekonzepte an allen Hochschulstandorten ein. Diese Maßnahmen können eine Strahlkraft weit über den Campus hinaus entfalten. Finanziert werden sollen diese Zukunftsinvestitionen über den Niedersachsenfonds und Landesgesellschaften (vgl. Nachhaltig Haushalten). Auch für den Neubau der Hochschulkliniken in Hannover und Göttingen wollen wir einen bestmöglichen Klimastandard erreichen. Die erforderlichen Mittel werden aus dem Niedersachsenfonds bereitgestellt. **Forschung nachhaltig gestalten** Nicht zuletzt die Covid-19-Pandemie hat gezeigt, welche Bedeutung die Wissenschaft für Erkenntnisgewinn und die Entwicklung von Lösungen für die großen Herausforderungen unserer Zeit hat. Ohne Wissenschaft ist auch kein Fortschritt möglich. Daher setzen wir uns dafür ein, die Forschung vom Grundlagenbereich bis zu konkreten anwendungsbezogenen Projekten zu stärken. Dies gilt insbesondere für transformative Forschungsbereiche, bei denen es um den Erhalt unserer Lebensgrundlagen sowie die Gestaltung des damit verbundenen notwendigen klimagerechten Umbaus geht. Auch in diesem Sinne schaffen wir neue und zusätzliche Professuren für den Bereich des Klimaschutzes, um diesen Kompetenzbereich an den Hochschulen und damit in der Forschung auszubauen und weiterzuentwickeln. Zu einer erfolgreichen Forschung gehört auch, den Wissens- und Technologietransfer in die Praxis zu verbessern, damit neue Lösungen noch schneller dort ankommen, wo sie gebraucht werden. Bereits bei der Konzeption neuer Ausschreibungen und Forschungsförderungen wollen wir den Transfergedanken zu einem wichtigen Baustein machen (vgl. Innovatives Niedersachsen). Wissenschaft hat dabei eine gesellschaftliche Verantwortung. Umso wichtiger ist Transparenz in der Forschung und der Austausch zwischen Wissenschaft und Gesellschaft. Dies gilt insbesondere bei kritischen Forschungsvorhaben beispielsweise im Bereich von Risikotechnologien und militärisch relevanten Projekten. Wir treiben Alternativen zu Tierversuchen voran, um diese perspektivisch überflüssig zu machen (vgl. Für einen konsequenten Tierschutz). Auch die Covid-19-Pandemie hat gezeigt, wie wichtig es ist, Verständnis für wissenschaftliches Arbeiten zu schaffen. Hier kommt der Wissenschaftskommunikation eine zentrale Funktion zu, die wir zukünftig noch stärker fördern wollen. Wissenschaft und Freiheit bedingen sich gegenseitig. Daher ist unser Ziel, auch zukünftig eine offene Diskussionskultur an den Hochschulen zu fördern. **Mehr Beteiligung wagen** Hochschulen leben von einer aktiven demokratischen Kultur und einer funktionierenden akademischen Selbstverwaltung. Wir setzen uns dafür ein, dass alle, die an den Hochschulen lehren, arbeiten und studieren, die Chance haben,

sich zu beteiligen. Hierzu gehört insbesondere auch die Mitbestimmung von Studierenden. In allen Bereichen, in denen verfassungsrechtlich keine Mehrheit der Professor*innen vorgeschrieben ist, möchten wir mehr Beteiligungsrechte für Studierende und Beschäftigte erreichen. **Internationalisierung und Digitalisierung** Wissenschaft ist grenzenlos und lebt vom internationalen Austausch. Die Vernetzung unserer Hochschulen auf europäischer und internationaler Ebene wollen wir daher stärken. Wir unterstützen die Hochschulen bei der internationalen Vernetzung und beim Abbau von Hürden bei der internationalen Mobilität von Studierenden und Forschenden. Hierzu gehört auch die gezielte Förderung der niedersächsischen Hochschulen, um in europäischen Förderprogrammen erfolgreich zu sein und Niedersachsen als Wissenschaftsstandort in Europa zu stärken sowie die europäische Idee insgesamt voranzubringen. Die Digitalisierung ermöglicht es, ein Studium an verschiedenen Standorten gleichzeitig zu absolvieren, ob in Niedersachsen, deutschlandweit oder international. Die technischen Voraussetzungen für einen virtuellen transnationalen Campus sind inzwischen gegeben. Wir setzen uns dafür ein, auch die rechtlichen Rahmenbedingungen so anzupassen, dass Studierende und Forschende zukünftig einfacher von den Chancen der Digitalisierung profitieren können. **Gute Arbeit und Gleichstellung** Wer kluge Köpfe halten und fördern will, muss gute Arbeitsbedingungen gestalten und den Mitarbeiter*innen der Hochschulen Perspektiven bieten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, den wissenschaftlichen Nachwuchs zu fördern und auch für wissenschaftliche Mitarbeiter*innen und den Mittelbau bessere Beschäftigungsbedingungen in der Wissenschaft zu schaffen. Für Daueraufgaben müssen zukünftig auch Dauerstellen geschaffen werden. Die beruflichen Perspektiven des wissenschaftlichen Nachwuchses wollen wir durch neue akademische, u. a. familienfreundlichere Karrieremodelle auch für den Mittelbau stärken. Zwar sind rund die Hälfte der Studierenden und Promovierenden Frauen – jedoch spiegelt sich dieses Verhältnis bei den Professuren und Leitungsfunktionen der Hochschulen bei weitem nicht wider. Für uns GRÜNE ist Gleichstellung eine gesellschaftliche Querschnittsaufgabe, die wir auch an den Hochschulen vorantreiben wollen. Insbesondere der Übergang von Promotion zur Professur muss verbessert werden, damit Frauen gleiche Karrierechancen haben. Die Dialoginitiative geschlechtergerechte Hochschulkultur hat hierfür bereits wichtige Impulse geliefert, die wir durch ein Mehr an Verbindlichkeit aufwerten und fördern werden. Wir wollen auch erreichen, dass studentische Hilfskräfte in die betriebliche Mitbestimmung einbezogen und tarifliche Mindeststandards gesichert werden. **4. Erwachsenenbildung stärken** Bildung endet nicht mit der Schulzeit und Ausbildung. Eine sich rasant verändernde Arbeitswelt und gesellschaftliche Wandlungsprozesse erfordern es, Bildung als lebensbegleitenden Prozess zu verstehen. So sind Angebote der Grundbildung und des zweiten Bildungswegs für viele Menschen eine Chance, ihre Teilhabemöglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt und im sozialen Leben zu verbessern. Auch die Integration von Geflüchteten erfordert umfassende Angebote im Sinne von Bildungsketten wie Sprachkurse, Angebote der Grund- und beruflichen Bildung. Die Erwachsenenbildung leistet hier einen wichtigen Beitrag für mehr Chancengerechtigkeit, gesellschaftliche Teilhabe, Integration, Weiterbildung und Fachkräftesicherung sowie zur politischen Bildung (vgl. Für eine vielfältige und offene Gesellschaft). BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, die Erwachsenenbildung als wichtiges Standbein der Bildungslandschaft in Niedersachsen auszubauen. Die freie Erwachsenenbildung stellt Angebote für verschiedene Bedarfe in den unterschiedlichen Lebensphasen bereit. Damit Menschen die für sie passenden Bildungswege und Angebote finden, wollen wir die trägerunabhängige Bildungsberatung auch zukünftig stärken. **Ein Prozent des Bildungsetats für Weiterbildung** Die sich durch eine rasant verändernde Gesellschaft und Arbeitswelt wandelnden Anforderungen an die Erwachsenenbildung sind auch mit einem erhöhten Förderbedarf verbunden. Das gilt sowohl für den Bereich der Förderung von Geflüchteten mit Sprachkursen und weiteren Bildungsmaßnahmen als auch für die Grundbildung, den zweiten Bildungsweg, die fortlaufende Qualifizierung des Personals sowie eine strukturierte Nachwuchsgewinnung. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, das Bildungsbudget für Weiterbildung auf ein Prozent des gesamten Bildungsetats zu erhöhen (vgl. Gute Arbeit in Niedersachsen). **Grundbildung und Alphabetisierung** Angebote im Bereich der Grundbildung, Alphabetisierung und nachholende Schulabschlüsse vermitteln wichtige Schlüsselqualifikationen. Sie sind die Basis für die Teilhabe an weiteren Bildungsangeboten und für den Weg in den Arbeitsmarkt. Diese Angebote sind insbesondere für Menschen in prekären Lebensverhältnissen oder mit formal geringer Bildung wichtig. Sie bedürfen einer niedrigschwelligen und zielgruppenorientierten Ausrichtung mit aufsuchenden und sozialraumbezogenen Bildungsangeboten, die

sowohl Jüngere als auch die wachsende Zielgruppe der älteren Menschen berücksichtigt. Wir GRÜNEN wollen diese besonders fördern, ausbauen und weiterentwickeln. Hohe Teilnahmebeiträge können dabei eine abschreckende Wirkung entfalten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich daher dafür ein, diese Angebote zukünftig gebührenfrei zu gestalten. **Neue Formate und Digitalisierung** Die Digitalisierung hat sowohl für die inhaltlichen Angebote als auch für die Arbeitsweise der Erwachsenenbildung nicht erst seit der Covid-19-Pandemie eine hohe Bedeutung. Sie verändert die Qualifikationsanforderungen an die Menschen und erfordert damit auch eine inhaltliche Neugestaltung der Angebote und Formate in der Erwachsenenbildung. Neue Formate mit flexibleren Nutzungsformen werden benötigt, beispielsweise durch die Bereitstellung von mehr Onlineangeboten und virtuellen Veranstaltungen mit einer darauf ausgerichteten Pädagogik. So verändert Digitalisierung gleichzeitig die Arbeitsbedingungen in der Erwachsenenbildung. Dozent*innen sind nicht mehr nur Pädagog*innen, sondern benötigen Kompetenzen, Lerninhalte digital zu vermitteln. Wir wollen nicht zuletzt die Erfahrungen und Erkenntnisse aus den pandemiebedingten Umstellungen auf den Onlinebetrieb nutzen, um diesen Umstellungsprozess zu verstetigen und weiterzuentwickeln. **Starke Familien: Selbstbestimmt leben von der Kindheit bis ins Alter** GRÜNE Familienpolitik stellt Kinder und Jugendliche mit ihren eigenen Bedürfnissen und Rechten in den Mittelpunkt. In der Pandemie musste die junge Generation besonders zurückstecken. Kinder und Jugendliche haben in besonderem Maße gesellschaftliche Solidarität gegenüber älteren Menschen geleistet und unter den pandemiebedingten Einschränkungen selbst besonders gelitten. Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, dass die Interessen von Kindern und Jugendlichen zukünftig besser gehört und ihre Anliegen endlich ernst genommen werden. Wichtige Hinweise dafür kann die Einführung eines regelmäßigen Monitorings zur Lage von Kindern und Jugendlichen in Niedersachsen unter Beteiligung des Landesjugendhilfeausschusses und der Kinder- und Jugendkommission liefern. Familie ist da, wo Menschen füreinander sorgen. Für eine gute Familienpolitik bedarf es guter beruflicher und finanzieller Rahmenbedingungen für die sogenannte Sorgearbeit: Wer pflegt, Kinder versorgt und Verantwortung für andere Menschen übernimmt, muss hierbei unterstützt werden. Deshalb setzen wir uns auch dafür ein, dass sogenannte Regenbogen- und Patchwork-Familien endlich rechtlich anerkannt werden, beispielsweise im Familien- und Adoptionsrecht. Mehrelternschaft soll möglich sein und alle Formen von Verantwortungsgemeinschaften jenseits von Liebesbeziehungen oder der Ehe sollen anerkannt werden. **Kinderrechte stärken** Kinder sind unsere Zukunft – und trotzdem werden viel zu viele Entscheidungen über ihre Köpfe hinweg und zu ihren Lasten getroffen. Das müssen wir dringend ändern. Kinder und Jugendliche haben eigene Rechte, die es zu respektieren und zu verteidigen gilt. Sie müssen sich in Gesetzgebungsprozessen ebenso widerspiegeln wie in der Schulstruktur und dem familiären Umfeld. Um diesen Rechten den verdienten Rang einzuräumen, setzen wir GRÜNEN uns dafür ein, die Kinderrechte in der Landesverfassung zu verankern. Wir GRÜNEN stehen für eine Absenkung des Wahlalters auf 14 Jahre und mehr politische Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, die wir als kommunale Aufgabe in der Niedersächsischen Kommunalverfassung verankern wollen. Egal, ob es um den neuen Spielplatz, die Verkehrsführung auf dem Weg zur Schule oder die Ausstattung der Bücherei vor Ort geht: Mitbestimmung beginnt im direkten Lebensumfeld. Daher setzen wir GRÜNEN uns dafür ein, vor Ort in allen Bereichen, in denen Kinder unterwegs oder betroffen sind, die Mitsprache von Kindern und Jugendlichen konsequent zu stärken. Unser Ziel ist eine kinder- und jugendgerechte Gesellschaft. Daher setzen wir uns dafür ein, dass zukünftig bei allen Gesetzesvorhaben geprüft wird, welche Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche damit verbunden sind. **Kinderarmut beenden** Fast jedes vierte Kind in Niedersachsen lebt in Armut. In keiner anderen Industrienation ist der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Ausbildungsabschluss so eindeutig und damit die soziale Durchlässigkeit so gering wie in Deutschland. Gleichzeitig ist Kinderreichtum hier das Armutsrisiko Nummer eins. Das wollen wir nicht hinnehmen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sorgen dafür, dass die Teilhabe aller Kinder gesichert und die Grundlagen für ein selbstbestimmtes Leben geschaffen werden. Wir begrüßen daher, dass die Ampelkoalition im Bund eine Kindergrundsicherung auf den Weg bringt und Kinderrechte endlich ins Grundgesetz schreibt. Wir wollen diese Initiativen als Schwung für weitere Bemühungen zur Überwindung von Kinderarmut nutzen. Auf Landesebene schaffen wir eine neue Sozialberichterstattung für Kinder, investieren mehr Geld in soziale Einrichtungen für Kinder und Jugendliche, unterstützen Quartiersarbeit und Nachbarschaftsinitiativen, fördern Jugendzentren insbesondere in ländlichen Regionen stärker und weiten schulische

Ganztagsangebote aus. Wir wollen auch die Kommunen besser dabei unterstützen, Kinderarmut und ihre Folgen vor Ort zu bekämpfen. Dafür fördern wir den Aufbau von Präventionsketten, die ein abgestimmtes Vorgehen aller Akteur*innen aus den Bereichen Bildung, Gesundheit, Kultur und Sport sowie eine kontinuierliche Entwicklungs-förderung in allen Lebensphasen des Kinder- und Jugendalters ermöglichen.

Mehr Freiräume für Kinder und Jugendliche Kinder und Jugendliche brauchen für ihre Entwicklung Zeit und Raum zur Entfaltung. Daher nehmen wir GRÜNEN Druck aus der Schule und sorgen damit für mehr Freiheiten (vgl. GRÜNE Politik macht Schule). Der Jugendarbeit kommt dabei eine zentrale Rolle zu. Sie unterstützt das gesellschaftliche Engagement von Kindern und Jugendlichen und schafft ein vielfältiges Spektrum von Angeboten für junge Menschen. Daher wollen wir die wichtige Arbeit der vielfältigen Jugendverbände und Träger der Jugendarbeit besser fördern. Dazu zählt eine bedarfsgerechte Erhöhung der Zuwendungen und eine Verstetigung von Projektmitteln ebenso wie der Abbau bürokratischer Hürden. Zu diesem Zweck werden wir das Jugendfördergesetz novellieren und an die Bedürfnisse der modernen Jugendarbeit anpassen. Die Angebote der politischen Jugendbildung entwickeln wir weiter und stärken die wichtige Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung. Auch in der Niedersächsischen Bauordnung wollen wir die Vorgaben für Spiel-, Freizeit- und Bewegungsflächen verbessern (vgl. Für eine vielfältige Gesellschaft). Neben der Jugendverbandsarbeit sehen wir öffentliche Freiräume ohne Konsumbindung wie Jugendzentren, Skateplätze und offene Treffs als wichtiges Angebot. Wir setzen uns – frei nach dem Motto „Spielplatz statt Parkplatz“ – dafür ein, Kommunen bei dem Erhalt und der Schaffung von Spiel-, Aufenthalts- und Bewegungsflächen zu unterstützen (vgl. Mobil in Niedersachsen).

Kinderschutz ernst nehmen Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf gewaltfreies Aufwachsen und körperliche Unversehrtheit. Wir werden die Empfehlungen der Enquete-Kommission Kinderschutz deshalb konsequent umsetzen und mit einem neuen Kinderschutzgesetz rechtlich absichern. Insbesondere stärken wir die Prävention und ermöglichen eine frühzeitige Intervention dort, wo Kinder von Gewalt bedroht sind. Dafür brauchen wir Schutzkonzepte in Kitas, Schulen, Sportvereinen und anderen Einrichtungen, die regelmäßig mit Kindern arbeiten. Sowohl Haupt- als auch Ehrenamtliche müssen dafür qualifiziert sein, Anzeichen von Gewalt zu erkennen und entsprechend zu reagieren. Die Jugendämter wollen wir beim Kinderschutz besser unterstützen und die Netzwerkarbeit mit Polizei, Justiz und Beratungsstellen vor Ort fördern. Mit einem Childhood-Haus wollen wir Kindern, die Opfer von Gewalt geworden sind, alle nötigen Hilfen aus einer Hand anbieten und sie bestmöglich in Strafverfahren unterstützen. Beratungsstellen für Kinder, die Gewalt erlebt haben, sichern wir finanziell ab und bauen das Angebot insbesondere in der Fläche aus. Es braucht flächendeckende Netzwerkarbeit zwischen den verschiedenen Akteur*innen, um den Kinderschutz grundsätzlich zu stärken und Versorgungslücken zu schließen.

Jugendhilfe ist unverzichtbar BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich auf allen Ebenen gegen Sparmaßnahmen in der Jugendhilfe und bei der Kinder- und Jugendarbeit ein. Wir unterstützen die Anstrengungen, das Jugendhilferecht inklusiver zu gestalten und die Rahmenbedingungen hier zu verbessern. Das neue Kinder- und Jugendstärkungsgesetz stärkt die Rechte von Kindern in Einrichtungen und Pflegefamilien. Zudem müssen jetzt Ombudsstellen, also Beschwerdestellen für Kinder, Jugendliche und Familien, eingerichtet werden. Diesen Prozess begrüßen wir und werden ihn weiter aktiv begleiten. Zudem muss die wichtige Arbeit der Jugendwerkstätten gesichert und gleichzeitig geprüft werden, wie die Finanzierung nachhaltiger gestaltet werden kann. Wir GRÜNEN unterstützen ambulante Maßnahmen der Jugendhilfe und wollen die Hilfe für straffällig gewordene Jugendliche weiter ausbauen. Wir stehen konsequent hinter dem Leitprinzip „Jugendhilfe statt Knast“ und schaffen hierfür weiterhin die notwendigen Rahmenbedingungen. Beim Eintreten in die Volljährigkeit verlieren Jugendliche mit besonders herausforderndem Verhalten den Anspruch auf Versorgungsleistungen, die ihnen beispielsweise die ausgiebige Betreuung durch Dritte oder das Wohnen in gemeinsamen Wohnformen ermöglicht. Dies muss im Landesinklusionsplan berücksichtigt werden. Wir wollen für mehr Angebote für Jugendliche und junge Erwachsene sorgen und sie davor schützen, dass bei Eintritt in die Volljährigkeit Hilfsangebote wegfallen. Jugendhilfe muss alle Kinder mitnehmen, sei es über gute Rahmenbedingungen für die Inklusion, das Vermitteln interkultureller Kompetenzen oder durch die Überwindung von Kinderarmut. Dabei kommt der Jugendhilfe im Ganztagsschulbetrieb eine zentrale Bedeutung zu. Hier muss die Schnittstelle von Land, Kommune, Jugendhilfeträger und Schule verbessert werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden die wichtige Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe auf Augenhöhe weiterentwickeln und stärken. **Zeit für**

Familien Nicht zuletzt die Covid-19-Pandemie und die damit verbundenen extremen Belastungen gerade für Menschen mit Kindern haben gezeigt, welchen Herausforderungen Familien ausgesetzt sind, um die alltägliche Balance zwischen Erwerbs- und Familienarbeit zu meistern. Noch größer sind die Anforderungen an alleinerziehende Elternteile, die es daher besonders zu berücksichtigen gilt. Wir setzen uns dafür ein, dass Arbeit und Familie besser miteinander vereinbart werden können und Familienzeit den notwendigen Raum bekommt. Hierfür arbeiten wir auch in Niedersachsen beispielsweise durch gemeinsame Initiativen mit Unternehmen und Gewerkschaften daran, familienfreundliche Arbeitszeitmodelle weiterzuentwickeln und auszubauen. Damit wollen wir Beschäftigten Arbeitszeiten ermöglichen, die zu ihrem Leben passen – etwa um Kinder zu erziehen oder Angehörige zu pflegen. Dem Land kommt hier auch als Arbeitgeber eine besondere Vorbildfunktion und Verantwortung zu (vgl. Gute Arbeit in Niedersachsen). **Familien unterstützen** Familie ist da, wo Menschen füreinander sorgen und dauerhaft Verantwortung übernehmen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, die frühen Hilfen und Familienangebote zu sichern und auszubauen. Für uns ist es wichtig, dass die Hilfe da ist, wo auch die Familien sind. Um das zu gewährleisten, müssen Angebote wie Familienzentren konsequent gefördert und sozialräumlich orientiert werden. Wir wollen Kommunen dabei unterstützen, Kitas und Grundschulen zu Familienzentren und damit zu Orten des Austauschs, der Weiterbildung und einer niedrigschwelligen Unterstützung von Eltern weiterzuentwickeln und mit interprofessionellen Teams zu besetzen. Hierbei stärken wir auch die Beratung und Unterstützung von Alleinerziehenden und solchen Familien, die Trennungen vollziehen. **Mit dem Niedersachsenpass Teilhabe vereinfachen** Nach dem Vorbild einiger Kommunen führen wir einen Niedersachsenpass für alle Menschen ein, die Sozialleistungen beziehen oder nur ein geringes Einkommen haben. Mit dem Pass soll in ganz Niedersachsen der Zugang zu Museen, kulturellen Einrichtungen oder die aktive Mitgliedschaft in Sportvereinen niederschwellig möglich sein. Auch Vergünstigungen bei Strompreisen oder anderen Sozialtarifen sind enthalten. Perspektivisch sollen außerdem alle Menschen mit Niedersachsenpass Anspruch auf ein vergünstigtes landesweites Nahverkehrsticket bekommen. Für Kinder und Jugendliche kann der Niedersachsenpass zudem unkompliziert bei der Finanzierung von Mittagessen, Arbeitsmaterialien, Sprachförderung, Musik- und Sportangeboten sowie Klassenausflügen unterstützen. Wir wollen den Niedersachsenpass, dort wo sinnvoll, dazu nutzen, Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket noch einfacher zugänglich zu machen. **Selbstbestimmt altern** Immer mehr Menschen leben immer länger. Wir GRÜNE stellen die Menschen mit ihrem Bedürfnis nach Selbstbestimmung und Würde sowie die solidarische Absicherung des Pflegerisikos in den Mittelpunkt unseres Handelns. Wir wollen dafür sorgen, dass alte Menschen vor Armut geschützt werden, sich aktiv in die Gestaltung unserer Gesellschaft einbringen und gesellschaftlich teilhaben, so lange wie möglich in ihrem gewohnten Wohnumfeld leben und je nach Bedarf abgestufte Unterstützung in Alltag und Pflege erhalten können. Um Menschen solange wie möglich ein Leben in den eigenen vier Wänden zu ermöglichen und gleichzeitig dafür zu sorgen, dass der begrenzte Wohnraum sinnvoll verteilt wird, brauchen wir mehr barrierearmen und bezahlbaren Wohnraum mit angeschlossener Quartierspflege. Die Orte, an denen ältere Menschen leben, müssen Rahmenbedingungen bieten, die den Wunsch nach einem Altern in der gewohnten Umgebung ermöglichen. Zu einer generationsgerechten Infrastruktur gehören insbesondere eine wohnortnahe medizinische Versorgung, ein gut ausgebauter und barrierefreier ÖPNV, Geschäfte des alltäglichen Bedarfs, aber auch Begegnungsstätten. Um das Risiko stationärer Pflegebedürftigkeit im Alter zu reduzieren, setzen wir auch auf die Prävention von Einsamkeit – beispielsweise durch Nachbarschaftsinitiativen und generationenübergreifende Wohn- und Begegnungsprojekte sowie die Förderung von niederschwelligen Versorgungsangeboten und die Stärkung der Angebote hauswirtschaftlicher Dienstleistungen. **Selbstbestimmt sterben** Viele Menschen haben den Wunsch, ihre letzten Tage und Stunden mit Freund*innen und Angehörigen im gewohnten Lebensumfeld zu verbringen. Die Realität sieht leider oft anders aus: Viele Menschen sterben allein oder in Pflegeheimen und Krankenhäusern. Wir wollen ein menschenwürdiges Lebensende schwerstkranker Menschen sicherstellen und unterstützen den Ausbau der palliativmedizinischen Versorgung, insbesondere im ambulanten Bereich und auch für spezielle Angebote für Kinder und Jugendliche (Kinderhospize). **Gesundheit und Pflege** GRÜNE Gesundheits- und Pflegepolitik setzt auf Prävention und Vorsorge, gewährleistet eine wohnortnahe medizinische Versorgung, stärkt Patient*innen in ihrer Selbstbestimmung und sorgt für gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten in unserem Gesundheitssystem. Gesundheit

erhalten und Erkrankungen vorbeugen steht für uns GRÜNE im Fokus unserer Gesundheitspolitik. Wir wissen, dass die Chancen für ein gesundes Leben stark von Bildung, Einkommen, Kompetenzförderung und gesellschaftlicher Teilhabe abhängen. Eine gerechte und solidarische Gesellschaft, die Bildungschancen stärkt, Armut beendet, Ungleichheit verringert und gesellschaftliche Teilhabe für alle ermöglicht, ist deshalb ein zentrales Anliegen GRÜNER Gesundheitspolitik. Gesundheitsförderung ist dann besonders effektiv, wenn sie dort verankert wird, wo die Menschen leben, arbeiten, sich engagieren und lernen: Schlechte Arbeitsbedingungen, Lärmbelastung und Luftverschmutzung am Wohnort sowie zu wenig Geld für gesundes Essen machen krank. Wir wollen mit einer Politik, die gute Arbeit und gute Löhne sicherstellt, gesundes Essen bezahlbar hält, die Lärm- und Schadstoffbelastung senkt und Gemeinschaft fördert, dafür sorgen, dass Menschen in gesunden Umgebungen leben. Menschen, die in soziale Notlagen, in Sucht- und Abhängigkeit geraten sind, wollen wir dabei unterstützen, wieder auf die Beine zu kommen, anstatt sie zu sanktionieren und zu verdrängen. **Den öffentlichen Gesundheitsdienst vom Kopf auf die Füße stellen** Der Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) hat eine zentrale Stellung für Gesundheitsförderung und Prävention. Sein Potenzial ist weit größer, als es seine strukturellen Voraussetzungen zurzeit erlauben. Wie verletzlich uns ein unzureichend ausgestatteter Öffentlicher Gesundheitsdienst macht, hat uns zuletzt die Corona-Pandemie schmerzhaft vor Augen geführt. Wir wollen den ÖGD strukturell stärken, damit er seine Aufgaben im Bereich Prävention und Gesundheitsbildung in vollem Umfang wahrnehmen kann. Wir setzen uns für ein gezieltes Gesundheitsmonitoring und die Durchführung kommunaler Gesundheits- und Pflegekonferenzen ein. Die Kompetenz aller Gesundheitsfachberufe soll einen höheren Stellenwert im ÖGD erhalten – beispielsweise durch sogenannte Community Health Nurses (Gemeindegeschwister Plus) oder in der Schulgesundheitspflege. Außerdem wollen wir für einen wissenschaftlichen Unterbau des ÖGD die Kooperationen mit Universitäten fördern und an den großen Universitätsstandorten des Landes den Masterstudiengang Public Health einrichten. Mit einer Landesstiftung Prävention wollen wir die Gelder aus dem Präventionsgesetz bündeln und primär für Maßnahmen einsetzen, die dafür sorgen, dass Menschen in gesunden Verhältnissen leben. Wir wollen die kommunale Gesundheitsberatung, etwa in Form von Gesundheitskiosken, genauso wie die Erstellung von Hitzeaktionsplänen fördern. Um Neuinfektionen mit sexuell übertragbaren Infektionen zu verhindern und die Schwellen für den Zugang zu Behandlung zu verringern, setzen wir auf Aufklärung über Schutzmöglichkeiten, Entstigmatisierung, verbesserte Testmöglichkeiten und niedrigschwellige Behandlungsmöglichkeiten. Die wichtige Arbeit der Aidshilfe in diesem Bereich werden wir unterstützen. **Gut gerüstet für zukünftige Pandemien** Über die Hälfte (60 Prozent) der menschlichen Infektionskrankheiten stammen laut UN von Tieren – Klimawandel und Umweltzerstörung beschleunigen die Entstehung neuer Pandemien. Um die Entstehung neuer Pandemien zu verhindern und Ausbrüche neuer Erreger lokal zu begrenzen, müssen multinationale Gesundheitsorganisationen gestärkt, der Klimawandel effektiv bekämpft, Lebensräume geschützt und Erreger überwacht werden. Auch das Land Niedersachsen muss seinen Beitrag zu diesen globalen Aufgaben leisten, sich pandemiefest aufstellen und die strukturellen Voraussetzungen für die Bekämpfung zukünftiger Pandemien schaffen: Dafür wollen wir für eine auskömmliche Bevorratung mit Schutzausrüstung sorgen, ein gestuftes Notfallversorgungskonzept schaffen, Pandemieschutzübungen verankern und Kapazitäten zur kurzfristigen Schaffung von (Intensiv-)Krankbetten absichern. Nach über zwei Jahren Pandemie hat die Landesregierung es versäumt, flächendeckend Belüftungsanlagen in Bildungs- und Kinderbetreuungseinrichtungen einzusetzen, um diese zum Teil noch immer ungeimpfte Gruppe bestmöglich zu schützen. Wir wollen hier schnell handeln, Luftfilter einsetzen und diese Einrichtungen auch baulich auf zukünftige Pandemien besser vorbereiten. In Krisensituationen gilt: Schnelles, entschlossenes Handeln und das Nutzen von innovativen Ansätzen sind entscheidend. Seit Januar 2021 fordern wir vehement Abwasseruntersuchungen auf SARS-CoV-2-Viren als zuverlässiges Instrument für die Prognose der Pandemieentwicklung und des Erkennens der Verbreitung neuer Virusvarianten. Anders als die Koalition aus SPD und CDU werden wir GRÜNEN in einer Landesregierung alle Ansätze nutzen, um gut vorbereitet zu sein und das Risiko neuer Pandemien zu reduzieren. Die Gefahren durch das Virus H5N1 (Geflügelpest) sind insbesondere in den viehdichten Regionen in Niedersachsen als sehr hoch einzuschätzen. Aus Russland und Großbritannien sind bereits Übertragungen des Virus auf Menschen bekannt geworden. Zum Schutz der Gesundheit von Mensch und Tier treiben wir den Umbau der Tierhaltung hin zu tiergerechten Haltungssystemen und flächengebundener Tierhaltung

voran und nutzen aus Seuchenschutzgründen auch kurzfristige Maßnahmen wie Wiederbelegungsverbote zumindest in den sehr viehdichten Regionen (vgl. Für eine andere Agrarpolitik). **Gut versorgt in Stadt und Land** Unser Ziel ist eine bedarfsgerechte, wohnortnahe und verlässliche medizinische Versorgung in ganz Niedersachsen. In allen Regionen des Landes verlieren wir jedoch immer mehr Beschäftigte und Selbstständige in der Gesundheitsversorgung. Beispielhaft zeigt sich dieser dramatische Trend bei der hausärztlichen Versorgung: Schon heute sind in Niedersachsen über 400 der 5.100 Hausarztsitze nicht besetzt und in den kommenden Jahren werden über 1.000 der gegenwärtig praktizierenden Hausärzt*innen in den Ruhestand gehen. Die Wege, die für den Zugang zu gesundheitlicher Versorgung zurückgelegt werden müssen, werden für Menschen im ländlichen Raum immer länger. Immer mehr Menschen sorgen sich um ihre Versorgung vor Ort. Viele wertvolle Vorschläge zur Verbesserung dieser Situation hat die Enquetekommission Sicherstellung der ambulanten und stationären medizinischen Versorgung in Niedersachsen erarbeitet. Wir wollen Tempo in die Umsetzung der Vorschläge bringen. Dafür braucht es endlich eine Bedarfsplanung, die Über- und Unterversorgung erfasst, Kapazitäten sinnvoll verteilt und Mindest-erreichbarkeitsstandards setzt. Wie von Expert*innen schon lange gefordert, werden wir die starren Grenzen stationärer und ambulater Versorgung überwinden und nichtärztliche Heilberufe stärker in die Primärversorgung einbinden. Wir wollen insbesondere im ländlichen Raum ambulante, stationäre und poststationäre Leistungserbringer zusammenschließen und mit Reha-Einrichtungen, Apotheken und anderen Gesundheitseinrichtungen in integrierten Versorgungszentren in öffentlicher Hand zusammenbringen. Für Patient*innen bedeutet das, dass sie Präventionsangebote wie etwa Rückenurse unter einem Dach mit Hausärzt*innen, Fachärzt*innen, Sozialarbeiter*innen und Therapeut*innen finden. Ihre Behandlung kann so interdisziplinär erfolgen. Für Beschäftigte bedeutet das, in einem interdisziplinären Team mit familienfreundlichen Arbeitszeiten tätig zu sein. Gleichzeitig finden sie hier die Möglichkeit, im ländlichen Raum zu arbeiten, ohne dabei als Einzelkämpfer*in eine eigene Praxis führen zu müssen. Wir wollen erreichen, dass Kommunen deutlich einfacher Medizinische Versorgungszentren (MVZ) gründen können: Dafür wollen wir sicherstellen, dass Kommunen nach sechs Monaten auf nicht nachbesetzte Arztsitze zugreifen können. Mittels Patient*innen-orientierter Digitalisierung wollen wir Angebote besser vernetzen sowie Transparenz und Patientenautonomie stärken. Telemedizinische Angebote treiben wir voran. **Krankenhauslandschaft zukunftsfähig und qualitativ hochwertig aufstellen** Die Krankenhauslandschaft in Niedersachsen befindet sich längst im Wandel: hin zu einer Grundversorgung in der Fläche und spezialisierten Zentren in großen Kliniken. Diesen Wandel wollen wir mit einer vorausschauenden, an der Behandlungsqualität orientierten Krankenhausplanung zukunftsfähig gestalten. In mindestens acht Versorgungsregionen wollen wir für ein Angebot mit differenzierten Versorgungsstufen sorgen. In jeder Versorgungsregion soll es neben den Krankenhäusern der Grund- und Regelversorgung mindestens ein Krankenhaus der Schwerpunktversorgung geben. Krankenhäuser der Maximalversorgung und Hochschulkliniken ergänzen das medizinische Angebot. Unser Ziel ist, eine zeitgemäße, qualitätsorientierte und sektorenübergreifende Gesamtversorgungsplanung auf den Weg zu bringen und regionale integrierte Gesundheitszentren in die Krankenhausplanung aufzunehmen und zu fördern. **Krankenhäuser für Menschen, nicht für Profite** Wir GRÜNEN stehen für Krankenhäuser, die an den Bedürfnissen von Patient*innen ausgerichtet sind. Dabei müssen sie gute Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten sicherstellen, die der Verantwortung und Belastung gerecht werden. Renditeerwartung von Investor*innen, klamme kommunale Haushalte und die massive Unterfinanzierung der Investitionskosten durch das Land haben in Verbindung mit der Finanzierung durch Fallpauschalen jedoch zu Fehlentwicklungen mit katastrophalen Folgen in unseren Krankenhäusern geführt: durch Personalabbau und Outsourcing patientenferner Dienstleistungen, sowie durch die Konzentration auf lukrativere Behandlungen versuchen immer mehr Kliniken, auf dem Rücken von Patient*innen und Beschäftigten ihre Wirtschaftlichkeit zu retten oder gar Gewinne zu erwirtschaften. Wir begrüßen, dass die durch GRÜNE getragene Bundesregierung diese Fehlentwicklungen als solche benennt und abgestufte Vorschläge zur zukünftigen Krankenhausfinanzierung vorlegen möchte. Wir erwarten, dass die hierfür vorgesehene Regierungskommission ihr Arbeit zeitnah beginnt und Reformen dann auch zügig umgesetzt werden. Durch die Zuständigkeit für die Investitionskostenfinanzierung spielt aber auch das Land eine wichtige Rolle für die Zukunft der stationären Versorgung. Während die SPD-CDU Koalition in den letzten Jahren beim Verfall der Bausubstanz unserer Kliniken zugeschaut hat und zunächst groß angekündigte Investitionszuschüsse

kurzerhand doch wieder zurücknahm, ist der Investitionsstau der niedersächsischen Krankenhäuser auf mittlerweile mehr als 2 Milliarde € angewachsen. Solange dieser Investitionsstau nicht endlich angegangen wird, werden die Krankenhäuser sich weiter gezwungen sehen, Gelder, die eigentlich für die Versorgung von Patient*innen vorgesehen sind, zweckentfremdet für betriebsnotwendige Investitionen einzusetzen. Diesem Zustand wollen wir ein Ende bereiten: den Niedersachsenfonds und die Landesgesellschaften wollen wir auch dafür einsetzen den Investitionsstau in unseren Kliniken abzubauen. Mit einer Erhöhung der jährlichen Investitionsförderung des Landes für Baumaßnahmen und einer regelmäßigen Anpassung an Baupreissteigerungen beenden wir mittelfristig und nachhaltig die chronische Unterfinanzierung der Investitionen in unsere Krankenhäuser. Alle Kinderkliniken in Niedersachsen schreiben rote Zahlen, ihre finanzielle Absicherung muss daher dringend angegangen werden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die, durch die von GRÜNEN getragene Bundesregierung in Aussicht gestellte bedarfsgerechte auskömmliche Finanzierung für Kinderheilkunde zeitnah dort ankommt, wo sie benötigt wird. **Krankenhäuser in die öffentliche Hand** Wir sind der Überzeugung, dass Krankenhäuser als zentraler Bestandteil der Daseinsvorsorge gemeinwohlorientiert und nicht gewinnorientiert arbeiten sollten. Den Trend zur Kranken-hausprivatisierung wollen wir umkehren: Dafür unterstützen wir Kommunen, die Krankenhäuser zurück in die öffentliche Hand holen möchten. **Green Hospital: Krankenhäuser leisten ihren Beitrag zur Klimaneutralität** Der Gesundheitssektor liegt mit 4,4 Prozent der globalen Treibhausimmissionen noch über den Emissionen von Flugverkehr und Schifffahrt. Niedersächsische Krankenhäuser müssen daher zukünftig eine wichtige Rolle bei der CO₂-Reduktion spielen. Green Hospitals sollen den Energiehaushalt, den Wasserverbrauch, aber auch das Abfallmanagement umweltfreundlich gestalten. Damit das gelingt, treiben wir die energetische Sanierung von Krankenhäusern voran und statten sie mit Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energie aus. Außerdem sorgen wir dafür, die Ernährung für Patient*innen und Mitarbeiter*innen gesünder zu gestalten, um deren Zufriedenheit und Gesundheit zu erhöhen. Das Projekt KLIK- Klimamanager für Kliniken wollen wir in Niedersachsen aktiv umsetzen. **Im Notfall gut versorgt** Wie gut ein Gesundheitssystem funktioniert, zeigt sich oft erst im Notfall. Egal ob Herzinfarkt oder plötzliche Rückenschmerzen am Wochenende: Damit alle Menschen in Niedersachsen bei akuter Krankheit rund um die Uhr die passende Hilfe bekommen, wollen wir das dreistufige System aus ambulantem Bereitschaftsdienst, stationärer Notfallversorgung und Rettungsdienst besser aufeinander abstimmen. An Krankenhäusern wollen wir integrierte Notfallzentren einrichten, in denen je nach Bedarf sowohl ambulante als auch stationäre Notfallbehandlungen erfolgen können. Erfolgreiche Modellprojekte wie Gemeindenotfallsanitäter*innen oder mobile Ersthelfer*innen wollen wir flächendeckend ausweiten. Dazu gehören auch Fahrdienste, die Menschen insbesondere im ländlichen Raum zu Bereitschaftsdienstpraxen oder Kliniken bringen, wenn kein Rettungswagen notwendig ist. Auch telemedizinische Angebote können die Notfallversorgung sinnvoll ergänzen. Rettungswagen wollen wir standardmäßig mit telemedizinischer Ausrüstung ausstatten, damit die Behandlung bereits auf dem Weg in die Klinik beginnen kann. Telenotärzt*innen können das Versorgungsangebot in einigen Teilen Niedersachsens sinnvoll ergänzen. **Gute Arbeitsbedingungen und Ausbildungs-offensive in der Gesundheitsversorgung** Eine alternde Bevölkerung, zusätzliche Aufgaben und Personalabbau in der Gesundheits-versorgung führen zu einem drastischen Fachkräftemangel in unserem Gesundheitssystem. Um einen zukünftigen Kollaps zu vermeiden, müssen wir jetzt verstärkt bei der Gewinnung von Fachpersonal in die Offensive gehen. Um dem wachsenden Bedarf an medizinischem Personal zu begegnen, schaffen wir GRÜNEN mindestens 200 zusätzliche Medizinstudienplätze. Wir setzen uns für die zügige Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen ein und schaffen Qualifizierungs- und Weiterbildungsprogramme, um fehlende Kompetenzen und Sprachkenntnisse aufzubauen. Wir begrüßen das Vorhaben der neuen Bundesregierung, den Spurwechsel vom Asylsystem in die Arbeitsmigration zu ermöglichen. Die geplante Landarztquote alleine wird nicht ausreichen, um junge Ärzt*innen aufs Land zu bekommen; vielmehr wollen wir mit attraktiven Arbeitszeitmodellen sowie mit Teamarbeit und universitärer Anbindung mehr junge Ärzt*innen für die Arbeit als Allgemeinmediziner*innen auf dem Land begeistern. Nicht nur bei Ärzt*innen vergrößert sich die Versorgungslücke, sondern in allen Berufen des Gesundheitswesens. Nach anglo-amerikanischem Vorbild wollen wir sogenannte physician assistants in Niedersachsen ausbilden und einsetzen und damit Ärzt*innen um grundsätzlich delegierbare Aufgaben entlasten. Um den Fachkräftemangel in den Heil-, Pflege- und Assistenzberufen zu bekämpfen, wollen wir

staatliche Schulen auf- und ausbauen und die bestehende Ausbildungsinfrastruktur kurzfristig finanziell absichern. Für Pflegeassistent*innen, Heilerziehungspfleger*innen, medizinische Bademeister*innen und Diätassistent*innen schaffen wir endlich das Schulgeld ab. Für die Beschäftigten in unserem Gesundheitssystem wollen wir GRÜNEN flexible Arbeitszeitmodelle und eine verbesserte Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglichen – etwa durch die Förderung von Krippen und Kitas direkt an Krankenhäusern oder Versorgungszentren. Ein leistungsfähiges Gesundheitssystem setzt eine ausreichende Personalbemessung sowie die Herstellung von guten Arbeitsbedingungen durch Tarifbindung voraus. Investitions- und Fördermittel des Landes müssen deshalb an eine tarifliche Bezahlung gebunden werden (vgl. Gute Arbeit in Niedersachsen). Wir wollen Berufsaussteiger*innen durch Anreize wieder zurückgewinnen und durch Maßnahmen der Gesundheitsförderung, wie etwa Gesundheitssport, Coolout- und Burnout-Prophylaxen sowie Team-Supervisionen dafür sorgen, dass Fachkräfte möglichst lange gesund im Beruf bleiben. Für Menschen, die ihren Schulabschluss im Ausland erworben haben, bauen wir die Zugangshürden zu den Ausbildungen der Gesundheitsfachberufe ab. Ausländischen Fachkräften ermöglichen wir ein dauerhaftes Bleiberecht. **Pflegeberufe stärken** Pflegekräfte leisten eine unverzichtbar wertvolle Arbeit für die Gemeinschaft, die mehr als Applaus verdient. Die Verantwortung, die Pflegekräfte in ihrem fachlich anspruchsvollen Job tragen, muss sich endlich auch bei Bezahlung und Arbeitsbedingungen niederschlagen. Die Gewinnung neuen Fachpersonals ist eine der großen Zukunftsaufgaben, zu der Niedersachsen seinen Beitrag leisten muss. Dazu wollen wir die Tarifbindung stärken, die Wirkung des neuen Pflegegesetzes evaluieren, ggf. nachsteuern und Leiharbeit begrenzen. Die durch die Bundesregierung in Aussicht gestellte Einführung wirksamer Personalbemessungsinstrumente begrüßen wir. Wir wollen die Zahl der Ausbildungsplätze in der Pflege deutlich anheben – dazu braucht es aber ausreichend Einrichtungen, die sich an der Ausbildung beteiligen. Wir sorgen dafür, dass durch Ausbildungsverbünde auch kleinere Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen sowie private Pflegeschulen gemeinsam zur Ausbildung von Pflegepersonal beitragen. Dabei wollen wir sicherstellen, dass die betriebliche Mitbestimmung aller Auszubildenden an ihren Einsatzorten gesichert ist. Wir treiben die Akademisierung, Professionalisierung und Handlungsautonomie in den Pflegeberufen voran und eröffnen Pflegekräften damit attraktive Weiterbildungs- und Aufstiegschancen. Mit Pflegeakademien, wie es sie schon heute an der Medizinischen Hochschule Hannover gibt, wollen wir gezielte Weiterbildung im Pflegeberuf ermöglichen – etwa zur Pflegedienstleiter*in oder Praxisanleiter*in mit staatlichem Abschluss. In einem Modellprojekt im Studiengang Pflegewissenschaft werden wir qualifiziertes Personal nach international verbreitetem Vorbild als Community Health Nurses ausbilden und in der Primärversorgung einsetzen. Damit das gelingen kann, wollen wir uns auf Bundesebene für eine Reform der Heilberufeverordnung einsetzen und Community Health Nurses dadurch mehr Handlungsautonomie ermöglichen. **Krankenversicherung** Das Nebeneinander von privaten und gesetzlichen Krankenkassen sorgt nicht nur für eine Ungleichbehandlung von Patient*innen etwa bei der Terminvergabe bei Fachärzt*innen – dem Staat entgehen auch noch viele Millionen Euro, weil ausgerechnet einkommensstarke Menschen einen besonders geringen Anteil ihres Einkommens an die Versicherung zahlen. Wir setzen uns deshalb auf Bundesebene für die Einführung einer Bürger*innenversicherung ein, in die alle Arbeitnehmer*innen einen fairen Beitrag einzahlen. Schon jetzt wollen wir niedersächsischen Beamt*innen echte Wahlfreiheit bei der Krankenversicherung ermöglichen, indem wir ihnen, wie bereits in vielen Bundesländern praktiziert, einen Zuschuss zur gesetzlichen Krankenversicherung anbieten und sie nicht länger sowohl Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innenbeitrag selbst tragen müssen. Eine Mitgliedschaft in der privaten Krankenversicherung kann insbesondere für Beamt*innen in unteren Besoldungsgruppen, mit chronischen Krankheiten oder vielen Kindern sehr teuer sein. **Selbstbestimmte Geburt** Für Schwangere in Niedersachsen wird es immer schwieriger, eine Hebamme für die Begleitung der Schwangerschaft und Nachsorge nach der Geburt zu finden. Das Netz der Geburtsstationen in Niedersachsen dünnt sich immer weiter aus: In vier Landkreisen gibt es überhaupt keine klinische Geburtshilfe mehr – und die große Koalition schaut dabei zu. Die schlechte Personalausstattung auf Geburtsstationen führt vielerorts dazu, dass Hebammen bis zu fünf Frauen gleichzeitig betreuen. Währenddessen mehren sich Berichte von Frauen, die die Geburt als traumatisch erlebt haben. Ziel von BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN ist eine selbstbestimmte Geburt durch eine bedarfsgerechte und wohnortnahe Versorgung vor, während und nach der Geburt, eine Stärkung der Wahlfreiheit von Schwangeren, eine bessere Personalausstattung in der

Geburtshilfe und eine verbesserte Versorgung unter der Geburt. Dafür wollen wir mehr Hebammen akademisch ausbilden, die Richtlinie 1:1-Betreuung unter der Geburt umsetzen, durch Hebammen geleitete Kreißsäle sowie Beleghebammen stärken und Geburtshäuser durch Investitionskostenzuschüsse fördern. Wir verankern die Geburtshilfe als Teil der Grundversorgung und sorgen so dafür, dass keine Frau in Niedersachsen mehr als 30 Minuten zum nächsten Geburtshilfeangebot fahren muss. Um finanziellen Fehlanreizen, die zu unnötig vielen Kaiserschnitten geführt haben, entgegenzuwirken, wollen wir Spontanentbindungen finanziell besserstellen. Es darf nicht sein, dass immer mehr Geburtsstationen aus ökonomischen Erwägungen geschlossen werden. Wir begrüßen daher, dass die Ampelkoalition im Bund kurzfristig für eine bedarfsgerechte auskömmliche Finanzierung der Geburtshilfe sorgen will. **My body, my choice** Die Entscheidung, ob eine Frau eine Schwangerschaft abbricht oder nicht, ist allein ihre. In dieser Zeit sind gute Beratungs- und Versorgungsstrukturen notwendig. Wir wollen, dass der Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen Teil der Regelversorgung wird und flächendeckend gewährleistet ist. Deshalb sorgen wir für eine ausreichende und wohnortnahe Versorgung mit Ärzt*innen, Praxen und Kliniken, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen. Ob Krankenhäuser mit einer gynäkologischen Abteilung Abbrüche durchführen oder nicht, darf nicht vom Träger oder von der individuellen Haltung der Chefärzt*in abhängig sein, sondern muss durch die landesweite Krankenhausplanung grundsätzlich sichergestellt werden. Wir stärken das Thema Schwangerschaftsabbrüche in der Lehre an unseren Universitäten nach international anerkannten Standards und bauen Weiterbildungsangebote für Ärzt*innen aus. Neben der professionellen medizinischen Versorgung ist gute Beratung wichtig. Deshalb wollen wir das Angebot an Familienplanungs- und Beratungsstellen finanziell absichern und die freiwilligen Beratungsangebote ausbauen. Wir wollen in Ausbildung und Studium von Ärzt*innen und Hebammen für das Thema Gewalt unter der Geburt sensibilisieren und Qualifizierungsangebote für Beratungsstellen schaffen, sodass betroffene Frauen wohnortnah Beratungsangebote in Anspruch nehmen können. Wir begrüßen die geplante Streichung des §219a StGB, der Informationen über Schwangerschaftsabbrüche unter Strafe stellt, und setzen uns dafür ein, dass die Kriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen endlich beendet wird. **Psychische Gesundheit verbessern** Menschen mit einer psychischen Erkrankung oder in einer psychischen Krise brauchen schnelle Hilfe, damit sich ihr Leid nicht verschlimmert. Schon seit mehreren Jahren existieren Empfehlungen, wie Betroffene besser unterstützt und ihre Menschenrechte gewahrt werden können. Wir setzen die Empfehlungen des Landespsychiatrieplans endlich um. Dazu gehört, die ambulante psychosoziale und psychiatrische Krisenhilfe auszubauen, Wartezeiten zur ambulanten Behandlung zu verkürzen und Zwangseinweisungen in psychiatrische Kliniken zu reduzieren. Wartezeiten für stationäre Behandlungen auch jenseits von Notfällen wollen wir durch eine Erhöhung der bislang noch unterdurchschnittlichen Bettenzahl in psychiatrischen Kliniken reduzieren. Wir wollen mehr Fachpersonal ausbilden und psychiatrische Forschung und Lehre an unseren Universitäten stärken. Insbesondere in der Kinder- und Jugendpsychiatrie wollen wir Prävention, Früherkennung und Frühintervention strukturell verbessern und Behandlungsplätze ausbauen. Außerdem haben wir vor, ein größeres Augenmerk auf die Versorgung psychisch kranker Menschen mit Fluchterfahrung zu legen. Selbsthilfeangebote psychisch kranker Menschen fördern wir strukturell. Menschen mit Psychiatrieerfahrung und/oder Behinderung beziehen wir in die Prozesse zur Verbesserung der Versorgung psychisch kranker Menschen ein. Mit einer landesweiten Kampagne rücken wir das Thema psychische Gesundheit stärker in die Öffentlichkeit. Wir bauen durch Stigmata entstandene Hürden zur Inanspruchnahme von Hilfeleistungen ab. **Gesundheitsversorgung für alle** Für Menschen ohne Krankenversicherungsschutz bestehen in Niedersachsen hohe Hürden beim Zugang zu einer adäquaten Gesundheitsversorgung. Die fehlende medizinische Versorgung führt viel zu oft zu vermeidbaren und zum Teil lebensbedrohlichen Krankheitsverläufen bei Betroffenen. Besonders hart trifft diese Situation Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus, die fürchten müssen, durch Inanspruchnahme medizinischer Leistungen abgeschoben zu werden. Diese Hemmnisse führen zudem zu erheblichen Erlösausfällen in Praxen und Krankenhäusern, da die fehlende Behandlung von Erkrankungen in einem frühen Stadium häufig zu akuten Notfallversorgungen führen, für die keine Kostenträger gefunden werden können. Unter GRÜNER Regierungsbeteiligung wurde erfolgreich ein Modellprojekt durchgeführt, das für Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus mittels eines anonymen Krankenscheins die Kostenübernahme ärztlicher Behandlungen sicherte. Statt dieses Projekt fortzuführen oder gar auszuweiten, wurde es durch SPD und CDU beendet. Wir

sorgen dafür, dass die Gesundheitsversorgung aller Menschen, unabhängig von ihrem Versicherungs- oder Aufenthaltsstatus, endlich flächendeckend gewährleistet wird. Dazu stellen wir, aufbauend auf den Erfahrungen des Modellprojektes und unabhängig vom Aufenthaltsstaus, einen anonymen Krankenschein flächendeckend für alle Menschen ohne Krankenversicherung zur Verfügung. Niederschwellige Angebote wie Straßenambulanzen und medizinische Beratung für Migrant*innen wollen wir finanziell absichern und für personelle Kontinuität in den Einrichtungen sorgen. Darüber hinaus ermöglichen wir Menschen dort, wo möglich, mit Beratungs- und Unterstützungsangeboten einen Weg in die aufenthaltsrechtliche Legalität und die gesundheitliche Regelversorgung. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass Sozialämter die Daten von Betroffenen für die Kostenübernahme von dringend notwendigen medizinischen Behandlungen nicht mehr wie bisher an die Ausländerbehörde weiterleiten müssen. **Für eine vernünftige und menschenwürdige Drogen- und Suchtpolitik** Die Kriminalisierung von illegalen Drogen hat ihre ursprünglichen Ziele nicht erreicht. Bei Konsumdelikten erschweren die straf- und verkehrsrechtlichen Konsequenzen oft zusätzlich die berufliche und soziale Wiedereingliederung. Statt Repression und Verdrängung suchtkranker Menschen, die deren Situation nur weiter verschlimmert, setzen wir auf Prävention, Beratung und Unterstützung. Wir begrüßen die durch die neue Bundesregierung geplante legale und kontrollierte Abgabe von Cannabis. Das Netz der Sucht- und Drogenberatung im Land wollen wir finanziell absichern und ausbauen. Auch Schwerstabhängige haben einen Anspruch auf eine bedarfsgerechte Versorgung. Dafür ist es notwendig, Diamorphin ebenso wie Methadon und andere zugelassene Substitutionsmittel als Mittel zur wirksamen Behandlung und als Medikamente anzuerkennen und ihren Einsatz, in Verbindung mit sozialer Unterstützung, flächendeckend zu ermöglichen. Hierfür ist von höchster Bedeutung, dass mehr Hausarztpraxen Substitutionsbehandlungen anbieten; dies wollen wir unterstützen. Wir setzen uns darüber hinaus für mehr Drogenkonsumräume ein, die für einen risikominimierenden Konsum von Betäubungsmitteln durch Abhängige ausgestattet sind. Sterile Hilfsmittel, Substitutionsbehandlung sowie Drogen- und Suchtberatung gehören auch in den Strafvollzug. Wir wollen Modellversuche für Drugchecking-Angeboten ins Leben rufen, bei denen Konsument*innen, verbunden mit Präventionsangeboten, die Möglichkeit gegeben wird, gefährliche und verunreinigte Substanzen vor dem Konsum zu erkennen. Für uns hat der aktive Nichtraucher*innenschutz und der Schutz vor einem verharmlosenden Umgang mit Alkohol hohe Priorität. Wir wollen die Aufklärungs- und Präventionsangebote absichern und in der Fläche ausweiten. **Für gute Pflege** Durch die gestiegene Lebenserwartung und den medizinischen Fortschritt verdoppelt sich die Zahl der pflegebedürftigen Menschen bis zum Jahr 2050 etwa – während die Zahl der Menschen, die sich für einen Pflegeberuf entscheiden, stagniert. Um dem drohenden Pflegenotstand entgegenzuwirken, setzen wir auf die Prävention von Pflegebedürftigkeit, auf verbesserte Arbeitsbedingungen, Qualifizierungen und eine starke Interessenvertretung der Pflegeberufe. Fast drei Viertel der Betroffenen werden durch Angehörige versorgt und gepflegt, die dabei oft an die Grenzen ihrer Belastbarkeit stoßen. Hochwertige ambulante und teilstationäre Angebote in Wohnortnähe wollen wir stärken und ausbauen. Dazu zählt besonders der Ausbau von Kurzzeit-, Tages- oder Nachtpflegeplätzen in Niedersachsen. Quartierspfleger*innen, die über bestehende Bedarfe und die geleisteten Hilfen informiert sind, könnten pflegende Angehörige erheblich entlasten und Überforderungssituationen rechtzeitig erkennen. Behandlungskapazitäten in geriatrischen Zentren bauen wir aus.

Begründung

Gerade gegenüber finanzschwachen Kommunen werden von der Kommunalaufsicht Schulbaupläne abgelehnt, weil sie nicht den veralteten und nicht mehr in Kraft befindlichen Schulbaurichtlinien entsprechen. Die Schulen brauchen aber - auch im Hinblick auf Inklusion - andere Schulgebäude mit Gruppen- und Förderräumen.

Ä17 Wir gestalten Niedersachsen - Chancengerecht und Solidarisch

Antragsteller*in: KV Wesermarsch

Beschlussdatum: 22.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.3

Gute Kinderbetreuung im ganzen Land Bildung schafft die Grundlage für mehr Gerechtigkeit. Bildung eröffnet Chancen für den beruflichen Aufstieg, ist eine zentrale Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe, stärkt damit unsere Demokratie und ist elementare Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben. Leitziel von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind daher sozial gerechte Zugangschancen zu Bildung. Gute Krippen und Kindergärten sind entscheidend für die Förderung und Unterstützung von Kindern und Familien. Sie tragen wesentlich dazu bei, dass sich Kinder entfalten können und ihre Interessen und Fähigkeiten entdecken. Zugleich bilden sie eine wichtige Grundlage für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Krippen und Kindergärten zu Lern- und Lebensorten entwickeln, in die Kinder gern gehen – und wo Erzieher*innen gern arbeiten. Dafür brauchen wir nicht nur mehr Betreuungsplätze, sondern auch eine Entlastung für die Erzieher*innen, damit sie genug Zeit haben, allen Kindern gerecht zu werden. Der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem ersten Lebensjahr ist ein wichtiger Schritt, dennoch gibt es weiteren Bedarf am Ausbau von Plätzen, um allen Kindern ein wohnortnahes Angebot machen zu können. Zudem haben aktuell viele Familien nur einen Halbtagskindergartenplatz. Daher setzen wir uns für eine schrittweise Ausweitung des Angebots ein – damit alle, die es wollen und brauchen, eine gute Ganztagsbetreuung bekommen. Hierbei gilt es auch Menschen mit besonderen Bedürfnissen zu berücksichtigen, beispielsweise Alleinerziehende oder im Schichtdienst Arbeitende. Wir werden zudem nicht nur die Zahl der Betreuungsplätze, sondern vor allem die Qualität der Angebote weiterentwickeln. Daher setzen wir uns für klare Standards und ein Qualitätsmanagement für Kindertageseinrichtungen ein. Es müssen zudem ausreichend räumliche Kapazitäten vorhanden sein. Zu einer guten Qualität gehört für uns vor allem ein guter Betreuungsschlüssel. Unser zentrales Ziel ist es daher, das Verhältnis von Pädagog*innen und Kindern kontinuierlich zu verbessern. Um das zu erreichen, brauchen wir in den Kitas endlich einen Stufenplan für eine echte dritte Kraft, die mehr ist als eine stundenweise Ergänzung des Teams. Die Mitarbeitenden brauchen zudem mehr Verfügungszeiten, damit sie den gestiegenen Anforderungen an den Bildungsauftrag, den Kindern und den Eltern gerecht werden können. **Inklusion in Kitas vorantreiben – gute Förderung von Anfang an** Auch Krippen und Kindergärten erfüllen einen wichtigen Beitrag zur Teilhabe und Förderung aller Kinder in ihrer Unterschiedlichkeit. Die Umsetzung der Inklusion muss endlich gesetzlich geregelt werden. Dafür schreiben wir in jeder Gruppe eine heilpädagogische Expertise fest und starten hierfür eine Fortbildungsoffensive. Unser Ziel ist es, flächendeckend Einrichtungen mit barrierefreien Räumlichkeiten im gesamten Land zu erreichen. Ein Beitrag hierfür ist die Festschreibung von Barrierefreiheit und eine behindertengerechte Ausstattung bei Kita-Neuerrichtungen. Auch der Spracherwerb ist in Kindertagesstätten eine wichtige Aufgabe. Er schafft die Grundlage für Teilhabe und Förderung von Anfang an. Dafür müssen Sprachförderungs- und Fortbildungsangebote weiter ausgebaut werden. **Kitas zu Familienzentren weiterentwickeln** Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, Kitas bei der Weiterentwicklung zu Familienzentren zu unterstützen. Familienzentren verbinden die frühkindliche Bildung und Kinderbetreuung mit Familien- und Elternarbeit und schaffen einen niedrigschwelligen Zugang zu Vorsorgeuntersuchungen, frühen Hilfen und Beratungsangeboten. Hierdurch werden Zugangsmöglichkeiten von Familien zu solchen Angeboten erleichtert, weil sie dort stattfinden, wo die Familien sind: in den Kindertagesstätten. Insbesondere im ländlichen Raum wollen wir Kooperationen zwischen Schulen und Familienzentren ermöglichen sowie (Grund-)Schulen die Möglichkeit geben,

ebenfalls Familienzentren zu werden. Wir nutzen Förderprogramme zur Gründung zusätzlicher Familienzentren und sichern bestehende Familienzentren ab. Wir setzen uns für eine Gesetzesänderung ein, die die Gründung und den Betrieb von Familienzentren erleichtert. **Demokratie- und Umweltbildung stärken, Waldkindergärten ausbauen** Demokratische Teilhabe, die Erfahrung von Selbstwirksamkeit und auch kindgerechtes Beschwerdemanagement spielen in Kindertagesstätten zunehmend eine Rolle. Diesen Trend wollen wir unterstützen, denn er ist wichtig, um die Entwicklung von Kindern zu selbstbewussten und solidarischen Menschen zu unterstützen. Wir GRÜNEN fördern Kitakonzepte, bei denen Umweltbildung eine zentrale Rolle spielt. Durch die verdichtete Arbeitszeit und die vielen Überstunden in den Kitas sind es gerade Fortbildungen und die Etablierung solcher Konzepte, die darunter leiden. Daher wollen wir die Fachkräftesituation deutlich verbessern und die Verfügungszeiten erhöhen. Waldkindergärten werden wir künftig besser fördern. Die Gründung und den Betrieb von Waldkindergärten wollen wir erleichtern, indem wir die Genehmigung von Öffnungszeiten an andere Bundesländer anpassen. **Fachkräftemangel begegnen, Erzieher*innen besser bezahlen** Gute Betreuung und Förderung gibt es nur mit qualifizierten und fair bezahlten Fachkräften. Ein wesentlicher Faktor für den Fachkräftemangel in diesem Bereich ist die zu geringe Bezahlung für diese anspruchsvolle und wichtige Arbeit. Wir GRÜNEN setzen uns daher dafür ein, eine armutsfeste Ausbildungsvergütung auf den Weg zu bringen und die berufsbegleitende Ausbildung zu stärken. Zudem wollen wir Wiedereinstiegs- und Umschulungsprogramme auf den Weg bringen, um mehr Menschen einen Neu- oder Quereinstieg in den Erzieher*innenberuf zu ermöglichen. Hierzu gehört auch eine Erleichterung der Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse, um Menschen mit Migrationsgeschichte mit entsprechenden Berufskennnissen den Weg in die Krippen und Kindergärten zu vereinfachen. Wir sehen die Absenkung von Standards zur schnellen Fachkräftegewinnung kritisch und lehnen Pläne und Diskussionen zu „Ausbildungen light“ ab. Auch die Arbeitsbedingungen für Leitungsfunktionen müssen verbessert und zusätzliche Verfügungsstunden und Qualifikationsangebote ermöglicht werden. Noch immer ergreifen vorrangig Frauen soziale Berufe und nur wenige Männer werden beispielsweise Erzieher. Wir wollen durch eine gendersensible Berufsorientierung an Schulen, durch bessere Bezahlung und eine höhere gesellschaftliche Anerkennung diese Berufe attraktiver machen. Vielen Fachkräften fällt es mit zunehmendem Alter schwer, den Beruf weiter auszuüben, weil etwa die Lärmbelastung oder das Wickeln körperlich sehr fordert. Wir werden deshalb das Thema Fachkräfte im Alter angehen und Berufswege für ältere Fachkräfte aufzeigen, um sie im Beruf zu halten. **GRÜNE Politik macht Schule** Gute Bildungschancen in allen Bereichen – von der Kita über Schule, Ausbildung und Studium bis hin zu lebensbegleitenden Angeboten für Erwachsene – dürfen dabei nicht vom finanziellen Rahmen oder der individuellen Herkunft abhängen. Wir brauchen ein qualitativ hochwertiges und durchlässiges Bildungssystem, das alle Menschen mitnimmt und optimal fördert. Unser Ziel ist, dass jede*r Schüler*in einen guten Bildungsabschluss erreicht, der den eigenen Fähigkeiten und Talenten entspricht. Deutschland hat im internationalen Vergleich immer noch eines der ungerechtesten und sozial selektivsten Schulsysteme: Das Elternhaus hat einen maßgeblichen Einfluss auf die individuellen Bildungschancen. Die frühe Sortierung der Schüler*innen durch das gegliederte Schulsystem, das zudem kaum durchlässig ist, steht einer bestmöglichen individuellen Weiterentwicklung der Kinder im Wege. Insbesondere zu Beginn der Corona-Pandemie waren es die Schüler*innen, die besonders große Lasten tragen mussten: durch Schulschließungen und das damit verbundene Aussetzen von Routinen, durch den zwischenzeitlichen Verlust ihres sozialen Umfelds und von Lernangeboten. Wir stellen die Bedürfnisse der Schüler*innen konsequent in den Mittelpunkt unserer Politik. GRÜNE Politik in Niedersachsen setzt auf das Konzept einer neuen Schule, die längeres gemeinsames Lernen ermöglicht und die als attraktive Ganztagschule Freiräume für individuelles Lernen, für soziales Lernen und die persönliche Entwicklung der Kinder und Jugendlichen in einem guten Lernumfeld bietet. Am besten verwirklicht sehen wir dieses bildungspolitische Ziel im Konzept der Integrierten Gesamtschulen, die wir daher ausbauen und stärken werden. Gute Schulpolitik ist dabei auch eine Ressourcenfrage: Unser Ziel ist es, Schulen mit ausreichend gut ausgebildeten Lehrkräften zu versorgen und darüber hinaus von den Gebäuden bis zur digitalen Infrastruktur so auszustatten, dass sie ihrem Bildungsauftrag gerecht werden können. Zudem werden wir mit dem Niedersachsenfonds die Kommunen unterstützen, Schulen zu sanieren und aufzuwerten, um vor Ort ein attraktiveres Lernumfeld zu schaffen. **Längeres gemeinsames Lernen für eine gerechte Schule** Internationale Bildungsstudien kommen alle zum gleichen Ergebnis: Vom gemeinsamen Lernen profitieren

alle – lernstärkere genauso wie lernschwächere Schüler*innen. Und dort, wo die Durchlässigkeit zwischen den Schulformen nicht nur von oben nach unten – wie in unserem klassisch gegliederten Schulsystem – sondern auch von unten nach oben funktioniert, haben Kinder, die zuhause nicht so gut begleitet und gefördert werden können, deutlich bessere Chancen. Schule muss Chancen eröffnen, die eigenen Begabungen zu erkennen und weiterzuentwickeln und auf gezielte individuelle Förderung setzen. Für uns ist das längere gemeinsame Lernen ein zentrales bildungspolitisches Vorhaben, um Schüler*innen alle Bildungsoptionen offenzuhalten und das Von- und Miteinanderlernen zu befördern. Hierzu werden wir insbesondere die Integrierten Gesamtschulen weiter stärken und auch die Gymnasien durchlässiger gestalten. Zudem müssen alle Wege der schulischen Laufbahn möglichst lange offengehalten werden.

Damit der Übergang klappt Gute Übergänge zwischen Kindergarten, Grundschule und weiterführenden Schulen sind eine wichtige Voraussetzung für erfolgreiche Bildungswege. Auch hier profitieren alle von längerem gemeinsamen Lernen. Daher setzen wir uns in Niedersachsen für die modellhafte Erweiterung von Integrierten Gesamtschulen um Primarstufen ein, um gemeinsames Lernen an einer Schule von der ersten bis zur dreizehnten Klasse zu ermöglichen. In diesem Sinne unterstützen wir auch Initiativen, die beispielsweise Oberschulen zu Integrierten Gesamtschulen weiterentwickeln. Zudem setzen wir uns dafür ein, Schulverbünde weiter voranzutreiben, um gemeinsame Oberstufen oder eine gemeinsame Schule von Klasse eins bis dreizehn zu führen. Insbesondere im ländlichen Raum bietet dies auch die Möglichkeit, wohnortnahe Schulen zu halten und zu Familienzentren weiterzuentwickeln.

Ressourcen gerecht verteilen In Niedersachsen sind gerade die Schulen schlecht ausgestattet, die besonders viele Schüler*innen haben, die intensiv begleitet werden müssen. Die Unterrichtsversorgung an Haupt- und Oberschulen, aber auch an Grund- und Gesamtschulen ist nicht ausreichend, um ihrem Auftrag gerecht zu werden. Diesem Trend werden wir entgegenwirken und gerade die Schulen besonders ausstatten, die pädagogisch herausfordernde Arbeit leisten müssen. Über einen Sozialindex wollen wir deshalb genau diese Schulen personell verstärken und damit auch ihre Attraktivität erhöhen. Wir GRÜNEN setzen uns für eine kostenlose Bildung von Anfang an ein. Daher streben wir an, in Niedersachsen die Lernmittelfreiheit einzuführen – insbesondere im Bereich der digitalen Medien.

Lernen im eigenen Takt Bildungsforschung hat hinreichend belegt, dass unterschiedliche Kinder verschiedene Lernwege benötigen, um zum Ziel zu kommen. Lerndiagnostik, Lernberatung und Lernbegleitung müssen die zentralen Aufgaben für gut ausgebildete Lehrer*innen sein. Damit Schüler*innen Raum für ein selbstbestimmtes Lernen gegeben werden kann, steht für uns das Lernen im eigenen Takt im Mittelpunkt, d. h. im eigenen Tempo und mit individualisierten Wegen bei der Weiterentwicklung von Schule. Wir GRÜNEN möchten jahrgangsübergreifendes Lernen in allen Jahrgängen ermöglichen – auch an den weiterführenden Schulen. Um dafür mehr Raum zu geben und Schulstress entgegenzuwirken, war die noch unter GRÜNER Regierungsbeteiligung erreichte Abschaffung des sogenannten Turboabiturs ein wichtiger Schritt. Darauf aufbauend setzen wir GRÜNEN uns dafür ein, dass der Weg zum Abitur noch individueller gestaltet werden kann. Wir möchten es Schulen ermöglichen, ein Abitur im eigenen Takt anzubieten, indem Schüler*innen ihren Stundenplan selbst gestalten und organisieren können und somit noch besser auf das Leben nach der Schule vorbereitet werden. Das setzt ein grundsätzlich anderes Verständnis des Lehrer*innenberufs voraus und wird eine wesentliche Veränderung der Lehrer*innenausbildung mit sich bringen. Sitzenbleiben und erzwungene Schulwechsel (Abschulung) sind individuelle Erfahrungen des Misserfolgs, die sich in aller Regel negativ auf den weiteren Bildungsweg auswirken. Wie es in den meisten anderen europäischen Ländern der Fall ist, wollen auch wir darauf verzichten. Hier gilt es, die Gymnasien stärker in die Verantwortung zu nehmen, aufgenommene Schüler*innen bis zum Sek I-Abschluss zu begleiten und zum Erfolg zu führen, um die derzeit übliche Abschulungswelle nach Klasse sechs zu brechen. Solange Abschulungen durchgeführt werden, ist es entscheidend, strukturell die Schulen zu stärken, die abgeschulte Kinder aufnehmen. Gerade die Integrierten Gesamtschulen arbeiten jedes Jahr aufs Neue mit Kindern, die Scheitern und einen Bruch der eigenen Bildungsbiographie verarbeiten müssen. Diese kommen dann in überfüllte Klassen, deren Lehrkräfte kaum Kapazitäten haben, das aufzufangen. Integrierte Gesamtschulen wirken bereits unabhängig von diesem Effekt als Lernort einer sehr heterogenen Schüler*innenschaft mit sehr unterschiedlichen Lernständen und Fähigkeiten. Daher sollte diese Schulform generell mit kleineren Klassen beginnen – in dem Wissen, dass sie im Laufe der Schulzeit noch Kinder aufnehmen werden und auch diesen gerecht werden müssen. Bei der Gründung von Gesamtschulen muss dieser Effekt planerisch

künftig stärker berücksichtigt werden. **Schulen in ihrem Engagement unterstützen – pädagogische Freiräume schaffen** Eine gute Schule mit dem Schwerpunkt der individuellen Förderung lebt von pädagogischen Freiräumen durch Projekte, fächerübergreifendes Lernen, selbstbestimmte Lernzeiten und von Angeboten für soziales Lernen. Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, diese Freiräume weiter auszubauen. Viele Schulen haben sich bereits auf den Weg gemacht, sich durch erhebliches eigenes Engagement so zu verändern, dass sie diesen Ansprüchen gerecht werden. Dieses Engagement wollen wir unterstützen und die schulbürokratischen Regelungen so verändern, dass sie dieses Engagement unterstützen und nicht behindern. Über die Einführung von Modellschulen werden wir zudem die Eigenverantwortlichkeit von Schulen ausbauen und ihnen in den Bereichen Personal, Lern- und Lehrinhalte sowie jahrgangs- und fächerübergreifendes Arbeiten mehr Gestaltungsspielräume geben. Auch bei der bisherigen Praxis der Noten und Schullaufbahnpfehlungen benötigen Schulen mehr Möglichkeiten in der Bewertung, um die individuelle Förderung auch durch aussagekräftige Rückmeldung zu unterstützen. Perspektivisch wollen wir Schulen ermöglichen, bis Jahrgangsstufe 7 auf Noten verzichten zu können. **Inklusive Schulen weiterentwickeln** Teilhabe ist für uns GRÜNE zentraler Wert. Sie sichert grundlegende Rechte und macht alle Menschen zu einem Teil unserer Gesellschaft. Die UN-Behindertenrechtskonvention ist für uns die Leitlinie einer inklusiven Politik. Wir treiben Inklusion in allen Bereichen voran und beenden die fortdauernde Ausgrenzung von Menschen mit Behinderung. Den laufend aktualisierten Aktionsplan des Landes entwickeln wir weiter und bauen die Teilhabeberichterstattung aus. Das entstehende Landeskompentenzentrum Barrierefreiheit soll auch für zivilgesellschaftliche Organisationen und Unternehmen ansprechbar sein. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für die Teilhabe aller Schüler*innen ein – egal, ob diese Beeinträchtigungen haben, eine Migrationsgeschichte vorweisen, aus weniger bildungsstarken Elternhäusern kommen oder hochbegabt sind. Schulen müssen heutzutage mit vielfältigen Herausforderungen umgehen. Dies kann nur in inklusiven Schulen gelingen. Die inklusive Schule sucht nach neuen Wegen und Lösungen, um den Ansprüchen der Kinder gerecht zu werden und Teilhabebarrrieren abzubauen. Sie ist damit konsequenter Bestandteil individualisierter Pädagogik, die die individuellen Voraussetzungen jedes Kindes und die unterschiedlichen Bedürfnisse im Unterricht in den Blick nimmt. Die Weiterentwicklung der Inklusion ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und bezieht alle Schulformen ein. Wir wollen alle Schulen, die bereits inklusiv arbeiten, gezielt unterstützen, damit sie ihre Aufgaben besser erfüllen können. Dazu gehört vor allem die personelle, aber auch die Sachausstattung, ebenso wie die Schaffung von klaren rechtlichen Vorgaben sowie eindeutige Aufgabenzuordnungen der an Regelschulen eingesetzten sonderpädagogischen Fachkräfte, die inklusives Arbeiten ermöglichen. Die Tatsache, dass Jugendliche an Realschulen noch immer keinen Hauptschulabschluss nach der zehnten Klasse machen können, benachteiligt viele Schüler*innen, die keine Förderschule mehr besuchen. Diese und weitere Hemmnisse wollen wir GRÜNEN zugunsten des inklusiven Arbeitens abbauen. Wir werden zur strukturellen Stärkung aller inklusiv arbeitenden Schulen die sonderpädagogische Grundversorgung an weiterführenden Schulen einführen. Sonderpädagog*innen sollen an den allgemeinbildenden Schulen zu einem festen Bestandteil werden. Auch andere Berufsgruppen werden an inklusiven Schulen gebraucht: wie etwa Logopäd*innen oder Ergotherapeut*innen, Erzieher*innen und Schulsozialarbeiter*innen, aber auch Handwerker*innen und Krankenpflegekräfte. Deshalb wollen wir die Multiprofessionalität an Schulen ausbauen und auch für unterschiedliche Fachkräfte beispielsweise aus dem therapeutischen Bereich ausweiten. Darüber hinaus sind berufsbegleitende Qualifizierungen, ein Ausbau systemischer Unterstützung und soziale Arbeit in jeder Schule der Weg, Schulen personell gut aufzustellen und strukturell zu stärken. Noch immer werden therapeutische Fachkräfte an Schulen schlechter bezahlt und neue therapeutische Fachkräfte können nur erschwert eingestellt werden. Fachkräfte werden durch fehlende Stundenaufstockungen zudem in sogenannter Zwangsteilzeit beschäftigt. Das wollen wir beenden. Da die Weiterentwicklung der Schulen zu inklusiven Schulen ein langer Prozess ist, der nicht überall gleichermaßen reibungslos gelingt, gibt es immer wieder Problemanzeigen, Überforderung und Kinder, die derzeit unter die Räder geraten. Um dem entgegenzuwirken, wollen wir die Regionalzentren für schulische Inklusion stärken und an allgemeinbildenden Schulen verankern sowie in ein regionales, niedrigschwelliges Beratungs- und Unterstützungssystem überführen. Bis diese Struktur funktioniert und aufgebaut ist, setzen wir uns übergangsweise für Ombudsstellen ein, die den Auftrag erhalten, die Kinder zu unterstützen und für die Familien funktionierende Lösungen zu finden, die derzeit an Schulen unter die

Räder geraten, weil ihren Bedarfen nicht Rechnung getragen wird. **Diversität fördern** Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, dass sich unsere Schulen in ihren Angeboten noch stärker als bisher auf eine vielfältige Gesellschaft einstellen. Dazu zählt das Abbilden der gesellschaftlichen Lebensrealitäten in den einzelnen Schulfächern ebenso wie das Fördern der Mehrsprachigkeit. Es ist an der Zeit, dieser Tatsache auch im Unterrichtsangebot Rechnung zu tragen. Dazu wollen wir die Kompetenzen in den Erstsprachen fördern und anerkennen, Mehrsprachigkeit für alle Kinder auch im Unterricht mitdenken und die Vielfalt unter den Lehrkräften vorantreiben. Eine Erhebung kann helfen, um einen Überblick über den Sprachenreichtum an unseren Schulen zu kennen und damit zu arbeiten. Zur Förderung der Mehrsprachigkeit wollen wir GRÜNEN vermehrt schulübergreifende Angebote auf den Weg bringen, um mehr Kinder zu erreichen. Um mehr Fachkräfte für Angebote des Herkunftssprachlichen Unterrichts zu gewinnen, wollen wir im Ausland erworbene Abschlüsse schneller anerkennen und ein Studienangebot für Herkunftssprachlichen Unterricht etablieren. Auch die Angebote zur Sprachförderung müssen weiterentwickelt und ausgeweitet werden. Wir setzen uns dafür ein, dass Antidiskriminierung an Schule gelebt wird und Vielfalt im Miteinander selbstverständlich im Unterricht und in Unterrichtsmaterialien eine Rolle spielt. Hierzu zählt auch, dass Geschlechterstereotype überwunden werden. Das spielt vor allem im Bereich der Berufsorientierung eine zentrale Rolle. Auch heute noch werden bestimmte Berufe vorrangig von Männern oder Frauen gewählt. Dieses Muster wollen wir durchbrechen. Wir wollen, dass Schulen ihre Vielfalt leben und das Miteinander gestalten. Viele Schulen machen sich bereits Gedanken, wie sie Vielfalt aktiv gestalten und ein respektvolles Miteinander an ihrer Schule unterstützen können. Diese Entwicklung wollen wir befördern. Zur Umsetzung der dritten Option an Schulen und zur Stärkung der Sichtbarkeit von unterschiedlicher sexueller und geschlechtlicher Identität werden wir SCHLAU Niedersachsen weiter fördern und uns für Ansprechpersonen für LSBTIQ einsetzen, um die Schulen zu unterstützen. **Ganztagschulen ausbauen** Die Ganztagschule ist zentraler Bestandteil eines gerechten und guten Schulsystems, damit alle Schüler*innen bestmöglich gefördert werden und an vielfältigen Angeboten partizipieren können. Wir möchten keinen „Ganztage light“, der als Verwahrstation für Schüler*innen am Nachmittag fungiert. Unser Ziel ist stattdessen ein gebundenes, qualitativ hochwertiges Ganztagschulkonzept, bei dem durch einen rhythmisierenden Tagesablauf Lerneinheiten mit Bewegungszeit, kreativen Phasen und Angeboten mit außerschulischen Akteur*innen sinnvoll aufeinander abgestimmt werden. Wir setzen uns daher dafür ein, alle Schulen zu Ganztagschulen an vier Tagen die Woche von acht bis fünfzehn Uhr mit einem pädagogischen Betreuungsangebot auszubauen. **Guter Ganztage durch mehr Qualität, bessere Ernährung, Bewegung und Vernetzung mit Vereinen** Wir wollen die Qualität der Ganztagschulen weiter erhöhen. Dazu gehören qualifiziertes und engagiertes Lehrpersonal, eine gute Architektur und Ausstattung mit Infrastruktur und Lehrmaterial sowie verlässliche und kontinuierliche Unterrichtsangebote und eine gute Vernetzung innerhalb ihres räumlichen Umfeldes. Hierbei sind dauerhafte Kooperationspartner und eine Zusammenarbeit mit der Jugendhilfe auf Augenhöhe unabdingbar. Diese Kooperationspartner, wie Musikschulen, Künstler*innen, Jugendverbände und Sportvereine, brauchen dafür ebenso wie die Schulleitungen klare und verlässliche Rahmenbedingungen, die ihnen eine langfristige Planung und Kooperation ermöglichen. Insbesondere ausreichend Bewegungsangebote sind wichtig, wenn Kinder den ganzen Tag in der Schule sind. Wir setzen uns deshalb für tägliche Bewegungszeiten in der Schule ein. Gleichzeitig benötigen Ganztagschulen Rückzugsräume und die Möglichkeit für Ruhephasen, da nicht jedes Kind gleichermaßen kontaktfreudig und ausdauernd ist. Die vielen Horte, die derzeit ergänzende und attraktive Angebote machen, sollten im Prozess des Ganztagschulbaus mitgedacht und integriert werden. Die Weiterentwicklung von Schulen zu Familienzentren ermöglicht es, Beratungs- und Unterstützungsangebote dort zu machen, wo die Familien sind: in der Schule (s. Familienzentren). Durch den Ausbau der Ganztagschulen hat auch die gesunde Ernährung der Kinder und Jugendlichen in den Schulen eine größere Bedeutung bekommen. Deshalb werden wir ein Landesprogramm für gutes Schulessen auf den Weg bringen, um Kommunen finanziell dabei zu unterstützen, dass jedes Kind – insbesondere auch diejenigen aus einkommensschwachen Haushalten – an jeder Schule eine warme Mahlzeit aus gesunden, regionalen, saisonalen Komponenten mit möglichst hohem Bioanteil erhalten kann. Eine Kooperation zwischen Berufsbildenden Schulen in den Bereichen Kochen und Hauswirtschaft sowie mit Werkstätten, die in dem Bereich ausbilden, wollen wir vorantreiben. Damit schaffen wir Ausbildungsplätze und Synergien schaffen. **Schulen sollen die schönsten Orte sein – Digitalisierung**

vorantreiben Wie bei vielen anderen öffentlichen Gebäuden auch wurde in den letzten Jahrzehnten bei der Sanierung und Modernisierung der Schulen gespart. Die Konsequenz sind teilweise marode Gebäude, die nicht barrierefrei sind, die Schultoiletten haben, die niemand betreten möchte und die den Ansprüchen an gutes Lernen und Lehren nicht gerecht werden. Die Kommunen haben begonnen, diesen Trend umzukehren, haben aber allein nicht die finanzielle Kraft, die Erfüllung der riesigen Bedarfe kurzfristig zu stemmen. Mit dem Niedersachsenfonds wollen wir auch in die energetische Sanierung und Modernisierung der Schulen investieren und hier die Kommunen unterstützen. Ziel muss es sein, die Bedarfe der Schule einmal grundsätzlich anzugehen, anstatt teure Flickschusterei zu betreiben. In dem Zusammenhang setzen wir uns dafür ein, dass Bund, Land und Kommunen hier gemeinsam vorangehen und als Lehre aus der Pandemie auch die Belüftungssituation sowie Hygieneanforderungen mitdenken. Die Digitalisierung an Schulen läuft ebenso schleppend voran und die Schulen werden bei der Etablierung von digitalen Angeboten nicht ausreichend unterstützt und begleitet. Wir wollen dazu beitragen, dass die Mittel des Digitalpakts schneller an den Schulen ankommen. Digitalisierung ist hierbei kein Selbstzweck, sondern ein Werkzeug, das Unterricht in Teilen leichter, abwechslungsreicher und attraktiver machen kann. Dies gilt es pädagogisch einzubetten und zielgenau anzuwenden. Anders als andere Bundesländer hat Niedersachsen weder ein Institut noch Digitalprofessuren, um die Digitalisierung an Schulen zu begleiten und in Aus-, Fort- und Weiterbildung stärker zu berücksichtigen. Das gilt es zu ändern. Auch die Problematik der IT-Administration muss dringend gelöst werden, indem hier mit den Kommunen eine Lösung entwickelt wird und beispielsweise eine Ausbildung IT-Administration in der Schule eingeführt wird, um auch Fachkräfte zu gewinnen. **Nachhaltige Entwicklung als Bildungsziel** Die nachhaltige Entwicklung unserer Gesellschaft ist eine der Zukunftsaufgaben des 21. Jahrhunderts. Der Bildung für nachhaltige Entwicklung und dem globalen Lernen kommt hierbei eine Schlüsselrolle zu. Wir GRÜNEN möchten diese deshalb in Niedersachsen weiter stärken. Bildung für nachhaltige Entwicklung und globales Lernen sind Querschnittsthemen schulischer Bildung, in denen die Herausforderungen der Zukunft thematisiert und Lösungsmöglichkeiten entwickelt werden. Daher setzen wir uns dafür ein, Bildung für nachhaltige Entwicklung und globales Lernen in Kitas sowie in Schulen in den Lehrplänen fest zu verankern und dabei fächerübergreifende und handlungsorientierte Konzepte zu fördern. Außerschulische Lernorte und Projekte sind hierbei ein wichtiger Bestandteil, um vielfältige Angebote zu machen. Deshalb wollen wir diese stärken und auch Eine-Welt-Promotor*innen weiter unterstützen (vgl. Niedersachsen in Europa und der Welt). **Lehrer*innen unterstützen und Schulqualität sichern** Die Zeit der Corona-Pandemie hat eindrucksvoll aufgezeigt, welchen Beitrag Lehrer*innen für unsere Gesellschaft leisten. Tagtäglich engagieren sie sich mit den Schüler*innen und für die Schüler*innen. Sie entwickeln Schulen aktiv weiter und machen sie besser. Die Anforderungen an die Lehrer*innen haben sich in den letzten Jahrzehnten gewandelt und deutlich erhöht. Viele Reformen der Schulpolitik haben zu einer erheblichen Mehrbelastung der Lehrer*innen geführt. Eine Schule, die unseren Vorstellungen von gutem Lernen entspricht, erfordert mehr und bestausgebildete Lehrer*innen. Diesen Anforderungen wollen wir GRÜNEN gerecht werden und sowohl die Ausbildung als auch die Rahmenbedingungen im Beruf verbessern. Es ist unser Anspruch, dass das Land Niedersachsen, auch im Vergleich zu den anderen Bundesländern, ein attraktiver Arbeitgeber ist und gute, verlässliche Arbeitsbedingungen bietet. Bisher gab es keine ernsthafte Auseinandersetzung mit den Vorschlägen der Arbeitszeitkommission. Das wollen wir ändern und Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen auf den Weg bringen, wie etwa eine Anpassung der Altersermäßigung. Noch immer werden Lehrer*innen an Grund- und Hauptschulen schlechter bezahlt und schlechtergestellt als an anderen Schulformen. Wir möchten erreichen, dass auch Grund-, Haupt-, Real- und Oberschullehrer*innen in der Regel nach A13 bezahlt werden. Spätestens mit der Neustrukturierung der Masterstudiengänge für die Lehrämter an Grundschulen sowie an Haupt- und Realschulen (GHR300) ist diese Bezahlung zudem rechtlich geboten. Auch muss die Unterrichtsverpflichtung vereinheitlicht werden. Darüber hinaus brauchen auch diese Schulformen Funktionsstellen – eine stellvertretende Schulleitung von Grundschulen beispielsweise ist überfällig. Schulleitungen haben an Schulen eine zentrale Funktion und brauchen deswegen ein eigenes Berufsbild. Wir setzen uns daher dafür ein, dass Schulleitungen noch besser auf die Übernahme von Leitungsaufgaben vorbereitet werden. Es sollen zielgerichtete Weiterbildungsangebote für Nachwuchsführungskräfte zur Verfügung stehen. Hierzu zählen auch Möglichkeiten zu Begleitung, Supervision und Coaching. Wir GRÜNEN setzen uns für den Aufbau einer niedrigschwelligen, regionalen

Beratungs- und Unterstützungsstruktur in ganz Niedersachsen ein, damit die zahlreichen Hilfsangebote auch tatsächlich bei den Lehrer*innen ankommen. Wir treiben die Schulevaluation und Qualitätsentwicklung der Schulen voran und bauen sie aus – eigenverantwortliche und starke Schulen funktionieren am besten, wenn diese Elemente ineinandergreifen. Gleichzeitig entlasten wir die Schulen von Verwaltungsaufgaben und Dokumentationspflichten durch zusätzliches Personal – insbesondere an kleinen Grundschulen. Über eine Aufstockung von Schulverwaltungskräften und mehr schulische Sozialarbeit sowie mit dem gezielten Einsatz von pädagogischen Mitarbeiter*innen kann Schule den Anforderungen besser gerecht werden. **Den Fachkräftemangel gezielt angehen** Unser Ziel ist es, für alle Schulen ausreichend Lehrkräfte zu gewinnen und damit die Unterrichtsversorgung nachhaltig zu verbessern. Vor dem Hintergrund eines erheblichen Fachkräftemangels werden viele Maßnahmen zur Besserstellung und Entlastung von Lehrkräften ebenso wie die Umsetzung schulpolitisch überfälliger Reform- und Qualitätsverbesserungsvorhaben nicht kurzfristig gelingen, sondern müssen in Stufenplänen erfolgen. Umso wichtiger ist es, den Fachkräftemangel nicht schönzurechnen, sondern aktiv anzugehen. Hierzu führen wir eine ehrliche Lehrkräftebedarfsanalyse durch, die auch geplante und absehbare Reformvorhaben mitberücksichtigt. Die verstärkte Ausbildung von Lehrkräften und Sonderpädagog*innen muss vorangetrieben werden. Darüber hinaus setzen wir uns für eine bessere Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen ein. Da das Nachsteuern viele Jahre in Anspruch nehmen wird, wollen wir in der Übergangszeit verstärkt den Ausbau multiprofessioneller Teams vorantreiben. Wenn in der Prognose derzeit jede fünfte Lehrkraft Quereinsteiger*in sein wird, dann macht das deutlich, dass die Situation des Lehrkräfteangebotes einem großen Wandel ausgesetzt ist. Schule wird sich dadurch verändern – das muss aktiv gestaltet werden. Wir setzen uns dafür ein, den Quereinstieg besser vorzubereiten und durch eine echte Ausbildungs- und Vorbereitungsphase zu gestalten. Gleichzeitig sollen Schulen den Freiraum bekommen, anderes Personal hinzuzuziehen, solange nicht ausreichend Lehrkräfte zur Einstellung verfügbar sind. Dadurch gewährleisten wir, dass Schulen eigenverantwortlich planen können. Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, die Ausbildung von Lehrer*innen zu reformieren, um sie besser auf die veränderten und wachsenden Herausforderungen des Berufs vorzubereiten. Dafür ist es erforderlich, Lehrer*innen nicht länger nach Schulformen getrennt auszubilden, sondern orientiert an Jahrgangsstufen. Hierzu gehört auch, das Studium der Sonderpädagogik in dieses Stufenmodell stärker einzubeziehen. Darüber hinaus werden wir eine Qualifizierungsoffensive für guten Unterricht auf den Weg bringen, um Lehrer*innen auf die Herausforderungen einer individualisierten und inklusiven Pädagogik gut vorzubereiten. Die Lehrer*innenbildung muss in beiden Ausbildungsphasen noch stärker an den Bedürfnissen der integrativ arbeitenden Schulen ausgerichtet werden. Hierfür schaffen wir die Rahmenbedingungen. Wir setzen uns dafür ein, dass der fächerübergreifende und projektorientierte Ansatz dieser Schulen in die Ausbildung einfließt. Sonderpädagog*innen haben in den vergangenen Jahren einen Großteil der Reformen hin zur Inklusion getragen. Ihr Berufsbild hat sich dabei nachhaltig geändert. Wir wollen die Anerkennung ihrer Fachkompetenz als Spezialist*innen der Inklusion an den Schulen stärken, ihre Rolle klarer definieren und ihre beruflichen Entwicklungsperspektiven ausbauen. **Schule als demokratisches System** Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, dass an Niedersachsens Schulen die Beteiligung der Schüler*innen und Eltern, aber auch weiterer Statusgruppen, verbessert wird. Demokratie lernen heißt auch Demokratie leben. Hier setzen wir uns dafür ein, eine demokratische Kultur an Schulen zu etablieren. Ob es nun die Einrichtung von Schulplenen, das Initiativrecht im Schulvorstand, die Mitgestaltung der Unterrichtseinheiten oder andere Formen der Beteiligung der Statusgruppen an Schulen sind – wir GRÜNEN ermöglichen mehr Beteiligung an Schulen und fördern diese durch flächendeckende Qualifizierungsangebote auch für Schüler*innen und Eltern. Darüber hinaus sorgen wir dafür, dass Schüler*innen auch bei allen schulpolitischen Entscheidungen auf den Ebenen der Schulträger, der Schulbehörden und der Landespolitik einbezogen werden. **Gute Ausbildung: Den Fachkräftemangel überwinden** Die duale Ausbildung mit den beiden Lernorten Betrieb und Berufsschule ist ein erfolgreicher Weg, um jungen Menschen berufliche Qualifizierung zu ermöglichen und dem Fachkräftebedarf zu begegnen. Aktuell steht dieses Modell jedoch von zwei Seiten zunehmend unter Druck: Aufgrund des demografischen Wandels nimmt die Zahl der Schulabgänger*innen ab und gleichzeitig sinkt der Anteil derjenigen, die sich für eine duale Ausbildung entscheiden. Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, den gesellschaftlichen Stellenwert der dualen Berufsausbildung zu verbessern. Gemeinsam mit den Industrie- und Handelskammern sowie dem

Handwerk bringen wir eine neue Initiative zur Fachkräftegewinnung auf den Weg. Unser Ziel ist es, Betriebe und Berufsbildende Schulen dabei zu unterstützen, wirksame Konzepte zu entwickeln, damit der Fachkräftenachwuchs gesichert wird. Damit ausreichend Auszubildende gefunden werden können, bedarf es einer Aufwertung der dualen Ausbildung. Hierzu gehört beispielsweise eine gute Entlohnung für Auszubildende und eine bessere Unterstützungsinfrastruktur. Daher setzen wir uns dafür ein, dass auch Auszubildende zukünftig mit einem landesweiten 365-Euro-Ticket für Busse und Bahnen mobil sind (vgl. Mobil in Niedersachsen). An den Berufsschulstandorten soll es für Auszubildende, die von weiter weg anreisen, Modelle für bessere Unterbringungsmöglichkeiten, etwa Azubiwohnheime, geben. Wir weiten die kostenfreie Schüler*innenbeförderung auf die Schüler*innen der Sekundarstufe II der Allgemeinbildenden Schulen und der Berufsbildenden Schulen aus. Für uns GRÜNE ist zudem nicht einsehbar, warum das Masterstudium gebührenfrei ist, die Meisterausbildung im Handwerk aber bis zu 10.000 Euro kostet. Daher setzen wir uns für eine gebührenfreie Meisterausbildung ein. Darüber hinaus muss die Durchlässigkeit zwischen Studium und betrieblicher Ausbildung verbessert werden. So gilt es, eine bessere Verzahnung mit dualen Studienmöglichkeiten zu gestalten, damit Auszubildende neben dem Ausbildungsabschluss auch einen Studienabschluss erreichen können (vgl. Wissenschaft macht Zukunft). Hierbei setzen wir uns für flexible Modelle ein, um beispielsweise Ausbildung und Studium gut aufeinander abstimmen und beispielsweise mit Teilzeitmodellen zeitlich strecken zu können. Die Qualität der Ausbildung in Betrieb und Berufsschule wollen wir durch eine unabhängige und öffentlich finanzierte Stelle sichern, die betriebliche und schulische Ausbildungsqualität evaluiert und bei Mängeln Maßnahmen empfiehlt. Gemeinsam mit den Sozialpartnern sollen dazu Bewertungssysteme für die Qualität einer Ausbildung entwickelt werden. Nach wie vor ist der Anteil eines Jahrgangs, der ohne qualifizierten Berufsabschluss auf den Arbeitsmarkt kommt, zu hoch – die Pandemie hat diese Situation noch weiter verschärft. Zudem verlassen zu viele junge Menschen das allgemeinbildende Schulsystem ohne Abschluss. Hier wollen wir zum einen im Schulbereich gegensteuern und zugleich die Berufsberatung ausbauen. Zum anderen streben wir eine bessere Verzahnung der schulischen Bildung mit der dualen Ausbildung sowie Qualifizierungen an, um alle Ausbildungsinteressierten auch in die Lage zu versetzen, diese erfolgreich zu beginnen. Während auf der einen Seite betriebliche Ausbildungsplätze unbesetzt bleiben, gehen auf der anderen Seite viele junge Menschen bei der Suche nach einer Ausbildungsstelle leer aus. Das trifft vor allem Jugendliche mit niedrigem formalen Bildungsgrad und Migrationsgeschichte. Wir begrüßen daher die Pläne der Ampelkoalition im Bund für eine Ausbildungsgarantie, damit endlich alle jungen Menschen die Chancen auf einen vollqualifizierenden Ausbildungsplatz erhalten. Wir wollen zudem dafür sorgen, dass es sich für Unternehmen mehr lohnt auszubilden. Das in der Baubranche bereits erfolgreich praktizierte Modell der Ausbildungsplatzumlage wollen wir auf ganz Niedersachsen ausdehnen: Unternehmen, die nicht ausbilden, zahlen in einen Fonds ein; Unternehmen, die ausbilden, erhalten pro Ausbildungsplatz eine Prämie aus diesem Fonds. Mehr denn je wird es auch zukünftig darauf ankommen, gezielt und effektiv Menschen mit Migrationsgeschichte den Zugang zur dualen Ausbildung zu ermöglichen. Daher wollen wir SPRINT, das Sprach- und Integrationsprojekt der Landesregierung für jugendliche Flüchtlinge, in den Regelschulbetrieb der Berufsschulen überführen. Um junge Menschen mit schwierigen Ausgangsbedingungen nicht weiter zu benachteiligen, schaffen wir die Kostenheranziehung für Auszubildende, die in Pflegefamilien oder Kinder- und Jugendheimen untergebracht sind oder waren, ab. Die berufliche Bildung – von der Erstausbildung bis zur beruflichen Fort- und Weiterbildung – muss sich auf den schnellen Wandel der Arbeitswelt einstellen. Aufgaben und Anforderungen ändern sich grundsätzlich. Kompetenzen wie Prozessmanagement und IT-Kenntnisse gewinnen an Bedeutung. Die Auszubildenden benötigen hier zusätzliches Wissen, ohne dass bisherige Inhalte durch die Digitalisierung überflüssig werden. Gerade kleine und mittelständische Unternehmen, die in Niedersachsen mehr als drei Viertel aller Ausbildungsplätze anbieten, wollen wir dabei unterstützen, diese zusätzlichen Kompetenzen zu vermitteln. In Regierungsverantwortung haben wir GRÜNEN daher sogenannte Smart Factories als Lernwerkstätten an Berufsbildenden Schulen eingerichtet, die an den realen Produktionsbedingungen moderner, digital arbeitender Betriebe ausgerichtet sind. Daran wollen wir anknüpfen und das Modell der Smart Factories landesweit umsetzen. **Berufsbildende Schulen** Wir GRÜNEN setzen uns für die Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung ein. Die berufliche Bildung steht in einem Flächenland wie Niedersachsen vor der Herausforderung, wohnortnah qualitativ hochwertige Angebote zu erhalten. Vor allem in den Berufsbildenden Schulen ist die

Unterrichtsversorgung nach wie vor unzureichend und droht, sich weiter zu verschlechtern. Um dem Lehrer*innenmangel zu begegnen, starten wir eine Fachkräfteinitiative, um den Lehrberuf an berufsbildenden Schulen für Quereinsteiger*innen aus Handwerk und Industrie attraktiver zu machen. Insbesondere die Arbeitsbedingungen von Fachpraxislehrer*innen wollen wir verbessern. Wir wollen erreichen, dass die Fachpraxislehrer*innen in den Berufsschulen mit der Eingangsbesoldung A10 beginnen und die Aufstiegschancen besser werden. Gerade Fachpraxislehrer*innen leisten in den Berufsschulen in der Verzahnung von Theorie und Praxis hochqualifizierte pädagogische Arbeit. Zusätzlich wollen wir die Studienplatzkapazitäten für das Lehramt an Berufsbildenden Schulen ausweiten, um perspektivisch wieder mehr grundständig ausgebildete Berufsschullehrer*innen zu haben. Wir befördern die niedersächsischen Berufsschulen mit einer Modernisierungs- und Digitalisierungsoffensive endlich ins 21. Jahrhundert. Diese Kraftanstrengung wollen wir gemeinsam mit den Kammern und den Sozialpartnern zügig und konsequent angehen. Die Ressourcen, die Berufsschulen bieten, wollen wir breiter als bisher nutzen: Dazu wollen wir Berufsschulen zu Kompetenzzentren beruflicher Bildung weiterentwickeln, um die Kapazitäten der Berufsschulen unterschiedlichen Gruppen für Weiterbildungen und Umschulungen anzubieten. Da sich die Halbwertszeiten der im Rahmen der Berufsausbildung erworbenen Fähigkeiten und Fertigkeiten deutlich verkürzen und sich die Anforderungen im Zuge der Digitalisierung in manchen Berufen erheblich ändern, müssen wir den Arbeitnehmer*innen gezielte Angebote machen, um sich rechtzeitig den verändernden Anforderungen anpassen zu können. Damit die Berufsbildenden Schulen diesen neuen Anforderungen gerecht werden können, statten wir sie deutlich besser aus. Gemeinsam mit den Berufsbildenden Schulen wollen wir die Eigenständigkeit der regionalen Kompetenzzentren stärken. Um Berufsschüler*innen die Grundlagen betrieblicher Mitbestimmung und gewerkschaftlicher Arbeit näherzubringen, setzen wir uns dafür ein, dass Gewerkschaften in den Berufsschulen über ihre Arbeit informieren können. Gerade die Berufsschulen leisten im Bereich der Inklusion seit Jahrzehnten eine wichtige Arbeit und haben in Teilen eine Vorreiterrolle eingenommen. Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, die Inklusion in der beruflichen Bildung auch im Schulgesetz zu verankern, um rechtliche Verbindlichkeit und gute Rahmenbedingungen zu definieren. Wir wollen die personellen und finanziellen Rahmenbedingungen für einen Ausbau des gemeinsamen Unterrichts an allen berufsbildenden Schulformen schaffen. Dafür ist eine entsprechende Fortbildungsinitiative für Lehrer*innen und die Weiterentwicklung der sonderpädagogischen Unterstützung notwendig. Die von der amtierenden Landesregierung vorgenommene Streichung des Studiengangs Sonderpädagogik an Berufsbildenden Schulen in Hannover war ein schwerer Fehler, den wir korrigieren werden. Schulen und Schulträger müssen bei der Einrichtung von inklusiven Lerngruppen beraten und unterstützt werden. **Wissenschaft gestaltet Zukunft** Wissen ist in unserem Land die entscheidende Ressource, um aktuelle und zukünftige Herausforderungen erfolgreich anzugehen. Wissenschaft schafft Innovationen, bietet Lösungsmöglichkeiten und zeigt neue Wege auf. Sie ist der zentrale Schlüssel für das Gelingen des ökologisch-sozialen Umbaus und leistet damit einen wichtigen Beitrag zu nachhaltiger wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit und gesellschaftlichem Wohlstand. Unser Ziel ist es, Rahmenbedingungen zu schaffen, die den Hochschulen und Forschungseinrichtungen die nötigen Spielräume und die finanziellen Grundlagen bieten, um ihre Potenziale zu entfalten. **Verlässliche Hochschulfinanzierung** Um ihren Forschungs- und Bildungsauftrag erfüllen zu können, benötigen die Hochschulen in staatlicher Verantwortung eine verlässliche finanzielle Ausstattung. SPD und CDU haben in den vergangenen Jahren mit ihrer Kürzungspolitik den Grundgedanken des Hochschul-entwicklungsvertrages unterlaufen, den Hochschulen Handlungsspielraum genommen und viel Vertrauen verspielt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine bedarfsgerechte Grundfinanzierung ein, die den Hochschulen Planungssicherheit gibt, wachsenden Anforderungen Rechnung trägt und Raum für die zukünftige Entwicklung gibt. Hierzu gehört auch eine verlässliche landesseitige Kofinanzierung von Bundes- und EU-Mitteln, damit niedersächsische Hochschulen an diesen bestmöglich partizipieren können. **Gebührenfreies Studium und gute Studienbedingungen** Studiengebühren sind eine soziale Zugangshürde und verhindern Chancengerechtigkeit. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für ein gebührenfreies Studium, damit der Besuch einer Hochschule nicht vom Einkommen der Eltern abhängig ist. Wir setzen uns für eine weitere Öffnung und mehr Diversität der Hochschulen ein, um die nach wie vor skandalöse Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft zu entkoppeln. Dazu gehört, dass mehr Menschen, insbesondere diejenigen, die nicht aus einer klassischen Akademiker*innenfamilie stammen, ermutigt und

dabei unterstützt werden, ein Hochschulstudium aufzunehmen. Unser Ziel ist die Gestaltung von guten Bedingungen in Studium und Lehre. Hierfür sind die noch unter GRÜNER Regierungsbeteiligung von 2013 bis 2017 eingeführten Studienqualitätsmittel auch zukünftig ein wichtiges Instrument, um die Studienbedingungen weiter zu verbessern. Wir wollen, dass die Studierenden wieder maßgeblich darüber entscheiden können, wie diese Mittel verwendet werden und sorgen dafür, dass die Mittel tatsächlich für die Verbesserung der Studienqualität und der Lehre eingesetzt werden und nicht fehlende Mittel für die Bauunterhaltung kompensieren müssen. Der Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken leistet als Nachfolger des Hochschulpakts 2020 einen wichtigen Beitrag, um für bessere Studienbedingungen zu sorgen und die Studienkapazitäten bedarfsgerecht zu gestalten. Unser Ziel ist es, diese Finanzierung zu verstetigen und so insbesondere mehr Professor*innen sowie weiteres unbefristetes Lehrpersonal an den Hochschulen zu ermöglichen, damit eine dauerhafte Verbesserung des Betreuungsschlüssels erreicht werden kann. Nicht zuletzt in der Pandemie haben die Hochschulen gezeigt, dass sie in der Lage sind, auf neue Herausforderungen flexibel und schnell zu reagieren und auch in der Lehre neue Wege zu gehen. Die Präsenzlehre muss auch zukünftig zentraler Bestandteil der Hochschullehre sein. Wir wollen jedoch mehr Spielräume für innovative Lehre schaffen, beispielsweise durch eine bessere Verknüpfung analoger und digitaler Elemente. Hierzu gehört auch eine gute digitale Ausstattung der Hochschulen sowie regelmäßige didaktische Weiterbildungen des akademischen Personals. Wir wollen die Anerkennung von guter Lehre in der Wissenschaftsförderung stärker berücksichtigen. Außerdem planen wir, die Betreuungsverhältnisse zu evaluieren und bei Bedarf nachzusteuern, um die Qualität auch in viel nachgefragten Fächern und Studienschwerpunkten zu sichern. Studienangebote müssen mit den Lebens- und Lernbedingungen von Studierenden vereinbar sein. Verschoolte Strukturen passen nicht zu einem selbstbestimmten Studienalltag. Wir wollen den Rahmen dafür schaffen, dass ein Studium beispielsweise auch für Berufstätige sowie zur Vereinbarkeit von Studium und Familie oder die Pflege von Angehörigen möglichst flexibel und individuell gestaltet werden kann. Noch immer ist die Zahl der Studienabbrecher*innen gerade in den sogenannten MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) viel zu hoch. Unser Ziel ist es, den Studienerfolg nachhaltig zu fördern und die Studierenden bestmöglich zu unterstützen. Hierzu gehört eine bessere Beratungs- und Unterstützungsinfrastruktur, die Studierenden ohne zusätzliche Kosten zur Verfügung steht und die wir ebenso wie mehr vorbereitende Bildungsangebote sowie studienbegleitende Tutorien und Mentor*innenprogramme fördern wollen. Zudem schaffen wir eine höhere Durchlässigkeit zwischen dualer Ausbildung und Hochschulstudium und bauen praxisnahe sowie duale Studienmöglichkeiten aus. Eine wichtige Rolle spielt auch dafür eine weitere Stärkung der Hochschulen für angewandte Wissenschaften (Fachhochschulen). Hierbei sind uns auch neue Zugänge für Menschen wichtig, die mit oder aus einem bereits begonnenen Arbeitsleben berufsbegleitend im Sinne einer akademischen Weiterbildung studieren möchten. Damit die Doppelbelastung durch Hochschulstudium und gleichzeitige Ausbildung oder Arbeit im Betrieb nicht zum Burnout-Faktor werden, wollen wir uns dafür einsetzen, dass die Regelstudienzeit für Dual- und Trialstudierende flexibler gehandhabt wird. Die oft einseitige Fokussierung auf Noten bei der Zulassung zu zulassungsbeschränkten Studiengängen wird den Erfordernissen von Studium und späterem Beruf nicht gerecht. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass in Zukunft fachliche Eignung, gesellschaftliches Engagement und berufliche Vorerfahrung stärker bei der Zulassung gewichtet werden. **Vielfältige Hochschullandschaft** Die niedersächsische Hochschullandschaft ist durch eine große Vielfalt aus Universitäten, Hochschulen für angewandte Wissenschaften, Berufsakademien sowie staatlichen und nichtstaatlichen Einrichtungen geprägt. Niedersachsen verfügt über exzellente Hochschulen und Spitzenforschung ebenso wie über anwendungsorientierte Einrichtungen – und damit insgesamt über ein breites Angebot an unterschiedlichen Studienmöglichkeiten. Im Sinne der Hochschulautonomie setzen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dafür ein, dass Hochschulen über ein eigenständiges Profil und den notwendigen Gestaltungsspielraum für eine zukunftsorientierte Entwicklung verfügen. Hierzu wollen wir die Hochschulen dabei unterstützen, neue Wege auszuprobieren. Niedersächsische Hochschulen beweisen Tag für Tag, dass hier auf exzellentem Niveau geforscht und gelehrt wird. Wir schaffen die notwendigen organisatorischen sowie finanziellen Rahmenbedingungen für die Hochschulen. Dabei ist für uns GRÜNE klar: Exzellente Ergebnisse in der Spitze sind nur durch eine gute Aufstellung in der Breite möglich – sie bedingen sich gegenseitig und geben einander neue Impulse. **Soziale Infrastruktur für Studierende ausbauen** Für ein erfolgreiches

Studium braucht es mehr als gut ausgestattete Hochschulen. Gerade Menschen aus einkommensschwächeren Haushalten sind auf eine funktionierende soziale Infrastruktur angewiesen. Insbesondere durch die Folgen der Covid-19-Pandemie ist zudem der Bedarf für die psychosoziale Unterstützung von Studierenden und damit nach entsprechenden Angeboten der Studentenwerke gestiegen. Dennoch sind die Landesmittel an die Studentenwerke seit 2014 nicht mehr angehoben worden, obwohl die Zahl der Studierenden zeitgleich deutlich gestiegen ist. Die Kosten der Studentenwerke decken die Studierenden nun zu einem immer größeren Teil selbst. So ist es nicht verwunderlich, dass viele der Hochschulen mit den höchsten Semesterbeiträgen deutschlandweit in Niedersachsen liegen. Wir GRÜNEN setzen uns für eine bedarfsgerechte und verlässliche Finanzierung der Studentenwerke und zusätzlichen günstigen Wohnraum für Studierende ein. Dabei ist sicherzustellen, dass die Studierenden nicht über Gebühr belastet werden. Wir setzen uns auf Bundesebene für die Gestaltung einer gerechten Studienfinanzierung ein, die allen Menschen unabhängig vom Einkommen ein Studium ermöglicht. Das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) in seiner aktuellen Ausgestaltung reicht nicht aus, um Bildungsgerechtigkeit zu schaffen. Wir begrüßen deshalb, dass die neue Bundesregierung das BAföG öffnen und elternunabhängiger gestalten möchte und setzen uns dafür ein, dass auch Teilzeitstudierende BAföG beziehen können. **Hochschulen zu Reallaboren für Klimaneutralität machen** An den Hochschulen gibt es einen gewaltigen Investitionsstau – sowohl im Bereich des Gebäudebestandes als auch bei notwendigen Neubauten. Dieser bedeutet nicht nur eine Herausforderung für die Sicherung des Studien- und Forschungsbetriebes, sondern ist auch aus Gründen des Klimaschutzes nicht länger zu akzeptieren. Denn ein großer Teil der Landesliegenschaften sind Hochschulgebäude, die wiederum einen hohen Anteil am Ausstoß von klimaschädlichen Treibhausgasen der Landesverwaltung haben. Unser Ziel ist es daher, Hochschulen zu Reallaboren des Wandels zu machen: von einer stärkeren und breiteren Verankerung von nachhaltigen Studieninhalten und der Einrichtung neuer Klimaschutz-Professuren über den Auf- und Ausbau von Green Offices bis zum Hochschulbau. Daher setzen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für eine klimagerechte Gebäudesanierung sowie nachhaltige Energiekonzepte an allen Hochschulstandorten ein. Diese Maßnahmen können eine Strahlkraft weit über den Campus hinaus entfalten. Finanziert werden sollen diese Zukunftsinvestitionen über den Niedersachsenfonds und Landesgesellschaften (vgl. Nachhaltig Haushalten). Auch für den Neubau der Hochschulkliniken in Hannover und Göttingen wollen wir einen bestmöglichen Klimastandard erreichen. Die erforderlichen Mittel werden aus dem Niedersachsenfonds bereitgestellt. **Forschung nachhaltig gestalten** Nicht zuletzt die Covid-19-Pandemie hat gezeigt, welche Bedeutung die Wissenschaft für Erkenntnisgewinn und die Entwicklung von Lösungen für die großen Herausforderungen unserer Zeit hat. Ohne Wissenschaft ist auch kein Fortschritt möglich. Daher setzen wir uns dafür ein, die Forschung vom Grundlagenbereich bis zu konkreten anwendungsbezogenen Projekten zu stärken. Dies gilt insbesondere für transformative Forschungsbereiche, bei denen es um den Erhalt unserer Lebensgrundlagen sowie die Gestaltung des damit verbundenen notwendigen klimagerechten Umbaus geht. Auch in diesem Sinne schaffen wir neue und zusätzliche Professuren für den Bereich des Klimaschutzes, um diesen Kompetenzbereich an den Hochschulen und damit in der Forschung auszubauen und weiterzuentwickeln. Zu einer erfolgreichen Forschung gehört auch, den Wissens- und Technologietransfer in die Praxis zu verbessern, damit neue Lösungen noch schneller dort ankommen, wo sie gebraucht werden. Bereits bei der Konzeption neuer Ausschreibungen und Forschungsförderungen wollen wir den Transfergedanken zu einem wichtigen Baustein machen (vgl. Innovatives Niedersachsen). Wissenschaft hat dabei eine gesellschaftliche Verantwortung. Umso wichtiger ist Transparenz in der Forschung und der Austausch zwischen Wissenschaft und Gesellschaft. Dies gilt insbesondere bei kritischen Forschungsvorhaben beispielsweise im Bereich von Risikotechnologien und militärisch relevanten Projekten. Wir treiben Alternativen zu Tierversuchen voran, um diese perspektivisch überflüssig zu machen (vgl. Für einen konsequenten Tierschutz). Auch die Covid-19-Pandemie hat gezeigt, wie wichtig es ist, Verständnis für wissenschaftliches Arbeiten zu schaffen. Hier kommt der Wissenschaftskommunikation eine zentrale Funktion zu, die wir zukünftig noch stärker fördern wollen. Wissenschaft und Freiheit bedingen sich gegenseitig. Daher ist unser Ziel, auch zukünftig eine offene Diskussionskultur an den Hochschulen zu fördern. **Mehr Beteiligung wagen** Hochschulen leben von einer aktiven demokratischen Kultur und einer funktionierenden akademischen Selbstverwaltung. Wir setzen uns dafür ein, dass alle, die an den Hochschulen lehren, arbeiten und studieren, die Chance haben,

sich zu beteiligen. Hierzu gehört insbesondere auch die Mitbestimmung von Studierenden. In allen Bereichen, in denen verfassungsrechtlich keine Mehrheit der Professor*innen vorgeschrieben ist, möchten wir mehr Beteiligungsrechte für Studierende und Beschäftigte erreichen. **Internationalisierung und Digitalisierung** Wissenschaft ist grenzenlos und lebt vom internationalen Austausch. Die Vernetzung unserer Hochschulen auf europäischer und internationaler Ebene wollen wir daher stärken. Wir unterstützen die Hochschulen bei der internationalen Vernetzung und beim Abbau von Hürden bei der internationalen Mobilität von Studierenden und Forschenden. Hierzu gehört auch die gezielte Förderung der niedersächsischen Hochschulen, um in europäischen Förderprogrammen erfolgreich zu sein und Niedersachsen als Wissenschaftsstandort in Europa zu stärken sowie die europäische Idee insgesamt voranzubringen. Die Digitalisierung ermöglicht es, ein Studium an verschiedenen Standorten gleichzeitig zu absolvieren, ob in Niedersachsen, deutschlandweit oder international. Die technischen Voraussetzungen für einen virtuellen transnationalen Campus sind inzwischen gegeben. Wir setzen uns dafür ein, auch die rechtlichen Rahmenbedingungen so anzupassen, dass Studierende und Forschende zukünftig einfacher von den Chancen der Digitalisierung profitieren können. **Gute Arbeit und Gleichstellung** Wer kluge Köpfe halten und fördern will, muss gute Arbeitsbedingungen gestalten und den Mitarbeiter*innen der Hochschulen Perspektiven bieten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, den wissenschaftlichen Nachwuchs zu fördern und auch für wissenschaftliche Mitarbeiter*innen und den Mittelbau bessere Beschäftigungsbedingungen in der Wissenschaft zu schaffen. Für Daueraufgaben müssen zukünftig auch Dauerstellen geschaffen werden. Die beruflichen Perspektiven des wissenschaftlichen Nachwuchses wollen wir durch neue akademische, u. a. familienfreundlichere Karrieremodelle auch für den Mittelbau stärken. Zwar sind rund die Hälfte der Studierenden und Promovierenden Frauen – jedoch spiegelt sich dieses Verhältnis bei den Professuren und Leitungsfunktionen der Hochschulen bei weitem nicht wider. Für uns GRÜNE ist Gleichstellung eine gesellschaftliche Querschnittsaufgabe, die wir auch an den Hochschulen vorantreiben wollen. Insbesondere der Übergang von Promotion zur Professur muss verbessert werden, damit Frauen gleiche Karrierechancen haben. Die Dialoginitiative geschlechtergerechte Hochschulkultur hat hierfür bereits wichtige Impulse geliefert, die wir durch ein Mehr an Verbindlichkeit aufwerten und fördern werden. Wir wollen auch erreichen, dass studentische Hilfskräfte in die betriebliche Mitbestimmung einbezogen und tarifliche Mindeststandards gesichert werden. **4. Erwachsenenbildung stärken** Bildung endet nicht mit der Schulzeit und Ausbildung. Eine sich rasant verändernde Arbeitswelt und gesellschaftliche Wandlungsprozesse erfordern es, Bildung als lebensbegleitenden Prozess zu verstehen. So sind Angebote der Grundbildung und des zweiten Bildungswegs für viele Menschen eine Chance, ihre Teilhabemöglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt und im sozialen Leben zu verbessern. Auch die Integration von Geflüchteten erfordert umfassende Angebote im Sinne von Bildungsketten wie Sprachkurse, Angebote der Grund- und beruflichen Bildung. Die Erwachsenenbildung leistet hier einen wichtigen Beitrag für mehr Chancengerechtigkeit, gesellschaftliche Teilhabe, Integration, Weiterbildung und Fachkräftesicherung sowie zur politischen Bildung (vgl. Für eine vielfältige und offene Gesellschaft). BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, die Erwachsenenbildung als wichtiges Standbein der Bildungslandschaft in Niedersachsen auszubauen. Die freie Erwachsenenbildung stellt Angebote für verschiedene Bedarfe in den unterschiedlichen Lebensphasen bereit. Damit Menschen die für sie passenden Bildungswege und Angebote finden, wollen wir die trägerunabhängige Bildungsberatung auch zukünftig stärken. **Ein Prozent des Bildungsetats für Weiterbildung** Die sich durch eine rasant verändernde Gesellschaft und Arbeitswelt wandelnden Anforderungen an die Erwachsenenbildung sind auch mit einem erhöhten Förderbedarf verbunden. Das gilt sowohl für den Bereich der Förderung von Geflüchteten mit Sprachkursen und weiteren Bildungsmaßnahmen als auch für die Grundbildung, den zweiten Bildungsweg, die fortlaufende Qualifizierung des Personals sowie eine strukturierte Nachwuchsgewinnung. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, das Bildungsbudget für Weiterbildung auf ein Prozent des gesamten Bildungsetats zu erhöhen (vgl. Gute Arbeit in Niedersachsen). **Grundbildung und Alphabetisierung** Angebote im Bereich der Grundbildung, Alphabetisierung und nachholende Schulabschlüsse vermitteln wichtige Schlüsselqualifikationen. Sie sind die Basis für die Teilhabe an weiteren Bildungsangeboten und für den Weg in den Arbeitsmarkt. Diese Angebote sind insbesondere für Menschen in prekären Lebensverhältnissen oder mit formal geringer Bildung wichtig. Sie bedürfen einer niedrigschwelligen und zielgruppenorientierten Ausrichtung mit aufsuchenden und sozialraumbezogenen Bildungsangeboten, die

sowohl Jüngere als auch die wachsende Zielgruppe der älteren Menschen berücksichtigt. Wir GRÜNEN wollen diese besonders fördern, ausbauen und weiterentwickeln. Hohe Teilnahmebeiträge können dabei eine abschreckende Wirkung entfalten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich daher dafür ein, diese Angebote zukünftig gebührenfrei zu gestalten. **Neue Formate und Digitalisierung** Die Digitalisierung hat sowohl für die inhaltlichen Angebote als auch für die Arbeitsweise der Erwachsenenbildung nicht erst seit der Covid-19-Pandemie eine hohe Bedeutung. Sie verändert die Qualifikationsanforderungen an die Menschen und erfordert damit auch eine inhaltliche Neugestaltung der Angebote und Formate in der Erwachsenenbildung. Neue Formate mit flexibleren Nutzungsformen werden benötigt, beispielsweise durch die Bereitstellung von mehr Onlineangeboten und virtuellen Veranstaltungen mit einer darauf ausgerichteten Pädagogik. So verändert Digitalisierung gleichzeitig die Arbeitsbedingungen in der Erwachsenenbildung. Dozent*innen sind nicht mehr nur Pädagog*innen, sondern benötigen Kompetenzen, Lerninhalte digital zu vermitteln. Wir wollen nicht zuletzt die Erfahrungen und Erkenntnisse aus den pandemiebedingten Umstellungen auf den Onlinebetrieb nutzen, um diesen Umstellungsprozess zu verstetigen und weiterzuentwickeln. **Starke Familien: Selbstbestimmt leben von der Kindheit bis ins Alter** GRÜNE Familienpolitik stellt Kinder und Jugendliche mit ihren eigenen Bedürfnissen und Rechten in den Mittelpunkt. In der Pandemie musste die junge Generation besonders zurückstecken. Kinder und Jugendliche haben in besonderem Maße gesellschaftliche Solidarität gegenüber älteren Menschen geleistet und unter den pandemiebedingten Einschränkungen selbst besonders gelitten. Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, dass die Interessen von Kindern und Jugendlichen zukünftig besser gehört und ihre Anliegen endlich ernst genommen werden. Wichtige Hinweise dafür kann die Einführung eines regelmäßigen Monitorings zur Lage von Kindern und Jugendlichen in Niedersachsen unter Beteiligung des Landesjugendhilfeausschusses und der Kinder- und Jugendkommission liefern. Familie ist da, wo Menschen füreinander sorgen. Für eine gute Familienpolitik bedarf es guter beruflicher und finanzieller Rahmenbedingungen für die sogenannte Sorgearbeit: Wer pflegt, Kinder versorgt und Verantwortung für andere Menschen übernimmt, muss hierbei unterstützt werden. Deshalb setzen wir uns auch dafür ein, dass sogenannte Regenbogen- und Patchwork-Familien endlich rechtlich anerkannt werden, beispielsweise im Familien- und Adoptionsrecht. Mehrelternschaft soll möglich sein und alle Formen von Verantwortungsgemeinschaften jenseits von Liebesbeziehungen oder der Ehe sollen anerkannt werden. **Kinderrechte stärken** Kinder sind unsere Zukunft – und trotzdem werden viel zu viele Entscheidungen über ihre Köpfe hinweg und zu ihren Lasten getroffen. Das müssen wir dringend ändern. Kinder und Jugendliche haben eigene Rechte, die es zu respektieren und zu verteidigen gilt. Sie müssen sich in Gesetzgebungsprozessen ebenso widerspiegeln wie in der Schulstruktur und dem familiären Umfeld. Um diesen Rechten den verdienten Rang einzuräumen, setzen wir GRÜNEN uns dafür ein, die Kinderrechte in der Landesverfassung zu verankern. Wir GRÜNEN stehen für eine Absenkung des Wahlalters auf 14 Jahre und mehr politische Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, die wir als kommunale Aufgabe in der Niedersächsischen Kommunalverfassung verankern wollen. Egal, ob es um den neuen Spielplatz, die Verkehrsführung auf dem Weg zur Schule oder die Ausstattung der Bücherei vor Ort geht: Mitbestimmung beginnt im direkten Lebensumfeld. Daher setzen wir GRÜNEN uns dafür ein, vor Ort in allen Bereichen, in denen Kinder unterwegs oder betroffen sind, die Mitsprache von Kindern und Jugendlichen konsequent zu stärken. Unser Ziel ist eine kinder- und jugendgerechte Gesellschaft. Daher setzen wir uns dafür ein, dass zukünftig bei allen Gesetzesvorhaben geprüft wird, welche Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche damit verbunden sind. **Kinderarmut beenden** Fast jedes vierte Kind in Niedersachsen lebt in Armut. In keiner anderen Industrienation ist der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Ausbildungsabschluss so eindeutig und damit die soziale Durchlässigkeit so gering wie in Deutschland. Gleichzeitig ist Kinderreichtum hier das Armutsrisiko Nummer eins. Das wollen wir nicht hinnehmen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sorgen dafür, dass die Teilhabe aller Kinder gesichert und die Grundlagen für ein selbstbestimmtes Leben geschaffen werden. Wir begrüßen daher, dass die Ampelkoalition im Bund eine Kindergrundsicherung auf den Weg bringt und Kinderrechte endlich ins Grundgesetz schreibt. Wir wollen diese Initiativen als Schwung für weitere Bemühungen zur Überwindung von Kinderarmut nutzen. Auf Landesebene schaffen wir eine neue Sozialberichterstattung für Kinder, investieren mehr Geld in soziale Einrichtungen für Kinder und Jugendliche, unterstützen Quartiersarbeit und Nachbarschaftsinitiativen, fördern Jugendzentren insbesondere in ländlichen Regionen stärker und weiten schulische

Ganztagsangebote aus. Wir wollen auch die Kommunen besser dabei unterstützen, Kinderarmut und ihre Folgen vor Ort zu bekämpfen. Dafür fördern wir den Aufbau von Präventionsketten, die ein abgestimmtes Vorgehen aller Akteur*innen aus den Bereichen Bildung, Gesundheit, Kultur und Sport sowie eine kontinuierliche Entwicklungs-förderung in allen Lebensphasen des Kinder- und Jugendalters ermöglichen.

Mehr Freiräume für Kinder und Jugendliche Kinder und Jugendliche brauchen für ihre Entwicklung Zeit und Raum zur Entfaltung. Daher nehmen wir GRÜNEN Druck aus der Schule und sorgen damit für mehr Freiheiten (vgl. GRÜNE Politik macht Schule). Der Jugendarbeit kommt dabei eine zentrale Rolle zu. Sie unterstützt das gesellschaftliche Engagement von Kindern und Jugendlichen und schafft ein vielfältiges Spektrum von Angeboten für junge Menschen. Daher wollen wir die wichtige Arbeit der vielfältigen Jugendverbände und Träger der Jugendarbeit besser fördern. Dazu zählt eine bedarfsgerechte Erhöhung der Zuwendungen und eine Verstetigung von Projektmitteln ebenso wie der Abbau bürokratischer Hürden. Zu diesem Zweck werden wir das Jugendfördergesetz novellieren und an die Bedürfnisse der modernen Jugendarbeit anpassen. Die Angebote der politischen Jugendbildung entwickeln wir weiter und stärken die wichtige Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung. Auch in der Niedersächsischen Bauordnung wollen wir die Vorgaben für Spiel-, Freizeit- und Bewegungsflächen verbessern (vgl. Für eine vielfältige Gesellschaft). Neben der Jugendverbandsarbeit sehen wir öffentliche Freiräume ohne Konsumbindung wie Jugendzentren, Skateplätze und offene Treffs als wichtiges Angebot. Wir setzen uns – frei nach dem Motto „Spielplatz statt Parkplatz“ – dafür ein, Kommunen bei dem Erhalt und der Schaffung von Spiel-, Aufenthalts- und Bewegungsflächen zu unterstützen (vgl. Mobil in Niedersachsen).

Kinderschutz ernst nehmen Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf gewaltfreies Aufwachsen und körperliche Unversehrtheit. Wir werden die Empfehlungen der Enquete-Kommission Kinderschutz deshalb konsequent umsetzen und mit einem neuen Kinderschutzgesetz rechtlich absichern. Insbesondere stärken wir die Prävention und ermöglichen eine frühzeitige Intervention dort, wo Kinder von Gewalt bedroht sind. Dafür brauchen wir Schutzkonzepte in Kitas, Schulen, Sportvereinen und anderen Einrichtungen, die regelmäßig mit Kindern arbeiten. Sowohl Haupt- als auch Ehrenamtliche müssen dafür qualifiziert sein, Anzeichen von Gewalt zu erkennen und entsprechend zu reagieren. Die Jugendämter wollen wir beim Kinderschutz besser unterstützen und die Netzwerkarbeit mit Polizei, Justiz und Beratungsstellen vor Ort fördern. Mit einem Childhood-Haus wollen wir Kindern, die Opfer von Gewalt geworden sind, alle nötigen Hilfen aus einer Hand anbieten und sie bestmöglich in Strafverfahren unterstützen. Beratungsstellen für Kinder, die Gewalt erlebt haben, sichern wir finanziell ab und bauen das Angebot insbesondere in der Fläche aus. Es braucht flächendeckende Netzwerkarbeit zwischen den verschiedenen Akteur*innen, um den Kinderschutz grundsätzlich zu stärken und Versorgungslücken zu schließen.

Jugendhilfe ist unverzichtbar BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich auf allen Ebenen gegen Sparmaßnahmen in der Jugendhilfe und bei der Kinder- und Jugendarbeit ein. Wir unterstützen die Anstrengungen, das Jugendhilferecht inklusiver zu gestalten und die Rahmenbedingungen hier zu verbessern. Das neue Kinder- und Jugendstärkungsgesetz stärkt die Rechte von Kindern in Einrichtungen und Pflegefamilien. Zudem müssen jetzt Ombudsstellen, also Beschwerdestellen für Kinder, Jugendliche und Familien, eingerichtet werden. Diesen Prozess begrüßen wir und werden ihn weiter aktiv begleiten. Zudem muss die wichtige Arbeit der Jugendwerkstätten gesichert und gleichzeitig geprüft werden, wie die Finanzierung nachhaltiger gestaltet werden kann. Wir GRÜNEN unterstützen ambulante Maßnahmen der Jugendhilfe und wollen die Hilfe für straffällig gewordene Jugendliche weiter ausbauen. Wir stehen konsequent hinter dem Leitprinzip „Jugendhilfe statt Knast“ und schaffen hierfür weiterhin die notwendigen Rahmenbedingungen. Beim Eintreten in die Volljährigkeit verlieren Jugendliche mit besonders herausforderndem Verhalten den Anspruch auf Versorgungsleistungen, die ihnen beispielsweise die ausgiebige Betreuung durch Dritte oder das Wohnen in gemeinsamen Wohnformen ermöglicht. Dies muss im Landesinklusionsplan berücksichtigt werden. Wir wollen für mehr Angebote für Jugendliche und junge Erwachsene sorgen und sie davor schützen, dass bei Eintritt in die Volljährigkeit Hilfsangebote wegfallen. Jugendhilfe muss alle Kinder mitnehmen, sei es über gute Rahmenbedingungen für die Inklusion, das Vermitteln interkultureller Kompetenzen oder durch die Überwindung von Kinderarmut. Dabei kommt der Jugendhilfe im Ganztagsschulbetrieb eine zentrale Bedeutung zu. Hier muss die Schnittstelle von Land, Kommune, Jugendhilfeträger und Schule verbessert werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden die wichtige Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe auf Augenhöhe weiterentwickeln und stärken. **Zeit für**

Familien Nicht zuletzt die Covid-19-Pandemie und die damit verbundenen extremen Belastungen gerade für Menschen mit Kindern haben gezeigt, welchen Herausforderungen Familien ausgesetzt sind, um die alltägliche Balance zwischen Erwerbs- und Familienarbeit zu meistern. Noch größer sind die Anforderungen an alleinerziehende Elternteile, die es daher besonders zu berücksichtigen gilt. Wir setzen uns dafür ein, dass Arbeit und Familie besser miteinander vereinbart werden können und Familienzeit den notwendigen Raum bekommt. Hierfür arbeiten wir auch in Niedersachsen beispielsweise durch gemeinsame Initiativen mit Unternehmen und Gewerkschaften daran, familienfreundliche Arbeitszeitmodelle weiterzuentwickeln und auszubauen. Damit wollen wir Beschäftigten Arbeitszeiten ermöglichen, die zu ihrem Leben passen – etwa um Kinder zu erziehen oder Angehörige zu pflegen. Dem Land kommt hier auch als Arbeitgeber eine besondere Vorbildfunktion und Verantwortung zu (vgl. Gute Arbeit in Niedersachsen). **Familien unterstützen** Familie ist da, wo Menschen füreinander sorgen und dauerhaft Verantwortung übernehmen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, die frühen Hilfen und Familienangebote zu sichern und auszubauen. Für uns ist es wichtig, dass die Hilfe da ist, wo auch die Familien sind. Um das zu gewährleisten, müssen Angebote wie Familienzentren konsequent gefördert und sozialräumlich orientiert werden. Wir wollen Kommunen dabei unterstützen, Kitas und Grundschulen zu Familienzentren und damit zu Orten des Austauschs, der Weiterbildung und einer niedrigschwelligen Unterstützung von Eltern weiterzuentwickeln und mit interprofessionellen Teams zu besetzen. Hierbei stärken wir auch die Beratung und Unterstützung von Alleinerziehenden und solchen Familien, die Trennungen vollziehen. **Mit dem Niedersachsenpass Teilhabe vereinfachen** Nach dem Vorbild einiger Kommunen führen wir einen Niedersachsenpass für alle Menschen ein, die Sozialleistungen beziehen oder nur ein geringes Einkommen haben. Mit dem Pass soll in ganz Niedersachsen der Zugang zu Museen, kulturellen Einrichtungen oder die aktive Mitgliedschaft in Sportvereinen niederschwellig möglich sein. Auch Vergünstigungen bei Strompreisen oder anderen Sozialtarifen sind enthalten. Perspektivisch sollen außerdem alle Menschen mit Niedersachsenpass Anspruch auf ein vergünstigtes landesweites Nahverkehrsticket bekommen. Für Kinder und Jugendliche kann der Niedersachsenpass zudem unkompliziert bei der Finanzierung von Mittagessen, Arbeitsmaterialien, Sprachförderung, Musik- und Sportangeboten sowie Klassenausflügen unterstützen. Wir wollen den Niedersachsenpass, dort wo sinnvoll, dazu nutzen, Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket noch einfacher zugänglich zu machen. **Selbstbestimmt altern** Immer mehr Menschen leben immer länger. Wir GRÜNE stellen die Menschen mit ihrem Bedürfnis nach Selbstbestimmung und Würde sowie die solidarische Absicherung des Pflegerisikos in den Mittelpunkt unseres Handelns. Wir wollen dafür sorgen, dass alte Menschen vor Armut geschützt werden, sich aktiv in die Gestaltung unserer Gesellschaft einbringen und gesellschaftlich teilhaben, so lange wie möglich in ihrem gewohnten Wohnumfeld leben und je nach Bedarf abgestufte Unterstützung in Alltag und Pflege erhalten können. Um Menschen solange wie möglich ein Leben in den eigenen vier Wänden zu ermöglichen und gleichzeitig dafür zu sorgen, dass der begrenzte Wohnraum sinnvoll verteilt wird, brauchen wir mehr barrierearmen und bezahlbaren Wohnraum mit angeschlossener Quartierspflege. Die Orte, an denen ältere Menschen leben, müssen Rahmenbedingungen bieten, die den Wunsch nach einem Altern in der gewohnten Umgebung ermöglichen. Zu einer generationsgerechten Infrastruktur gehören insbesondere eine wohnortnahe medizinische Versorgung, ein gut ausgebauter und barrierefreier ÖPNV, Geschäfte des alltäglichen Bedarfs, aber auch Begegnungsstätten. Um das Risiko stationärer Pflegebedürftigkeit im Alter zu reduzieren, setzen wir auch auf die Prävention von Einsamkeit – beispielsweise durch Nachbarschaftsinitiativen und generationenübergreifende Wohn- und Begegnungsprojekte sowie die Förderung von niederschwelligen Versorgungsangeboten und die Stärkung der Angebote hauswirtschaftlicher Dienstleistungen. **Selbstbestimmt sterben** Viele Menschen haben den Wunsch, ihre letzten Tage und Stunden mit Freund*innen und Angehörigen im gewohnten Lebensumfeld zu verbringen. Die Realität sieht leider oft anders aus: Viele Menschen sterben allein oder in Pflegeheimen und Krankenhäusern. Wir wollen ein menschenwürdiges Lebensende schwerstkranker Menschen sicherstellen und unterstützen den Ausbau der palliativmedizinischen Versorgung, insbesondere im ambulanten Bereich und auch für spezielle Angebote für Kinder und Jugendliche (Kinderhospize). **Gesundheit und Pflege** GRÜNE Gesundheits- und Pflegepolitik setzt auf Prävention und Vorsorge, gewährleistet eine wohnortnahe medizinische Versorgung, stärkt Patient*innen in ihrer Selbstbestimmung und sorgt für gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten in unserem Gesundheitssystem. Gesundheit

erhalten und Erkrankungen vorbeugen steht für uns GRÜNE im Fokus unserer Gesundheitspolitik. Wir wissen, dass die Chancen für ein gesundes Leben stark von Bildung, Einkommen, Kompetenzförderung und gesellschaftlicher Teilhabe abhängen. Eine gerechte und solidarische Gesellschaft, die Bildungschancen stärkt, Armut beendet, Ungleichheit verringert und gesellschaftliche Teilhabe für alle ermöglicht, ist deshalb ein zentrales Anliegen GRÜNER Gesundheitspolitik. Gesundheitsförderung ist dann besonders effektiv, wenn sie dort verankert wird, wo die Menschen leben, arbeiten, sich engagieren und lernen: Schlechte Arbeitsbedingungen, Lärmbelastung und Luftverschmutzung am Wohnort sowie zu wenig Geld für gesundes Essen machen krank. Wir wollen mit einer Politik, die gute Arbeit und gute Löhne sicherstellt, gesundes Essen bezahlbar hält, die Lärm- und Schadstoffbelastung senkt und Gemeinschaft fördert, dafür sorgen, dass Menschen in gesunden Umgebungen leben. Menschen, die in soziale Notlagen, in Sucht- und Abhängigkeit geraten sind, wollen wir dabei unterstützen, wieder auf die Beine zu kommen, anstatt sie zu sanktionieren und zu verdrängen. **Den öffentlichen Gesundheitsdienst vom Kopf auf die Füße stellen** Der Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) hat eine zentrale Stellung für Gesundheitsförderung und Prävention. Sein Potenzial ist weit größer, als es seine strukturellen Voraussetzungen zurzeit erlauben. Wie verletzlich uns ein unzureichend ausgestatteter Öffentlicher Gesundheitsdienst macht, hat uns zuletzt die Corona-Pandemie schmerzhaft vor Augen geführt. Wir wollen den ÖGD strukturell stärken, damit er seine Aufgaben im Bereich Prävention und Gesundheitsbildung in vollem Umfang wahrnehmen kann. Wir setzen uns für ein gezieltes Gesundheitsmonitoring und die Durchführung kommunaler Gesundheits- und Pflegekonferenzen ein. Die Kompetenz aller Gesundheitsfachberufe soll einen höheren Stellenwert im ÖGD erhalten – beispielsweise durch sogenannte Community Health Nurses (Gemeindegeschwister Plus) oder in der Schulgesundheitspflege. Außerdem wollen wir für einen wissenschaftlichen Unterbau des ÖGD die Kooperationen mit Universitäten fördern und an den großen Universitätsstandorten des Landes den Masterstudiengang Public Health einrichten. Mit einer Landesstiftung Prävention wollen wir die Gelder aus dem Präventionsgesetz bündeln und primär für Maßnahmen einsetzen, die dafür sorgen, dass Menschen in gesunden Verhältnissen leben. Wir wollen die kommunale Gesundheitsberatung, etwa in Form von Gesundheitskiosken, genauso wie die Erstellung von Hitzeaktionsplänen fördern. Um Neuinfektionen mit sexuell übertragbaren Infektionen zu verhindern und die Schwellen für den Zugang zu Behandlung zu verringern, setzen wir auf Aufklärung über Schutzmöglichkeiten, Entstigmatisierung, verbesserte Testmöglichkeiten und niedrigschwellige Behandlungsmöglichkeiten. Die wichtige Arbeit der Aidshilfe in diesem Bereich werden wir unterstützen. **Gut gerüstet für zukünftige Pandemien** Über die Hälfte (60 Prozent) der menschlichen Infektionskrankheiten stammen laut UN von Tieren – Klimawandel und Umweltzerstörung beschleunigen die Entstehung neuer Pandemien. Um die Entstehung neuer Pandemien zu verhindern und Ausbrüche neuer Erreger lokal zu begrenzen, müssen multinationale Gesundheitsorganisationen gestärkt, der Klimawandel effektiv bekämpft, Lebensräume geschützt und Erreger überwacht werden. Auch das Land Niedersachsen muss seinen Beitrag zu diesen globalen Aufgaben leisten, sich pandemiefest aufstellen und die strukturellen Voraussetzungen für die Bekämpfung zukünftiger Pandemien schaffen: Dafür wollen wir für eine auskömmliche Bevorratung mit Schutzausrüstung sorgen, ein gestuftes Notfallversorgungskonzept schaffen, Pandemieschutzübungen verankern und Kapazitäten zur kurzfristigen Schaffung von (Intensiv-)Krankbetten absichern. Nach über zwei Jahren Pandemie hat die Landesregierung es versäumt, flächendeckend Belüftungsanlagen in Bildungs- und Kinderbetreuungseinrichtungen einzusetzen, um diese zum Teil noch immer ungeimpfte Gruppe bestmöglich zu schützen. Wir wollen hier schnell handeln, Luftfilter einsetzen und diese Einrichtungen auch baulich auf zukünftige Pandemien besser vorbereiten. In Krisensituationen gilt: Schnelles, entschlossenes Handeln und das Nutzen von innovativen Ansätzen sind entscheidend. Seit Januar 2021 fordern wir vehement Abwasseruntersuchungen auf SARS-CoV-2-Viren als zuverlässiges Instrument für die Prognose der Pandemieentwicklung und des Erkennens der Verbreitung neuer Virusvarianten. Anders als die Koalition aus SPD und CDU werden wir GRÜNEN in einer Landesregierung alle Ansätze nutzen, um gut vorbereitet zu sein und das Risiko neuer Pandemien zu reduzieren. Die Gefahren durch das Virus H5N1 (Geflügelpest) sind insbesondere in den viehdichten Regionen in Niedersachsen als sehr hoch einzuschätzen. Aus Russland und Großbritannien sind bereits Übertragungen des Virus auf Menschen bekannt geworden. Zum Schutz der Gesundheit von Mensch und Tier treiben wir den Umbau der Tierhaltung hin zu tiergerechten Haltungssystemen und flächengebundener Tierhaltung

voran und nutzen aus Seuchenschutzgründen auch kurzfristige Maßnahmen wie Wiederbelegungsverbote zumindest in den sehr viehdichten Regionen (vgl. Für eine andere Agrarpolitik). **Gut versorgt in Stadt und Land** Unser Ziel ist eine bedarfsgerechte, wohnortnahe und verlässliche medizinische Versorgung in ganz Niedersachsen. In allen Regionen des Landes verlieren wir jedoch immer mehr Beschäftigte und Selbstständige in der Gesundheitsversorgung. Beispielhaft zeigt sich dieser dramatische Trend bei der hausärztlichen Versorgung: Schon heute sind in Niedersachsen über 400 der 5.100 Hausarztsitze nicht besetzt und in den kommenden Jahren werden über 1.000 der gegenwärtig praktizierenden Hausärzt*innen in den Ruhestand gehen. Die Wege, die für den Zugang zu gesundheitlicher Versorgung zurückgelegt werden müssen, werden für Menschen im ländlichen Raum immer länger. Immer mehr Menschen sorgen sich um ihre Versorgung vor Ort. Viele wertvolle Vorschläge zur Verbesserung dieser Situation hat die Enquetekommission Sicherstellung der ambulanten und stationären medizinischen Versorgung in Niedersachsen erarbeitet. Wir wollen Tempo in die Umsetzung der Vorschläge bringen. Dafür braucht es endlich eine Bedarfsplanung, die Über- und Unterversorgung erfasst, Kapazitäten sinnvoll verteilt und Mindest-erreichbarkeitsstandards setzt. Wie von Expert*innen schon lange gefordert, werden wir die starren Grenzen stationärer und ambulater Versorgung überwinden und nichtärztliche Heilberufe stärker in die Primärversorgung einbinden. Wir wollen insbesondere im ländlichen Raum ambulante, stationäre und poststationäre Leistungserbringer zusammenschließen und mit Reha-Einrichtungen, Apotheken und anderen Gesundheitseinrichtungen in integrierten Versorgungszentren in öffentlicher Hand zusammenbringen. Für Patient*innen bedeutet das, dass sie Präventionsangebote wie etwa Rückenurse unter einem Dach mit Hausärzt*innen, Fachärzt*innen, Sozialarbeiter*innen und Therapeut*innen finden. Ihre Behandlung kann so interdisziplinär erfolgen. Für Beschäftigte bedeutet das, in einem interdisziplinären Team mit familienfreundlichen Arbeitszeiten tätig zu sein. Gleichzeitig finden sie hier die Möglichkeit, im ländlichen Raum zu arbeiten, ohne dabei als Einzelkämpfer*in eine eigene Praxis führen zu müssen. Wir wollen erreichen, dass Kommunen deutlich einfacher Medizinische Versorgungszentren (MVZ) gründen können: Dafür wollen wir sicherstellen, dass Kommunen nach sechs Monaten auf nicht nachbesetzte Arztsitze zugreifen können. Mittels Patient*innen-orientierter Digitalisierung wollen wir Angebote besser vernetzen sowie Transparenz und Patientenautonomie stärken. Telemedizinische Angebote treiben wir voran. **Krankenhauslandschaft zukunftsfähig und qualitativ hochwertig aufstellen** Die Krankenhauslandschaft in Niedersachsen befindet sich längst im Wandel: hin zu einer Grundversorgung in der Fläche und spezialisierten Zentren in großen Kliniken. Diesen Wandel wollen wir mit einer vorausschauenden, an der Behandlungsqualität orientierten Krankenhausplanung zukunftsfähig gestalten. In mindestens acht Versorgungsregionen wollen wir für ein Angebot mit differenzierten Versorgungsstufen sorgen. In jeder Versorgungsregion soll es neben den Krankenhäusern der Grund- und Regelversorgung mindestens ein Krankenhaus der Schwerpunktversorgung geben. Krankenhäuser der Maximalversorgung und Hochschulkliniken ergänzen das medizinische Angebot. Unser Ziel ist, eine zeitgemäße, qualitätsorientierte und sektorenübergreifende Gesamtversorgungsplanung auf den Weg zu bringen und regionale integrierte Gesundheitszentren in die Krankenhausplanung aufzunehmen und zu fördern. **Krankenhäuser für Menschen, nicht für Profite** Wir GRÜNEN stehen für Krankenhäuser, die an den Bedürfnissen von Patient*innen ausgerichtet sind. Dabei müssen sie gute Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten sicherstellen, die der Verantwortung und Belastung gerecht werden. Renditeerwartung von Investor*innen, klamme kommunale Haushalte und die massive Unterfinanzierung der Investitionskosten durch das Land haben in Verbindung mit der Finanzierung durch Fallpauschalen jedoch zu Fehlentwicklungen mit katastrophalen Folgen in unseren Krankenhäusern geführt: durch Personalabbau und Outsourcing patientenferner Dienstleistungen, sowie durch die Konzentration auf lukrativere Behandlungen versuchen immer mehr Kliniken, auf dem Rücken von Patient*innen und Beschäftigten ihre Wirtschaftlichkeit zu retten oder gar Gewinne zu erwirtschaften. Wir begrüßen, dass die durch GRÜNE getragene Bundesregierung diese Fehlentwicklungen als solche benennt und abgestufte Vorschläge zur zukünftigen Krankenhausfinanzierung vorlegen möchte. Wir erwarten, dass die hierfür vorgesehene Regierungskommission ihr Arbeit zeitnah beginnt und Reformen dann auch zügig umgesetzt werden. Durch die Zuständigkeit für die Investitionskostenfinanzierung spielt aber auch das Land eine wichtige Rolle für die Zukunft der stationären Versorgung. Während die SPD-CDU Koalition in den letzten Jahren beim Verfall der Bausubstanz unserer Kliniken zugeschaut hat und zunächst groß angekündigte Investitionszuschüsse

kurzerhand doch wieder zurücknahm, ist der Investitionsstau der niedersächsischen Krankenhäuser auf mittlerweile mehr als 2 Milliarde € angewachsen. Solange dieser Investitionsstau nicht endlich angegangen wird, werden die Krankenhäuser sich weiter gezwungen sehen, Gelder, die eigentlich für die Versorgung von Patient*innen vorgesehen sind, zweckentfremdet für betriebsnotwendige Investitionen einzusetzen. Diesem Zustand wollen wir ein Ende bereiten: den Niedersachsenfonds und die Landesgesellschaften wollen wir auch dafür einsetzen den Investitionsstau in unseren Kliniken abzubauen. Mit einer Erhöhung der jährlichen Investitionsförderung des Landes für Baumaßnahmen und einer regelmäßigen Anpassung an Baupreissteigerungen beenden wir mittelfristig und nachhaltig die chronische Unterfinanzierung der Investitionen in unsere Krankenhäuser. Alle Kinderkliniken in Niedersachsen schreiben rote Zahlen, ihre finanzielle Absicherung muss daher dringend angegangen werden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die, durch die von GRÜNEN getragene Bundesregierung in Aussicht gestellte bedarfsgerechte auskömmliche Finanzierung für Kinderheilkunde zeitnah dort ankommt, wo sie benötigt wird. **Krankenhäuser in die öffentliche Hand** Wir sind der Überzeugung, dass Krankenhäuser als zentraler Bestandteil der Daseinsvorsorge gemeinwohlorientiert und nicht gewinnorientiert arbeiten sollten. Den Trend zur Kranken-hausprivatisierung wollen wir umkehren: Dafür unterstützen wir Kommunen, die Krankenhäuser zurück in die öffentliche Hand holen möchten. **Green Hospital: Krankenhäuser leisten ihren Beitrag zur Klimaneutralität** Der Gesundheitssektor liegt mit 4,4 Prozent der globalen Treibhausimmissionen noch über den Emissionen von Flugverkehr und Schifffahrt. Niedersächsische Krankenhäuser müssen daher zukünftig eine wichtige Rolle bei der CO₂-Reduktion spielen. Green Hospitals sollen den Energiehaushalt, den Wasserverbrauch, aber auch das Abfallmanagement umweltfreundlich gestalten. Damit das gelingt, treiben wir die energetische Sanierung von Krankenhäusern voran und statten sie mit Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energie aus. Außerdem sorgen wir dafür, die Ernährung für Patient*innen und Mitarbeiter*innen gesünder zu gestalten, um deren Zufriedenheit und Gesundheit zu erhöhen. Das Projekt KLIK- Klimamanager für Kliniken wollen wir in Niedersachsen aktiv umsetzen. **Im Notfall gut versorgt** Wie gut ein Gesundheitssystem funktioniert, zeigt sich oft erst im Notfall. Egal ob Herzinfarkt oder plötzliche Rückenschmerzen am Wochenende: Damit alle Menschen in Niedersachsen bei akuter Krankheit rund um die Uhr die passende Hilfe bekommen, wollen wir das dreistufige System aus ambulantem Bereitschaftsdienst, stationärer Notfallversorgung und Rettungsdienst besser aufeinander abstimmen. An Krankenhäusern wollen wir integrierte Notfallzentren einrichten, in denen je nach Bedarf sowohl ambulante als auch stationäre Notfallbehandlungen erfolgen können. Erfolgreiche Modellprojekte wie Gemeindenotfallsanitäter*innen oder mobile Ersthelfer*innen wollen wir flächendeckend ausweiten. Dazu gehören auch Fahrdienste, die Menschen insbesondere im ländlichen Raum zu Bereitschaftsdienstpraxen oder Kliniken bringen, wenn kein Rettungswagen notwendig ist. Auch telemedizinische Angebote können die Notfallversorgung sinnvoll ergänzen. Rettungswagen wollen wir standardmäßig mit telemedizinischer Ausrüstung ausstatten, damit die Behandlung bereits auf dem Weg in die Klinik beginnen kann. Telenotärzt*innen können das Versorgungsangebot in einigen Teilen Niedersachsens sinnvoll ergänzen. **Gute Arbeitsbedingungen und Ausbildungs-offensive in der Gesundheitsversorgung** Eine alternde Bevölkerung, zusätzliche Aufgaben und Personalabbau in der Gesundheits-versorgung führen zu einem drastischen Fachkräftemangel in unserem Gesundheitssystem. Um einen zukünftigen Kollaps zu vermeiden, müssen wir jetzt verstärkt bei der Gewinnung von Fachpersonal in die Offensive gehen. Um dem wachsenden Bedarf an medizinischem Personal zu begegnen, schaffen wir GRÜNEN mindestens 200 zusätzliche Medizinstudienplätze. Wir setzen uns für die zügige Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen ein und schaffen Qualifizierungs- und Weiterbildungsprogramme, um fehlende Kompetenzen und Sprachkenntnisse aufzubauen. Wir begrüßen das Vorhaben der neuen Bundesregierung, den Spurwechsel vom Asylsystem in die Arbeitsmigration zu ermöglichen. Die geplante Landarztquote alleine wird nicht ausreichen, um junge Ärzt*innen aufs Land zu bekommen; vielmehr wollen wir mit attraktiven Arbeitszeitmodellen sowie mit Teamarbeit und universitärer Anbindung mehr junge Ärzt*innen für die Arbeit als Allgemeinmediziner*innen auf dem Land begeistern. Nicht nur bei Ärzt*innen vergrößert sich die Versorgungslücke, sondern in allen Berufen des Gesundheitswesens. Nach anglo-amerikanischem Vorbild wollen wir sogenannte physician assistants in Niedersachsen ausbilden und einsetzen und damit Ärzt*innen um grundsätzlich delegierbare Aufgaben entlasten. Um den Fachkräftemangel in den Heil-, Pflege- und Assistenzberufen zu bekämpfen, wollen wir

staatliche Schulen auf- und ausbauen und die bestehende Ausbildungsinfrastruktur kurzfristig finanziell absichern. Für Pflegeassistent*innen, Heilerziehungspfleger*innen, medizinische Bademeister*innen und Diätassistent*innen schaffen wir endlich das Schulgeld ab. Für die Beschäftigten in unserem Gesundheitssystem wollen wir GRÜNEN flexible Arbeitszeitmodelle und eine verbesserte Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglichen – etwa durch die Förderung von Krippen und Kitas direkt an Krankenhäusern oder Versorgungszentren. Ein leistungsfähiges Gesundheitssystem setzt eine ausreichende Personalbemessung sowie die Herstellung von guten Arbeitsbedingungen durch Tarifbindung voraus. Investitions- und Fördermittel des Landes müssen deshalb an eine tarifliche Bezahlung gebunden werden (vgl. Gute Arbeit in Niedersachsen). Wir wollen Berufsaussteiger*innen durch Anreize wieder zurückgewinnen und durch Maßnahmen der Gesundheitsförderung, wie etwa Gesundheitssport, Coolout- und Burnout-Prophylaxen sowie Team-Supervisionen dafür sorgen, dass Fachkräfte möglichst lange gesund im Beruf bleiben. Für Menschen, die ihren Schulabschluss im Ausland erworben haben, bauen wir die Zugangshürden zu den Ausbildungen der Gesundheitsfachberufe ab. Ausländischen Fachkräften ermöglichen wir ein dauerhaftes Bleiberecht. **Pflegeberufe stärken** Pflegekräfte leisten eine unverzichtbar wertvolle Arbeit für die Gemeinschaft, die mehr als Applaus verdient. Die Verantwortung, die Pflegekräfte in ihrem fachlich anspruchsvollen Job tragen, muss sich endlich auch bei Bezahlung und Arbeitsbedingungen niederschlagen. Die Gewinnung neuen Fachpersonals ist eine der großen Zukunftsaufgaben, zu der Niedersachsen seinen Beitrag leisten muss. Dazu wollen wir die Tarifbindung stärken, die Wirkung des neuen Pflegegesetzes evaluieren, ggf. nachsteuern und Leiharbeit begrenzen. Die durch die Bundesregierung in Aussicht gestellte Einführung wirksamer Personalbemessungsinstrumente begrüßen wir. Wir wollen die Zahl der Ausbildungsplätze in der Pflege deutlich anheben – dazu braucht es aber ausreichend Einrichtungen, die sich an der Ausbildung beteiligen. Wir sorgen dafür, dass durch Ausbildungsverbünde auch kleinere Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen sowie private Pflegeschulen gemeinsam zur Ausbildung von Pflegepersonal beitragen. Dabei wollen wir sicherstellen, dass die betriebliche Mitbestimmung aller Auszubildenden an ihren Einsatzorten gesichert ist. Wir treiben die Akademisierung, Professionalisierung und Handlungsautonomie in den Pflegeberufen voran und eröffnen Pflegekräften damit attraktive Weiterbildungs- und Aufstiegschancen. Mit Pflegeakademien, wie es sie schon heute an der Medizinischen Hochschule Hannover gibt, wollen wir gezielte Weiterbildung im Pflegeberuf ermöglichen – etwa zur Pflegedienstleiter*in oder Praxisanleiter*in mit staatlichem Abschluss. In einem Modellprojekt im Studiengang Pflegewissenschaft werden wir qualifiziertes Personal nach international verbreitetem Vorbild als Community Health Nurses ausbilden und in der Primärversorgung einsetzen. Damit das gelingen kann, wollen wir uns auf Bundesebene für eine Reform der Heilberufeverordnung einsetzen und Community Health Nurses dadurch mehr Handlungsautonomie ermöglichen. **Krankenversicherung** Das Nebeneinander von privaten und gesetzlichen Krankenkassen sorgt nicht nur für eine Ungleichbehandlung von Patient*innen etwa bei der Terminvergabe bei Fachärzt*innen – dem Staat entgehen auch noch viele Millionen Euro, weil ausgerechnet einkommensstarke Menschen einen besonders geringen Anteil ihres Einkommens an die Versicherung zahlen. Wir setzen uns deshalb auf Bundesebene für die Einführung einer Bürger*innenversicherung ein, in die alle Arbeitnehmer*innen einen fairen Beitrag einzahlen. Schon jetzt wollen wir niedersächsischen Beamt*innen echte Wahlfreiheit bei der Krankenversicherung ermöglichen, indem wir ihnen, wie bereits in vielen Bundesländern praktiziert, einen Zuschuss zur gesetzlichen Krankenversicherung anbieten und sie nicht länger sowohl Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innenbeitrag selbst tragen müssen. Eine Mitgliedschaft in der privaten Krankenversicherung kann insbesondere für Beamt*innen in unteren Besoldungsgruppen, mit chronischen Krankheiten oder vielen Kindern sehr teuer sein. **Selbstbestimmte Geburt** Für Schwangere in Niedersachsen wird es immer schwieriger, eine Hebamme für die Begleitung der Schwangerschaft und Nachsorge nach der Geburt zu finden. Das Netz der Geburtsstationen in Niedersachsen dünnt sich immer weiter aus: In vier Landkreisen gibt es überhaupt keine klinische Geburtshilfe mehr – und die große Koalition schaut dabei zu. Die schlechte Personalausstattung auf Geburtsstationen führt vielerorts dazu, dass Hebammen bis zu fünf Frauen gleichzeitig betreuen. Währenddessen mehren sich Berichte von Frauen, die die Geburt als traumatisch erlebt haben. Ziel von BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN ist eine selbstbestimmte Geburt durch eine bedarfsgerechte und wohnortnahe Versorgung vor, während und nach der Geburt, eine Stärkung der Wahlfreiheit von Schwangeren, eine bessere Personalausstattung in der

Geburtshilfe und eine verbesserte Versorgung unter der Geburt. Dafür wollen wir mehr Hebammen akademisch ausbilden, die Richtlinie 1:1-Betreuung unter der Geburt umsetzen, durch Hebammen geleitete Kreißsäle sowie Beleghebammen stärken und Geburtshäuser durch Investitionskostenzuschüsse fördern. Wir verankern die Geburtshilfe als Teil der Grundversorgung und sorgen so dafür, dass keine Frau in Niedersachsen mehr als 30 Minuten zum nächsten Geburtshilfeangebot fahren muss. Um finanziellen Fehlanreizen, die zu unnötig vielen Kaiserschnitten geführt haben, entgegenzuwirken, wollen wir Spontanentbindungen finanziell besserstellen. Es darf nicht sein, dass immer mehr Geburtsstationen aus ökonomischen Erwägungen geschlossen werden. Wir begrüßen daher, dass die Ampelkoalition im Bund kurzfristig für eine bedarfsgerechte auskömmliche Finanzierung der Geburtshilfe sorgen will. **My body, my choice** Die Entscheidung, ob eine Frau eine Schwangerschaft abbricht oder nicht, ist allein ihre. In dieser Zeit sind gute Beratungs- und Versorgungsstrukturen notwendig. Wir wollen, dass der Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen Teil der Regelversorgung wird und flächendeckend gewährleistet ist. Deshalb sorgen wir für eine ausreichende und wohnortnahe Versorgung mit Ärzt*innen, Praxen und Kliniken, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen. Ob Krankenhäuser mit einer gynäkologischen Abteilung Abbrüche durchführen oder nicht, darf nicht vom Träger oder von der individuellen Haltung der Chefärzt*in abhängig sein, sondern muss durch die landesweite Krankenhausplanung grundsätzlich sichergestellt werden. Wir stärken das Thema Schwangerschaftsabbrüche in der Lehre an unseren Universitäten nach international anerkannten Standards und bauen Weiterbildungsangebote für Ärzt*innen aus. Neben der professionellen medizinischen Versorgung ist gute Beratung wichtig. Deshalb wollen wir das Angebot an Familienplanungs- und Beratungsstellen finanziell absichern und die freiwilligen Beratungsangebote ausbauen. Wir wollen in Ausbildung und Studium von Ärzt*innen und Hebammen für das Thema Gewalt unter der Geburt sensibilisieren und Qualifizierungsangebote für Beratungsstellen schaffen, sodass betroffene Frauen wohnortnah Beratungsangebote in Anspruch nehmen können. Wir begrüßen die geplante Streichung des §219a StGB, der Informationen über Schwangerschaftsabbrüche unter Strafe stellt, und setzen uns dafür ein, dass die Kriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen endlich beendet wird. **Psychische Gesundheit verbessern** Menschen mit einer psychischen Erkrankung oder in einer psychischen Krise brauchen schnelle Hilfe, damit sich ihr Leid nicht verschlimmert. Schon seit mehreren Jahren existieren Empfehlungen, wie Betroffene besser unterstützt und ihre Menschenrechte gewahrt werden können. Wir setzen die Empfehlungen des Landespsychiatrieplans endlich um. Dazu gehört, die ambulante psychosoziale und psychiatrische Krisenhilfe auszubauen, Wartezeiten zur ambulanten Behandlung zu verkürzen und Zwangseinweisungen in psychiatrische Kliniken zu reduzieren. Wartezeiten für stationäre Behandlungen auch jenseits von Notfällen wollen wir durch eine Erhöhung der bislang noch unterdurchschnittlichen Bettenzahl in psychiatrischen Kliniken reduzieren. Wir wollen mehr Fachpersonal ausbilden und psychiatrische Forschung und Lehre an unseren Universitäten stärken. Insbesondere in der Kinder- und Jugendpsychiatrie wollen wir Prävention, Früherkennung und Frühintervention strukturell verbessern und Behandlungsplätze ausbauen. Außerdem haben wir vor, ein größeres Augenmerk auf die Versorgung psychisch kranker Menschen mit Fluchterfahrung zu legen. Selbsthilfeangebote psychisch kranker Menschen fördern wir strukturell. Menschen mit Psychiatrieerfahrung und/oder Behinderung beziehen wir in die Prozesse zur Verbesserung der Versorgung psychisch kranker Menschen ein. Mit einer landesweiten Kampagne rücken wir das Thema psychische Gesundheit stärker in die Öffentlichkeit. Wir bauen durch Stigmata entstandene Hürden zur Inanspruchnahme von Hilfeleistungen ab. **Gesundheitsversorgung für alle** Für Menschen ohne Krankenversicherungsschutz bestehen in Niedersachsen hohe Hürden beim Zugang zu einer adäquaten Gesundheitsversorgung. Die fehlende medizinische Versorgung führt viel zu oft zu vermeidbaren und zum Teil lebensbedrohlichen Krankheitsverläufen bei Betroffenen. Besonders hart trifft diese Situation Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus, die fürchten müssen, durch Inanspruchnahme medizinischer Leistungen abgeschoben zu werden. Diese Hemmnisse führen zudem zu erheblichen Erlösausfällen in Praxen und Krankenhäusern, da die fehlende Behandlung von Erkrankungen in einem frühen Stadium häufig zu akuten Notfallversorgungen führen, für die keine Kostenträger gefunden werden können. Unter GRÜNER Regierungsbeteiligung wurde erfolgreich ein Modellprojekt durchgeführt, das für Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus mittels eines anonymen Krankenscheins die Kostenübernahme ärztlicher Behandlungen sicherte. Statt dieses Projekt fortzuführen oder gar auszuweiten, wurde es durch SPD und CDU beendet. Wir

sorgen dafür, dass die Gesundheitsversorgung aller Menschen, unabhängig von ihrem Versicherungs- oder Aufenthaltsstatus, endlich flächendeckend gewährleistet wird. Dazu stellen wir, aufbauend auf den Erfahrungen des Modellprojektes und unabhängig vom Aufenthaltsstaus, einen anonymen Krankenschein flächendeckend für alle Menschen ohne Krankenversicherung zur Verfügung. Niederschwellige Angebote wie Straßenambulanzen und medizinische Beratung für Migrant*innen wollen wir finanziell absichern und für personelle Kontinuität in den Einrichtungen sorgen. Darüber hinaus ermöglichen wir Menschen dort, wo möglich, mit Beratungs- und Unterstützungsangeboten einen Weg in die aufenthaltsrechtliche Legalität und die gesundheitliche Regelversorgung. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass Sozialämter die Daten von Betroffenen für die Kostenübernahme von dringend notwendigen medizinischen Behandlungen nicht mehr wie bisher an die Ausländerbehörde weiterleiten müssen. **Für eine vernünftige und menschenwürdige Drogen- und Suchtpolitik** Die Kriminalisierung von illegalen Drogen hat ihre ursprünglichen Ziele nicht erreicht. Bei Konsumdelikten erschweren die straf- und verkehrsrechtlichen Konsequenzen oft zusätzlich die berufliche und soziale Wiedereingliederung. Statt Repression und Verdrängung suchtkranker Menschen, die deren Situation nur weiter verschlimmert, setzen wir auf Prävention, Beratung und Unterstützung. Wir begrüßen die durch die neue Bundesregierung geplante legale und kontrollierte Abgabe von Cannabis. Das Netz der Sucht- und Drogenberatung im Land wollen wir finanziell absichern und ausbauen. Auch Schwerstabhängige haben einen Anspruch auf eine bedarfsgerechte Versorgung. Dafür ist es notwendig, Diamorphin ebenso wie Methadon und andere zugelassene Substitutionsmittel als Mittel zur wirksamen Behandlung und als Medikamente anzuerkennen und ihren Einsatz, in Verbindung mit sozialer Unterstützung, flächendeckend zu ermöglichen. Hierfür ist von höchster Bedeutung, dass mehr Hausarztpraxen Substitutionsbehandlungen anbieten; dies wollen wir unterstützen. Wir setzen uns darüber hinaus für mehr Drogenkonsumräume ein, die für einen risikominimierenden Konsum von Betäubungsmitteln durch Abhängige ausgestattet sind. Sterile Hilfsmittel, Substitutionsbehandlung sowie Drogen- und Suchtberatung gehören auch in den Strafvollzug. Wir wollen Modellversuche für Drugchecking-Angeboten ins Leben rufen, bei denen Konsument*innen, verbunden mit Präventionsangeboten, die Möglichkeit gegeben wird, gefährliche und verunreinigte Substanzen vor dem Konsum zu erkennen. Für uns hat der aktive Nichtraucher*innenschutz und der Schutz vor einem verharmlosenden Umgang mit Alkohol hohe Priorität. Wir wollen die Aufklärungs- und Präventionsangebote absichern und in der Fläche ausweiten. **Für gute Pflege** Durch die gestiegene Lebenserwartung und den medizinischen Fortschritt verdoppelt sich die Zahl der pflegebedürftigen Menschen bis zum Jahr 2050 etwa – während die Zahl der Menschen, die sich für einen Pflegeberuf entscheiden, stagniert. Um dem drohenden Pflegenotstand entgegenzuwirken, setzen wir auf die Prävention von Pflegebedürftigkeit, auf verbesserte Arbeitsbedingungen, Qualifizierungen und eine starke Interessenvertretung der Pflegeberufe. Fast drei Viertel der Betroffenen werden durch Angehörige versorgt und gepflegt, die dabei oft an die Grenzen ihrer Belastbarkeit stoßen. Hochwertige ambulante und teilstationäre Angebote in Wohnortnähe wollen wir stärken und ausbauen. Dazu zählt besonders der Ausbau von Kurzzeit-, Tages- oder Nachtpflegeplätzen in Niedersachsen. Quartierspfleger*innen, die über bestehende Bedarfe und die geleisteten Hilfen informiert sind, könnten pflegende Angehörige erheblich entlasten und Überforderungssituationen rechtzeitig erkennen. Behandlungskapazitäten in geriatrischen Zentren bauen wir aus.

Ä18 Wir gestalten Niedersachsen - Chancengerecht und Solidarisch

Antragsteller*in: LAG Gesundheit & Pflege

Beschlussdatum: 19.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.3

Von Zeile 1042 bis 1044 einfügen:

gewohnten Umgebung ermöglichen. Zu einer generationsgerechten Infrastruktur gehören insbesondere eine wohnortnahe medizinische und pflegerische Versorgung, ein gut ausgebauter und barrierefreier ÖPNV, Geschäfte des alltäglichen Bedarfs, aber

Begründung

Auch die wohnortnahe pflegerische Versorgung ist sicherzustellen.

Ä19 Wir gestalten Niedersachsen - Chancengerecht und Solidarisch

Antragsteller*in: LAG Gesundheit & Pflege

Beschlussdatum: 19.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.3

Von Zeile 1089 bis 1091 einfügen:

höheren Stellenwert im ÖGD erhalten – beispielsweise durch sogenannte Community Health Nurses (Gemeindegeschwester Plus) oder in der Schulgesundheitspflege. Gesundheitsbildung muss in allen Schulformen stärker verankert werden. Außerdem wollen wir für einen wissenschaftlichen Unterbau des ÖGD die

Begründung

Die Kenntnis über den eigenen Körper, Gesundheit und Wohlbefinden in der Kindheit und Jugend hat großen Einfluss auf das gesundheitliche und präventive Verhalten und somit für die spätere Ausbildung lebensstilbedingter Erkrankungen. Um hierfür eine gute Grundlage zu legen ist Gesundheitsbildung in der Schule wichtig. Es sollte aber nicht als separates Schulfach etabliert, sondern thematisch integriert werden.

Ä20 Wir gestalten Niedersachsen - Chancengerecht und Solidarisch

Antragsteller*in: LAG Schule

Beschlussdatum: 20.05.2022

Redaktionelle Änderung

Gute Bildungschancen in allen Bereichen – von der Kita über Schule, Ausbildung und Studium bis hin zu lebensbegleitenden Angeboten für Erwachsene – dürfen dabei weder vom finanziellen Rahmen noch der individuellen Herkunft oder erlernten Erstsprache abhängen. Wir brauchen ein qualitativ hochwertiges und gerechtes Bildungssystem, das alle Menschen mitnimmt und optimal fördert. Unser Ziel ist, dass jede*r Schüler*in einen guten Bildungsabschluss erreicht, der den eigenen Fähigkeiten und Talenten entspricht. Deutschland hat im internationalen Vergleich immer noch eines der ungerechtesten und sozial selektivsten Schulsysteme: Das Elternhaus hat einen maßgeblichen Einfluss auf die individuellen Bildungschancen. Die frühe Sortierung der Schüler*innen durch das gegliederte Schulsystem, steht einer bestmöglichen individuellen Weiterentwicklung der Kinder im Wege.

Änderungsantrag zu Kap.3

Von Zeile 98 bis 101:

und Studium bis hin zu lebensbegleitenden Angeboten für Erwachsene – dürfen dabei ~~nichtweder~~ vom finanziellen Rahmen ~~oder~~noch der individuellen Herkunft oder erlernten Erstsprache abhängen. Wir brauchen ein qualitativ hochwertiges und ~~durchlässiges~~gerechtes Bildungssystem, das alle Menschen mitnimmt und optimal fördert.

Von Zeile 106 bis 108 löschen:

die individuellen Bildungschancen. Die frühe Sortierung der Schüler*innen durch das gegliederte Schulsystem, ~~das zudem kaum durchlässig ist~~, steht einer bestmöglichen individuellen Weiterentwicklung der Kinder im Wege.

Begründung

Die Herkunft eines Menschen, sprich der Geburtsort, ist häufig nicht kongruent mit der zuerst erlernten, der prägenden Erstsprache. Durchlässig ist kein Qualitätsmerkmal, durchlässig (nach unten) sind alle selektiven Systeme.

Ä21 Wir gestalten Niedersachsen - Chancengerecht und Solidarisch

Antragsteller*in: LAG Schule

Beschlussdatum: 20.05.2022

Redaktionelle Änderung

„ausreichend“ streichen (Zeile 2212)

Änderungsantrag zu Kap.3

Von Zeile 120 bis 122 löschen:

Gute Schulpolitik ist dabei auch eine Ressourcenfrage: Unser Ziel ist es, Schulen mit ~~ausreichend~~-gut ausgebildeten Lehrkräften zu versorgen und darüber hinaus von den Gebäuden bis zur digitalen Infrastruktur so auszustatten, dass

Begründung

„ausreichend“ ist in der Schule die letzte Note vor der 5. „gut“ dagegen deutlich wertvoller. „ausreichend gut“ gibts nicht

Ä22 Wir gestalten Niedersachsen - Chancengerecht und Solidarisch

Antragsteller*in: LAG Schule
Beschlussdatum: 20.05.2022

Redaktionelle Änderung

Statt "Begabungen" "Interessen, Fähigkeiten und Potentiale" (Zeile 2222)

Änderungsantrag zu Kap.3

Von Zeile 132 bis 134:

so gut begleitet und gefördert werden können, deutlich bessere Chancen. Schule muss Chancen eröffnen, die eigenen **Begabungen** **Interessen, Fähigkeiten und Potentiale** zu erkennen und weiterzuentwickeln und auf gezielte individuelle Förderung setzen. Für uns ist das längere

Begründung

Der Begabungsbegriff ist heikel. Er wurde zu oft zur Begründung für ein selektives Schulsystem gebraucht (Vorstellung von genetischen Voraussetzungen oder religiöse Vorstellungen von Gaben Gottes?) Interessen, Fähigkeiten und Potentiale dagegen sind entwicklungs- und veränderungsfähig.

Ä23 Wir gestalten Niedersachsen - Chancengerecht und Solidarisch

Antragsteller*in: LAG Schule

Beschlussdatum: 20.05.2022

Redaktionelle Änderung

Zeile 2249: "Die" einfügen

Änderungsantrag zu Kap.3

Von Zeile 164 bis 165 einfügen:

Die Bildungsforschung hat hinreichend belegt, dass unterschiedliche Kinder

Begründung

Nicht irgendeine Bildungsforschung

Ä1 Lebenswertes Niedersachsen – Vielfalt schafft Zusammenhalt

Antragsteller*in: LAG Weltanschauung und Staat

Beschlussdatum: 17.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.4

Von Zeile 505 bis 507 einfügen:

an einigen Orten ein Angebot an öffentlichen Einrichtungen geschaffen werden muss. Hierfür braucht es eine Bedarfsanalyse. Das staatlich verordnete Tanzverbot an bestimmten christlichen Feiertagen wollen wir abschaffen und den Friedhofszwang für Urnenbestattungen

Begründung

Um zu klären, wo der Bedarf nach mehr nicht-kirchlichen Einrichtungen besteht und wo nicht, braucht es Bedarfsanalysen vor Ort bzw. in den jeweiligen Regionen Niedersachsens.

Ä2 Lebenswertes Niedersachsen – Vielfalt schafft Zusammenhalt

Antragsteller*in: LAG Weltanschauung und Staat

Beschlussdatum: 17.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.4

Von Zeile 506 bis 509:

muss. Das staatlich verordnete Tanzverbot an bestimmten christlichen Feiertagen wollen wir ebenso abschaffen und wie den Friedhofszwang für Urnenbestattungen liberalisieren. Zudem wollen wir alle Voraussetzungen dafür schaffen, umweltfreundliche Bestattungsformen auf Friedhöfen zu ermöglichen. Zugleich setzen wir uns im Sinne der Gleichbehandlung für eine vertragliche Grundlage insbesondere mit den islamischen Religionsgemeinschaften

Begründung

Neben der klassischen Erdbestattung und der Feuerbestattung gibt es Trends zu umweltfreundlichen Bestattungen wie die sogenannte "Reerdigung", bei der sich der Leichnam schnell zersetzt und die Natur wenig mit Schadstoffen belastet wird. Wir Grünen sollten dazu beitragen, dass diese Bestattungsform für die Menschen, die von ihr Gebrauch machen wollen, zur Verfügung steht.

Ä3 Lebenswertes Niedersachsen – Vielfalt schafft Zusammenhalt

Antragsteller*in: LAG Weltanschauung und Staat

Beschlussdatum: 17.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.4

Von Zeile 493 bis 496 einfügen:

von Staat und Religionsgemeinschaften zu klären. Wir setzen uns für ein konfessionsneutrales, religionswissenschaftlich fundiertes Pflichtfach Religion^{en} und Weltanschauung^{en} an niedersächsischen Schulen ein. Es soll unterschiedliche Sichtweisen vermitteln und Vertreter*innen verschiedener Religionsgemeinschaften

Begründung

Der Plural in der Benennung des Faches macht deutlich, dass es nicht nur um Religion und Weltanschauung als Phänomen im Allgemeinen geht, sondern auch um konkrete Religionen wie Judentum, Christentum, Islam, Hinduismus, Buddhismus und andere) wie auch verschiedene Weltreligionen.

Ä4 Lebenswertes Niedersachsen – Vielfalt schafft Zusammenhalt

Antragsteller*in: LAG Kultur
Beschlussdatum: 19.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.4

Von Zeile 696 bis 719:

~~Niedersachsens Kultur und Medien: So vielfältig wie unser Land~~ Kunst und Kultur schaffen Orte der Begegnung, der gesellschaftspolitischen Debatte und lebendiger Demokratie. Sie bieten uns Perspektiven für Gegenwart und Zukunft, schaffen Reflexionsorte für soziale Entwicklungen und sind zugleich Impulsgeber für Neues. Damit können sie gesellschaftliche Prozesse gestalten und haben das Potenzial, Integration und Teilhabe zu fördern. Kunst und Kultur sind elementare Bausteine offener und demokratischer Gesellschaften. Eine lebendige und breite Kulturlandschaft braucht große Theater und Museen genauso wie die freie Kulturszene, Off-Theater, Kinos, Konzerte, Pop-up-Galerien, Soziokulturelle Zentren und sich stetig neu entwickelnde Formate. Die Kulturorte müssen jedoch nicht nur vorgehalten werden — es braucht auch die Künstler*innen und Kulturschaffenden, die mit ihrer Arbeit diese Orte füllen. Niedersachsen hat eine enorme kulturelle und künstlerische Vielfalt – von Tanz und Theater, über den Film, die Literatur, die Musik bis zu den Museen. Diese gilt es zu erhalten und weiterzuentwickeln. **Kunst, Kultur und Medien: Lebensmittel für Demokratie** Kunst und Kultur sind elementare Bausteine offener und demokratischer Gesellschaften. In einer Zeit der Erschütterung, in der sich die Welt und unser Weltvertrauen radikal ändern, ist das ein hohes Gut, denn Kunst und Kultur schaffen Orte der Begegnung, der gesellschaftspolitischen Debatte und lebendiger Demokratie. Sie haben das Potenzial, Integration und Teilhabe zu fördern. Und sie können Orte sein, um zu zweifeln und zu ringen und um notwendige Veränderungsprozesse auszuhandeln. Damit geben sie uns als Gesellschaft in Zeiten der Unsicherheit Sicherheit.

Eine lebendige und breite Kulturlandschaft braucht große und kleine Theater und Museen genauso wie die freie Kulturszene, Kinos, Konzerte, Pop-up-Galerien, Soziokulturelle Zentren, Clubs und sich stetig neu entwickelnde Formate.

Doch auch die Kulturorte bekommen ihren Geist erst durch die zahlreichen kreativen und qualifizierten Künstler*innen und Kulturschaffenden, sie sind das Herz der vielfältigen und diversen Kulturszene im Land. Sie müssen gestärkt werden, damit sie den Mut behalten, weiterhin in diesem Feld zu arbeiten. Aktuell leidet die Kulturbranche besonders unter den Auswirkungen der Corona-Pandemie. Diese hat zudem ein Schlaglicht darauf geworfen, dass Kultur oftmals unter prekären Bedingungen entsteht. Die Kultur braucht deshalb bessere Rahmenbedingungen: Faire Arbeitsverhältnisse mit auskömmlichen Entgelten, bezahlbare Infrastruktur sowie Vernetzungs- und Beratungsangebote. Deshalb unterstützen wir beispielsweise die Forderung der Theaterschaffenden nach Honoraruntergrenzen bzw. des Bundes Bildender Künstler (BBK) nach angemessenen Ausstellungshonoraren und fairen Ankaufspreisen. Die Corona-Pandemie, deren Auswirkungen in der Kunst- und Kulturszene nach wie vor starke Erschütterungen hervorruft, hat ein Schlaglicht darauf geworfen, dass Kunst und Kultur oftmals unter prekären Bedingungen entstehen. Sie brauchen deshalb bessere Rahmenbedingungen: Faire Arbeitsverhältnisse mit auskömmlichen Entgelten, bezahlbare Infrastruktur sowie Vernetzungs- und Beratungsangebote. Deshalb wollen wir Honoraruntergrenzen, angemessene Ausstellungshonorare und faire Ankaufspreise bei Kunstwerken für den öffentlichen Raum.

Von Zeile 721 bis 743:

~~Um die Vielfalt der Kultur zu sichern, muss das Land verlässlich zur Planungssicherheit für~~

Kulturschaffende und Kulturträger beitragen. Für uns GRÜNE gehört dazu auch die Übernahme von Tarifsteigerungen im Rahmen von institutionellen Förderungen etwa an den Theatern oder die Fortführung der Spielstättenförderung im Bereich der freien Theater. Von der kurzfristigen Projektförderung bis zur langfristigen und dynamisierten institutionellen Förderung: Die Förderverfahren müssen vereinfacht und entbürokratisiert sowie mit verlässlichen und professionellen Informations- und Beratungsstrukturen ergänzt werden. Neben Projektförderungen sind strukturelle und institutionelle Förderungen notwendig, um Kulturangebote kontinuierlich vorhalten zu können. Die aktuellen Förderstrukturen entwickeln wir gemeinsam mit den Kulturfachverbänden sowie den Landschaften und Landschaftsverbänden weiter, damit diese so effektiv und passgenau wie möglich wirken – im Zusammenspiel mit Förderprogrammen des Bundes und kommunaler Förderung. Darüber hinaus brauchen die Kulturfachverbände Verlässlichkeit und Kontinuität, um als stabile Partner*innen ihre Mitglieder zu unterstützen. Wir GRÜNEN stellen sicher, dass Kultur in Zeiten knapper Kassen nicht immer als Erstes auf dem Prüfstand steht und entwickeln eine verlässliche Förderstrategie. Wir wollen eine kohärente und verlässliche Kulturpolitik, die Kulturschaffenden langfristige und verlässliche Perspektiven bietet. Dazu etablieren wir gemeinsam mit den Landeskulturverbänden, den Landschaften und Landschaftsverbänden sowie den Kulturschaffenden eine verbindliche Kulturentwicklungsplanung. Um die Vielfalt von Kunst und Kultur zu sichern, muss das Land verlässlich zur Planungssicherheit für Kulturschaffende und Kulturträger beitragen. Für uns GRÜNE gehört dazu auch die Übernahme von Tarifsteigerungen im Rahmen von institutionellen Förderungen und die Verstärkung der Spielstättenförderung im Bereich der freien Theater. Wir wollen Förderungen in Richtung strukturelle und damit nachhaltige Förderung weiterentwickeln, gemeinsam mit den Kulturfachverbänden sowie den Landschaften und Landschaftsverbänden, damit diese so effektiv und passgenau wie möglich wirken. Zusätzlich müssen die Förderverfahren vereinfacht und entbürokratisiert sowie mit verlässlichen und professionellen Informations- und Beratungsstrukturen ergänzt werden. Darüber hinaus sichern wir den Kulturfachverbänden Verlässlichkeit und Kontinuität zu, damit sie als aktive Partner*innen am Kulturentwicklungsprozess beteiligt sind. Wir GRÜNEN stellen sicher, dass Kunst und Kultur auch in Zeiten knapper Kassen nicht immer als Erstes auf dem Prüfstand stehen. Wir treten ein für eine verbindliche Kulturentwicklungsplanung an der alle Kulturakteure beteiligt sind, die in regelmäßigen Abständen evaluiert und angepasst wird.

Von Zeile 751 bis 765:

weiterzuentwickeln, setzen wir in unserer GRÜNEN Kulturförderstrategie einen Schwerpunkt auf den ländlichen Raum. Kultureinrichtungen und Kulturschaffende wollen wir mit Beratungs-, Schulungs- und Professionalisierungsangeboten sowie dem Auf- und Ausbau von (digitalen) Netzwerkstrukturen und Kooperationen, beispielsweise mit Schulen, Einrichtungen der Erwachsenenbildung und Hochschulen, unterstützen. Neben stabilen und verlässlichen Förderstrukturen brauchen Kunst und Kultur aber auch ganz praktisch genügend Räume. Damit steigende Bodenpreise und Gewerbemieten Kultureinrichtungen wie Kinos und Galerien nicht gefährden, setzen wir uns für die Einführung einer Gewerbemietpreisbremse ein. Wir werden Konzepte kreieren und fördern, die klassische Kultureinrichtungen wie beispielsweise Bibliotheken und Museen zu hybriden Kultur-, Wissens-, Lern- und Kommunikationsorten weiterentwickeln. Dass Clubs als kulturelle Orte anerkannt sind, hilft, sie vor Verdrängung zu schützen. Mit einem Lärmschutzfonds ländliche Räume. Kultureinrichtungen und Kulturschaffende wollen wir mit Beratungs-, Schulungs- und Professionalisierungsangeboten sowie dem Auf- und Ausbau von (digitalen) Netzwerkstrukturen und Kooperationen, beispielsweise mit Schulen, Einrichtungen der Erwachsenenbildung und Hochschulen, unterstützen. Wir werden Konzepte kreieren und fördern, die klassische Kultureinrichtungen auf dem Weg der Diversifizierung begleiten. Clubs sind kulturelle Orte und müssen vor der Verdrängung aus den Innenstädten geschützt werden. Deshalb unterstützen wir sie bei der energetischen sowie akustischen Sanierung.

Von Zeile 766 bis 768:

Kunst und Kultur braucht Freiraum brauchen Freiräume. Denn Kultur ist sie sind immer in Bewegung und verändert sich. Zudem bedeutet künstlerisches Arbeiten, immer wieder Neues auszuprobieren.

Von Zeile 770 bis 772:

Kreativität bewiesen. Viele Angebote, die Künstler*innen während der Lockdowns entwickelt haben, zeichnen sich durch neue digitale Konzepte aus. Kunst und Kultur findetn aber auch unabhängig davon zunehmend im digitalen Raum statt und neue Genres,

Von Zeile 801 bis 807:

Kulturelle Bildung und Teilhabe zu ermöglichen, steht in der Verantwortung aller Akteur*innen der Kultur. Um den Zugang zu Kunst und Kultur zu erleichtern, wollen wir daher Kultureinrichtungen unterstützen, sich weiter für neue Publikumsschichten zu öffnen. Mit Programmen zur ~~Umnutzung (leerstehender) Räume zu „Dritten Orten“, also Orten der Gemeinschaft als Ausgleich zu Beruf und Familie,~~Entwicklung von Kulturorten (Dritten Orten) insbesondere in ländlichen Räumen wollen wir zusätzliche Menschen die Möglichkeit des Treffens, Kennenlernens und ~~neue Zugänge zu kultureller Bildung~~Austausches untereinander und der Begegnung mit Kunst und Kultur ermöglichen. Kulturelle Vielfalt ist für uns GRÜNE Ausdruck gesellschaftlicher Stärke. In einer pluralen

Von Zeile 809 bis 811 einfügen:

Generationen zusammenbringen und transkulturelle Begegnungen fördern. Der Zugang zu Kunst und Kultur darf nicht von Herkunft, Alter, finanzieller Lage, Behinderung oder Wohnort abhängig sein. Dazu gehören auch barrierefreie Zugänge und Kommunikation

Von Zeile 854 bis 858:

auszustatten, aber auch um ausreichend Mittel für die Förderung der Bürgermedien wie den nichtkommerziellen Lokalfunk und das Lokalfernsehen bereitzustellen.[Leerzeichen]Die Filmförderung in Niedersachsen ergänzen wir um eine kulturelle Filmförderung und wir verbessern die Förderung für journalistische Reportagen und Dokumentationen und ~~verbessern~~ die Games-Förderung. Ebenso wollen wir unserer Verantwortung nachkommen, das Kulturgut

Begründung

Die Änderungen in diesem Antrag sind im wesentlichen redaktioneller Art. Die veränderte Anfangspassage versucht ein Kulturverständnis in Zeiten der Krise genauer zu beschreiben und die Rolle der Künstler*innen als eine aktivere als im bisherigen Entwurf. "Dritte Orte" sehen wir nicht als Ausgleich zu Familie und Beruf, deshalb haben wir nach einer neuen Formulierung gesucht. Eine Fördeurung von Dokumentationen und journalisitschen Recherche gibt es bereits, es fehlt eine kulturelle, nicht Gewinn orientierte Filmförderung.

Ä10 Lebenswertes Niedersachsen – Vielfalt schafft Zusammenhalt

Antragsteller*in: Landesarbeitsgemeinschaft Sport
Beschlussdatum: 20.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.4

Von Zeile 888 bis 896:

Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Er leistet an vielen Stellen einen wichtigen Beitrag zur Integration und Inklusion. ~~Wir GRÜNEN setzen uns für flächendeckende Sportförderung ein und wollen allen Menschen den Zugang zum Sport ermöglichen. Voraussetzung dafür sind gute Sportstätten in Stadt und Land – vom Stadion bis zum Schwimmbad. Jedes Kind muss die Möglichkeit haben, Schwimmen zu lernen. Wir unterstützen die Kommunen stärker dabei, Sportstätten und Bäder zu erhalten und möglichst barrierefrei auszubauen. Spiel- und Bewegungsförderung sowie Gesundheitsprävention durch Sport sind von Kindesbeinen an wichtig.~~ Barrierefreie Sportstätten und Bewegungsräume zählen für uns GRÜNE zur soziokulturellen Teilhabe, deshalb wollen wir, dass Bewegungs- und Sportflächen in der Wohnungsbaupolitik und Quartiersplanung fest verankert und die bestehenden Anlagen unter Beachtung der energetischen Vorschriften durch die Kommunen klimapositiv saniert oder erneuert werden können. Dazu gehört insbesondere auch die Sanierung und Instandsetzung von Schwimmbädern. Jedes Kind muss die Möglichkeit haben, Schwimmen zu lernen. In Kooperation mit den Kommunen setzen wir uns dafür ein, Badeordnungen der öffentlichen Schwimmbäder dahingehend zu verändern, dass allen Geschlechtern oberkörperfreies Baden ermöglicht wird. Wir wollen die Kommunen dabei unterstützen, ihre öffentlichen Außensportflächen auch außerhalb einer organisierten Nutzung zugänglich zu halten. Bewegung und Sport fördern die kindliche Gesundheit und ermöglichen den Aufbau sozialer Beziehungen – unabhängig von Herkunft und Elternhaus. In der Schule sind tägliche, vielfältige und möglichst inklusive Sportangebote und eine

Ä11 Lebenswertes Niedersachsen – Vielfalt schafft Zusammenhalt

Antragsteller*in: Landesarbeitsgemeinschaft Sport
Beschlussdatum: 20.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.4

Von Zeile 902 bis 910:

Unser Breitensport ist getragen durch das vielfältige ehrenamtliche Engagement, das wir GRÜNEN stärken wollen. Der Sport hat unter Corona stark gelitten. Neben Die Pandemie hat auch verdeutlicht, dass der Breitensport zu sehr auf ehrenamtlichem Engagement fußt. Nach den finanziellen Nothilfen in der Pandemie braucht es nun zukunftsfähige Konzepte, um den Rückgang der Mitgliedszahlen Mitglieder in Vereinen den Sportvereinen zu stoppen halten und Engagement wieder dazu zu gewinnen. Das wird langfristig nur mit einer Stärkung des Ehrenamts und des Hauptamts funktionieren. Wir wollen gemeinsam mit dem organisierten Sport und der Wissenschaft Strukturen entwickeln, die das Ehren- und Hauptamt im Breitensport ressourcenschonend und attraktiv miteinander verbinden. Ehrenamtliche Strukturen benötigen bei steigenden Verwaltungsaufgaben Unterstützung, um sich auf die Durchführung ihrer Sportangeboten konzentrieren zu machen können. Hierbei möchten Hierzu wollen wir in Zusammenarbeit mit der kommunalen Ebene und dem Landessportbund die örtlichen Sportvereinsstrukturen weiter stärken und in Kooperationen Mittel für eine hauptamtliche Unterstützung bereitstellen. Mit durchgehenden digitalen Prozessen von der Antragstellung bis zur Abrechnung wollen wir die Sportförderung für die Vereine unterstützen und Verbände attraktiver machen. Sport findet aber nicht nur im Verein statt. Es gibt vielfältige Formen des gemeinsamen sportlichen Engagements. Dies muss auch in der Sportförderung sichtbar sein. Neue Formen des gemeinsamen Sportes und neue Sportarten, wie beispielsweise E-Sports, werden zukünftig stärker von der Sportförderung des Landes profitieren. Wir unterstützen eine stärkere Anbindung des E-Sports an das Vereinswesen. Daher begrüßen wir die Bundesinitiative zur Gemeinnützigkeit des E-Sport. Wir möchten die niedersächsische Vereinslandschaft darin bestärken, den E-Sport in die eigene Bandbreite, besonders im Kinder- und Jugendbereich, aufzunehmen. Wir wollen Diversität, Nachhaltigkeit, Kinder- und Jugendschutz sowie Medienkompetenz im E-Sport fördern und zusammen mit den Aktiven und der Wissenschaft gestalten.

Ä12 Lebenswertes Niedersachsen – Vielfalt schafft Zusammenhalt

Antragsteller*in: Landesarbeitsgemeinschaft Sport

Beschlussdatum: 20.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.4

Von Zeile 909 bis 910 einfügen:

gemeinsames Sportes und neue Sportarten, wie beispielsweise E-Sports, werden zukünftig stärker von der Sportförderung des Landes profitieren.

Neben dem Breitensport wollen wir auch den Leistungssport in Niedersachsen und damit Spitzensportler*innen mit und ohne Behinderung stärken. Wir wollen ein Konzept zur Förderung der Dualen Karriere von Spitzensportler*innen entwickeln und insbesondere Ausbildungsplätze – auch in der Privatwirtschaft - parallel zum Spitzensport ermöglichen.

Ä13 Lebenswertes Niedersachsen – Vielfalt schafft Zusammenhalt

Antragsteller*in: Landesarbeitsgemeinschaft Sport

Beschlussdatum: 20.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.4

Von Zeile 911 bis 916:

Sportvereine spielen eine wichtige Rolle beim gesellschaftlichen Miteinander. Wir **GRÜNEN** **sprechen**stellen uns **klar**in aller Deutlichkeit gegen **Gewalt**psychische, physische und **Diskriminierung**sexualisierte Gewalt im **Sport**. **Daher begrüßen wir den bundesweiten Aufbau eines unabhängigen Zentrums für Safe Sport** **aus** und die **jüngst eingerichtete Beratungsstelle „Anlauf gegen Gewalt“**. **Sexismus, Homophobie**, **Auch auf Landesebene wollen wir diese neu geschaffenen Strukturen nutzen und ausbauen. Darüber hinaus wollen wir gegen jegliche gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wie Rechtsextremismus und Antisemitismus haben** im Sport **nichts-zu** **suchen**vorgehen.**[Leerzeichen]**Sportverbände und -vereine, Fanprojekte und Fanbeauftragte unterstützen wir bei ihrem Einsatz für Vielfalt und Toleranz und in der queeren Sportarbeit (vgl. Queeres Leben gehört zu Niedersachsen). **Außerdem unterstützen wir die gewerkschaftliche Organisation auch im Profisport.**

Ä14 Lebenswertes Niedersachsen – Vielfalt schafft Zusammenhalt

Antragsteller*in: Landesarbeitsgemeinschaft Sport

Beschlussdatum: 20.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.4

Von Zeile 915 bis 916 einfügen:

unterstützen wir bei ihrem Einsatz für Vielfalt und Toleranz und in der queeren Sportarbeit (vgl. Queeres Leben gehört zu Niedersachsen).

In Niedersachsen stehen wir für die Ausrichtung kommender Sportgroßveranstaltungen in Deutschland bereit. Wir wollen klimaneutrale, nachhaltige und menschenrechtskonforme Sportgroßveranstaltungen unterstützen. Eine frühzeitige Beteiligung der Bürger*innen und ein bleibender Infrastrukturgewinn für die Menschen vor Ort sind dabei wichtige Voraussetzungen.

Ä15 Lebenswertes Niedersachsen – Vielfalt schafft Zusammenhalt

Antragsteller*in: Landesarbeitsgemeinschaft Sport

Beschlussdatum: 20.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.4

Von Zeile 539 bis 540 einfügen:

entsprechende Lehrer*innenfortbildungen und begleitende Projekte fördern (vgl. GRÜNE machen Schule).

[Gleiches gilt auch für die Strukturen im organisierten Sport in Niedersachsen.](#)

Ä16 Lebenswertes Niedersachsen – Vielfalt schafft Zusammenhalt

Antragsteller*in: LAG Kultur

Beschlussdatum: 21.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.4

Von Zeile 699 bis 701 löschen:

Zukunft, schaffen Reflexionsorte für soziale Entwicklungen und sind zugleich Impulsgeber für Neues. Damit können sie gesellschaftliche Prozesse gestalten und haben das Potenzial, Integration und Teilhabe zu fördern. Kunst und Kultur sind

Von Zeile 718 bis 719 einfügen:

Ausstellungshonoraren und fairen Ankaufspreisen bei Kunstwerken für den öffentlichen Raum. Für diese verlässliche und auskömmliche Förderung von Kunst und Kultur sowie deren Schaffenden wollen wir das Kulturfördergesetz novellieren. Damit wollen wir eine konkrete Präzisierung der Finanzierung erreichen. Unser Ziel ist es über eine Haushaltsvorgabe oder das Gesetz eine Steigerung der Höhe der finanziellen pro Kopf Leistung des Landes umzusetzen

Begründung

Es bedarf eine Regelung, die es den Kommunen ermöglicht (besonders denen die sich in der Haushaltssicherung befinden) die Kulturbereiche zu fördern. Mit den Grünen sollten Strukturen der Kulturförderung von Grund auf verändert werden. Ein Kulturfördergesetz, nach 75 Jahren Niedersächsischer Landesregierung (und eine historische einmalige Situation,) sollten Grund genug dafür sein, die Gelegenheit beim Schopfe zu packen. Es bestehen in allen Ländern Ausgleichsmaßnahmen in der Kommunalfinanzierung, die die Kulturfinanzierung einschließen, so auch im Land Niedersachsen. Hierzu bedarf es jedoch eine konkrete Präzisierung der Finanzierungshöhe und diese muss durch eine Haushaltsvorgabe oder einem Gesetz verankert werden. Eine Vertragsabschließung mit der Höhe der finanziellen pro Kopf Leistung, ist erstrebenswert.

Ä17 Lebenswertes Niedersachsen – Vielfalt schafft Zusammenhalt

Antragsteller*in: LAG Kultur

Beschlussdatum: 21.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.4

Von Zeile 833 bis 836:

gehört auch die Auseinandersetzung mit der kolonialen Vergangenheit. Das von uns GRÜNEN initiierte Netzwerk Provenienzforschung, ~~das die Aufarbeitung systematischen Kunstraubs unterstützt und den Museen bei der Klärung der Herkunft von Kunstgegenständen hilft, werden wir weiterentwickeln.~~ wollen wir weiterentwickeln. Die Klärung der Herkunft von Kunstgegenständen und die im Netzwerk begonnene , Aufarbeitung systematischen Kunstraubs wollen wir gemeinsam mit den Menschen aus den Herkunftsgesellschaften und den Museen weiter verstärken und uns gleichzeitig mit der Frage von Restitution auseinandersetzen. Dazu wollen wir die Zusammenarbeit mit dem Deutschen Zentrum für Kulturgutverluste weiter vertiefen.

Ä18 Lebenswertes Niedersachsen – Vielfalt schafft Zusammenhalt

Antragsteller*in: LAG Frauenpolitik

Beschlussdatum: 30.04.2022

Änderungsantrag zu Kap.4

Von Zeile 461 bis 463 einfügen:

darauf hin, dass auch für trans*,inter* und nichtbinäre Menschen angst- und diskriminierungsfrei Toiletten in öffentlichen Gebäuden zur Verfügung stehen und im öffentlichen Raum keine unterschiedlichen Kleidungsvorschriften für die verschiedenen Geschlechter gelten. An Orten, an denen es üblich ist, sich mit freiem Oberkörper aufhalten zu können, muss es diese Option für alle Geschlechter geben. Mit dem Niedersächsischen Antidiskriminierungsgesetz verbessern wir den Schutz

Ä19 Lebenswertes Niedersachsen – Vielfalt schafft Zusammenhalt

Antragsteller*in: LAG Frauenpolitik

Beschlussdatum: 30.04.2022

Änderungsantrag zu Kap.4

Von Zeile 613 bis 615 einfügen:

Produkt von stereotypen Rollenbildern, die unsere Alltagskultur dominieren, die in Film und Fernsehen, in Kinderbüchern und Computerspielen, in Hausordnungen von Schwimmbädern, die eine Verhüllungspflicht für weibliche und weiblich gelesene Oberkörper vorsehen, in vermeintlich harmlosen Sprüchen und sexistischen Witzen transportiert werden. Dieser Kultur

Ä20 Lebenswertes Niedersachsen – Vielfalt schafft Zusammenhalt

Antragsteller*in: LAG Frauenpolitik

Beschlussdatum: 30.04.2022

Änderungsantrag zu Kap.4

Von Zeile 654 bis 656 einfügen:

Femizide, sollen in der polizeilichen Kriminalstatistik gesondert erfasst und so sichtbar gemacht werden. Zudem setzen wir uns auf Bundesebene dafür ein, dass Femizide strafrechtlich als Morde juristisch verurteilt werden können. Besonders von Gewalt betroffen sind Frauen, die beispielsweise als Zwangsprostituierte zu Opfern organisierten Menschenhandels

Begründung

Bisher werden sie in Regel als Totschlag mit einer minderen Strafe behandelt und nicht als Mord mit der Möglichkeit einer lebenslangen Haftstrafe. Dafür muss das Strafgesetzbuch geändert werden.

Ä21 Lebenswertes Niedersachsen – Vielfalt schafft Zusammenhalt

Antragsteller*in: LAG Frauenpolitik

Beschlussdatum: 30.04.2022

Änderungsantrag zu Kap.4

Von Zeile 667 bis 669 einfügen:

sexuellem Missbrauch von Kindern und Jugendlichen in Niedersachsen aktiv begleiten und unterstützen. Darüber hinaus brauchen wir eine eigene Förderrichtlinie zur Finanzierung spezialisierter Fachberatungs- und Präventionsstellen gegen sexualisierte Gewalt in Kindheit und Jugend, die sowohl mit erwachsenen als auch minderjährigen Betroffenen und deren Bezugspersonen arbeiten. Für alle einschlägigen Einrichtungen des Landes, etwa Geflüchtetenunterkünfte, setzen wir konsequent auf die (Weiter-)Entwicklung

Ä22 Lebenswertes Niedersachsen – Vielfalt schafft Zusammenhalt

Antragsteller*in: LAG Frauenpolitik

Beschlussdatum: 30.04.2022

Änderungsantrag zu Kap.4

Von Zeile 600 bis 602 löschen:

Im Dialog mit der Ampelkoalition im Bund, der Wirtschaft und den Gewerkschaften setzen wir uns für die wirtschaftliche Gleichstellung von Frauen* ein, die heute immer noch im Durchschnitt weit weniger verdienen und deutlich stärker von

Von Zeile 693 bis 695 löschen:

Landesbeteiligung die Vorstände und Aufsichts- bzw. Verwaltungsräte mindestens zur Hälfte mit Frauen* besetzt werden. Wo das Land selbst Personen in Aufsichtsräte entsendet, werden wir diese Plätze mindestparitätisch besetzen.

Ä23 Lebenswertes Niedersachsen – Vielfalt schafft Zusammenhalt

Antragsteller*in: LAG Frauenpolitik

Beschlussdatum: 30.04.2022

Änderungsantrag zu Kap.4

Von Zeile 631 bis 633 einfügen:

etwa auch der Aufenthalt von Kindern gewaltbetroffener Frauen angemessen berücksichtigt werden. Eine Förderung, die nicht an die Belegung gebunden ist und die Plätze müssen für die Frauen kostenlos sein, wir wollen eine verlässliche staatliche Finanzierung von Frauenschutzhäusern, sowie eine verlässliche Finanzierung und Rahmenbedingungen für Präventive Maßnahmen in Kitas und Schulen. Durch bessere Beratung wollen wir erreichen, dass Frauen im Anschluss an einen Aufenthalt schnell eine eigene Wohnung finden – etwa indem

Begründung

Die Finanzierungsregelungen für Frauenhäuser stellt ein Zugangshindernis für Frauen in prekären Lebenssituationen dar, die Kostenübernahme ist davon abhängig, ob die gewaltbetroffene Frau einen Anspruch auf Sozialleistungen hat, lediglich die Stadt Hamburg und das Land Schleswig-Holstein finanziert die Arbeit der Frauenhäuser institutionell, das heißt ohne Zuzahlung durch die von häuslicher Gewalt betroffene Frau. Die Finanzierungsverantwortung liegt beim Staat und nicht bei den gewaltbetroffenen Frauen. In S-H werden seit 1996 - Mittel aus der Finanzausgleichsmasse des kommunalen Finanzausgleichs plus einem Landesanteil (seit 1999) in Form einer Zweckzuweisung, zur Finanzierung von Frauenschutzhäusern bereitgestellt. Kreise und kreisfreie Städte erhalten eine Zuweisung zur Förderung der Personal-, Sach und Mietkosten von Frauenhäusern, sowie zur regionalen Koordination von Institutionen im Sinne einer nachhaltigen Gewaltprävention.

Ä24 Lebenswertes Niedersachsen – Vielfalt schafft Zusammenhalt

Antragsteller*in: LAG Frauenpolitik

Beschlussdatum: 19.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.4

Von Zeile 645 bis 647 einfügen:

Koordinierungsstelle der nds. Frauen- und Mädchenberatungsstellen gegen Gewalt wieder und dauerhaft finanzieren. In Anerkennung der Tatsache, dass Gewalt gegen Frauen als geschlechtsspezifische Gewalt strukturellen Charakter hat, sowie der Tatsache, dass Gewalt gegen Frauen einer der entscheidenden sozialen Mechanismen ist, durch den Frauen in eine untergeordnete Position gegenüber Männern gezwungen werden, wollen wir für Niedersachsen eine Koordinierungsstelle, die die Umsetzung der Istanbul-Konvention ressortübergreifend und interdisziplinär, unter Beteiligung von Fachkräften aus der Zivilgesellschaft, koordiniert und diese begleitet aufbauen und finanzieren. Nachsorgende Maßnahmen, insbesondere Psychotherapieplätze, wollen wir endlich in ausreichendem Maß schaffen (vgl.

Begründung

Die Istanbul-Konvention ist ein Völkerrechtsvertrag und schafft eine verbindliche Rechtsnorm Maßnahmen gegen Gewalt an Frauen und häusliche Gewalt auf allen Ebenen, von Bund, Ländern und Kommunen umgesetzt werden muss. Vor diesem Hintergrund ist es notwendig, Schritte zur landesweiten Intensivierung der interdisziplinären und Ressortübergreifenden Netzwerkarbeit zu unternehmen, mit dem Ziel die Entwicklung von Maßnahmen zur Verbesserung der örtlichen Rahmenbedingungen, sowie der regionalen wie landesweiten Vernetzung der mit dem Themenfeld Häusliche und geschlechtsspezifische Gewalt betroffenen Fachbereiche und Zivilgesellschaftlichen Organisationen. Dazu gehören ebenfalls die Durchführung von Fachveranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit um u. a. den Bekanntheitsgrad der Istanbul-Konvention, zu erhöhen und Geschlechtsspezifische Gewalt nachhaltig zu "Bekämpfen". Frauen und Mädchen sind häufig schweren Formen von Gewalt wie häuslicher Gewalt, sexueller Belästigung, Vergewaltigung, Zwangsverheiratung, im Namen der sogenannten „Ehre“ begangener Verbrechen und Genitalverstümmelung ausgesetzt, die eine schwere Verletzung der Menschenrechte von Frauen und Mädchen sowie ein Haupthindernis für das Erreichen der Gleichstellung von Frauen und Männern darstellen; auch Männer können Opfer häuslicher Gewalt sein, jedoch betrifft häusliche Gewalt Frauen unverhältnismäßig stark, Frauen und Mädchen sind einer größeren Gefahr von geschlechtsspezifischer Gewalt ausgesetzt als Männer; in der Erkenntnis, dass Kinder immer Opfer häuslicher Gewalt sind, auch als Zeuginnen und Zeugen von Gewalt in der Familie; sollte unser Bestreben ein, die Istanbul-Konvention in Niedersachsen nachhaltig umzusetzen, um die Vorgaben und Ziele der des Vertrags einzuhalten.

Ä25 Lebenswertes Niedersachsen – Vielfalt schafft Zusammenhalt

Antragsteller*in: KV Osnabrück-Stadt

Beschlussdatum: 18.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.4

Von Zeile 322 bis 324 einfügen:

Ampelkoalition im Bund, das Strafrecht kritisch zu überprüfen und zu modernisieren. Bis zu einer Bundesregelung werden wir das Landesrecht nutzen, um die Strafverfolgung von Cannabis-Konsum zu vermeiden. Ersatzfreiheitsstrafen sind unnötig kostenintensiv und sozial ungerecht. Um sie zu vermeiden, stärken wir z. B. das Programm Schwitzen statt

Begründung

Der Programmentwurf zur Entkriminalisierung des Cannabis-Konsums ist nicht ambitioniert und wird viele, vor allem junge Wähler*innen enttäuschen. Daher müssen wir hier mehr ankündigen. Da die bundesgesetzliche Entkriminalisierung sicherlich noch einige Zeit dauern wird, können wir das Landesrecht nutzen, wonach bereits jetzt die Möglichkeit besteht, den Umgang mit geringen Mengen straffrei zu stellen. Derzeit ist in Niedersachsen der erst- bis zweimalige Umgang mit maximal 6 g Cannabis durch Runderlass vom 07.12.2012 straffrei (vgl: <http://www.schure.de/33210/4208,401,83.htm>). Das können wir aber dahingehend erweitern, dass zum einen die Maximalmenge erhöht wird (z.B. auf 10 – 15 g wie in anderen Bundesländern, vgl.

<https://hanfverband.de/inhalte/bundesland-vergleich-der-richtlinien-zur-anwendung-des-ss-31a-btmg>) und die Anwendung auch für alle Wiederholungsfälle zur Strafflosigkeit führt. Die Einzelheiten wären in einer Koalitionsvereinbarung zu regeln.

Ä26 Lebenswertes Niedersachsen – Vielfalt schafft Zusammenhalt

Antragsteller*in: LAG Frauenpolitik

Beschlussdatum: 30.04.2022

Änderungsantrag zu Kap.4

Von Zeile 684 bis 686 einfügen:

nicht Mitgliedsgemeinden einer Samtgemeinde sind, eine hauptamtlich arbeitende Gleichstellungsbeauftragte erhalten. Samtgemeinden müssen unabhängig der Bevölkerungsgröße eine hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte beschäftigen. Zugleich wollen wir Mindeststandards für die Personalausstattung der Gleichstellungsstellen festlegen, damit angemessene

Ä27 Lebenswertes Niedersachsen – Vielfalt schafft Zusammenhalt

Antragsteller*in: KV Osnabrück-Stadt

Beschlussdatum: 18.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.4

Von Zeile 323 bis 327:

modernisieren. Ersatzfreiheitsstrafen sind unnötig kostenintensiv und sozial ungerecht. ~~Um sie zu vermeiden, stärken wir z. B. das Programm Schwitzen statt sitzen, bei dem Ersatzfreiheitsstrafen durch gemeinnützige Arbeit abgewendet werden können.~~ Um sie zu vermeiden, werden wir den Ambulanten Justizsozialdienst (AJSD) mit entsprechender personeller Ausstattung dafür einsetzen, proaktiv gemeinsam mit Verurteilten Lösungen zur Vermeidung der Ersatzfreiheitsstrafe zu finden. Das entlastet die Polizei sowie Vollstreckungs- und Vollzugsbehörden. Verbrechen darf sich nicht lohnen: Dort, wo mit Straftaten

Begründung

Der Hinweis auf das Haftvermeidungsprogramm „Schwitzen statt Sitzen“ ist ein alter Hut, den es schon seit Jahrzehnten gibt (vgl.

https://www.mj.niedersachsen.de/startseite/themen/strafrecht_und_soziale_dienste/schwitzen_statt_sitzen/schwitzen-statt-sitzen-10362.html). In jeder Zahlungsaufforderung der Staatsanwaltschaft wird darauf ausdrücklich hingewiesen.

Gleichwohl gibt es immer noch viel zu viele Ersatzfreiheitsstrafen. Das liegt nach meiner Erfahrung vor allem daran, dass die Verurteilten von sich aus tätig werden müssen, um Anträge auf Ratenzahlung oder soziale Arbeitsstunden zu stellen. Das können aber viele nicht.

Daher muss die Justiz **proaktiv** auf dieses Klientel zugehen, bei der ja schon angesichts der Tagessatzhöhe, also des bekannten monatlichen Nettoeinkommens, klar ist, dass eine Geldstrafe nicht gezahlt werden kann. Dafür wäre der Ambulante Justizsozialdienst (ASJD) gut geeignet, der sich schon jetzt um die Belange von Verurteilten kümmert (vgl.

https://ajsd.niedersachsen.de/wir_ueber_uns/unsere_aufgaben/unsere-aufgaben-96882.html). Der ASJD könnte dann auf Verurteilte zugehen und Hilfestellung zur Vermeidung von Ersatzfreiheitsstrafen leisten. Natürlich muss er dafür personell aufgestockt werden, aber die ersparten Hafttage werden diese Kosten mehr als ausgleichen.

Ä28 Lebenswertes Niedersachsen – Vielfalt schafft Zusammenhalt

Antragsteller*in: KV Osnabrück-Stadt

Beschlussdatum: 18.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.4

Von Zeile 335 bis 337 einfügen:

geeignetes Instrument zur Entlastung und stärkeren Professionalisierung der Strafverfolgung. Sie darf aber nicht zu Lasten der Verfolgung der allgemeinen Kriminalität gehen. Nicht in allen Themenbereichen müssen diese jedoch sinnvoll sein. Daher werden wir die bestehenden Staatsanwaltschaften evaluieren und ein

Begründung

Die Bildung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften hatte in der Vergangenheit aktionistischen Charakter um Handlungsfähigkeit der Regierung zu demonstrieren (v.a. bei der sog. „Clankriminalität“). Mangels ausreichendem Personalbestand wurden Staatsanwält*innen aus Allgemeinbereichen in die Schwerpunkt-StAen versetzt, so dass nur eine Verlagerung der Ermittlungstätigkeit erfolgte und zu einer Verschlechterung an anderer Stelle führte (Fahrraddiebe werden nur noch verfolgt, wenn sie einen arabisch klingenden Namen haben). Wir müssen also sicherstellen, dass die allgemeine Ermittlungstätigkeit nicht darunter leidet, wenn Schwerpunkt-StAen eingerichtet oder erweitert werden.

Ä29 Lebenswertes Niedersachsen – Vielfalt schafft Zusammenhalt

Antragsteller*in: KV Osnabrück-Stadt

Beschlussdatum: 18.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.4

Von Zeile 340 bis 341 einfügen:

Kernpunkt unserer GRÜNEN Vollzugsstrategie ist die Resozialisierung. Gelungene Resozialisierung ist bester Opferschutz! Wir setzen einen Fokus auf Maßnahmen, die dazu dienen, ein straffreies Leben nach dem

Begründung

Schon an dieser Stelle ist auf den Opferschutz als Ziel von Strafe hinzuweisen. Es geht nicht nur um die verurteilte Person, sondern auch um den Schutz der Gesellschaft vor (erneuten) Straftaten.

Ä30 Lebenswertes Niedersachsen – Vielfalt schafft Zusammenhalt

Antragsteller*in: KV Osnabrück-Stadt

Beschlussdatum: 18.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.4

Von Zeile 388 bis 395:

Nach begangenen Straftaten liegt der Fokus häufig auf den Täter*innen — Opferschutz kommt oft zu kurz. Die Opferperspektive muss bei der Durchführung der Strafverfahren stärker berücksichtigt werden. Wir GRÜNEN werden Strafverfahren bei Gewaltdelikten beschleunigen sowie Möglichkeiten zur audiovisuellen Vernehmung von Opferzeug*innen und Fortbildungsangebote für Richter*innen und Staatsanwält*innen ausbauen — z. B. im Bereich kindgerechte Vernehmung. Initiativen, die Betroffene von Straftaten Wir GRÜNEN werden Strafverfahren beschleunigen, da eine schnelle Aburteilung gerade auch im Interesse der Opfer von Straftaten liegt. Wir stellen Möglichkeiten zur audiovisuellen Vernehmung von Opferzeug*innen flächendeckend sicher und bauen Fortbildungsangebote für Richter*innen und Staatsanwält*innen aus – z. B. im Bereich kindgerechte Vernehmung. Initiativen, die Betroffene von Straftaten z.B. durch lokale Opferhilfebüros unterstützen, fördern wir. Auch in einem Flächenland wie Niedersachsen muss es möglichst wohnortnahe

Begründung

Dass der Fokus in Strafverfahren auf den Täter*innen liegt, ist immanent, wo sonst? Dass Opferschutz zu kurz komme, ist eine falsche und populistische These. Im Gegenteil: In den letzten Jahren hat es eine Vielzahl von Gesetzesänderungen gegeben, die den Opferschutz im Strafverfahren deutlich verbessert hat (vgl. §§ 403 StPO ff; insgesamt 16 Paragraphen!). Wie da die „Opferperspektive ... stärker berücksichtigt“ werden soll, ist nicht zu begründen und nur eine Floskel. Ich halte es auch für falsch und nicht zu rechtfertigen, ausgerechnet Gewaltdelikte beschleunigt zu behandeln. Für diese Priorisierung gibt es keinen Grund, denn auch Opfer anderer Straftaten (z.B. Enkeltrickbetrug, Wohnungseinbruch, Hassmails) haben Anspruch auf eine zügige Bearbeitung, die aber leiden würde, wenn andere Deliktgruppen vorgezogen werden würden. Die audiovisuelle Vernehmung von Zeugen ist längst in § 247a StPO geregelt. Es ist aber dafür zu sorgen, dass sie flächendeckend in Niedersachsen (technisch) möglich ist. Seit 20 Jahren leistet die Stiftung Opferhilfe Niedersachsen durch ihre lokalen Opferhilfebüros materielle und ideelle Opferhilfe z.B. durch Psychosoziale Prozessbegleitung von Opferzeug*innen (§ 406 g StPO). Das ist weiter zu unterstützen und zu fördern.

Ä1 Solides Fundament für Niedersachsen

Antragsteller*in: KV Osnabrück-Land

Beschlussdatum: 07.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.5

Von Zeile 103 bis 104 einfügen:

Grundsteuer C auf unbebaute Baugrundstücke zu erheben, um so der Spekulation mit baureifen Grundstücken zu Lasten des Wohnungsmarktes einen Riegel vorzuschieben. Nach dem Grundsatz „wer bestellt, bezahlt“ werden wir die Kommunen bei vom Land auferlegten Aufgaben zur strikten Einhaltung des Konnexitätsprinzips verpflichten.

Ä2 Solides Fundament für Niedersachsen

Antragsteller*in: KV Osnabrück-Land

Beschlussdatum: 07.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.5

Von Zeile 78 bis 79 einfügen:

uns für die Abschaffung sog. Share-Deals einsetzen, mit denen Investoren durch den Erwerb von Geschäftsanteilen die dem Land zufließende Grundsteuer umgehen. Unternehmen, die aus steuerlichen Gründen ihren Sitz oder Teile ins Ausland verlagern, werden wir keine Subventionen leisten.

Ä3 Solides Fundament für Niedersachsen

Antragsteller*in: KV Osnabrück-Land

Beschlussdatum: 07.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.5

Von Zeile 191 bis 192 einfügen:

die politische Vielfalt der Räte und Kreistage besser in den Ausschüssen abbildet. Die Möglichkeit, bei Kommunalwahlen Listenverbindungen einzugehen, werden wir wieder einführen.

Ä4 Solides Fundament für Niedersachsen

Antragsteller*in: KV Osnabrück-Land

Beschlussdatum: 07.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.5

Von Zeile 191 bis 192 einfügen:

die politische Vielfalt der Räte und Kreistage besser in den Ausschüssen abbildet. Auf Grundlage der Vorkommnisse bei der Manipulation von Briefwahlen werden wir die Briefwahl schärfer regulieren.

Ä5 Solides Fundament für Niedersachsen

Antragsteller*in: KV Osnabrück-Land

Beschlussdatum: 07.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.5

Von Zeile 314 bis 315 einfügen:

als attraktiven Arbeitgeber stärken und auf vielfältigen Wegen um Nachwuchs werben. Auf Grundlage der Erfahrungen aus der Corona-Zeit werden wir in Abstimmung mit den Personalvertretungen die Möglichkeiten für Homeoffice im Bereich der Landesbehörden nutzen und fördern.

Ä6 Solides Fundament für Niedersachsen

Antragsteller*in: LAG Wirtschaft/Finanzen

Beschlussdatum: 21.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.5

Von Zeile 10 bis 11 einfügen:

Lage sein, seine Ausgaben aus den laufenden Einnahmen zu decken und gleichzeitig das öffentliche Vermögen zu erhalten und auszubauen.

Grüne Finanzpolitik setzt auf einen klugen Mix: sparsame Haushaltsführung, ein effektives Controlling, insbesondere bei Großprojekten, die Bekämpfung des Steuerbetrugs und der legalen Steuervermeidung, Verbesserung der Einnahmen sowie den Abbau von umweltschädlichen Subventionen.

Im Sinne der finanzpolitischen Nachhaltigkeit ist eine Schuldenregel, die dem ungehemmten Schuldenmachen einen Riegel vorschiebt, grundsätzlich der richtige Weg. Die aktuelle Ausgestaltung der Schuldenbremse verhindert jedoch Zukunftsinvestitionen und führt zum Verfall der Infrastruktur, wenn nicht zugleich die bedarfsgerechte Finanzausstattung der Länder gesichert ist. Eine nachhaltige und generationengerechte Schuldenregel ermöglicht Investitionen in die Infrastruktur sowie notwendige Zukunftsausgaben – ohne höhere Folgekosten in der Zukunft. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für eine Finanzpolitik, die Zukunftsinvestitionen ermöglicht und das Land nicht kaputtspart.

Um das zu finanzieren, setzt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sich für eine gerechte Steuerpolitik ein. Wir wollen Spitzenverdiener*innen angemessen an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligen. Durch die Schuldenbremse im Grundgesetz darf das Land im Regelfall keine neuen Schulden mehr aufnehmen. Gleichwohl werden die Aufgaben der öffentlichen Hand, die Erwartungen der Bürger*innen sowie der Unternehmen an die Infrastruktur und an Investitionen in den sozialen Zusammenhalt nicht weniger. Eine gerechte Finanzierung dieser Aufgaben ist deswegen ein wichtiger Baustein grüner Finanzpolitik. Dafür werden wir uns im Bundesrat einsetzen und zugleich die wirtschaftliche Lage der Unternehmen im Blick behalten.

Ä7 Solides Fundament für Niedersachsen

Antragsteller*in: LAG Wirtschaft/Finanzen

Beschlussdatum: 21.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.5

Von Zeile 101 bis 103 einfügen:

die den Kommunen über den kommunalen Finanzausgleich zur Verfügung gestellten Mittel erhöhen. Wir möchten die Abhängigkeit der kommunalen Finanzen von den örtlichen Einnahmen aus der Gewerbesteuer reduzieren. Aus unserer Sicht ist Wettbewerb auch zwischen Standorten förderlich für wirtschaftliche Entwicklung. Dieser sollte jedoch auf fachliche Cluster-Bildung und Serviceleistungen der Kommune beruhen. Den Unterbietungswettbewerb zwischen Kommunen um Hebesätze lehnen wir ab. Außerdem wollen wir ihnen die Möglichkeit geben, eine Grundsteuer C auf unbebaute Baugrundstücke zu erheben, um so der Spekulation mit

Ä8 Solides Fundament für Niedersachsen

Antragsteller*in: LAG Wirtschaft/Finanzen

Beschlussdatum: 21.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.5

Von Zeile 64 bis 65 einfügen:

mit der die Gleichstellung der Geschlechter befördert wird, ist ein wichtiges Ziel GRÜNER Haushaltspolitik (vgl. Gleichstellung und Feminismus).

Familien entlasten

Die Förderung von Familien hat für uns besondere Priorität. Wenn eine Familie sich mit Kindern eine Bestandsimmobilie zur Eigennutzung kauft, möchten wir sie bei der Grunderwerbssteuer entlasten. So ermöglichen wir Familien ein besseres Leben und unterstützen die Vorsorge fürs Alter.

Ä9 Solides Fundament für Niedersachsen

Antragsteller*in: LAG Wirtschaft/Finanzen

Beschlussdatum: 21.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.5

Von Zeile 61 bis 65 einfügen:

ein, das sich an den Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDGs) der Vereinten Nationen orientiert und zudem auch das Gender Budgeting gehört. Mit diesem Instrument soll bei der Haushaltsaufstellung kontinuierlich analysiert werden, im welchem Verhältnis Geschlechter von Maßnahmen profitieren. Denn eine Haushaltsaufstellung, von der alle Geschlechter gleichermaßen profitieren und mit der die Gleichstellung der Geschlechter befördert wird, ist ein wichtiges Ziel GRÜNER Haushaltspolitik. Mit Gender Budgeting können Unterschiede reflektiert und die Mittelvergabe gerechter gestaltet werden (vgl. Gleichstellung und Feminismus).

Ä10 Solides Fundament für Niedersachsen

Antragsteller*in: LAG Wirtschaft/Finanzen

Beschlussdatum: 21.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.5

Von Zeile 81 bis 92:

~~Wir stehen sogenannten öffentlich-privaten Partnerschaften (ÖPP) bei der Finanzierung von öffentlichen Investitionen kritisch gegenüber und lehnen sie ab — beispielsweise beim Straßenbau. Sie sind im Regelfall deutlich teurer als konventionelle Projekte. Private Unternehmen erwarten eine hohe Rendite — die Zeche begleichen dann die Bürger*innen. Gleichzeitig sind ÖPP-Projekte aufgrund hochkomplexer Verträge nur sehr schwer zu kontrollieren. Davon profitieren am Ende nur die beteiligten Unternehmen — für die Bürger*innen wird es hingegen teuer. Wir setzen uns dafür ein, dass ÖPP-Projekte als kreditähnliche Rechtsgeschäfte gegenüber konventionellen Kreditgeschäften nicht weiter privilegiert werden. Um die Anwendung von ÖPP auf solche Fälle zu reduzieren, bei denen die Vorteile für die öffentliche Hand deutlich überwiegen, setzen wir uns für nachvollziehbare Qualitätskriterien ein. Schlecht gemachte öffentlich-private Partnerschaften haben sich für die privaten Unternehmen als lukrativ und für die Steuerzahler*innen als teuer erwiesen. Wir werden sorgsam mit dem Geld der Steuerzahler*innen umgehen. Das und das Streichen von überflüssigen Ausgabeposten hat für uns Vorrang vor Kreditaufnahme und Einnahmeerhöhungen. Wir werden künftig Transparenz herstellen und alle ÖPP-Verträge veröffentlichen. Grundsätzlich wollen wir, dass ÖPP nur dann in Betracht kommen dürfen, wenn sich durch sie, langfristig und sicher, ein Mehrwert oder geringere Kosten für die Steuerzahler*innen ergeben. Im Verkehrsbereich wollen wir nach dem Maut-Desaster im Bund ÖPP-Projekte gesetzlich ausschließen. Die Kontrolle bei Bauvorhaben und großen öffentlichen Beschaffungen wird verbessert.~~

Ä11 Solides Fundament für Niedersachsen

Antragsteller*in: LAG Wirtschaft/Finanzen

Beschlussdatum: 21.05.2022

Änderungsantrag zu Kap.5

Von Zeile 113 bis 119 einfügen:

keineswegs über den Berg; ein dauerhaft tragfähiges Geschäftsmodell ist weiterhin nicht in Sicht. Eine langfristige Lösung soll jedoch gefunden werden. Der Landeshaushalt braucht Stabilität und Verlässlichkeit, um die notwendigen Landesaufgaben wahrzunehmen. Daher ist es erforderlich, die Risiken für den Landeshaushalt aufgrund der Beteiligung an der Nord/LB nachhaltig zu reduzieren. Wir streben eine Neuordnung des öffentlich-rechtlichen Bankensektors an. Dafür ist sowohl eine eine Fusionierung mit anderen Landesbanken möglich, als auch eine Zerschlagung dieser Großbank. Wir prüfen wir eine Herauslösung der Braunschweigischen Landessparkasse aus der Nord/LB.